

Verfassungsschutzbericht 2005



Freistaat  **Sachsen**

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

Verteilerhinweis:

Diese Informationsbroschüre wird vom Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen im Rahmen seiner Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf das vorliegende Informationsmaterial nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinarbeit des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl das Informationsmaterial dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Die Broschüre wird kostenlos abgegeben. Ein Weiterverkauf ist unzulässig.

Inhaltsverzeichnis

Definitionen	3
Verfassungsschutz auf einen Blick	5
Rechtsextremismus	
Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der rechtsextremistischen Bestrebungen	9
Überblick in Zahlen	11
Entwicklungstendenzen im Rechtsextremismus	13
Rechtsextremistische Szenen	14
Rechtsextremistische Parteien	
NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)	27
DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)	38
DIE REPUBLIKANER (REP)	41
Sonstige rechtsextremistische Bestrebungen	
JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUSSEN (JLO)	43
Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste (Auswahl)	45
Rechtsextremistische Publikationen und solche, in denen Rechtsextremisten publizieren	46
Linksextremismus	
Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der linksextremistischen Bestrebungen	48
Überblick in Zahlen	49
Entwicklungstendenzen im Linksextremismus	51
Linksextremistische Autonome	53
Marxistisch-Leninistische Bestrebungen	
DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)	61
Linksextremistische Strömungen in der Linkspartei.PDS	63
KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS (KPF DER PDS)	64
Trotzkismus	65
Linksextremistische Publikationen und solche, in denen Linksextremisten publizieren	66
Ausländerextremismus	
Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der ausländerextremistischen Bestrebungen	68
Überblick in Zahlen	69
Entwicklungstendenzen im Ausländerextremismus	70
Islamischer Extremismus / Islamistischer Terrorismus	70

Kurdischer Extremismus	
VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KGK bzw. KONGRA-GEL)	75
Iranischer Extremismus	
VOLKSMODJAHEDIN IRAN - ORGANISATION (MEK)	81
NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN (NWRI)	81
ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN (API)	83
Publikationen ausländerextremistischer Organisationen	84
SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)	86
Spionageabwehr im Freistaat Sachsen	88
Politisch motivierte Kriminalität	93
Gesetzesanhang	95
Stichwortverzeichnis	105
Abkürzungsverzeichnis	112
Ortsverzeichnis	115

Hinweis:

Vereinzelte Textdopplungen sind beabsichtigt, um auch dem „eiligen“ Leser, der sich auf die Lektüre einzelner Abschnitte beschränken muss, eine möglichst umfassende Information zu bieten.

Definitionen

Im Folgenden werden einige Fachbegriffe näher erläutert:

Bestrebungen

Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzes sind in § 3 Abs. 1 Sächsisches Verfassungsschutzgesetz (SächsVSG)¹ definiert. Danach sind dies vor allem ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen (einzelner Personen) in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen.

Mitgliederzahlen / Teilnehmerzahlen

Die im Bericht genannten Mitglieder- und Teilnehmerzahlen beruhen auf Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen und enthalten z. T. gesicherte Schätzungen.

Politisch motivierte Kriminalität

Der Politisch motivierten Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie

- den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten,
- sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bzw. eines ihrer Wesensmerkmale, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziel haben,
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- gegen eine Person gerichtet sind und die Tathandlung mit ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder ihrem äußeren Erscheinungsbild, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrem gesellschaftlichen Status im Kausalzusammenhang steht, bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.

Darüber hinaus werden Tatbestände erfasst, weil sie Staatsschutzdelikte sind, selbst wenn im Einzelfall eine politische Motivation nicht festgestellt werden kann. Darunter zählen beispielsweise:

- Friedensverrat und Hochverrat (§§ 80-83 Strafgesetzbuch [StGB]),
- Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates (§§ 84-91 StGB),
- Landesverrat (§§ 94-100a StGB),
- Bildung terroristischer Vereinigungen (§ 129a StGB)².

Politisch motivierte Gewaltkriminalität

Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist die Teilmenge der Politisch motivierten Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst folgende Deliktsbereiche:

- Tötungsdelikte,
- Körperverletzungen,
- Brand- und Sprengstoffdelikte,
- Landfriedensbruch,
- Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn-, und Straßenverkehr,
- Freiheitsberaubung,
- Raub,
- Erpressung,
- Widerstandsdelikte,
- Sexualdelikte.

Terrorismus

Terroristische Delikte werden ebenfalls als Politisch motivierte Kriminalität erfasst. Die Definition des Begriffes „Terrorismus“ ergibt sich aus der gesetzlichen Fassung des Straftatbestandes „Bildung terroristischer Vereinigungen“ (§ 129a StGB). Als Terrorismus werden schwerwiegende politisch motivierte Gewaltdelikte (so genannte Katalogtaten des § 129a StGB) angesehen, die im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes planmäßig begangen werden, in der Regel durch arbeitsteilig organisierte und verdeckt operierende Gruppen. Terroristische Straftaten durch ausländische Gruppierungen mit eigenständiger Teilorganisation in der Bundesrepublik Deutschland, z. B. islamische Extremisten (Islamisten), sind von der Definition umfasst. Nach der Vorschrift des § 129b StGB sind darüber hinaus entsprechende Aktivitäten in oder für terroristische Vereinigungen in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, sowie unter bestimmten Bedingungen auch im sonstigen Ausland, strafbar.

¹ Das SächsVSG ist abrufbar unter www.sachsen.de/verfassungsschutz.

² Der Inhalt des Strafgesetzbuches kann im Internet abgerufen werden: www.bundesrecht.juris.de/bundesrecht/stgb/index.html.

Themenfelder

Themenfelder der Politisch motivierten Kriminalität wurden bundeseinheitlich vereinbart. Ausgehend von den Umständen der Tat werden nach dem vorgesehenen Definitionssystem die Taten zunächst einem Themenfeld zugeordnet. Eine phänomenologische Zuordnung erfolgt danach auf Grund ggf. weiterer Informationen zur Tat bzw. zum Täter.

Phänomenbereiche

Politisch motivierte Kriminalität rechts

Politisch motivierter Kriminalität -rechts- werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer „rechten“ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elements der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazu zu rechnen, wenn Bezüge zu völkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.

Politisch motivierte Kriminalität links

Politisch motivierter Kriminalität -links- werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer „linken“ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elements der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazu zu rechnen, wenn Bezüge zu Autonomie, Anarchismus oder Kommunismus (einschließlich Marxismus) ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.

Politisch motivierte Ausländerkriminalität

Politisch motivierter Ausländerkriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat oder der Erkenntnisse über den Täter Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die durch eine nichtdeutsche Herkunft geprägte Einstellung des Täters entscheidend für die Tatbegehung war, insbesondere wenn sie darauf gerichtet sind

- Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland oder
- aus dem Ausland Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland

zu beeinflussen.

Straftaten der Politisch motivierten Ausländerkriminalität können auch durch deutsche Staatsangehörige begangen werden.

Straftaten mit extremistischem Hintergrund / Extremistische Kriminalität

Der extremistischen Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, d. h. darauf zielen, einen der folgenden Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Verfassungsschutz auf einen Blick

Welche Aufgaben hat das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen?

Die Aufgaben des LfV Sachsen ergeben sich aus dem „Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen“ (SächsVSG)³. Dem LfV Sachsen obliegt demnach die Sammlung und Auswertung von Informationen zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder.

Das LfV Sachsen beobachtet Bestrebungen aus den nachfolgend genannten Bereichen.

- **Extremistische Bestrebungen**
Eine Bestrebung ist extremistisch, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass durch politisch bestimmte Verhaltensweisen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beeinträchtigt oder beseitigt werden sollen. Bestrebungen dieser Art gehen insbesondere von rechts-, links- und ausländerextremistischen Gruppierungen aus. Das Sächsische Verfassungsschutzgesetz listet die obersten Verfassungsgrundsätze in § 3 Absatz 2 auf⁴. Verfassungsschutz ist somit Schutz des Kernbestandes der verfassungsmäßigen Ordnung. Zudem beobachtet das LfV Sachsen solche Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, sowie solche Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind.
- **Spionageabwehr**
Die Spionageabwehr hat die Aufgabe, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten von Nachrichtendiensten fremder Staaten in der Bundesrepublik Deutschland zu erkennen und aufzuklären.

Auch die Beobachtung fortwirkender Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrendienste der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sowie die mögliche Reaktivierung nachrichtendienstlicher Verbindungen zu fremden Nachrichtendiensten durch deren ehemalige Mitarbeiter und Helfer ist Bestandteil der Spionageabwehr.

Neben diesen Aufgaben nimmt das LfV Sachsen so genannte Mitwirkungsaufgaben wahr. Es ist u. a. beteiligt an:

- Sicherheitsüberprüfungen von Personen, die auf Grund ihrer Tätigkeit als Geheimnisträger eingestuft werden sollen,
- der Durchführung von technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen.

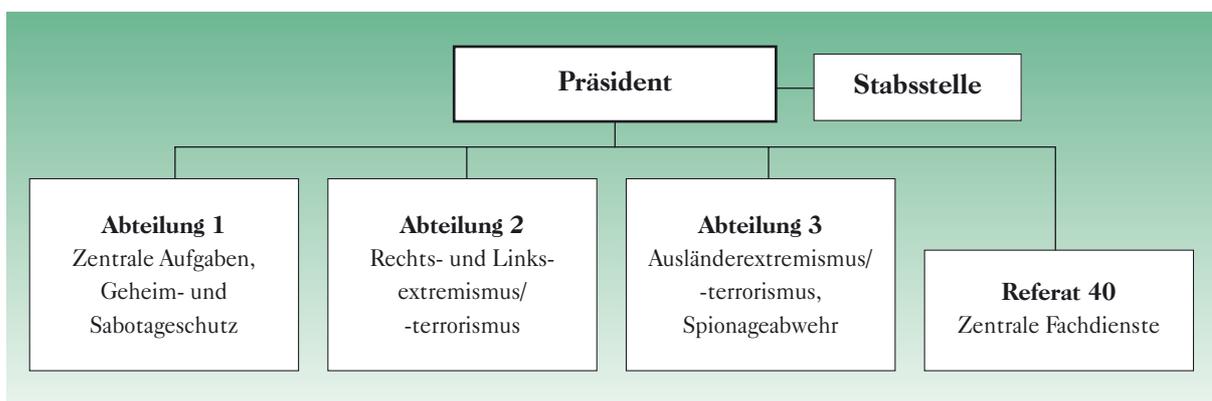
Ebenso wird das LfV Sachsen auf Ersuchen beteiligt bei:

- der Überprüfung von Personen, die sich um die Einstellung im öffentlichen Dienst bewerben, sowie bei der Überprüfung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, wenn der Verdacht besteht, dass sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen,
- ausländer-, luftverkehrs- und atomrechtlichen Entscheidungen,
- der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern.

Wie ist das LfV Sachsen organisiert?

Das LfV Sachsen wurde am 3. November 1992 durch die Sächsische Staatsregierung im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern errichtet.

Zum 31. Dezember 2005 hatte das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 203 Mitarbeiter. Die Organisation stellt sich wie folgt dar:



³ Das SächsVSG ist abrufbar unter www.sachsen.de/verfassungsschutz.

⁴ Das SächsVSG ist abrufbar unter www.sachsen.de/verfassungsschutz.

Wie sammelt der Verfassungsschutz seine Informationen?

Der Verfassungsschutz sammelt seine Informationen überwiegend aus für jedermann zugänglichen Quellen. Um verfassungswidrige Bestrebungen feststellen zu können, wertet der Verfassungsschutz u. a. Parteiprogramme, Publikationen, Flugblätter und Internetseiten, die Reden von Funktionären und anderes öffentliches Material aus. Außerdem bezieht er seine Informationen aus öffentlichen Veranstaltungen oder holt sie von anderen Behörden ein, soweit das SächsVSG dies zulässt.

Bei im Verborgenen stattfindenden Aktivitäten ist der Verfassungsschutz gesetzlich ermächtigt, so genannte nachrichtendienstliche Mittel bei der Informationsgewinnung einzusetzen. Dabei ist er insbesondere an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebunden. Zu den nachrichtendienstlichen Mitteln zählen:

- der Einsatz von Vertrauensleuten (V-Leuten), Informanten und Gewährspersonen, d. h. von Personen, die für den Verfassungsschutz Informationen aus verfassungsfeindlichen Organisationen beschaffen oder logistische bzw. sonstige Hilfe leisten, ohne ihre Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz zu erkennen zu geben,
- die Observation, d. h. das verdeckte Beobachten von Personen und Objekten,
- die Nutzung von Tarnmitteln, mit denen verborgen werden soll, dass der Verfassungsschutz beobachtet, wie z. B. Tarnkennzeichen,
- die Anwendung technischer Hilfsmittel wie Bild- und Tonaufzeichnungen,
- die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs sowie
- die Wohnraumüberwachung.

Die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs ist ein massiver Eingriff in das Grundrecht auf Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Grundgesetz[GG]). Diese Maßnahme ist deshalb in einem besonderen Gesetz geregelt, dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel-10-Gesetz – G 10)⁵. Demnach dürfen Telefongespräche nur mitgehört und aufgezeichnet, Briefe nur geöffnet und gelesen werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass bestimmte schwere Straftaten, wie z. B. Betätigung in einer terroristischen Vereinigung, Hoch-/Landesverrat oder geheimdienstliche Agententätigkeit, geplant oder begangen werden bzw. wurden.

Der Präsident des LfV Sachsen muss einen entsprechenden Antrag beim Sächsischen Staatsministerium des Innern stellen. Nur der Staatsminister des Innern oder sein Stellvertreter können einen solchen Eingriff anordnen. Über die angeordneten Beschränkungsmaßnahmen wird die vom Sächsischen Landtag gewählte G-10-Kommission unterrichtet, die über Zulässigkeit und Notwendigkeit der Maßnahmen entscheidet.

Die Wohnraumüberwachung⁶ ist ebenfalls ein bedeutender Eingriff in das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG). Sie durchläuft ein vergleichbares Genehmigungsverfahren. Für sie ist allerdings eine richterliche Anordnung erforderlich. Der Sächsische Verfassungsgerichtshof hat in seinem Urteil vom 21. Juli 2005⁷ die derzeitige Ausgestaltung der Wohnraumüberwachung im SächsVSG für mit der Sächsischen Verfassung unvereinbar erklärt und dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 30. Juni 2006 klarstellende Regelungen in das Gesetz aufzunehmen. Das Gesetzgebungsverfahren läuft zurzeit im Sächsischen Landtag.

Was geschieht mit den Informationen, die das LfV Sachsen sammelt?

Die Informationen, die der Verfassungsschutz auf Grund seines gesetzlichen Auftrages sammelt, werden analysiert, d. h. sie werden gesichtet, geprüft und bewertet. Die gewonnenen Erkenntnisse sind Grundlage für die Berichterstattung des LfV Sachsen gegenüber:

- dem Sächsischen Staatsministerium des Innern,
- anderen Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder,
- dem Militärischen Abschirmdienst (MAD), der die Aufgaben des Verfassungsschutzes auf dem Gebiet der Bundeswehr wahrnimmt und dem Bundesnachrichtendienst (BND), der Auslandsaufklärung betreibt,
- Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaften und Polizei),
- Behörden, die die Informationen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung benötigen (z. B. für Versammlungsverbote),
- der Öffentlichkeit.

Die Informationen des Verfassungsschutzes werden vor allem benötigt

- zur Einschätzung der Sicherheitslage,

⁵ Das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses sowie das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz im Freistaat Sachsen sind auf der Homepage des LfV Sachsen unter www.sachsen.de/verfassungsschutz abrufbar.

⁶ Vgl. § 5 Abs. 4-10 SächsVSG; abrufbar unter: www.sachsen.de/verfassungsschutz.

⁷ Az.: Vf. 67-II-04.

- zur Verhinderung bzw. Verfolgung von durch Extremisten und Spione begangene Straftaten,
- zur Vorbereitung von Vereins- oder Parteiverboten,
- zur Information der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Aktivitäten.

Welche Maßnahmen führt das LfV Sachsen im Rahmen seiner öffentlichen Berichterstattung durch?

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen und Tätigkeiten gehört zu den gesetzlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes. Sie stellt einen wichtigen Präventionsbeitrag dar und soll die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Extremismus fördern. Denn nur informierte Bürgerinnen und Bürger können sich aktiv für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Die breite Öffentlichkeitsarbeit des LfV Sachsen umfasst deshalb vielfältige Maßnahmen, die für die Bedarfsträger kostenfrei sind. Dazu zählen:

- die Durchführung von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen
In Vorträgen und öffentlichen Diskussionsrunden informiert das LfV Sachsen – auch in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen wie z. B. der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung – über politischen Extremismus allgemein und speziell über dessen Erscheinungsformen im Freistaat Sachsen sowie über die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes.
Im Berichtsjahr wurden solche Veranstaltungen vor allem an Schulen, Einrichtungen der politischen Bildung, der Verwaltung, der Justiz und der Bundeswehr durchgeführt.
- die Information kommunaler Verantwortungsträger
In Beratungsgesprächen informiert das LfV Sachsen kommunale Entscheidungsträger über regionale extremistische Bestrebungen und Aktivitäten, damit Gegenstrategien entwickelt werden können.
- die Präsentation der Wanderausstellung „Frei sein, frei bleiben! In guter Verfassung – Demokratie gegen Extremismus“
Die multimediale Ausstellung zum Rechts- und Linksextremismus richtet sich vor allem an Jugendliche. Aber auch Lehrer und Erzieher sowie alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind Zielgruppen.

Im Berichtsjahr wurde die Ausstellung u. a. im Sächsischen Staatsministerium des Innern, an kommunalen Einrichtungen sowie vorwiegend an Schulen gezeigt.

- die Herausgabe von Broschüren
Die präventive Aufklärung der Öffentlichkeit über den Extremismus erfolgt auch durch die Herausgabe entsprechender Publikationen. Diese sind für Interessenten kostenlos. Sie können als Broschüre bestellt oder im Internet heruntergeladen werden.



- die Internetpräsentation
Das Web-Angebot des LfV Sachsen unter der Adresse <http://www.sachsen.de/verfassungsschutz/> beinhaltet Informationen über die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sowie Mitteilungen zu aktuellen Sachverhalten aus den Beobachtungsfeldern. Querverweise ermöglichen die Verbindung zu Homepages anderer Verfassungsschutzbehörden. Außerdem können vom LfV Sachsen herausgegebene Broschüren heruntergeladen oder online bestellt werden. Zudem besteht die Möglichkeit, per E-Mail verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de Kontakt mit dem LfV Sachsen aufzunehmen. Im Berichtsjahr wurden etwa 13.700 Zugriffe auf die Homepage des LfV Sachsen registriert.

- die Pressearbeit
Die Information der Öffentlichkeit über extremistische Bestrebungen erfolgt insbesondere über die Medien. Im Jahr 2005 wurden 302 Presseanfragen beantwortet.

Wer kontrolliert das LfV Sachsen und welche Rechte haben Betroffene?

Das Sächsische Staatsministerium des Innern (SMI) kontrolliert als Fachaufsichtsbehörde die Recht- und Zweckmäßigkeit der Aufgabenwahrnehmung durch das LfV Sachsen. Als Dienstaufsichtsbehörde wacht es zudem über den ordnungsgemäßen Dienstbetrieb.

Darüber hinaus finden Kontrollen statt durch:

- die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) des Sächsischen Landtages
Sie kontrolliert die Sächsische Staatsregierung hinsichtlich der Aufsicht des SMI über das LfV Sachsen und hinsichtlich dessen Tätigkeit.
- die G-10-Kommission des Sächsischen Landtages
Diese Kommission prüft die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Maßnahmen nach dem Artikel-10-Gesetz – G 10, d. h. Maßnahmen der Post- und Telekommunikationsüberwachung.
- den Sächsischen Datenschutzbeauftragten
Er kontrolliert die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz. Er prüft, ob das LfV Sachsen personenbezogene Daten rechtmäßig erhebt, verarbeitet oder übermittelt.
Jede Bürgerin und jeder Bürger kann sich an den Datenschutzbeauftragten wenden, wenn er der An-

sicht ist, das LfV Sachsen habe bei der Erhebung und Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten seine Rechte verletzt.

- den Sächsischen Rechnungshof
Er kontrolliert die Verwendung der Haushaltsmittel des LfV Sachsen.
- die Gerichte
Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht, gegen Maßnahmen des LfV Sachsen bei Gericht zu klagen, wenn sie oder er geltend macht, in ihren oder seinen Rechten verletzt zu sein. Außerdem prüft ein Gericht die Zulässigkeit von Wohnraumüberwachungsmaßnahmen.
- die Öffentlichkeit
Durch die Medienberichterstattung wird die Tätigkeit des LfV Sachsen der Öffentlichkeit und damit auch ihrer Kontrolle zugänglich gemacht.

Verfassungsschutz und Polizei

Verfassungsschutz und Polizei sind getrennt organisiert und mit unterschiedlichen Befugnissen ausgestattet (Trennungsgebot). Das Trennungsgebot ist in der Sächsischen Verfassung wie auch im Sächsischen Verfassungsschutzgesetz verankert. Es besagt, dass der Verfassungsschutz keiner Polizeibehörde angegliedert werden darf. Auch stehen ihm Zwangsbefugnisse, wie sie der Polizei eingeräumt sind, nicht zu. Er darf also weder Personen festnehmen, durchsuchen, vorladen, vernehmen noch Wohnungen durchsuchen oder Gegenstände beschlagnahmen. Er darf auch keine Verbote oder Auflagen aussprechen. Es gibt zudem keinen unbeschränkten Informationsaustausch.

Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der rechtsextremistischen Bestrebungen – Was ist Rechtsextremismus und woran erkennt man ihn?

Rechtsextremisten lehnen wesentliche Grundelemente unserer Verfassungsordnung ab – auch wenn sie in öffentlichen Äußerungen vorgeben, auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen.

Anstelle einer freiheitlichen Demokratie mit Freiheitsrechten für den Einzelnen wollen sie eine Gesellschaftsordnung, die im Ergebnis eine totalitäre Diktatur mit nationalistischen und rassistischen Vorzeichen darstellt. Dem zugrunde liegt die Vorstellung von einer „Volksgemeinschaft“, der sich das Individuum unterzuordnen hat.

Verfassungsfeindliche Ziele erkennt man u. a.:

- am Willen, die Freiheitsrechte des Einzelnen abzuschaffen und eine völkische Gemeinschaft zu errichten
Für Rechtsextremisten ist die Nation eine Gemeinschaft unter völkischen Gesichtspunkten: „Nur wer deutsches Blut in seinen Adern fließen hat, kann für uns Deutscher sein“⁸.
Die eigene Nation wird dabei als absolutes Gut angesehen, dem sich sowohl andere Nationen und Völker als auch die – in der Verfassung garantierten – Rechte des Einzelnen unterzuordnen haben. Ein sächsischer Funktionär der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) führt dazu aus: „Unser Ziel ist die Volksgemeinschaft. Das jetzige System muss abgeschafft werden, das funktioniert doch nicht. Zuviel Individualismus ist nun mal problematisch, der Einzelne muss sich der Gemeinschaft unterordnen.“⁹
- an aggressiver Fremdenfeindlichkeit, die sich auch in Rassismus und Antisemitismus ausdrückt
Rechtsextremisten bewerten die eigene „Rasse“ als höherwertig. Nach ihrer Vorstellung soll das deutsche Volk vor Ausländern und vor einer „Überfremdung“ und „Völkervermischung“ bewahrt werden: „Die Ideologen des Multikulturalismus fördern mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die massive Landnahme durch kultur- und rassefremde Menschen. (...) Politik, die zu multiethnischen Zuständen führt ist verbrecherisch, weil sie den Weg in den Ethnosuizid ebnet und den Deutschen ihr

Heimatrecht im angestammten Lebensraum abspricht.“¹⁰

In einem Staat nach Vorstellung von Rechtsextremisten würden jene Menschen ausgegrenzt, die nicht dem rassistischen Ideal der Rechtsextremisten entsprechen. Dies widerspräche der in unserer Verfassung garantierten Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Zudem verkehrte sich das Menschenbild des Grundgesetzes ins Gegenteil: Die Würde des Menschen, die bedingungs- und voraussetzungslos jedem Menschen eigen ist, wäre von der biologisch-genetischen Teilhabe an der Volksgemeinschaft abhängig.

Rechtsextremismus ist auch geprägt von Antisemitismus. Oft verbinden sich auch antisemitische Positionen mit Antiamerikanismus und verschwörungstheoretischen Ansätzen. So äußerte beispielsweise der NPD-Funktionär und jetzige Landtagsabgeordnete Jürgen GANSEL: „In Washington und New York – ob hier etwa der Schwanz Israel mit dem Hund USA wedelt oder nicht, sei dahingestellt – sitzen daher die Todfeinde der Völker. Sein und Nichtsein der Deutschen, Europäer und aller anderen Völker hängt davon ab, ob sie den Willen und die Kraft haben, sich zu entamerikanisieren und zu renationalisieren.“¹¹

- an der fehlenden Distanz zum Nationalsozialismus des Dritten Reiches
Sie reicht von Verharmlosung bis Verherrlichung des Nationalsozialismus. So glorifizieren Rechtsextremisten beispielsweise Nationalsozialisten aus dieser Zeit (z. B. den ehemaligen Stellvertreter Adolf Hitlers Rudolf Heß). Am 17. August 2005 organisierte der Kreisverband Görlitz der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) eine Mahnwache in Görlitz unter dem Motto „Rudolf Heß – längster deutscher Kriegsgefangener von 1941 bis 1987“. Darüber hinaus lehnen sie sich zum Teil auch eng an die Sprache und Programmatik dieser Zeit an.
So äußerte z. B. Holger APFEL: „Nichts und niemand wird uns abbringen im Kampf ums Reich. Unser Kampf ist erst dann zu Ende, wenn Deutschland wieder frei ist. Seien wir uns des hohen Blutzolls bewusst, den unsere Väter und Großväter im Kampf um Deutschland geleistet haben. Nehmen wir uns ein Vorbild. Kämpfen wir wie sie. Nichts für uns, aber alles für Deutschland.“¹² Der Ausspruch „Alles für Deutschland“ war eine Parole der SA im Dritten Reich.

⁸ Aus einer Rede von Holger APFEL, stellvertretender Bundesvorsitzender der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und seit Oktober 2004 sächsischer Landtagsabgeordneter, am 1. Mai 2001 in Dresden.

⁹ Artikel in der Sächsischen Zeitung vom 3. November 2005.

¹⁰ Internetseite der sächsischen NPD vom 4. Mai 2005, Artikel „Zu Wesen und Wollen der ‚Dresdner Schule‘“. Orthografie wie im Original.

¹¹ Internetseite NATIONALES FORUM vom Mai 2005.

¹² In einer Rede anlässlich einer vom NPD-Landesverband organisierten Demonstration gegen die Wanderausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“ am 8. Juni 2002 in Leipzig.

- am Verächtlichmachen von Verantwortungsträgern und Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates

Rechtsextremisten bezeichnen den demokratischen Rechtsstaat häufig abwertend als „System“. Zudem werden demokratische Parteien des Öfteren als „Parteienkartell“, „Systemparteien“ bzw. „Lizenzparteien“ diskriminiert. Demokratische Politiker werden in der NATIONAL-ZEITUNG/DEUTSCHE WOCHENZEITUNG, dem Organ der DEUTSCHEN VOLKSUNION, regelmäßig als „Handlanger fremder Mächte“ verunglimpft, die eine „Entdeutschung Deutschlands“ betreiben würden. Holger APFEL äußerte in der DEUTSCHEN STIMME vom Dezember 2003, dass nur die Stimmabgabe für die Nationaldemokraten die „längst notwendige, schallende Ohrfeige für das von Korruption, Parteienwillkür, Dekadenz und Klüngelwirtschaft geprägte Altparteienkartell“ bedeute.

- an revisionistischen Ansichten

Sie sind ein wichtiges Bindeglied zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Strömungen. Revisionismus ist eine Form rechtsextremistischer Agitation mit dem Ziel, die Zeit des Nationalsozialismus zu beschönigen. So wird versucht, den Völkermord im Dritten Reich sowie Kriegsverbrechen und die Kriegsschuld Deutschlands zu leugnen bzw. zu relativieren. Revisionistische Ansichten werden u. a. in zahlreichen rechtsextremistischen Publikationen verbreitet.

So ruft z. B. die NPD auf ihrer Internetseite zur Unterstützung des in Belgien am 26. November 2004 verhafteten Holocaustleugners Siegfried VERBEKE auf und bittet um Spenden für einen „optimalen juristischen Schutz“ für den „Herausgeber und Stifter“ der revisionistischen Stiftung VRIJ HISTORISH ONDERZOEK (VHO). Die VHO entwickelte sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zum wichtigsten Verbreiter holocaustleugnender Schriften in Europa.

Im Einzelnen untergliedern sich rechtsextremistische Bestrebungen in:

- rechtsextremistische Parteien,
- rechtsextremistische Szenen, insbesondere rechtsextremistische Skinheads und Kameradschaften, sowie
- neonationalsozialistische Gruppierungen.

Die rechtsextremistischen Parteien versuchen in ihrer politischen Agitation – trotz öffentlicher Bekenntnisse zum Grundgesetz – wesentliche Grundprinzipien des freiheitlichen demokratischen Staates zu beeinträchti-

gen oder zu beseitigen. Der demokratische Rechtsstaat sowie seine Repräsentanten und Einrichtungen werden diffamiert, um das Vertrauen in die demokratische Staatsform zu untergraben. In ihrer Propaganda sind übersteigerter, den Gedanken der Völkerverständigung missachtender Nationalismus und menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit enthalten. Ausländer werden als minderwertig, kriminell, faul, schmarotzend und betrügerisch dargestellt.

Rechtsextremistische Parteien greifen für die Verbreitung ihrer verfassungsfeindlichen Propaganda oft soziale und wirtschaftliche Themen auf. In der Kritik an den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen werden dabei zum Teil sozialistische Thesen unter nationalistischem Vorzeichen übernommen.

Die rechtsextremistischen Szenen sind kein homogenes Gebilde, sondern ein Sammelbecken unterschiedlicher Gruppierungen. Zu ihnen gehören rechtsextremistische Skinheads, Kameradschaften und rechtsextremistisch motivierte Gewalttäter.

Die rechtsextremistischen Skinheads grenzen sich durch ihre politische Einstellung von anderen Jugendlichen ab. Ihre Weltanschauung ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- extreme Fremdenfeindlichkeit,
- sehr stark ausgeprägter Rassismus und Antisemitismus sowie
- Verherrlichung von Elementen des Nationalsozialismus, insbesondere seiner Führungspersonen und Symbole.

Verbreitet ist z. B. die „Schwarze Sonne“, ein altes heidnisches Symbol, das von den Nationalsozialisten als Fußbodenmosaik in der Wewelsburg, der Ordensburg der SS, verwendet wurde. Teilweise werden auch germanische Symbole verwendet – z. B. das Abzeichen mit dem Hammer des germanischen Gottes Thor – und Riten, wie z. B. Sonnenwendfeiern, aufgegriffen.

Eine Einordnung als Skinhead lediglich nach dem äußeren Erscheinungsbild ist nicht mehr möglich, seit das früher skinheadtypische Aussehen – kurz geschorene Haare, Bomberjacke und Kampfstiefel mit weißen Schnürsenkeln – unter Jugendlichen teilweise zur Mode geworden ist.

Die Skinheadkameradschaften sind subkulturell ausgerichtet sowie von Spontaneität und Aktionismus geprägt. Sie besitzen kein gefestigtes neonationalsozialistisches Weltbild. Hauptsächlich rechtsextremistisch disponierte Jugendliche aus dem Skinhead-Milieu fühlen sich zu solchen oft lockeren Strukturen und Kleingruppen – in der Regel zwischen 10 und 20 Personen – hingezogen.

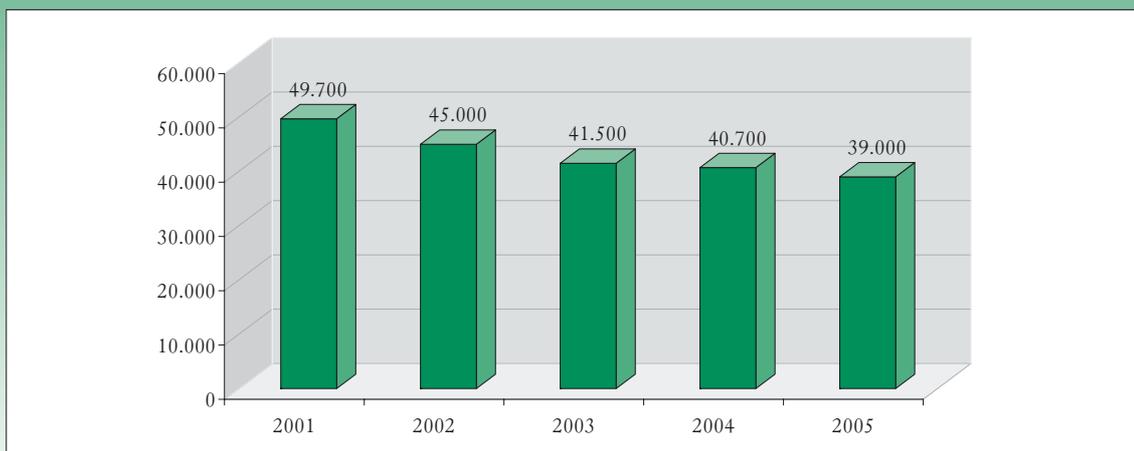
Ihre Aktivitäten konzentrieren sich hauptsächlich auf die Teilnahme an Skinheadkonzerten oder Demonstrationen. Obwohl die Gruppen zum Teil kurzlebig sind, gehen von rechtsextremistischen Skinheads und von durch diese Subkultur beeinflussten anderen Jugendlichen auf Grund ihrer Gewaltbereitschaft Gefahren aus, da sie häufig an Straftaten mit rechtsextremistischem, insbesondere fremdenfeindlichem Hintergrund beteiligt sind.

Die neonationalsozialistischen Gruppierungen, zu denen auch einzelne Kameradschaften gehören, orientieren sich an einem totalitären, nationalistischen und rassistischen Führerstaat mit einer Einheitspartei nach dem Vorbild des Dritten Reiches. Ihr Ziel ist es, die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland

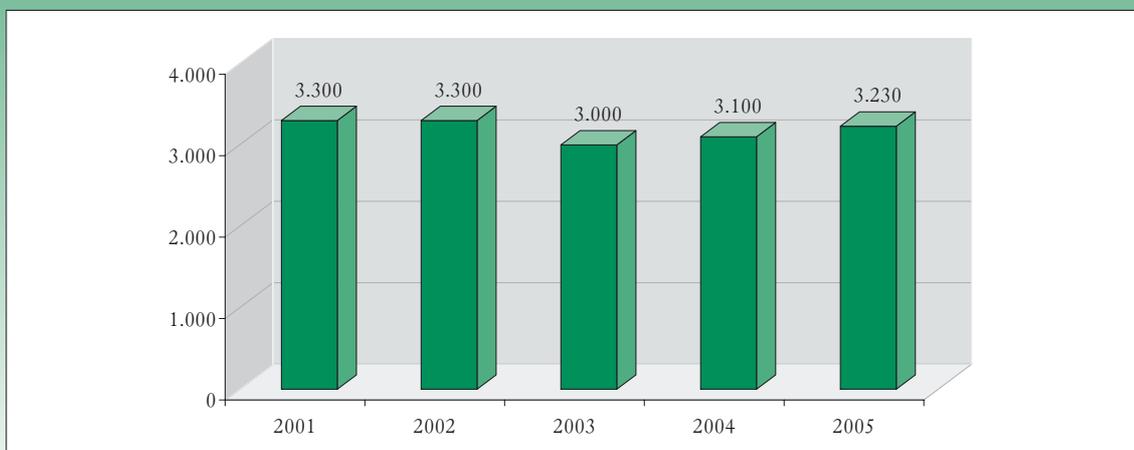
zu beseitigen. Ihre Ideologie stimmt dabei in verschiedenen Punkten mit dem Programm der NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (NSDAP) aus dem Jahr 1920 überein. Nationale Interessen werden zum Nachteil anderer Nationen und des Einzelnen überbewertet. Die „deutsche Rasse“ wird als Elite dargestellt, alles Andersartige als minderwertig eingestuft. Neben jenen neonationalsozialistischen Bestrebungen, die sich insbesondere Adolf Hitler zum Vorbild nehmen, gibt es auch solche Neonationalsozialisten, die sich an antikapitalistischen und sozialrevolutionären Strömungen im historischen Nationalsozialismus orientieren. Sie streben eine Zusammenarbeit und Vernetzung der einzelnen Kameradschaften an. Demonstrationen spielen dabei für die Vermittlung ihrer politischen Interessen eine zentrale Rolle.

Überblick in Zahlen¹³

Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland



Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen



¹³ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

In der Bundesrepublik Deutschland gab es im Berichtsjahr ca. 39.000¹⁴ Rechtsextremisten. Damit sank die Anzahl im Vergleich zum Vorjahr (ca. 40.700) um etwa 4 %.

Die Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen stieg im Berichtsjahr auf ca. 3.230 Personen und damit im Vergleich zum Vorjahr (ca. 3.100) um ca. 4 % an.

Anzahl der Rechtsextremisten Freistaat Sachsen: ca. 3.230 Personen (2004: ca. 3.100) Bundesrepublik Deutschland: ca. 39.000 Personen (2004: ca. 40.700)			
Rechts- extremistische Parteien und Parteienbündnisse Freistaat Sachsen: ca. 1.230 (2004: ca. 1.250) bundesweit: ca. 21.500 (2004: ca. 23.800)	Neonational- sozialistische Bestrebungen Freistaat Sachsen: ca. 270 (2004: ca. 170) bundesweit: ca. 4.100 (2004: ca. 3.800)	Rechtsextremistische Skinheads, gewalt- bereite Rechts- extremisten und Angehörige von Kameradschaften Freistaat Sachsen: ca. 1.660 (2004: ca. 1.600) bundesweit: ca. 10.400 (2004: ca. 10.000)	sonstige rechtsextremistische Organisationen Freistaat Sachsen: ca. 70 (2004: 80) bundesweit: ca. 4.000 (2004: ca. 4.300)
davon:			
NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) Freistaat Sachsen: ca. 1.000 (2004: ca. 950) bundesweit: ca. 6.000 (2004: ca. 5.300)	„Freie Kräfte“ (Kameradschaftsszene Sächsische Schweiz) Freistaat Sachsen: ca. 80 ¹⁵ (2004: keine Angabe)	Rechtsextremistische Skinheads und sonstige gewaltbereite Rechts- extremisten¹⁶ Freistaat Sachsen: ca. 960 (2004: ca. 900) bundesweit: keine Angabe	Angehörige sonstiger rechtsextremistischer Organisationen Freistaat Sachsen: ca. 50 (2004: ca. 60) bundesweit: ca. 4.000 (2004: ca. 4.300)
DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) Freistaat Sachsen: ca. 200 (2004: ca. 250) bundesweit: ca. 9.000 (2004: ca. 11.000)	Mitglieder Neonationalsozialistischer Kameradschaften Freistaat Sachsen: ca. 190 (2004: ca. 170) bundesweit: keine Angabe	Mitglieder anderer rechtsextremistischer Kameradschaften Freistaat Sachsen: ca. 700 (2004: ca. 700) bundesweit: keine Angabe	JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN – Landes- verband Sachsen/ Niederschlesien (JLO) Freistaat Sachsen: ca. 20 (2004: ca. 20)
DIE REPUBLIKANER (REP) Freistaat Sachsen: ca. 30 (2004: ca. 50) bundesweit: ca. 6.500 (2004: ca. 7.500)			
NATIONALES BÜNDNIS DRESDEN (NB) Freistaat Sachsen: über 100 (2004: über 100 ¹⁷)			

¹⁴ Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

¹⁵ Ehemalige Mitglieder aufgelöster oder Mitglieder inaktiver Kameradschaften, die als so genannte „Freie Kräfte“ in der Sächsischen Schweiz auftreten.

¹⁶ Die meisten subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten (hauptsächlich rechtsextremistische Skinheads) sind nicht in Gruppen organisiert. In die Statistik sind als gewaltbereit nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Rechtsextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind.

¹⁷ Die regionale Gruppierung umfasst Mitglieder aus NPD, REP, DVU und JLO sowie Angehörige der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene. Da hier Doppelmitgliedschaften vorliegen, bleibt die Mitgliederzahl des NB in der Gesamtsumme der Rechtsextremisten unberücksichtigt.

Ca. 1.230 Personen gehören rechtsextremistischen Parteien an. Der Mitgliederbestand in diesem Bereich ist gegenüber 2004 (ca. 1.250) leicht rückläufig. Dies ist auf Mitgliederverluste in der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) sowie bei den REPUBLIKANERN (REP) zurückzuführen. Demgegenüber weist die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) mit ca. 1.000 Mitgliedern im Vergleich zu 2004 (ca. 950) einen leichten Zuwachs auf.

Bei den Kameradschaften ist die Anhängerschaft insgesamt gewachsen. Ursächlich hierfür ist insbesondere die Verfestigung der Strukturen im ländlichen Raum. Zudem sind Kameradschaften nach wie vor für Jugendliche attraktiv.

Zur Kategorie der rechtsextremistischen Skinheads, sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten und Kameradschaftsangehörigen¹⁸ zählten im Berichtsjahr ca. 1.660 Personen (2004: ca. 1.600).

Die im parteiunabhängigen Bereich des Rechtsextremismus allgemein festzustellende Politisierung bestand vor allem in einer deutlichen Hinwendung zu einem „nationalen Sozialismus“; dies ließ die Anhängerschaft neonationalsozialistischer Bestrebungen auf nunmehr ca. 270 Personen ansteigen (2004: ca. 170). Dieser Bereich des Rechtsextremismus setzt sich im Freistaat Sachsen derzeit ausschließlich aus der neonationalsozialistischen Kameradschaftsszene zusammen. Bislang war der Neonationalsozialismus in Sachsen im Vergleich zu den alten Bundesländern eine marginale Größe. Hier ist derzeit ein Angleichungsprozess zu beobachten.

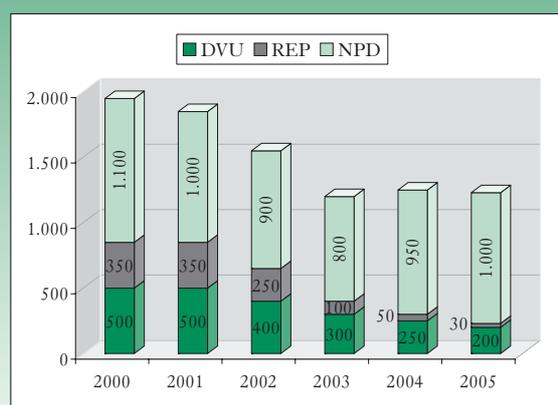
Entwicklungstendenzen im Rechtsextremismus

Rechtsextremistische Parteien

Unter den in Sachsen relevanten rechtsextremistischen Parteien dominierte im Berichtszeitraum weiterhin die NPD. Die DVU und die REP sind in der Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar. Die REP verfügen allenfalls in einzelnen Regionen über handlungsfähige Strukturen.

Ein Blick auf die Mitgliederzahlen verdeutlicht: Die NPD konnte ihren Mitgliederbestand nochmals erhöhen und verfügte im Berichtsjahr über ca. 1.000 Mitglieder. Somit stellt die sächsische NPD den bundesweit stärksten Landesverband. Im Gegensatz hierzu steht die Entwicklung bei DVU und REP, deren Mitgliederzahlen auf ca. 200 bzw. ca. 30 sanken.

Mitglieder rechtsextremistischer Parteien



Rechtsextremistische Akteure versuchen verstärkt, in der Gesellschaft diskutierte Probleme aufzugreifen, zuzuspitzen und mit zumeist populistisch-vereinfachenden Lösungskonzepten zu beantworten. Die NPD macht hier keine Ausnahme und bemüht sich sehr stark, im vorpolitischen Raum Fuß zu fassen. Sie stellt sich als „neutraler“ Akteur dar und lässt ihre eigentlichen extremistischen Zielsetzungen vorübergehend in den Hintergrund treten. So werden z. B. Wander- und Klettergruppen, Spiele und Bastelnachmittage angeboten. Diese zielen nicht nur auf Mitglieder ab, sondern auch auf Außenstehende und sollen einen Anreiz schaffen, sich der Partei zu nähern.

Die NPD und ihre Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) haben im Berichtsjahr ihre Strukturen weiter auf- und ausgebaut. Im Freistaat Sachsen ist die NPD nunmehr nahezu flächendeckend mit Kreisverbänden vertreten; hier geschieht die eigentliche „Basisarbeit“.

Zugleich arbeitete die sächsische NPD im Berichtsjahr an einer rechtsextremistischen Profilschärfung. Standen im Wahljahr 2004 noch soziale Themen – insbesondere im Zusammenhang mit der Gesetzgebung zur Arbeitsmarktreform – im Vordergrund, so spielten soziale Aspekte in der NPD-Politik des Berichtsjahres nur eine untergeordnete Rolle. Vielmehr wurden in den klassischen Bereichen rechtsextremistischer Denksätze – der Ideologie der ethnisch definierten Volksgemeinschaft und der geschichtsrevisionistischen Betrachtung historischer Ereignisse – wieder deutlichere Positionen vertreten. Eine Entwicklung, die auch in strategischen Überlegungen ihre Ursachen hat: In der „Volksfront von Rechts“ kooperiert die NPD mit der DVU und mit einem Teil der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene. Während sich die DVU in der Hoffnung auf Wahlerfolge in der Wahlgemeinschaft mit der NPD selbst diszipliniert, sind die aktionistischen und szenetypischen Radikalisierungsschüben ausge-

¹⁸ Ohne neonationalsozialistische Kameradschaftsszene.

setzten Kameradschaften ein Unruhepotenzial, das befähigt werden will. Dies geschieht über die Schärfung des extremistischen Profils, das sich abheben soll von einem thematischen Ausgreifen in die gesellschaftliche Mitte, wie es im Umfeld des Wahlerfolges der NPD bei den Landtagswahlen 2004 zu beobachten war.

An der Profilschärfung war auch ein führender Vertreter der JN beteiligt. Ihr Bundesvorsitzender, zugleich Mitglied im Bundesvorstand und Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion, sprach provozierend von der Volksfront als einem „rechts-reaktionären, national- und sozialdemagogischen Bündnis“. Hier wird das Spannungsverhältnis deutlich, in dem sich die Jugendorganisation der NPD zwischen Mutterpartei und aktionistischer Kameradschaftsszene sieht; richten sich die „Politik“- und Freizeitangebote der JN doch auch an jene Adressaten, die von den Kameradschaften umworben werden. So ist es kaum verwunderlich, dass die JN im Berichtsjahr ihre Stützpunkte ausbauen und einen Landesverband gründeten. In diesem Zusammenhang treten die JN mittlerweile auch als Akteur in der subkulturellen rechtsextremistischen Musikszene auf, ohne jedoch wesentlichen Einfluss auf das „klassische“, konspirative Konzertgeschehen nehmen zu können, das nur von wenigen Anbietern im Freistaat Sachsen bestimmt wird.

In der sächsischen NPD eskalierten im Berichtsjahr die Auseinandersetzungen zwischen „einheimischen“ und zugezogenen Funktionären. Wesentliche Ursache hierfür war der Führungs- und Machtanspruch des Personenkreises um den Fraktionsvorsitzenden APFEL.

Im Zusammenhang mit den Wahlergebnissen im Jahr 2004 kam es in Sachsen zu einer Konzentration von Personen, mit denen die NPD die Hoffnung verband, im politischen Diskurs meinungsbildend, offensiv und selbstbewusst auftreten zu können. Hier zeigte sich jedoch sehr schnell ein erhebliches parteiinternes Konfliktpotenzial, da die Funktionäre, die ursprünglich den Landesverband aufgebaut hatten, auf ihren hieraus abgeleiteten Führungsanspruch nicht verzichten wollten. Im Dezember wurde die sächsische NPD mit dem Austritt von drei ehemaligen Funktionären und Landtagsabgeordneten konfrontiert – ein Vorgang, der das von ihr gern gezeichnete Bild einer ideologisch und personell geschlossen für die „nationale Sache“ eintretenden Partei nachhaltig erschütterte.

Das stark NPD-dominierte NATIONALE BÜNDNIS DRESDEN – im Jahr 2003 als parteiübergreifender Wahlverein gegründet – entwickelte im Berichtsjahr geringere Aktivitäten als im Jahr 2004; die Inhalte orientierten sich maßgeblich an den Strategien und Aktionen der NPD. Der im Jahr 2004 gegründete Jugendverband NATIONALES JUGENDBÜNDNIS DRESDEN gewinnt zunehmend an

Bedeutung und ist eher aktionistisch ausgerichtet. Im Berichtsjahr bestanden enge Verbindungen zur rechtsextremistischen Kameradschaftsszene.

Rechtsextremistische Szenen

Den rechtsextremistischen Parteien steht eine stark subkulturell geprägte Szene gegenüber. Dazu gehören die rechtsextremistischen Skinheads, Kameradschaften und weitere Angehörige der Kameradschaftsszene.

Von 2000 bis 2002 wies die rechtsextremistische Kameradschaftsszene ein rasches Wachstum auf. Nachdem diese Entwicklung im Jahre 2003 unterbrochen wurde, setzte 2004 und im Berichtsjahr wieder ein Anstieg ein.

Allerdings zeigte sich im Berichtszeitraum ein neuer Trend: Zwar blieb jener Personenkreis, der sich in Kameradschaften organisiert, relativ konstant. Das Potenzial, das der Kameradschaftsszene aber insgesamt zugerechnet werden muss, ist größer. Die Ursache hierfür liegt im Bemühen eines Teils der Szene, die ohnehin losen Organisationsstrukturen weiter zu lockern. Angehörige der Kameradschaftsszene agieren verstärkt konspirativ, um als extremistischer Personenzusammenschluss möglichst nicht in das Visier staatlicher Maßnahmen zu geraten, und treten bei ihren Aktionen nicht mehr als Mitglieder konkreter Kameradschaften auf. Diese weitere Ausdifferenzierung der parteiunabhängigen Szene ist insbesondere in jenen Regionen zu beobachten, in denen in der Vergangenheit Kameradschaften flächendeckend vertreten waren. Hier ist das Netz persönlicher Beziehungen so dicht und raumgreifend, dass das Agieren in einzelnen Kameradschaften entbehrlich und unter dem Gesichtspunkt von Mobilität und Flexibilität sogar eher hinderlich ist. Folgerichtig spiegelt sich im Gegensatz zu den Vorjahren das Anwachsen des Personenpotenzials nicht im Ausbau konkreter organisatorischer Strukturen wider.

Die in den letzten Jahren festgestellte Politisierung der Szene hat sich im Berichtszeitraum fortgesetzt. Dies führte im Freistaat Sachsen zu einer weiteren Verlagerung von der bisher dominierenden Skinheadszene und den ihr zuzuordnenden Kameradschaften hin zu neonationalsozialistischen Kameradschaften.

Die unstrukturierte rechtsextremistische Skinheadszenen verzeichnete – nachdem das Potenzial in den Jahren 2001 bis 2004 konstant geblieben war – im Berichtsjahr einen leichten Anstieg.

Auch wenn Kameradschaften sich im Regelfall im engen räumlichen Umfeld organisieren, so ist doch parallel zur politisierenden Hinwendung zu einem völkischen „nationalen Sozialismus“ auch das Bemühen erkennbar, sich überregional zu vernetzen. Hier ist insbesondere das NATIONALE UND SOZIALE AKTIONSBÜNDNIS MITTELDEUTSCHLAND (NSAM) zu nennen.

Die Stärke der parteiunabhängigen rechtsextremistischen Szene im Freistaat Sachsen wirkte sich auch auf die Zahl der rechtsextremistischen Szeneläden und Vertriebe aus, die in Sachsen über das im bundesweiten Vergleich dichteste Netz verfügen.

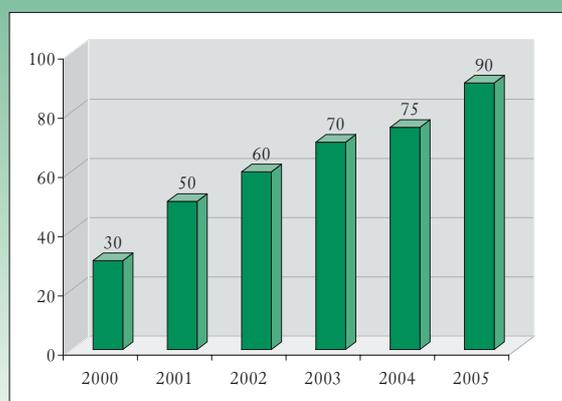
Rechtsextremistische Skinheadkonzerte

Im Berichtsjahr war ein sehr deutlicher Anstieg rechtsextremistischer Konzerte festzustellen. Die sächsische rechtsextremistische Musikszene hat erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Ursachen hierfür liegen unter anderem in einer verstärkten Nutzung von Privaträumen, die es der Szene erleichtern, entsprechende Konzerte weitgehend unbehelligt durchzuführen.

Sächsische Rechtsextremisten im Internet

Das Internet als Kommunikationsmittel und Meinungsforum hat auch für Rechtsextremisten eine wachsende Bedeutung. Dies spiegelt sich im Anstieg der Anzahl sächsischer rechtsextremistischer Internetseiten auf 90 im Berichtszeitraum (2004: 75) wider.

Anzahl sächsischer rechtsextremistischer Homepages



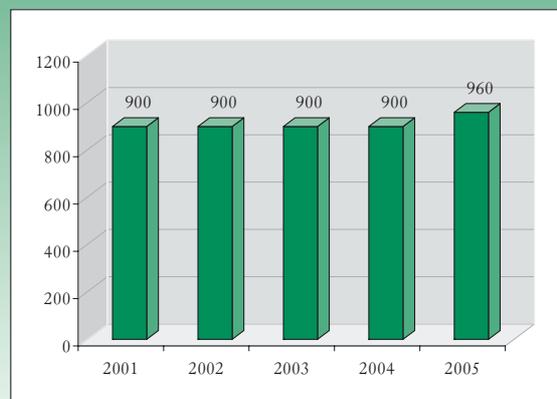
Rechtsextremistische Szenen

Den rechtsextremistischen Parteien steht eine stark subkulturell geprägte Szene gegenüber. Dazu gehören die rechtsextremistischen Skinheads, Kameradschaften und weitere Angehörige der Kameradschaftsszene, die unter der Bezeichnung „Freie Kräfte“ auftreten.

Rechtsextremistische Skinheads

Bis 2004 umfasste die Skinheadszene im Freistaat Sachsen ein konstantes Potenzial von ca. 900 Personen. Diese ist 2005 auf 960 angewachsen. Ein wesentlicher Grund für den Anstieg dürfte in der wachsenden Bedeutung des Konzertgeschehens zu sehen sein; es fanden fast wöchentlich entsprechende Veranstaltungen statt, die zu einer Konsolidierung und einem Ausbau beitrugen. Quantitativ kann die rechtsextremistische Skinheadszene im Freistaat Sachsen als relativ konstante Größe eingeschätzt werden. Offenbar hat sich in diesem Bereich ein „fester Stamm“ herausgebildet, der über einen längeren Zeitraum dieser Subkultur „treu“ geblieben ist.

Anzahl rechtsextremistischer Skinheads



Die Skinhead-Subkultur existiert mittlerweile seit fast 40 Jahren und hat sich nach ihrer Entstehung Ende der 1960er Jahre in Großbritannien weltweit verbreitet. Anfangs handelte es sich um eine vorrangig unpolitische Jugendbewegung, deren Anhänger vor allem aus der Arbeiterklasse stammten.

Nach einem vorübergehenden Niedergang erlebte der Skinhead-Kult ab Mitte der 1970er Jahre eine Neuaufblüte. Für die Skinheads der zweiten Generation spielte die Musik – „Streetpunk“¹⁹ und „Oi!“²⁰ – eine wesent-

¹⁹ Streetpunk: einfach strukturierte, rohe „Drei Akkorde“-Musik, Punk mit proletarischem Hintergrund.

²⁰ Oi!: einfacher Liedaufbau, mittleres Tempo, harte Gitarrenriffs, Refrains zum Mitsingen. Klassische, in der Regel unpolitische Skinhead-Musik.

lich größere Rolle, zumal es erstmals Musikgruppen gab, die speziell für Skinheads spielten.

Die Politisierung von Teilen der Skinhead-Szene begann Ende der 70er bzw. Anfang der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts und ging mit einer Politisierung der von den Skinheads gehörten Musik einher. Anfang der 1980er Jahre gab es die ersten Konzerte rechtsextremistischer Skinhead-Bands. Die Abkürzung „R.A.C.“ („Rock Against Communism“) wurde zur Sammelbezeichnung für rechtsextremistische Skinhead-Musik.

Ein großer Teil der heutigen Skinheads ist rechtsextremistisch eingestellt. Den kleineren Teil der Szene bilden die unpolitischen „Oi!“-Skins²¹ und die „traditionellen“ Skinheads, die sich auf den so genannten „Spirit of 69“, den Anfang der Skinhead-Bewegung, berufen. Außerdem gibt es auch teilweise linksextremistische RED- sowie die so genannten S.H.A.R.P.²²-Skins.



Skinhead

Foto: picture alliance

Rechtsextremistische Skinheads haben meist keine gefestigte rechtsextremistische Ideologie. Dennoch bildete sich eine diffuse rechtsextremistische Weltanschauung heraus, die sich in übersteigertem Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und der Verherrlichung des Nationalsozialismus zeigt. Die rassistische Einstellung der Rechtsextremisten im Sinne einer angeblichen Überlegenheit der „Weißen Rasse“ wird auch durch die von ihnen verwendete Parole „White Power“²³ verdeutlicht.

Rechtsextremistische Musik

Folgende Aussage im einschlägigen HATECORE-FORUM im Internet anlässlich des Pressefestes des DEUTSCHEN STIMME VERLAGS GMBH 2004 zeigt, welchen Stellenwert die rechtsextremistische Szene ihrer Musik selbst zumisst: „Die Szene definiert sich nur über Musik, nicht über politische Inhalte oder eine gefestigte Ideologie. Nimm der Szene die Musik, und sie ist tot.“

Die Musik dient als zentrales Kommunikationsmittel und bildet die gemeinsame Basis der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene. Über den Besuch von Skinhead-Konzerten werden das Gemeinschaftsgefühl in der Szene gestärkt und Kontakte zwischen den verschiedenen regionalen Szenen geknüpft und aufrechterhalten.

Das Musikinteresse der Rechtsextremisten hat sich im Laufe der Jahre weiterentwickelt und ist breiter geworden. Neben der traditionell von rechtsextremistischen Skinheads bevorzugten „R.A.C.“-Musik werden in der Szene seit einiger Zeit verstärkt „Hardcore“²⁴ (hier auch als „Hatecore“ bezeichnet) sowie verschiedene Arten der „Metal“-Musik (insbesondere „Black Metal“²⁵), aber auch Balladen gehört. Durch die unterschiedlichen Musikstilrichtungen und die musikalische Qualität einiger Szenebands wird die rechtsextremistische Musik auch für bisher unpolitische Jugendliche und Anhänger anderer Sub- und Jugendkulturen interessant.

Die Besucher der rechtsextremistischen Konzerte sind daher nicht mehr ausschließlich der Skinhead-Szene zuzuordnen. Unter ihnen befinden sich zunehmend auch Anhänger anderer Subkulturen (z. B. aus der

²¹ Der Begriff „Oi!“ ist keine Abkürzung und nicht übersetzbar. Es handelt sich um eine Wortschöpfung, die für Freude und Aktion steht.

²² **Skinheads Against Racial Prejudice** (deutsche Übersetzung: Skinheads gegen rassistische Vorurteile).

²³ Deutsch: „Weiße Kraft“.

²⁴ „Hardcore“: US-amerikanische Weiterentwicklung der „Punk“-Musik. Härter, schneller und variantenreicher als der klassische „Drei Akkorde Punk“. In der rechtsextremistischen Musikszene wird wegen der hier verwendeten Texte mitunter auch vom „Hatecore“ (Hate = Hass) gesprochen.

²⁵ „Black Metal“: Die Musik setzt sich inhaltlich mit okkulten Themen wie z. B. der Satansverehrung auseinander. Interessant für Rechtsextremisten sind die zum Teil heidnische Ausrichtung des „Black Metal“ und die positive Haltung zur Gewalt.

„Hooligan“-, „Hardcore“-, „Metal“- und „Rocker“-Szene), sowie Jugendliche, die sich generell als Rechtsextremisten (z. B. als „NS“ oder „WP“²⁶) bezeichnen.

Zu dieser Entwicklung gibt es in der rechtsextremistischen Skinhead-Szene selbst unterschiedliche Ansichten. Viele Aktivisten sehen die Öffnung der Szene positiv. Der Sänger der rechtsextremistischen Band KRAFTSCHLAG äußerte in einem Interview im HATE-CORE-FORUM auf die Frage nach seinen Musikvorlieben: „Ich höre so ziemlich alles. (...) Ich denke mal es ist ein großer Schritt vorwärts, die Allianz der Rechten Szene mit dem politischen BM-Untergrund²⁵ und der Heidnischen Gothic Szene. Auch wenn viele mit dem Aussehen der Leute Probleme haben, überwiegen doch meistens die gleichen Ansichten. (...) reine Skinbands gibt es nicht mehr viele (...) eine reine Glatzenszene auch nicht. Dafür hat sich das ganze zu sehr politisiert. Und das ist auch gut so.“

Es gibt aber auch andere Stimmen: „(...) jeder kann sich meinertwegen so anziehen wie er lustig ist (...) Metaller, Hardcore, Hooligan. (...) Wenn man aber auf Gigs als Sharp bekokkelt wird (...) oder als Zurückgebliebener betitelt wird weil man heutzutage noch als Skin auftritt, dann ist es schon weit böse. Für die nationale Sache ist Skinhead heute sicherlich nicht mehr von so großer Bedeutung, für mich persönlich aber schon.“²⁷

Skinhead-Musikgruppen / rechtsextremistische Bands

Im Jahr 2005 waren 20²⁸ namentlich bekannte und als rechtsextremistisch einzustufende sächsische Musikgruppen aktiv. Diese Bands traten bei rechtsextremistischen Skinhead-Konzerten auf oder veröffentlichten Tonträger.

Die Mehrzahl dieser Bands gehört der Skinhead-Subkultur an, einige können auf Grund ihres Musikstils und ihres Auftretens der „Hardcore“-Szene zugerechnet werden. Unter den sächsischen Musikformationen befinden sich auch so genannte „Wiking“-²⁹ bzw. „Black-Metal“- sowie „Grindcore“-³⁰ Bands, welche aber bisher eher Ausnahmefälle darstellen.

ASATRU (Bautzen)

BLITZKRIEG (Chemnitz)

BRÜDER DES HASSES (Flöha)

DÖBELNER JUNGS (Döbeln)

EISENHERZ (Pirna)

GUILTYLY THE PAIN (Löbau)

HAFTBEFEHL (Reichenbach)

KONFRONTATION (Mittleres Erzgebirge)

MOSHPIIT (Sachsen/Thüringen)

ODESSA (Leipzig)

PROJEKT X (Ehrenfriedersdorf)

RACIAL PURITY (Dresden)

SACHSONIA (Dresden)

SELBSTSTELLER (Riesa)

SENCE OF PRIDE (Dresden)

T.H.O.R. (Schneeberg)

WEIßE HORDE

WHITE DESTINY (Wurzen)

WHITE RESISTANCE (Erzgebirge)

W.O.T.A.N. (Ostsachsen)

In den Liedtexten der rechtsextremistischen Bands werden häufig Rassismus, Antisemitismus und Gewalt propagiert, die Wehrmacht, das nationalsozialistische Regime und seine führenden Vertreter verherrlicht und der Kampf der Nationalisten gegen das ihnen verhasste demokratische System beschrieben. Darüber hinaus wird das alltägliche Leben der Skinheads thematisiert. Aber auch Germanen- und Wikingerkult sowie die nordische Mythologie sind Inhalt der Texte. Nicht immer wird der Rechtsextremismus für Außenstehende auf den ersten Blick deutlich. Neben zum Teil schwieriger akustischer Verständlichkeit variieren die Aussagen in den Liedern von allgemeiner Kritik (z. B. an der derzeitigen Situation in Deutschland) über versteckte Andeutungen und Wortspiele bis hin zu unverhohlenen geäußertem Hass und Gewaltaufrufen.

Ein Beispiel für die unverhohlenen ausländerfeindliche und rassistische Einstellung zeigt der Liedtext „Rettet das Blut“ von ASATRU:

*„Einst geprägt, dass Deutsche Volk,
von der nordisch germanischen Rasse.
Doch schau ich jetzt in viele Augen,
verliert sich diese in der Masse.
Fast ausgerottet und am Boden,
seh ich diese Urgestalt.
Unterwandert von fremden Kulturen,
doch den Deutschen lässt das kalt.“*

Refrain:

„Rettet das Volk.

Rettet die Nation.

Rettet unser Blut, der Sieg ist unser Lohn.“³¹

²⁶ Nationalsozialisten bzw. Anhänger der rassistischen „White Power“ Bewegung.

²⁷ „Gedanken in eigener Sache“ des Herausgebers des Fanzines FOIER FREI! Nr. 20. Schreibweise wie im Original.

²⁸ In der Kurzfassung des Verfassungsschutzberichtes 2005 wurde die Anzahl mit 18 angegeben. Diese Zahl beruhte auf dem damaligen Erkenntnisstand des LfV Sachsen. Die nach Veröffentlichung des Kurzberichtes beim LfV eingegangenen Informationen machten eine Anhebung der Zahl notwendig.

²⁹ Auch Viking-Metal, Mischung von Black-Metal mit nordischer Folklore, in den Texten werden Leben und Mythen der Wikinger behandelt.

³⁰ Extreme Art der Metal-Musik mit Wurzeln im Hardcore, stakkatoartige Rhythmik und ungewöhnliche Liedstrukturen.

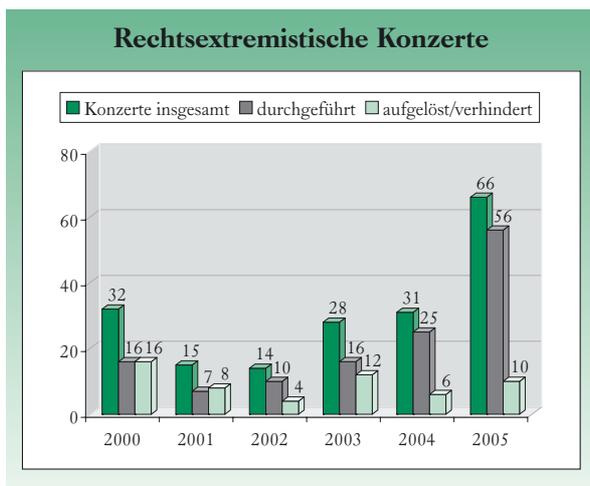
³¹ Schreibweise wie im Original.

Der rassistische „White Power“-Gedanke wird bei der Dresdner Skinhead-Band SACHSONIA deutlich ausgedrückt. Im Refrain des Titels „Skinhead“ (CD „Herzlich Willkommen“, 2004) heißt es:

*„Skinheads – aus dem Sachsenland,
Skinheads – kommt reicht uns die Hand,
Skinheads – treu zum Vaterland,
Deutsche Skinheads – White Power.“*

Rechtsextremistische Skinhead-Konzerte / andere rechtsextremistische Konzerte

Im Jahr 2005 war in Sachsen ein deutlicher Anstieg der rechtsextremistischen Skinhead-Konzerte zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Anzahl dieser Veranstaltungen mehr als verdoppelt. Dem LfV Sachsen wurden 66 geplante rechtsextremistische Konzerte bekannt. Davon wurden 56 durchgeführt, acht von der Polizei aufgelöst und zwei verhindert. Die durchschnittliche Besucherzahl pro Konzert sank auf ca. 150 Personen gegenüber ca. 175 im Jahr 2004.



Auch bundesweit wurde eine starke Zunahme von rechtsextremistischen Skinheadkonzerten beobachtet. Es wurden 193 derartige Veranstaltungen registriert. Davon wurden 26 aufgelöst; 22 weitere Konzerte konnten verhindert werden. Durchschnittlich nahmen 150 Personen an jeder Veranstaltung teil.

Die deutliche Zunahme der Konzertzahlen im Vergleich zum Vorjahr ist in Sachsen unter anderem auf die verstärkte Nutzung von so genannten Szene-Objekten zurückzuführen, wie beispielsweise in Dohna/OT Borthen (Lkr. Sächsische Schweiz), Döbeln und Mücka (Niederschlesischer Oberlausitzkreis), in denen regelmäßig Konzertveranstaltungen durchgeführt wurden. Die in diesem Zusammenhang überregional bekannt gewordene Diskothek „Wodan“ in Mücka steht der Szene nicht mehr zur Verfügung. Sie wurde inzwischen geschlossen. Fanden in den Szene-Objekten im Jahr 2004 nur etwa 35 % aller rechtsextremistischen Skinhead-Konzerte statt, so waren es 2005 über 65 % der gezählten Konzerte. Neben den logistischen Vorzügen – eine technische Ausrüstung und einfache Versorgungsmöglichkeiten sind zumeist vorhanden – spielen vor allem die Besitzverhältnisse eine entscheidende Rolle. Da es sich in der Regel um Privatgelände handelt, sind dem Handeln der Behörden rechtliche Grenzen gesetzt. Eine Auflösung der Veranstaltungen ist kaum möglich. Die durchgeführten Konzerte wertet die rechtsextremistische Szene als Erfolg und Ansporn für weitere Aktivitäten.

Insgesamt kamen zu den rechtsextremistischen Konzerten im Freistaat Sachsen ca. 10.000 Besucher. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl pro Konzert lag bei etwa 150 Personen. In dieser Zahl sind auch die fünf offiziellen Konzertveranstaltungen der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN und der NPD berücksichtigt. Bei den meisten Veranstaltungen handelte es sich allerdings um kleinere Konzerte mit 50 bis 200 Besuchern. Bis auf wenige Ausnahmen wurden die Konzerte konspirativ vorbereitet und durchgeführt. Sie hatten kaum Außenwirkung.

Skinhead-Vertriebe

Rechtsextremistische Szenemusik kann nicht offen über den allgemeinen Musikhandel bezogen werden. Daher entwickelten sich eigenständige, der rechtsextremistischen Szene zuzurechnende Vertriebsstrukturen. Die anfängliche Beschränkung der Vertriebe auf den Tonträgerhandel wich im Zuge der fortschreitenden Kommerzialisierung der rechtsextremistischen Szene zwischenzeitlich einem umfassenden Angebot an Textilien, Schmuck und Alltagsgegenständen. Es entstand ein breit gefächertes Anbietergeflecht aus

Szeneläden, Versandunternehmen und Musiklabels. Oftmals bildeten sich Mischunternehmen, die mehrere Angebots- oder Produktionsmöglichkeiten kombinierten. Bis Mitte der 1990er Jahre hatten sich einige große, professionelle Vertriebsunternehmen entwickelt, die den Markt dominierten.

In den letzten Jahren ist jedoch eine Dezentralisierung der Vertriebsstrukturen zu beobachten: große, etablierte Vertriebsunternehmen verlieren zu Gunsten kleinerer, regional gebundener Strukturen sowie reinen Internetanbietern an Bedeutung.

Neben den gewerblich angemeldeten Szeneläden, Versandunternehmen und Labels existieren häufig weitere, konspirativ agierende Kleinststrukturen. Diese handeln überwiegend mit Tonträgern in kleinerer Stückzahl und sind meist bei Szeveranstaltungen präsent. Über sie kann häufig auch strafrechtlich relevante Ware bezogen werden.

Im Freistaat Sachsen existiert eine sehr ausgeprägte Vertriebszene. Diese konzentriert sich vor allem auf die Ballungsräume Chemnitz und Dresden. Außerdem ist eine Dezentralisierung der Vertriebszene zu beobachten. So eröffneten in den letzten Jahren einige Szeneläden, außerdem wurden mehrere neue Internet-Versandunternehmen bekannt.



In Sachsen sind neben mehreren kleinen Unternehmen mit lokaler Bedeutung auch einige überregional bedeutende Vertriebe ansässig. Diese verfügen über mehrere tausend Kunden im In- und Ausland. Es wird eingeschätzt, dass ihr Umsatz einhunderttausend Euro überschreitet. Einige bringen unter eigenem Label Tonträger heraus.

Rechtsextremistische Vertriebe aus dem Freistaat Sachsen traten außerdem als Unterstützer des bundesweiten „Projekts Schulhof“³² auf.

Rechtsextremisten aus Sachsen nutzen jedoch auch ausländische Vertriebe sowie die Grenz Nähe zu Tschechien und Polen, um dort – nicht selten strafrechtlich relevante – Tonträger und Gegenstände mit rechtsextremistischem Bezug zu erwerben.

Fanzines ³³

Fanzines sind die traditionellen Publikationen der Skinheadszene. Sie stellen trotz wachsender Konkurrenz durch das Internet noch immer ein bedeutendes Kommunikationsmittel dar.

Die Fanzines entwickelten sich seit Anfang der 1990er Jahre von amateurhaften Schreibmaschinenausgaben und selbst gezeichneten Karikaturen hin zu Magazinen mit professionellem Layout. Sie erscheinen meist unregelmäßig. Ihre Herausgeber sind überwiegend Personen mit jahrelanger Szeenerfahrung.

Die Publikationen werden bei Szeveranstaltungen sowie über Versandunternehmen und in Szeneläden angeboten. Häufig können sie auch direkt beim Herausgeber bestellt werden.

Die Artikel bzw. Karikaturen in Fanzines haben häufig rechtsextremistischen, nicht selten rassistischen und antisemitischen Charakter. Häufig wird über Veranstaltungen der Skinheadszene sowie der NPD berichtet, es werden neue Publikationen und Tonträger vorgestellt; Szevertriebe werben für ihre Angebote. Regelmäßig finden sich auch Beiträge über deutsche und ausländische Skinheadbands. Mitunter werden auch Artikel aus anderen rechtsextremistischen Publikationen übernommen.

Der Freistaat Sachsen gilt seit Jahren als ein bundesweiter Schwerpunkt für die Herausgabe von Skinheadfanzines. Hier erschienen etablierte Publikationen wie FOIER FREI! und DER PANZERBÄR. Außerdem waren in den Vorjahren erstmals die Fanzines WHITE VICTORY und RUFEN INS REICH herausgegeben worden. Daneben existierten Publikatio-



³² Siehe auch Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2004, Seite 24.

³³ Kunstwort, das aus „Fan“ und „Magazin“ zusammengesetzt ist.

nen der Kameradschaftsszene mit fanzinetytischem Aufbau. Hierzu zählte in Sachsen das RIESAER ZÜNDBLÄDD'L.

Um die Jahreswende 2004/2005 sowie im Herbst 2005 erschienen neue Ausgaben des STAHLHELM. Diese Publikation verlagerte ihren Inhaltsschwerpunkt im Verlauf ihres Erscheinens von einer politisch-ideologischen Prägung zu einem Heft mit fanzineähnlichem Charakter. Erstmals herausgebracht wurde das in Ostsachsen erscheinende Fanzine DECLARATION OF WAR, von dem 2005 zwei Ausgaben erschienen.

Ende 2005 erschien die Ausgabe 20 des FOIER FREI!; der Herausgeber kündigt die Einstellung des Fanzines an.

Kameradschaften und Kameradschaftsszene

Der Begriff Kameradschaft

Zu den Kameradschaften als konkret fassbaren Personenzusammenschlüssen zählen neben neonationalsozialistischen Kameradschaften auch Kameradschaften, die als lose strukturierte Gruppen und Cliques dem subkulturellen Skinheadmilieu zuzuordnen sind.

Skinheadkameradschaften und neonationalsozialistische Kameradschaften sind unterschiedlich geprägt: erstere besitzen keine festen Führungsstrukturen und sind subkulturell ausgerichtet; letztere sind vornehmlich von neonationalsozialistischer Ideologie und Hierarchiedenken geprägt. Die Grenzen zwischen Neonationalsozialisten und Skinheads sind jedoch fließend.

Die in den letzten Jahren festgestellte Politisierung der Szene hat sich im Berichtszeitraum weiter verstärkt. Im Freistaat Sachsen führte dies zu einer weiteren Stärkung der neonationalsozialistischen Kameradschaften. In den Jahren 2001 und 2002 existierte mit dem NATIONALEN JUGENDBLOCK ZITTAU e. V. (NJB) nur eine nennenswerte neonationalsozialistische Kameradschaft mit 25 bzw. 40 Mitgliedern. 2003 waren bereits ca. 110 Personen und 2004 170 Personen neonationalsozialistischen Kameradschaften zuzurechnen, im Berichtszeitraum waren es bereits 270 (190 in Kameradschaften und 80 bei den so genannten „Freien Kräften“). Das Potenzial anderer rechtsextremistischer Kameradschaften (z. B. Skinheadkameradschaften) ist mit ca. 700 Personen gleich geblieben.

Selbstverständnis der Kameradschaften

Die rechtsextremistischen Kameradschaften verstehen sich als Teil des so genannten „Nationalen Widerstands“. Dieser Begriff ist eine Kampagnebezeichnung der rechtsextremistischen Szene, unter der sich alle rechtsextremistischen Kräfte – Einzelpersonen, Kameradschaften, Parteien oder andere Organisationen – gemeinsam formieren und in öffentlichkeitswirksamen Aktionen als eine politische Kraft auftreten sollen. Von diesem Selbstverständnis ausgehend streben sie folgende Ziele und Strategien an:

- gemeinsamer Kampf gegen das politische System der Bundesrepublik Deutschland,
- Überwindung politischer Differenzen innerhalb der rechtsextremistischen Szene,
- Favorisierung lockerer Strukturen,
- Zusammenarbeit in zeitweiligen, meist anlass- und themenbezogenen Aktionsbündnissen.

Entstehung der rechtsextremistischen Kameradschaften

Die Bildung von Kameradschaften geht ursprünglich auf ein Konzept von Neonationalsozialisten zurück. Nachdem 1992 und in den folgenden Jahren eine Reihe neonationalsozialistischer Organisationen verboten worden war, strebte die Szene eine „Organisierung ohne Organisation“ an. Ein Netzwerk kleiner unabhängiger Zellen sollte die „angreifbaren“ Organisationsformen ersetzen.

In den Folgejahren entstanden nach diesem Konzept einige neonationalsozialistisch geprägte Kameradschaften, von denen sich die meisten in den Jahren 1996 und 1997 wieder auflösten. Grund dafür war vor allem die neue „aktionistischere“ Linie der NPD und ihre Öffnung für Skinheads und Neonationalsozialisten. Diese Klientel wandte sich in der Folge verstärkt der NPD zu, die damit im Freistaat Sachsen ihre Strukturen und ihre Bedeutung ausbauen konnte. Der Zustrom zur NPD verebbte, nachdem viele der neu eingetretenen Mitglieder – von der tatsächlich stattfindenden Parteiarbeit enttäuscht – die Organisation wieder verließen. Der Trend ging deshalb schon 1999 hin zu Kameradschaften und verstärkte sich in den Jahren 2001 und 2002. In dieser Zeit der vorrangig quantitativen Entwicklung prägten eher subkulturell orientierte Gruppierungen die Szene, deren Aktivitäten vor allem auf Skinhead-Partys fixiert waren. Ansätze für politische Arbeit zeigten sich nur punktuell im Rahmen der „Anti-Antifa-Arbeit“³⁴. Stattdessen beteiligten sie sich an Aktionen anderer rechtsextremistischer Organisationen, wie z.B. der NPD. Die Partei übte in dieser Entwicklungsperiode

³⁴ Bei der so genannten Anti-Antifa-Arbeit handelt es sich um die gezielte Beobachtung des politischen Gegners. Durch Sammlung und Veröffentlichung ihrer Personendaten und der von ihnen genutzten Einrichtungen sollen politische Gegner zumindest eingeschüchert werden.

wegen ihrer öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten und organisationsübergreifenden Aktionen auf die Kameradschaftsszene erneut eine große Anziehungskraft aus.³⁵

Die Entwicklung der Kameradschaftsszene 2005

Nach einer Stagnation im Jahr 2003 zeichnet sich seit 2004 wieder eine deutliche Zunahme der Kameradschaftsszene ab. 2004 gehörten ihr ca. 870 Personen an. Dieser Trend setzte sich im Berichtszeitraum fort. Das Gesamtpotenzial der Kameradschaftsszene betrug im Berichtszeitraum ca. 970 Personen.³⁶

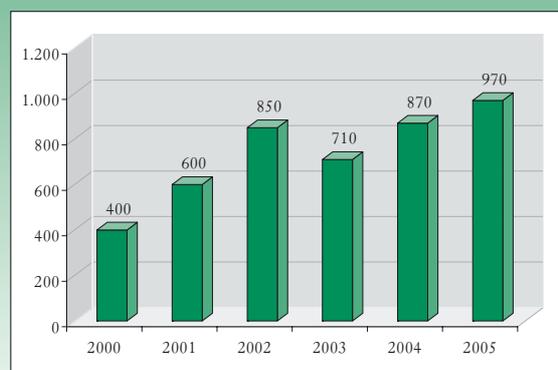
Dieser Wachstumsprozess wird auch deutlich von der Szene reflektiert. Er scheint aber – so die Sicht einiger Aktivisten – nicht ganz unproblematisch zu sein. Dazu heißt es beispielsweise in einem Jahresrückblick der Zeitschrift FREIER RUNDBRIEF DRESDEN: „Durchaus problematisch gestaltete sich die Tatsache des großen Ansturms an neuen Personen. Insbesondere an Jugendlichen. Was nicht in JN oder Nationalem Jugendbündnis aufgeht, führte in letzter Zeit zu massiver Bildung von Kleinstgruppen.“³⁷ Das wird von den Aktivisten einerseits als positiv gewertet, da lose Strukturen favorisiert werden. Andererseits scheint sich aber auch dadurch ein Potenzial zu entwickeln, das von den Hauptakteuren der Kameradschaftsszene nur noch schwer unter Kontrolle zu halten ist. Dazu heißt es: „Junge Menschen, die wahrhaft politisch aktiv werden wollen, werden in diesen Kleinstgruppen verheizt, sehen sich in ihren Erwartungen enttäuscht und fallen letztendlich wieder weg.“³⁸ Ebenso wird kritisch festgestellt, dass es offenbar an geeigneten Führungspersonen fehlt, die den Jugendlichen die politischen Positionen erläutern und sie auch bei der politischen Arbeit entsprechend anleiten. Man müsse eingestehen – so der Verfasser des Artikels – „dass innerhalb freier Strukturen ein Mangel an Anlaufpunkten, nicht räumlicher sondern vielmehr personeller Art herrschte.“³⁹

Der personelle Zuwachs innerhalb der Kameradschaftsszene führte offenbar auch – zumindest ansatzweise – zu Überlegungen über Jugendpolitik und die Gestaltung künftiger „Jugendarbeit“. So wird die „Jugendarbeit“ zu einem Schwerpunkt der politischen Arbeit erklärt. „Konsequentere Handlungsweisen gilt es demzufolge zukünftig in der Jugendarbeit anzustreben. (...) Hierzu bedarf es unbedingt den Kontakt zu

interessierten Jugendlichen, die eben nicht in festgefahrenen Parteistrukturen oder in politisch unproduktiven Kleinstgruppen herumdümpeln wollen.“⁴⁰ Deutlich wird aber auch das Ziel der „Jugendarbeit“ formuliert: „Ziel unserer Jugendarbeit muss es sein, selbstbestimmte und eigenverantwortliche Handlungsweisen einer revolutionären und nationalistischen Politik zu schaffen.“⁴¹

Im Gegensatz zu den Vorjahren zeigt sich 2005 in der Entwicklung des Personenpotenzials ein neuer Trend. So spiegelt sich das Anwachsen der Kameradschaftsszene nicht im Ausbau der Strukturen wider. Existierten 2004 noch 49 Kameradschaften, so ist im Berichtszeitraum ein deutlicher Rückgang auf 38 erkennbar.

Personenpotenzial der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene



(Anmerkung zu 2003: Im Sächsischen Verfassungsschutzbericht 2003 wurde das Mitgliederpotenzial rechtsextremistischer Kameradschaften für das Jahr 2003 mit ca. 860 angegeben. Diese Zahl enthielt Mehrfachmitgliedschaften vor allem innerhalb des neonationalsozialistischen Spektrums. So waren Personen sowohl in Einzelgruppierungen als auch in überregionalen Aktionsbündnissen aktiv. Diese Mehrfachmitgliedschaften wurden nachträglich abgezogen. Die Änderung basiert auf einer Vereinheitlichung der Zählweise der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern. Ab 2003 wurden die Mehrfachmitgliedschaften abgezogen; für die Vorjahre ist dies nicht mehr möglich gewesen.)

Die Ursache für diesen Trend liegt im Bemühen der Szene, die Organisationsstrukturen weiter zu lockern. So agieren Angehörige der Kameradschaftsszene konspirativ und treten bei ihren Aktionen nicht mehr

³⁵ Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2000, S. 24.

³⁶ Dieser deutliche Anstieg verbindet sich mit einem neuen Trend. Die Kameradschaftsszene von 970 Personen setzt sich aus 890 Mitgliedern zusammen, die einer konkreten Kameradschaft angehören, sowie 80 Personen der so genannten „Freien Kräfte“, die zwar keiner festen Kameradschaft angehören, aber dennoch in der Kameradschaftsszene aktiv sind.

³⁷ FREIER RUNDBRIEF DRESDEN. 12/2005. S.1.

³⁸ Ebenda.

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Ebenda S. 3. Orthografie wie im Original.

⁴¹ Ebenda.

als Mitglieder konkreter Kameradschaften in Erscheinung. Im Berichtszeitraum entwickelten sich die sog. „Freien Kräfte“, die unter verschiedenen Bezeichnungen wie „Freier Widerstand“ oder „Freie Nationalisten“ in der Öffentlichkeit auftreten. Einerseits handelt es sich dabei teilweise um Mitglieder aufgelöster Kameradschaften, andererseits aber auch um situative Zweckbündnisse. Das entspricht dem bereits oben beschriebenen taktischen Konzept der „Organisierung ohne Organisation“. Diese Option zeigt sich auch im momentanen Selbstverständnis der Szene. Aus einem Internetbeitrag geht beispielsweise hervor⁴², dass sich Angehörige der rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene im Landkreis Sächsische Schweiz als „nationale Aktivisten“ sehen, die den „Freien Kräften Sachsen“ zugehörig sind. Bei diesen soll es sich um einen „(...) überpolitischen Gedankenkreis (...)“ handeln, „(...) welcher sich aus Aktivisten aus allen Ecken Sachsens zusammensetzt.“

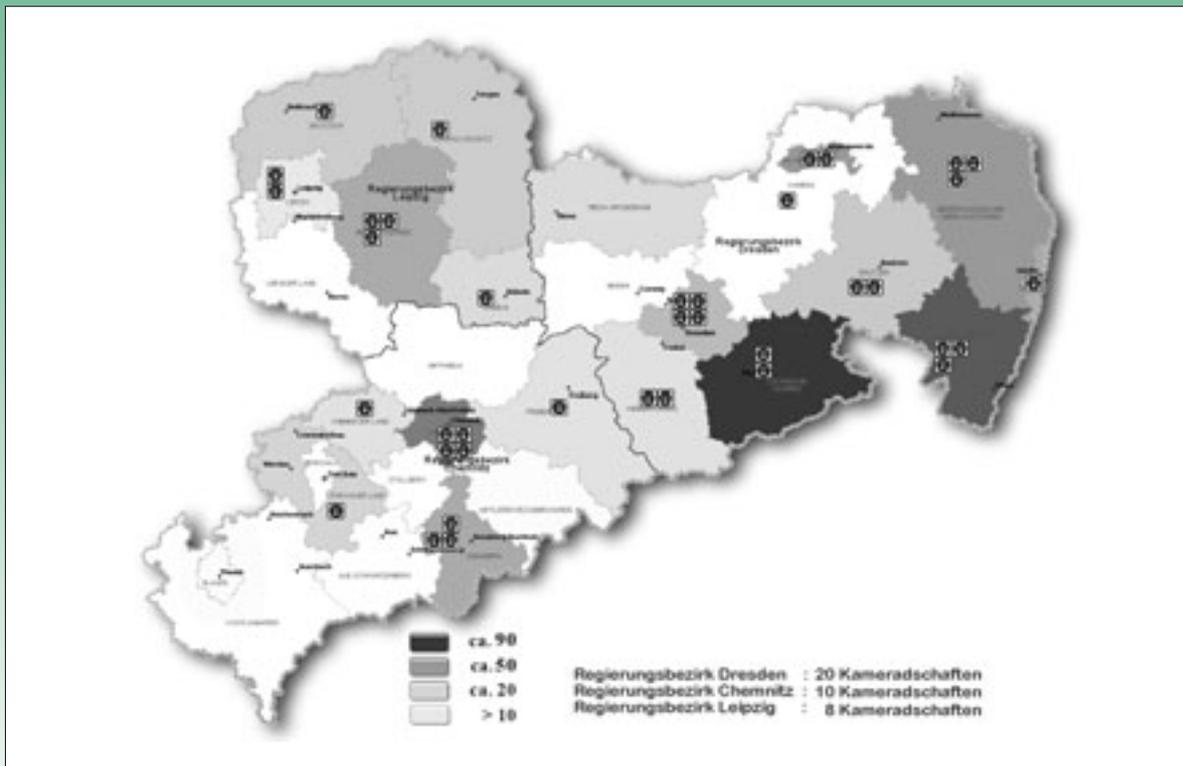
Diese Tendenz zeigte sich vor allem in der Sächsischen Schweiz und im Raum Dresden mit der Folge, dass vor allem die Zahl der Kameradschaften im Regierungsbezirk Dresden zurückging. Mit 20 Kameradschaften bildet dieser jedoch nach wie vor den Schwerpunkt der Kameradschaftsszene.

Qualität und Einfluss dieser rechtsextremistischen Gruppierungen sind in den einzelnen Regionen unterschiedlich ausgeprägt. Auch 2005 zeigte sich, dass vor allem in ländlichen Regionen Kameradschaften nach wie vor Akzeptanz besitzen und einen Teil des öffentlichen Lebens darstellen. Solche Strukturen, die in Großstädten eher eine randständige Existenz führen, können im ländlichen Raum durchaus schon Bestandteil der Gesellschaft sein. Darüber hinaus haben ein begrenztes Vereinsleben und fehlende Freizeitangebote die „Angebotspalette“ der rechtsextremistischen Kameradschaften auch für unpolitische Jugendliche attraktiv werden lassen.

Sächsische Schweiz – ein Schwerpunkt der rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene

Die rechtsextremistische Skinhead- und Kameradschaftsszene im Landkreis Sächsische Schweiz bildet im sachsenweiten Vergleich – obwohl 2005 die organisatorischen Strukturen gelockert wurden – nach wie vor einen besonderen Schwerpunkt. Hier sind überdurchschnittlich viele rechtsextremistische Skinheads ansässig, die sich in den vergangenen Jahren überwiegend in Kameradschaften oder lockeren

Rechtsextremistische Kameradschaftsstrukturen und deren Potenzial in Sachsen (je 100.000 Einwohner)



⁴² Internetseite des FREIEN WIDERSTANDS vom 8. Februar 2005.

Skinheadcliquen organisiert hatten und nunmehr lockere Strukturen favorisieren.

Ebenfalls hoch sind auch ihre Aktivitäten. Szeneangehörige des Landkreises beteiligten sich an einer Vielzahl rechtsextremistischer Veranstaltungen, wie Konzerten und Partys. Sie störten zudem auch Veranstaltungen des vermeintlichen politischen Gegners. So z. B. in der Nacht vom 22. zum 23. Januar 2005 in Pirna, als im Jugendheim „Hanno Günter“ eine Veranstaltung unter dem Motto „Aufmucken gegen Rechts“ stattfand. Diese war Anlass für Rechtsextremisten, vor dem Veranstaltungsobjekt eine Spontandemonstration unter dem Motto „Linker Hetzter entgegnetreten“ durchzuführen.

Bei ihren Aktivitäten beschränkte sich die Szene jedoch nicht nur auf subkulturell geprägte und solche Veranstaltungen, die im Zusammenhang mit dem politischen Gegner standen. Am 7. Mai 2005 wurde in Pirna der von zivilgesellschaftlichen Kräften (Stadtverwaltung Pirna und „Aktion Zivilcourage“) veranstaltete „3. Markt der Kulturen“ von ca. 70 Rechtsextremisten gestört. Die Aktion wurde von der Szene in der Folge im Internet als „Sehr gut verlaufene (...) Aktion mit ca. 70 KameradInnen, 150 frustrierten Linksextremisten (...)“ eingeschätzt. Deutlich zeigte sich in diesem Rahmen auch ihre Ausländerfeindlichkeit. So wurde die Veranstaltung als ein „(...) ekelhaftes Multi-Kulti-Fest (...), bei welchem (...) die vermeintliche Gleichheit aller Menschen vorgegaukelt werden soll“ bezeichnet. In dem Kommentar heißt es weiter: „Eben deshalb traf man an jenem Tag auch wieder auf die sich ständig verfolgt und diskriminiert fühlenden ‚afro-deutschen‘ Mischfamilien aus Pirna und Umgebung, welche sich, wie wäre es auch anders zu vermuten, bei dem Spektakel wohl fühlten wie ein Wildschwein im Schlammloch.“⁴³

Den Stellenwert, den diese Region für die Szene besitzt, zeigt sich auch anhand der Konzertaktivitäten. So ist der Landkreis Sächsische Schweiz weiterhin ein Schwerpunktgebiet bei der Durchführung rechtsextremistischer Konzerte. Als einschlägiges Lokal erwies sich im Berichtszeitraum das Objekt „Scheune“ in Dohna/Ortsteil Borthen. Alle im Jahr 2005 durchgeführten 9 Konzerte fanden dort statt.

Ein wichtiger Bestandteil der Struktur sind die Treffpunkte und Szeneeinrichtungen als logistische Rückzugsräume. Durch entsprechende behördliche Maßnahmen konnte der Aktionsradius der Szene merklich eingeschränkt werden. So gelang es in Dresden Rechtsextremisten bislang nicht, dauerhaft ein Treffobjekt einzurichten. Nachdem bereits im Jahr 2003 der Sze-

netreff „Thor“ geschlossen worden war, bauten Aktivisten im Jahr 2004 eine Kellergaststätte in Dresden zum Treffobjekt aus. Im August 2005 fand die Polizei dort bei einer Durchsuchung über 100 strafrechtlich relevante Tonträger. Dies führte zu einer vorzeitigen Beendigung des zum Jahresende 2005 auslaufenden Mietvertrages: Anfang Oktober 2005 wurde das Objekt geschlossen.

Inhaltlich-weltanschauliche Tendenzen

Wie bereits im Vorjahr diskutierte die Kameradschaftsszene auch 2005 weiterhin zwei große Themenfelder:

1. Das Konzept der Volksgemeinschaft und des „nationalen Sozialismus“.
2. Die Positionen zu den Parteien des „rechten Lagers“ und zur Strategie einer „Volksfront von Rechts.“

Das Konzept der Volksgemeinschaft

Die Diskussion über das Konzept der Volksgemeinschaft weist nach wie vor deutlich antikapitalistische Tendenzen mit einem starken „national-sozialistischen“ Profil auf. Zunehmend wird dieses Thema aber mit der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Bundesrepublik Deutschland in Verbindung gebracht. Im sächsischen Magazin RUFÉ INS REICH heißt es dazu: „Zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland und Europa ist nichts mehr zu sagen. Was auch? Außer Untergang! Hoffnungsschimmer ist eben dieser Untergang, dann wird sich's zeigen, wer die besten Methoden aufweisen kann um alles wieder neu aufzubauen Nationaler Sozialismus!“⁴⁴ In einer anderen Zeitschrift wird die antikapitalistische Sichtweise mit einer eigenen Standortbestimmung verknüpft, wobei der Verfasser die Angehörigen der Kameradschaftsszene als Interessenvertreter des Volkes und Kämpfer gegen den Kapitalismus ansieht. „Wo stehen wir?“ heißt es in dem Beitrag. „Überall da wo die arbeitende Volksmasse ausgenutzt wird, wo sich der Kapitalist mit seinen Gebärden über die Masse Volk stellt.“⁴⁵ Darüber hinaus werden in der Polemik aber auch durchaus marxistische Begriffe verwendet. So heißt es in dem Artikel weiter, dass der „Kampf gegen das Heiligtum des Privateigentums an Produktionsmitteln“⁴⁶ aufgenommen werde.

Im Gegensatz zu den Vorjahren wurden 2005 in die Diskussion über die Volksgemeinschaft und den „Na-

⁴³ Mitteilung im Internet vom 20. Mai 2005.

⁴⁴ RUFÉ INS REICH, 1/2005, S.3. Orthografie wie im Original.

⁴⁵ FAHNENTRÄGER, Ausgabe 12, 2004/2005, S. 19.

⁴⁶ Ebenda.



Transparent auf einer Demonstration von Rechtsextremisten
Foto: Internetseite AUTONOME NATIONALISTEN

tionalen Sozialismus“ erstmals auch Überlegungen zur Umsetzung dieser Ziele einbezogen. Einig ist man sich offenbar in stark antikapitalistischen Positionen und der Ablehnung des Parlamentarismus. Für eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wird eine außerparlamentarische Opposition favorisiert. Deutlich brachte das beispielsweise das LAUSITZER AKTIONSBÜNDNIS (LAB)⁴⁷ zum Ausdruck: „Eines ist uns klar, ein Politikwechsel wird nicht im Parlament durchgesetzt, sondern auf der Straße und in den Betrieben... Deshalb steht für freie und nationale Sozialisten die Entwicklung des außerparlamentarischen Kampfes und der sozialen Bewegung im Mittelpunkt.“⁴⁸ Bisweilen kann die Ablehnung des Parlamentarismus auch durchaus kämpferische Akzente besitzen. Das Ausklammern des parlamentarischen Weges wird mit der Forderung nach einer Revolution gekoppelt. In einem Leipziger Magazin wird das sehr deutlich ausgedrückt: „Wenn man also die BRD nicht auf einem parlamentarischen Weg in das wandeln kann, was Deutsches Reich bedeutet, dann sind und bleiben Wahlen für nationale Sozialisten nur Zeitverschwendung. Nicht Wahlen bringen uns an die Führung, sondern nur eine Revolution.“⁴⁹

Stark ausgeprägt ist eine stark antikapitalistische Haltung, wobei ein neues politisches System angestrebt wird. „Wir müssen gemeinsam den Kapitalismus überwinden, damit unser Volk eine Zukunft hat. Nur ein neues System kann uns allen neue Möglichkeiten bieten.“⁵⁰

In der Diskussion um den Weg zu einer neuen Gesellschaft kristallisierten sich momentan zwei handlungsleitende Aspekte heraus:

1. Die kulturelle Transformation
2. Das Vorleben der Volksgemeinschaft

Kulturelle Transformation

In die Überlegungen über die angestrebte Volksgemeinschaft fließen zunehmend szenetypische kulturelle Betrachtungen ein. Sie betten sich in die Strategie der „National befreiten Zone“ ein, die innerhalb der Szene immer wieder diskutiert wird. Dieses Konzept favorisiert die Herausbildung einer „autonomen Gegengesellschaft“, die auch unabhängig vom bestehenden politischen System agiert und funktioniert. Es geht der Szene um die Etablierung einer Gegenmacht, die sich dem staatlichen Zugriff entzieht und langfristig als Brückenkopf für eine gesamtgesellschaftliche Umgestaltung dient. Herausbildung einer Gegengesellschaft bedeutet auch Entwicklung einer Gegenkultur, so dass Überlegungen über eigene kulturelle Aktionen eine nicht geringe Rolle spielen. Über den Zweck kultureller Aktivitäten heißt es in der MITTELDEUTSCHEN JUGENDZEITUNG: „Wir wollen eine Alternative zu den derzeit vorherrschenden Jugendsubkulturen darstellen und unseren Kameraden und Altersgenossen Werte und Wissen vermitteln, welche für den Kampf um die Freiheit und Selbstbestimmung unseres Volkes notwendig sind.“⁵¹ Über die Rolle der Kultur für die Errichtung einer anderen Gesellschaft setzt man sich detailliert in einem Artikel mit dem Titel „Nationale Jugend und Nasenring“⁵² auseinander. Die Verfasser gehen von der Etablierung einer eigenen Kultur aus, die schließlich zu einer Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse führen soll. Erst die Vermittlung eigener kultureller Werte und Traditionen führe zu einem Umdenken der Menschen als Voraussetzung für einen Systemwechsel. „Wer sich also Gedanken über eine wahre, auf die Natur gegründete Opposition gegen diese schöne neue Welt macht, der muß dafür sorgen, daß zunächst ein verstandesmäßiges Umdenken in Gang kommt, und daß dann dieses Umdenken ins Unterbewußtsein eindringt, mit dem Ziel, eine grundsätzlich andere Erscheinungs- und Verhaltensweise zu erzeugen.“⁵³ In

⁴⁷ Das Bündnis wurde etwa Anfang 2005 von einem führenden Rechtsextremisten initiiert und war bislang in den Regionen Ostsachsen und Südostbrandenburg mit kleineren Aktivitäten, u.a. mit einem Informationsstand und mit Flugblattverteilungen aktiv. Ziel des Bündnisses ist es, parallel zu dem alle ostdeutschen Bundesländer einbeziehenden neonationalsozialistischen NATIONALEN UND SOZIALEN AKTIONSBÜNDNIS MITTELDEUTSCHLAND (NSAM), Rechtsextremisten aus der Lausitz (Südostbrandenburg und Ostsachsen) zu gemeinsamen politischen Aktivitäten zusammenzuführen und damit die politische Schlagkraft dieser Szene zu erhöhen.

⁴⁸ Internetseite des LAUSITZER AKTIONSBÜNDNISSES vom 14. September 2005.

⁴⁹ NATIONALER BEOBACHTER AUS DER REICHSMESSESTADT, 9/2004/2005. ohne Seitenangabe.

⁵⁰ Internetseite des LAUSITZER AKTIONSBÜNDNISSES. a.a.O.

⁵¹ MITTELDEUTSCHE JUGENDZEITUNG, 9/2005, S.2.

⁵² Ebenda. S. 6.

⁵³ Ebenda. Schreibweise wie im Original.

dem Artikel wird die Kultur als wichtiger Bestandteil der Gesellschaft angesehen, die erst durch den Aufbau einer „Gegenkultur“ geändert werden kann. „Schließlich“ – so der Autor – „wollen ja gerade wir eine Alternative zu diesem liberalkapitalistischen System darstellen.“⁵⁴

Da der Kern dieser Positionen die Errichtung einer „kulturellen Hegemonie“ als wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Veränderungen ist, scheint man sich in dieser Hinsicht ideengeschichtlich durchaus auch an linke Theorien anzulehnen.⁵⁵

Das Vorleben der Volksgemeinschaft

Dieser Aspekt ist ebenfalls im Zusammenhang mit dem Konzept der „National befreiten Zone“ zu sehen. Ausgangspunkt sind bereits geschaffene „nationale Freiräume“. In ihnen soll die Idee der Volksgemeinschaft vorgelebt werden. So heißt es dazu beispielsweise in Publikationen der Kameradschaftsszene: „Aber schon heute können wir den nationalen Sozialismus in unseren Reihen leben. Jede Zelle, jede noch so kleine Gemeinschaft von entschlossenen Revolutionären, die schon heute einen gesunden Sozialismus lebt, dient dem Aufbau einer neuen, wirklichen Volksgemeinschaft von unten.“⁵⁶ Dieses Konzept zielt auch strategisch auf Sympathien und Akzeptanz in der Bevölkerung ab. Dazu heißt es weiter: „Unser Ziel ist die Überwindung des derzeit herrschenden Systems und das geschieht nur mit dem Volk, für das Volk. Wir zeigen offen wer wir sind und was wir wollen für jedermann sichtbar – nur so kann es uns gelingen, Akzeptanz und Sympathien im Volk für unsere Sache zu gewinnen.“⁵⁷

Man will die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit, aber auch praktischen Durchsetzbarkeit einer neuen Ordnung überzeugen. Gleichzeitig soll aber auch die

neue Ordnung als Alternative zum bestehenden politischen System präsentiert werden.

Ausführlich setzt sich mit dieser Thematik die Zeitschrift NATIONALER BEOBACHTER, eine Szenepublikation aus dem Chemnitzer Raum, auseinander. Unter der Überschrift „Volksgemeinschaft – mehr als nur ein Begriff“⁵⁸ – setzt der Verfasser der nachlassenden Integrationskraft moderner Industriegesellschaften und den damit verbundenen Individualisierungstendenzen das Modell der Volksgemeinschaft als Alternative entgegen. Der Autor geht davon aus, dass – aus seiner Sicht – die „Anonymität der Großstädte, die Kälte im menschlichen Miteinander und der Zerfall jeglicher Wertvorstellungen von einigen Deutschen hinterfragt wird.“⁵⁹ Diese stellen offenbar für ihn auch die wichtigste Zielgruppe dar, denen man das angestrebte Gesellschaftsmodell unterbreiten will. Ihnen müsse man – so die Argumentation – „unser alternatives Gesellschaftsmodell vorstellen.“⁶⁰ Die Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse soll durch beispielhaftes Vorleben erreicht werden. „Jeder einzelne Nationalist muss im Alltag seiner unmittelbaren Umwelt die Volksgemeinschaft vorleben! Dann wird die Zahl derer, die früher oder später in unsere Reihen treten werden, all unsere Vorstellungen übertreffen.“⁶¹ Das ist durchaus kein Einzelbeispiel. Im Berichtszeitraum wurde dieser Aspekt durchaus auch in anderen Szenepublikationen dargestellt, wobei auch immer wieder die Vorbildwirkung thematisiert wird. So heißt es in der Publikation RUFÉ INS REICH – einem Magazin aus der Sächsischen Schweiz: „Seid Vorbild! Zeigt dem Volk, die Nazis sind anders als in der Zeitung steht.“⁶²

Indem eine andere Gesellschaftsform durch beispielhaftes Vorleben und Überzeugung erreicht werden soll, scheint sich die Szene momentan auch an frühsozialistische Positionen anzulehnen.⁶³

⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵ Das Konzept der kulturellen Hegemonie als Voraussetzung für den Übergang in eine andere Gesellschaftsordnung entwickelte der italienische Kommunist und Theoretiker Antonio Gramsci (1891 – 1937). Siehe dazu: Antonio Gramsci. Gefängnishefte, Bd. 1-6, Hamburg 1991. Zu Gramsci und dessen Theorie u. a.: Hans Heinz Holz, Giuseppe Prestipino, Antonio Gramsci heute. Bonn 1992; Theo Votsos, Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci. Berlin 2001.

⁵⁶ MITTELDEUTSCHE JUGENDZEITUNG. a.a.O. S. 8.

⁵⁷ Ebenda. Orthografie wie im Original.

⁵⁸ NATIONALER BEOBACHTER. UNABHÄNGIGER RUNDBRIEF AUS CHEMNITZ. 1/2005. S.4.

⁵⁹ Ebenda. S.5.

⁶⁰ Ebenda.

⁶¹ Ebenda.

⁶² RUFÉ INS REICH. a.a.O. S.4. Orthografie wie im Original.

⁶³ Die Anschauung, durch beispielhaftes Vorleben in kleinen Kommunen oder durch Überzeugung die Gesellschaft ändern zu wollen, war vor allem in vormarxistischen Sozialismusmodellen verbreitet. Beispielsweise äußerte Theodore Dezamy (1808-1890): „(...) aus dieser strengen Prüfung ist für uns die feste Überzeugung entsprungen: das System der Gemeinschaft wird vollkommen ausführbar sein, sobald nur seine Richtigkeit und Vortrefflichkeit durch die öffentliche Meinung anerkannt wird.“ Zit. in: Waltraud Seidel-Höppner, Joachim Höppner: Sozialismus vor Marx, Berlin 1987, S. 126. Siehe dazu auch: Dies.: Von Babeuf bis Blanqui, Bd. I, Leipzig, 1975, S. 410 f.f., S. 426 sowie: Hans Joachim Lieber (Hrsg.): Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn 1993, S. 470-506.

Positionen zu einer „Volksfront von Rechts“

Im Gegensatz zu 2004 – wo es innerhalb der Szene partiell noch verhaltene Zustimmung zum Volksfrontkonzept gab⁶⁴ – nahmen im Berichtszeitraum Kritik, Skepsis und Ablehnung deutlich zu.

Diese Distanz zur „Volksfrontstrategie“ zeigte sich in allen einschlägigen und für die sächsische Kameradschaftsszene relevanten Zeitschriften. Es zeigt sich aber auch, dass in überregionalen Projekten und Aktionsbündnissen eher gemäßigte Töne angeschlagen werden, so zum Beispiel in der MITTELDEUTSCHEN JUGENDZEITUNG. In einem Artikel mit dem Titel „Die NPD und die Volksfront“ werden lediglich die unterschiedlichen Interessen innerhalb der Volksfront thematisiert. Zwar werden Zweifel am Bestand dieses Bündnisses geäußert, nicht aber die Politik der NPD kritisiert. „Mit FREY hat man sich ja möglicherweise schon die erste Laus in den Pelz gesetzt und der Spannungsbogen von Leuten wie ‚Steiner‘, HEISE und TEGETHOFF bis hin zu FREY dürfte mittelfristig schon zu groß sein, als daß dieses Bündnis von Bestand sein könnte.“⁶⁵ Sehr moderat und tolerant äußert sich das LAUSITZER AKTIONSBÜNDNIS zur Volksfrontproblematik. Zwar lehnt das Bündnis eine Arbeit in den Parlamenten ab. Allerdings werden ein Zusammenschluss der Parteien und deren Einzug in die Parlamente durchaus positiv gesehen. Obwohl die Integration in ein Parteienbündnis indiskutabel erscheint, wird zumindest eine Unterstützung nicht ausgeschlossen. Dazu heißt es: „In diesem Zusammenhang unterstützen wir nationale Sozialisten auch den weiteren Zusammenschluß nationaler Parteien und deren Einzug in die Parlamente.“⁶⁶

Dagegen wird gerade in jenen Regionen, in denen es sowohl eine enge Kooperation als auch personelle Verflechtungen zwischen der Kameradschaftsszene und der NPD gibt, nicht nur heftige Kritik geübt, sondern auch deutlich auf Distanz zum Volksfrontkonzept gegangen. In einem Magazin aus der Sächsischen Schweiz wird die NPD zwar als „Teil des nationalen Widerstandes“ gesehen, jedoch gleichzeitig festgestellt, dass sie „keine Alternative zum bisherigen System bietet.“⁶⁷ Die NPD wird eher als eine Reformpartei angesehen, die zu keinen entscheidenden gesellschaftlichen Veränderungen

in der Lage sei. Der Verfasser des Artikels stellt fest: „Mich, als nationalen Sozialisten vertritt sie nur auf halbem Fuße! Gute Ansätze, aber keine echte Lösung.“⁶⁸

Im Berichtsjahr erfolgte auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Zusammenarbeit zwischen der NPD und den Kameradschaften. Diese schätzen die Dresdner Aktivisten als schwierig ein. In der Zeitschrift FREIER RUNDBRIEF DRESDEN heißt es dazu: „Schwierig gestaltete sich die Zusammenarbeit mit der NPD.“⁶⁹ Das muss auch nicht verwundern, denn im Berichtszeitraum zeigten sich deutlich unterschiedliche politische Auffassungen. Es ist aber auch die Arbeit im Landtag und das Bemühen der NPD, sich in der Öffentlichkeit als „bürgerliche Alternative“ zu präsentieren, was die Aktivisten der Kameradschaftsszene an deren Glaubwürdigkeit zweifeln lässt. So löste die Formulierung des NPD-Fraktionsvorsitzenden APFEL „die Bundesrepublik als souveränen und demokratischen Rechtsstaat erhalten zu wollen“⁷⁰ eine kritische Debatte aus. Wie die Diskussion darüber zeigt, scheinen die Akzeptanz geringer und die Skepsis gegenüber der Partei größer geworden zu sein. Obwohl Funktionäre der NPD versucht hatten, mit Stellungnahmen und Erklärungen die Kameradschaftsszene zu beschwichtigen, konnten offenbar Ressentiments nicht abgebaut werden. Sehr deutlich positioniert sich ein Aktivist in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift FREIER RUNDBRIEF DRESDEN zu dieser Problematik: „Die Aussage, dass diese Formulierung (...) etwas unglücklich (...) gewesen sei, ist meines persönlichen Erachtens nach dahingehend unglaubwürdig, dass sich hinter solch einer Überschrift auch immer eine politische Forderung verbirgt. Dabei geht es nicht darum inwieweit die BRD souverän und demokratisch ist oder nicht. Des Pudels Kern ist schlicht und einfach, dass noch vor wenigen Jahren und Monaten die Rede vom ‚Deutschen Reich‘, bzw. der ‚Abwicklung der Bundesrepublik‘ war und nun der Erhalt selbiger propagiert wird. Inwieweit ist die nationaldemokratische Partei heute noch glaubwürdig?“⁷¹ Andere empfinden diese Formulierung sogar als „ein Schlag ins Gesicht der nationalen Opposition.“⁷² Nationale Sozialisten aus Dresden wollen deshalb „auf alle Fälle die Entwicklung der NPD, besonders hier in Sachsen kritisch verfolgen und gegebenenfalls daraus Konsequenzen ziehen.“⁷³

⁶⁴ Nach dem Einzug in den Sächsischen Landtag favorisierte die NPD eine „Volksfront von Rechts“, in die das gesamte rechtsextremistische Spektrum integriert werden sollte. Die Positionen der Kameradschaftsszene reichten von verhaltener Zustimmung über Skepsis bis zu einer konsequenten Ablehnung. Siehe auch Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2004, S. 32/33.

⁶⁵ MITTELDEUTSCHE JUGENDZEITUNG, 10/2005, S. 6. Schreibweise wie im Original.

⁶⁶ Internetseite des LAUSITZER AKTIONSBÜNDNISSES a.a.O.

⁶⁷ RUF INS REICH. a.a.O. S. 49.

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ FREIER RUNDBRIEF DRESDEN, 12/2005. S. 1.

⁷⁰ Siehe dazu KLARTEXT, 2/2005. S. 3.

⁷¹ FREIER RUNDBRIEF DRESDEN, 5/2005. S. 5. Orthografie wie im Original.

⁷² FREIER RUNDBRIEF DRESDEN, 4/2005. S. 1.

⁷³ Ebenda.

Differenzen, die einer engeren Zusammenarbeit abträglich sind, zeigen sich auch in unterschiedlichen Auffassungen zu Politik und Strategie. Ausgelöst wurde die Debatte darüber durch eine Aktion der FREIEN KRÄFTE am 16. Juni 2005. Vertreter der Kameradschaftsszene aus dem Raum Dresden beabsichtigten an einer Veranstaltung zum Thema Rechtsextremismus teilzunehmen. Hierbei kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremisten. Diese Aktion der Szene kritisierten die Funktionäre der NPD-Landtagsfraktion. Die Kritik richtete sich vor allem gegen die Strategie der politischen Auseinandersetzung. Die Aktion wurde als politische Fehleinschätzung gewertet. Man solle auch – so hieß es weiter – auf Provokationen verzichten, die dem politischen Gegner nutzen würden.⁷⁴

Die Kritik löste eine heftige Diskussion innerhalb der Kameradschaften aus, die sich in einschlägigen Szenezeitschriften widerspiegelt. Deutlich zeigen sich dabei die unterschiedlichen Auffassungen zur politischen Auseinandersetzung. Einer der Hauptakteure positioniert sich dazu wie folgt: „Wir sehen auch das Recht der Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen nicht als Provokation, sondern als Mittel der politischen Auseinandersetzung an.“⁷⁵ Hierbei zeigt es sich, dass die FREIEN KRÄFTE den Schwerpunkt politische Auseinandersetzung im „Kampf auf der Straße“ sehen. Weiter heißt es: „Mit der Strategie der Wortergreifung immer und überall befinden wir uns nicht auf ‚Nebenschauplätzen‘, sondern im politischen Kampf auf der Straße.“⁷⁶ Deutlich zeigen sich in der Diskussion über Formen der politischen Arbeit auch die Skepsis gegenüber der Arbeit der NPD im Landtag und die Ablehnung des Parlamentarismus als Form der politischen Auseinandersetzung. Dies hebt der Verfasser in seinem Diskussionspapier auch deutlich hervor. „Doch wir vertreten den Standpunkt, dass man hinter verschlossenen Bürotüren die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mehr beurteilen kann, denn dafür bedarf es der Erfahrung auf der Straße. Gerade dieser Gesichtspunkt sorgt in den letzten Monaten für viel Unmut bei den Aktivisten, da ein Großteil der Abgeordneten und Mitarbeiter der NPD-Fraktion ihre politische Arbeit auf die Büroräume des Sächsischen Landtages beschränken.“⁷⁷

Rechtsextremistische Parteien

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

Gründung:	1964
Gründung in Sachsen:	September 1990
Sitz:	Berlin
Teil-/Nebenorganisationen:	JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN), NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND (NHB), KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG e.V. (KPV)
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesverband Sachsen mit Sitz in Dresden, 25 Kreisverbände, einzelne Ortsverbände
Mitglieder 2004	
bundesweit:	ca. 5.300
Freistaat Sachsen:	ca. 950
Mitglieder 2005	
bundesweit:	ca. 6.000
Freistaat Sachsen:	ca. 1.000
Publikation:	DEUTSCHE STIMME
Wirtschaftsorganisation:	DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH, Riesa
Präsenz im Internet:	mit mehreren Homepages vertreten
Kennzeichen:	

Unter den rechtsextremistischen Parteien im Freistaat Sachsen nahm die NPD im Berichtsjahr weiterhin eine dominierende Stellung ein. Der ca. 1.000 Mitglieder zählende Landesverband ist die größte NPD-Struktur in Deutschland.

⁷⁴ Internetseite der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag vom 17. Juni 2005.

⁷⁵ FREIER RUNDBRIEF DRESDEN, 6/2005. S. 3.

⁷⁶ Ebenda.

⁷⁷ Ebenda.

Mit dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag im Jahr 2004 in Fraktionsstärke konzentrierten sich immer mehr Führungskräfte der NPD in Sachsen. Neben der Berliner Parteizentrale formierte sich im Regierungsbezirk Dresden mit der NPD-Fraktion, dem DEUTSCHE STIMME VERLAG und dem Sitz der Bundesgeschäftsstelle der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) ein zweites politisches Machtzentrum der NPD, welches besonders von zugezogenen NPD-Funktionären aus anderen Bundesländern geprägt wird. Gleichzeitig verlagerte sich mit dem Umzug der Landesgeschäftsstelle nach Dresden der Schwerpunkt der sächsischen NPD nach Dresden.

Im Dezember 2005 eskalierte der Streit innerhalb der Partei, als drei Mitglieder der NPD-Landtagsfraktion aus politischen und persönlichen Gründen aus der Fraktion austraten und die Partei verließen. Der Austritt löste innerhalb des Landesverbandes eine Krise aus.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der NPD stand im Berichtsjahr die vorgezogene Bundestagswahl. Im Rahmen ihres „Volksfront-Konzeptes“ trat die NPD im Bündnis mit der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) in allen Bundesländern mit Landeslisten und Direktkandidaten an. Die Wahlergebnisse der NPD zur Landtagswahl 2005 in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein zeigten jedoch deutlich, dass sich der Erfolg von Sachsen nicht auf andere Bundesländer übertragen ließ. In der Folge korrigierte die NPD ihre Erwartungshaltung: Man hoffte nun auf wenigstens ein Direktmandat. Erzielt wurde jedoch keines.

Sowohl der Bundes-Wahlkampfleiter der NPD Peter MARX als auch der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT zeigten sich zufrieden mit dem Wahlergebnis. Die Wahl habe gezeigt, dass das Bündnis zwischen NPD und DVU völlig richtig sei. Auch die DVU sah das „Volksfront-Bündnis“ mit der NPD im Aufwind. Vor allem die Wahlergebnisse der NPD in den neuen Bundesländern bieten – so die DVU – eine „optimale Ausgangsbasis“ für die kommenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Jedoch wird dieses „Volksfront-Bündnis“ auch kritisch begleitet. Sowohl innerhalb der NPD/JN als auch außerhalb der Partei in der Kameradschaftsszene gibt es Vorbehalte gegenüber diesem Bündnis.

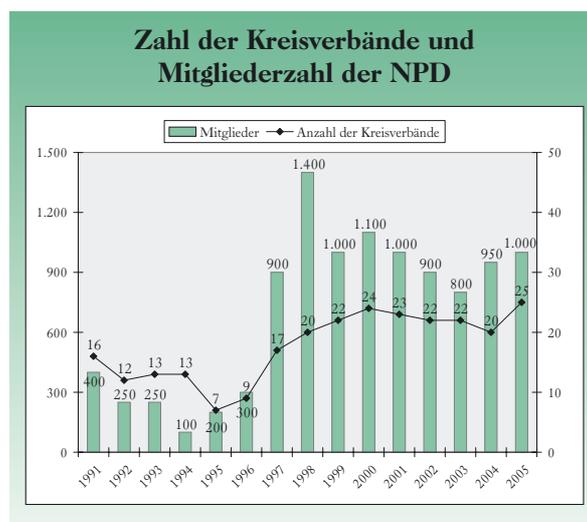
Historie und Strukturen

Die 1964 gegründete NPD ist aus der ehemaligen DEUTSCHEN REICHSPARTEI hervorgegangen. Die NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)⁷⁸ wurde 1969 gegründet.

Am 24. März 1990 gründeten Aktivisten in Leipzig die erste Struktur der sächsischen NPD unter der Bezeichnung MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN (MND). Am 2. September 1990 gründeten die Mitglieder der MND den sächsischen Landesverband der NPD. Am 7. Oktober 1990 fand in Erfurt (Thüringen) ein Vereinigungsparteitag statt, auf dem sich die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR neu gegründeten NPD-Strukturen mit den Landesverbänden der alten Bundesländer zu einer Gesamtpartei zusammenschlossen.

Im Verlauf der folgenden Jahre schwankte sowohl die Zahl der Kreisverbände als auch die der Mitglieder im Freistaat Sachsen stark.

Die Mitgliederzahl war am Jahresende 2003 auf ca. 800 gesunken. Die Partei konnte den weiteren Mitglieder-rückgang jedoch im Jahr 2004 durch ihren Einzug in den Sächsischen Landtag aufhalten und umkehren. Im Berichtsjahr verzeichnete die Partei einen weiteren leichten Mitgliederanstieg. Mit der Gründung der Kreisverbände „Chemnitz“, „Aue-Schwarzenberg“, „Weißeitzkreis“, „Vogtland“ und „Mittlerer Erzgebirgskreis“ ist die NPD fast flächendeckend im Freistaat Sachsen vertreten.



Im Berichtsjahr wurde die Parteizentrale der sächsischen NPD von Leipzig nach Dresden verlegt. In einem Objekt am Rande von Dresden errichteten die NPD-Funktionäre eine neue Landesgeschäftsstelle. Gleichzeitig zog auch die Bundesgeschäftsstelle der JN in das Objekt ein. Mit den Geschäftsstellen von NPD und JN, der NPD-Fraktion in Dresden und dem Verlag der DEUTSCHEN STIMME in Riesa befinden sich somit wichtige Institutionen der NPD im Regierungsbezirk Dresden.

Die DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH – eines der größten rechtsextremistischen Versandunter-

⁷⁸ Nähere Angaben zur JN siehe Abschnitt am Ende dieses Beitrages.

nehmen – hat ihren Sitz in Riesa. Sie wird von Funktionären der NPD geführt. Mit dem Umzug des Verlages von Sinning (Bayern) nach Riesa im Jahr 2000 hat sich eine für die Partei bedeutende logistisch und propagandistisch wirkende Einrichtung in Sachsen etabliert. So siedelten auch führende Funktionäre der Bundespartei nach Sachsen über, die die Politik des sächsischen Landesverbandes mittlerweile maßgeblich prägen. Neben dem Parteiorgan DEUTSCHE STIMME werden über den Verlag Tonträger, Videos, Publikationen und Skinheadartikel vertrieben.

Politische Zielsetzung

Die NPD ist eine rechtsextremistische Partei mit teils neonationalsozialistischer Orientierung. Ihr politisches Selbstverständnis drückt sich in der positiven Bezugnahme auf die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zwischen 1933 und 1945 aus. Dies zeigt sich nicht nur deutlich in der Bewertung führender Repräsentanten des NS-Systems, sondern auch in der engen Anlehnung an deren Sprache und Ideologie.

Die Partei strebt die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. Der „Vasallenstaat“ Bundesrepublik Deutschland sei ebenso „abzuwickeln“, wie es das Volk der DDR vor 15 Jahren getan hat.⁷⁹ Die von Funktionären der JN und NPD oft verwendete Formulierung „Das System hat keinen Fehler, das System ist der Fehler“ beschreibt deutlich die ablehnende Haltung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die NPD strebt nach dem Vorbild des Dritten Reiches die Wiederherstellung des deutschen Reiches als „Schutz- und Trutzbündnis des Deutschen Volkes“⁸⁰ an. Anstelle der freiheitlichen demokratischen Grundordnung will die NPD eine nach „immerwirkenden Naturgesetzen“ bestimmte „neue Ordnung“ in Form einer „Volksgemeinschaft“ errichten. Mit der Forderung zur „Rückkehr“ zur Volksgemeinschaft knüpft die NPD an einen zentralen Begriff des Nationalsozialismus an. In dieser Volksgemeinschaft steht – im Gegensatz zur Werteorientierung des Grundgesetzes – nicht mehr das Individuum mit seiner bedingungslosen, unantastbaren Menschenwürde im Mittelpunkt, sondern das Kollektiv.

Nach Auffassung der NPD resultiert die Würde des Individuums nicht aus dem freien Willen des einzelnen Menschen, sondern ist von biologisch-genetischer Teil-

habe an der „Volksgemeinschaft“ abhängig. Steht der Mensch außerhalb dieser, verliert er das Anrecht auf den Schutz durch den Staat. Deutlich kann der Widerspruch zum Artikel 3 des Grundgesetzes (Gleichheit vor dem Gesetz) erkannt werden: Menschen, die kein „deutsches Blut“ in ihren Adern haben, stehen nach dem Weltbild der NPD außerhalb dieser Gemeinschaft. Sie werden als Bedrohung der „Art“ aufgefasst. Die ausländerfeindliche Haltung der NPD wurzelt in der Überzeugung, dass die Existenz des deutschen Volkes durch die „Durchmischung mit fremdem Blut“ gefährdet sei. Die „menschenfeindliche Integrationspolitik“ gelte es zu beenden, um die „deutsche Volkssubstanz“⁸¹ zu erhalten.

Die NPD lehnt die freiheitliche demokratische Grundordnung und den demokratischen Rechtsstaat ab

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Holger APFEL äußert offen, dass die NPD die freiheitliche demokratische Grundordnung abschaffen will: „Wir sind nicht der Reparaturbetrieb eines untergehenden Systems. Unser Kampf gilt der Demokratie im Sinne einer Herrschaft des Volkes und nicht der z. Zt. bestehenden parlamentarischen Demokratie, die nur noch eine Karikatur des volksherrschaftlichen Gedankens darstellt.“⁸²

Die NPD behauptet darüber hinaus, die Handlungen der Regierung würden im Interesse fremder Mächte erfolgen. Auch nach der Wiedervereinigung von alter Bundesrepublik und DDR sei Deutschland nicht frei. Der NPD-Bundesvorsitzende führte dazu aus: „Die realpolitische Form des politischen Systems der BRD ist zudem von einer kaum zu übertreffenden Vasallenmentalität geprägt, vor allem gegenüber der EU und den USA und auch wiederholt gegenüber bestimmten jüdischen Interessenvertretern.“⁸³

Die Argumentation, die Bundesrepublik Deutschland sei kein souveräner Staat, ist typisch für Rechtsextremisten. Deutsche Politiker werden dabei als „Erfüllungsgehilfen“ fremder Mächte diffamiert. Verschwörungstheoretische „Erklärungsansätze“, z. B. der Hinweis auf das Wirken dunkler Mächte und die Thematisierung Deutschlands als Spielball ausländischer Interessen, sind immer wiederkehrende Konstanten im Weltbild von Rechtsextremisten. Dabei verwenden Rechtsextremisten oft den Begriff „Ostküste“ als Synonym für die Macht amerikanischer jüdischer Bankiers.

⁷⁹ Interview mit dem NPD-Bundesvorsitzenden, in: JUNGE FREIHEIT, Nr. 40/04, 24. September 2004, S. 3.

⁸⁰ Meldung über den „Präsidiumsbeschluß zur V-Mann-Hysterie – Jetzt erst recht!“ auf der Internetseite der NPD vom 17. Juli 2002.

⁸¹ Programm der NPD, 1997, ohne Seitenangabe.

⁸² DEUTSCHE STIMME, Oktober 2005, Seite 3.

⁸³ DEUTSCHE STIMME, März 2005, S. 9.

Der völkisch und politisch begründete Antiamerikanismus der NPD geht nicht selten eine Symbiose mit antisemitisch geprägten, geschichtsrevisionistischen Thesen und platter Politikerbeschimpfung ein. So wird in einem Artikel behauptet, das Land werde durch „eine geistige Knechtschaft durch das Besatzungsregime und dessen Koalition mit der ‚Holocaust-Industrie‘ gnadenlos ausgebeutet“⁸⁴. In einer Internetveröffentlichung des NPD-Landesverbandes heißt es: „Durch den Dauereinsatz der Auschwitz-Keule“ seien „die Deutschen in eine Schuld knechtschaft gezwungen, die es in- und ausländischen Kreisen bis heute ermöglicht, die Deutschen moralisch zu demütigen, wirtschaftlich auszunehmen und politisch zu bevormunden.“⁸⁵

In aggressiv-kämpferischer Art und Weise äußern sich Funktionäre der NPD und der JN über die Beseitigung des demokratischen Rechtsstaates. Die JN verkünden in einem Beschluss des Bundesvorstandes offen, dass sie auf eine „Umwälzung“ hinarbeiten: „Wenn uns bürgerliche und reaktionäre Kreise vorwerfen, daß wir auf eine ‚Umwälzung‘ hinarbeiten, dann sagen wir diesen Leuten: ‚Jawohl, wir versuchen nachzuholen, was Ihr in Eurer verbrecherischen Dummheit versäumt habt!‘“⁸⁶. Ein NPD-Funktionär schreibt vom „Kampf gegen die volks- wie staatzersetzende BRD-Nomenklatura“. Die „Dresdner Schule“⁸⁷ strebt „die Überwindung des liberalistischen Systems, in dem Parteien und Interessengruppen den Staat zum Beute- und Schacherobjekt degradiert haben“⁸⁸, an.

Das Ziel der NPD: Die Wiederherstellung des „Deutschen Reiches“

Die Nationaldemokraten betrachten es als ihre Hauptaufgabe, die „volle Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“ wiederherzustellen. Die NPD hält die Bundesrepublik Deutschland nicht für einen souveränen Staat, sie sei vielmehr militärisch besetzt. Völkerrechtlich bestehe das Deutsche Reich auch nach der Verhaftung der Regierung Dönitz am 23. Mai 1945 weiter⁸⁹, es sei jedoch nicht mehr handlungsfähig.⁹⁰

In einem Thesenpapier der JN wird dieses neue Reich als ein Staat mit einer „unbedingten und starken Zentralgewalt“ beschrieben, dessen Verwaltungsgrenzen der „Reichsgaue“ oder Länder mit den „Stammesgrenzen“ deckungsgleich sein müssen. „Alles was jedoch den Bestand des Reiches und der deutschen Volksgemeinschaft betrifft, bleibt in den festen Händen der Zentralgewalt.“⁹¹ Das Vorbild dieser „Reichsidee“ ist in der Zeit des „Dritten Reiches“ zu finden: Im Parteiprogramm der NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (NSDAP) von 1920 wurde die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches sowie die unbedingte „Autorität des politischen Zentralparlamentes über das gesamte Reich und seine Organisationen“⁹² gefordert.

Die NPD versucht, die Zeit des Nationalsozialismus in Richtung einer wohlwollenden bis rechtfertigenden Betrachtungsweise anzupassen und führende Repräsentanten des NS-Regimes zu heroisieren.

So wird die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geleugnet. Der Angriff auf Polen habe „auf jeden Fall der Abwehr einer deutlich angezeigten militärischen Bedrohung gegen das Reich“⁹³ gedient. Der Zweite Weltkrieg sei den Deutschen von den Amerikanern aufgezwungen worden.⁹⁴ Die Bemühungen Deutschlands um eine Versöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern werden als „Selbstbeichtungsrituale der BRD-Repräsentanten“ diskreditiert. Den millionenfachen Massenerschießungen an Juden relativiert die NPD, indem sie von „gewissen Fehlentwicklungen“ im „Dritten Reich“⁹⁵ spricht.

Der Bundesvorsitzende der NPD Udo VOIGT bezeichnete kurz nach der sächsischen Landtagswahl 2004 in einem Interview mit der JUNGEN FREIHEIT Hitler als einen „großen deutschen Staatsmann“, dem er lediglich vorwerfe, für die Niederlage des Deutschen Reiches verantwortlich zu sein. Die in Nürnberg vor dem Kriegsverbrechertribunal angeklagten Nationalsozialisten, bezeichnete VOIGT als „nationale Kräfte“⁹⁶.

⁸⁴ DEUTSCHE STIMME, August 2004, S. 6.

⁸⁵ Artikel „Zu Wesen und Wollen der ‚Dresdner Schule‘“, Auszug von der Internetseite des Landesverbandes der NPD vom 4. Mai 2005.

⁸⁶ Beschluss des Bundesvorstandes der JN vom 25.-26. Juni 2005, Internet-Auszug vom 25. Juli 2005.

⁸⁷ Zur „Dresdner Schule“ siehe Ausführungen im Abschnitt „Aktivitäten“.

⁸⁸ Artikel „Zu Wesen und Wollen der ‚Dresdner Schule‘“, Auszug von der Internetseite des Landesverbandes der NPD vom 4. Mai 2005.

⁸⁹ Dönitz war bis zu seiner Festnahme durch alliierte Streitkräfte der von Hitler eingesetzte Nachfolger als formelles Staatsoberhaupt.

⁹⁰ Europawahlprogramm der NPD von 2004, Seite 9.

⁹¹ Thesenpapiere der JN, Juli 1998, S. 10.

⁹² Programm der NSDAP vom 13. April 1920.

⁹³ DEUTSCHE STIMME, Artikel „Imperialistischer Raubzug oder nationaler Notwehrakt?“, August 2003, S. 20.

⁹⁴ Artikel „NPD-Abgeordneter leugnet deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg“, Auszug von der Internetseite der „Süddeutschen Zeitung“ vom 17. Februar 2005.

⁹⁵ DEUTSCHE STIMME, Artikel „Die BRD feiert die Niederlage Deutschlands“, Juli 2004, S. 4.

⁹⁶ Interview mit dem NPD-Bundesvorsitzenden, in: JUNGE FREIHEIT, Nr. 40/04, 24. September 2004, S. 3.

Die neue Ordnung „Volksgemeinschaft“

Die NPD will die freiheitliche demokratische Grundordnung abschaffen und durch eine neue Ordnung ersetzen, in deren Mittelpunkt die „Volksgemeinschaft“ steht. Ein sächsischer JN-Funktionär führt dazu aus: „Unser Ziel ist die Volksgemeinschaft. Das jetzige System muss abgeschafft werden, das funktioniert doch nicht. Zuviel Individualismus ist nun mal problematisch, der Einzelne muß sich der Gemeinschaft unterordnen.“⁹⁷

Die „Volksgemeinschaft“ beschreibt die NPD als eine annähernd „ethnisch homogene“ Gruppe von Menschen, die auf Grund „gemeinsamer Sprache, Geschichte, Kultur, Schicksal, etc.“⁹⁸ entsteht. „Jeder Volksangehörige hat das Recht und die Pflicht, an der Gestaltung und dem Leben dieser Gemeinschaft mitzuwirken.“⁹⁹ „An allen Stellen, an denen Einzelinteressen mit Gemeinschaftsinteressen kollidieren, haben diese zu Gunsten des Erhaltes der Gemeinschaft zurückzutreten“.¹⁰⁰ „Der anarchistischen Utopie der absoluten Freiheit des Individuums setzen wir die bewusste, an die Gemeinschaft des Volkes gebundene Freiheit gegenüber.“¹⁰¹

In einem grundsätzlichen Widerspruch zur Werteorientierung des Grundgesetzes, in dem der einzelne Mensch mit seiner bedingungslosen, unantastbaren Menschenwürde im Mittelpunkt steht, sieht die NPD in seiner Einbindung ins Kollektiv die „Grundlage für die Würde des Menschen“ und relativiert die Freiheitsrechte des Individuums. Der Mensch kann seine Freiheitsrechte nur soweit beanspruchen, wie er damit der Volksgemeinschaft nützt. Die programmatischen Ausführungen der NPD lehnen sich damit deutlich an der Ideologie des Dritten Reiches an. Im Programm der NSDAP findet sich eine vergleichbare Passage: „Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten zum Nutzen aller erfolgen.“¹⁰²

Die Volksgemeinschaft soll von Eliten geführt werden. „Auf die Führung durch solch eine Elite hat das Volk eine Berechtigung und einen Anspruch.“ Sie sollen sich nach „einem für sinnvolles politisches Wirken angemessenen Zeitraum (...) aus der Volksgemeinschaft heraus (...) erneuern“.¹⁰³ Wie sich diese „Erneuerung“ vollziehen soll, bleibt unbeantwortet.

Wahlen als wesentliches Element unserer freiheitlichen Demokratie werden für verzichtbar gehalten. Das Wahlrecht biete „keine wirkliche Entscheidungsmöglichkeit“ und habe „lediglich bestätigenden Inhalt“.¹⁰⁴ Auch eine Opposition gegenüber der Regierung soll nicht zugelassen werden. Es dürfe nicht sein, „daß die mit der Führungsverantwortung beauftragte Elite, von den nicht mit der Führung beauftragten, ausgesprochenen Gegnern in ihrer Arbeit, systembedingt behindert wird“. Anstelle einer Opposition soll ein „berufsständisches Kammersystem“ eingeführt werden, welches allerdings nur „beratende Funktion (Antragsrecht)“ besitzen soll¹⁰⁵.

Diese Überlegungen dokumentieren, dass die NPD/JN ein totalitäres Staatsmodell befürwortet, das von wesentlichen Elementen nationalsozialistischer Ideologie beeinflusst ist. So führte Hitler in seinem Buch „Mein Kampf“ u. a. aus, dass die beste Staatsverfassung und Staatsform diejenige sei, die „mit natürlichster Sicherheit die besten Köpfe der Volksgemeinschaft zu führender Bedeutung und zu leitendem Einfluß“ bringe. Der völkische Staat gliedere seine Vertretungskörper in „politische und berufliche ständische Kammern“, deren einzelne Mitglieder beratende, aber niemals beschließende Stimmen hätten.

Alles Fremde wird abgelehnt, um die Art zu erhalten

Die NPD beschreibt die von ihr angestrebte „Volksgemeinschaft“ als „ethnisch homogene Gruppe“. Sie setzt auf das Primat des Nationalen in allen Fragen. Gleichzeitig beschwört sie einen „Schaden“ an der „Volkssubstanz“, falls die „menschenfeindliche Integrationspolitik“ fortgesetzt wird.

In der Erklärung zu Wesen und Wollen der „Dresdner Schule“ heißt es: „Die Ideologen des Multikulturalismus fördern mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die massive Landnahme durch kultur- und rass fremde Menschen (...) Politik, die zu multiethnischen Zuständen führt, ist verbrecherisch, weil sie den Weg in den Ethnosuizid ebnet und den Deutschen ihr Heimatrecht im angestammten Lebensraum abspriicht.“¹⁰⁶

⁹⁷ Artikel in der Sächsischen Zeitung vom 3. November 2005.

⁹⁸ Beitrag „National-revolutionären Gesundheitspolitik“ auf der Internetseite der NPD vom 8. August 2003.

⁹⁹ Schulungsheft WEG UND ZIEL, Januar – März 2000, S. 12. Schreibweise wie im Original.

¹⁰⁰ Wahlprogramm der NPD zur Bundestagswahl 2002, S. 77.

¹⁰¹ Schulungsheft WEG UND ZIEL, Januar – März 2000, S. 12. Schreibweise wie im Original.

¹⁰² Programm der NSDAP vom 13. April 1920, Schreibweise wie im Original.

¹⁰³ Thesenpapiere der JN, Juli 1998, S. 12.

¹⁰⁴ Ebenda.

¹⁰⁵ Ebenda. Schreibweise wie im Original.

¹⁰⁶ Artikel „Zu Wesen und Wollen der ‚Dresdner Schule‘“. Auszug von der Internetseite des Landesverbandes der NPD vom 4. Mai 2005.

Bei einem Blick in das Schulungsheft der NPD wird deutlich, womit diese Haltung begründet wird: Eines „der wichtigsten biologischen Grundprinzipien“ sei „das der Erhaltung der Art. Sämtliche Regelungen, die man für das menschliche Leben trifft, müssen das berücksichtigen.“¹⁰⁷

Die fremdenfeindliche Haltung der NPD resultiert also aus der Überzeugung, dass eine Integration von Ausländern der „Art der Deutschen“ schaden würde und letztendlich die „Rasse“ des Deutschen Volkes durch „Durchmischung“ mit „fremden Blut“ untergehen würde.

Aktivitäten

Wie im Jahr 2004 setzte die NPD auch im Berichtsjahr alles daran, die verschiedenen rechtsextremistischen Kräfte zu einer „Gesamtbewegung des Nationalen Widerstandes“ zusammenzuführen. Dabei verfolgte die NPD im Rahmen ihres „Volksfront-Konzeptes“ zwei Ziele: Einerseits bemühte man sich kontinuierlich um eine Zusammenarbeit mit „Freien Kräften“¹⁰⁸ bis hin zur Integration, andererseits strebte man mit rechtsextremistischen Parteien Bündnisse an.

Im Vordergrund der Aktivitäten standen im Berichtsjahr zwei Landtagswahlen und die vorgezogene Bundestagswahl. In der Hoffnung auf größere Wahlchancen versuchte die Partei, die anderen rechtsextremistischen Parteien zu einem Wahlbündnis zusammenzuführen. Während die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) dies ablehnte, setzte die DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) die bereits zur Landtagswahl in Sachsen und Brandenburg praktizierte Zusammenarbeit fort.

„Deutschland-Pakt“

Am 15. Januar 2005 vereinbarten der NPD-Parteivorsitzende Udo VOIGT und der DVU-Bundesvorsitzende Gerhard FREY die weitere Zusammenarbeit für kommende Wahlen auf Europa-, Bundes- und Landesebene. Die als „Deutschland-Pakt“ bezeichnete Vereinbarung wurde im Rahmen eines in München stattfindenden DVU-Bundesparteitages festgeschrieben. „Der Bruderkampf sei eingestellt“, heißt es in der Vereinbarung, „es wird nun ausschließlich gegen die wirklichen Gegner gefochten.“

Im Hinblick auf die kommenden Wahlen wurden folgende Absprachen getroffen:

- Beide Parteien treten bis Ende 2009 bei Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen nicht gegeneinander an.
- Die NPD tritt zur nächsten Bundestagswahl an und wird dabei 15 Kandidaten der DVU aufstellen.
- Zur nächsten Europawahl kandidiert die DVU. Sechs bis sieben Kandidaten, die der NPD angehören oder ihr nahe stehen, sollen mit aufgestellt werden.
- Die NPD tritt zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen (2005) an. Die DVU soll dafür an den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (2006), Bremen (2007), Hamburg (2008), Thüringen und Brandenburg (2009) teilnehmen.

Bei allen anderen Wahlen bis 2009 will die DVU „jedenfalls dann nicht“ antreten, „wenn die NPD kandidiert“.

Obwohl FREY und VOIGT immer wieder betonten, beide Parteien seien sich in den Grundzielen einig, zeigten sich insbesondere in der Einschätzung des Nationalsozialismus bzw. in der Frage einer Zusammenarbeit mit Neonationalsozialisten immer wieder Differenzen. Während die NPD bestrebt ist, mit diesen Kräften zusammenzuarbeiten und führende Vertreter dieser Kräfte sogar in den Bundesvorstand integrierte, ließ der DVU-Vorsitzende konsequent eine Ablehnung dieser Szene erkennen.

„Volksfront von Rechts“

Die NPD nutzte im Berichtsjahr symbolträchtige Auftritte, um die von ihr angestrebte „Volksfront von rechts“ öffentlich sichtbar werden zu lassen.

Bei der Demonstration der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen e. V. (JLO) am 13. Februar 2005 in Dres-



Demonstration am 13. Februar 2005 in Dresden.

¹⁰⁷ Schulungsheft WEG UND ZIEL, Januar-März 2000, S. 7.

¹⁰⁸ Die Bezeichnung „Freie Kräfte“ steht in der rechtsextremistischen Szene als Synonym für parteiungebundene Angehörige der Kameradschaftsszene, zu der auch neonationalsozialistisch orientierte Personen gehören.

den trugen Funktionäre der NPD und DVU ein Front-transparent mit der Losung: „Nie mehr Bombenterror!“ Sie marschierten zusammen mit führenden Vertretern der neonationalsozialistischen Szene durch Dresden. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Holger APFEL bezeichnete in seiner Rede den gemeinsamen Auftritt des ehemaligen REP-Vorsitzenden SCHÖNHUBER zusammen mit FREY und VOIGT als „eindrucksvolles Signal des immer stärker werdenden Einigungswillens des nationalen Lagers Deutschland“.

Anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes organisierte die JN am 8. Mai 2005 in Berlin einen Aufmarsch. Unter dem Motto „60 Jahre Befreiungslüge – Schluß mit dem Schuldult“ demonstrierten ca. 3.300 Rechtsextremisten, darunter zahlreiche Neonationalsozialisten und rechtsextremistische Skinheads. Ein bekannter Neonationalsozialist zeigte sich erfreut über die mit der Demonstration hergestellte Solidarität zwischen parteigebundenen und freien Kräften.

Im Mai 2005 zogen Neonationalsozialisten unter der Überschrift „Ein Jahr im Zeichen der Volksfront“ eine positive Bilanz bezüglich der Bündnisbemühungen im rechtsextremistischen Lager. Es sei „unmöglich viel in Bewegung“. Mit Thorsten HEISE und Thomas „Steiner“ WULFF seien zwei bekannte freie Nationalisten in den NPD-Bundesvorstand gerückt, die DVU sei mittlerweile mit dem Deutschland-Pakt dem Volksfrontgedanken beigetreten. Eine „Demospitze von Parteivertretern der NPD und DVU über Vertriebenenvertreter bis hin zu Vertretern freier Kräfte“, wie sie der „großartige Gedenkmarsch von Dresden“ im Februar gezeigt habe, sei das Bild, vor dem die „etablierten Machthaber Angst haben“. Eine „außerordentlich gute Zusammenarbeit aller relevanten Kräfte im Norden“ habe es im Wahlkampf der NPD in Schleswig-Holstein gegeben. Auch in Nordrhein-Westfalen habe man mit „vollem Einsatz an der Realisierung eines möglichst flächendeckenden Wahantrittes“¹⁰⁹ der NPD gearbeitet.

Die Neonationalsozialisten zeichnen hier allerdings bewusst ein überzogen einseitiges Bild. Ausgeblendet wird in der Betrachtung z. B. die wiederholte Distanzierung des DVU-Vorsitzenden FREY gegenüber den Neonationalsozialisten. Kritische Stimmen aus den Reihen der „Freien Kräfte“ nach den Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sowie der Bundestagswahl zeigen, dass Teile dieser Szene sich

von der „Volksfront“ distanzieren und auch innerhalb der Bündnispartner stark differierende politische Vorstellungen existieren. Dies reicht von ironischen Kommentaren des bekannten Hamburger Neonationalsozialisten und NPD-Kritikers Christian WORCH, der die „Volksfront“ für einen „Wahlhelferverein für die NPD und eine berufsfördernde Maßnahme für einzelne vormals parteifreie Nationalisten“ hält, bis hin zur DVU-feindlichen Forderung in einem Internet-Forum: „Keine Volksfront mit der Reaktion! Keine Stimme der Demokratie! Solidarität mit allen revolutionären Nationalsozialisten in der NPD!“¹¹⁰ Letztere Autoren solidarisierten sich mit dem JN-Bundesvorsitzenden, der die „Volksfront“ von NPD und DVU als „rechtsreaktionäres, national- und sozialdemagogisches Bündnis“ bezeichnete.

Eine zweite Machtzentrale in Dresden

Die NPD unternahm im Berichtsjahr weitere Schritte, um sich als Gravitationszentrum im Rechtsextremismus zu etablieren. Sie versucht, die Parteiarbeit konzeptioneller zu gestalten, indem sie parteiunabhängige Intellektuelle an die Partei heranführt. Diese Kräfte konzentrierten sich zusammen mit NPD-Funktionären immer stärker im Umfeld der sächsischen NPD-Landtagsfraktion. Neben der Berliner Parteizentrale entwickelte sich hier ein zweites Machtzentrum der NPD.

Am 18. April 2005 wurde in Dresden das NPD-nahe BILDUNGSWERK FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT e. V. (i. G.) gegründet. Die Aktivisten bezeichneten dies als einen Beitrag zur „weiteren Professionalisierung“. Der Verein, geführt von einem rechtsextremistischen Publizisten, folge in seiner Wertorientierung dem Grundkonsens der NPD. Er solle „politische Bildungsarbeit“ (Seminare und Publikationen) leisten und die „Denkansätze der ‚Dresdner Schule‘ im öffentlichen Diskurs“ popularisieren.¹¹¹

Einen intellektuellen Anspruch erhebt die so genannte DRESDNER SCHULE. Sie wird als ein „locker gefügtes Agglomerat theoriefähiger Köpfe unter Einschluss und im Umfeld der sächsischen NPD-Fraktion“¹¹² beschrieben, die „eine geistig-politische Gegenfront“ aufbauen will. Anfang Mai 2005 äußerte sich die NPD öffentlich zur DRESDNER SCHULE: Es habe sich „eine Front gegen die herrschenden Volks- und Staatsabwickler aufgebaut“. Man strebe die „Überwindung des

¹⁰⁹ Artikel „Ein Jahr im Zeichen der Volksfront“, Auszug von der Internetseite EINE-BEWEGUNG-WERDEN vom 3. Mai 2005.

¹¹⁰ Artikel „Bundestagswahl 2005: Das war wohl nichts“. Auszug von der Internetseite FREIER WIDERSTAND vom 18. September 2005.

¹¹¹ Auszug von der Internetseite der NPD-Fraktion vom 20. April 2005.

¹¹² Artikel „Dresdner Schule – Anspruch – Inhalte – Strukturen“ April 2005. Auszug von der Internetseite des NPD-Landesverbandes Sachsen.

liberalistischen Systems“ an und wolle anstelle des „liberalen Parteienregimes (...) eine Volksherrschaft setzen“¹¹³.

Begrifflich lehnt sich die Bezeichnung DRESDNER SCHULE zwar an die marxistisch orientierte „Frankfurter Schule“¹¹⁴ an, steht ihr allerdings gegenüber: „Gegen diese 68er-Gesellschaft, die einer nihilistischen Endzeitgesellschaft gleicht, bezieht die ‚Dresdner Schule‘ eine konsequente Gegenposition.“

Die Errichtung der DRESDNER SCHULE ist Teil des strategischen „Kampfes um die Köpfe“ der NPD. Es sei eine „organisierte Intelligenz einer selbstbewussten deutschen Nation“ im Entstehen begriffen, dem „die geistlos, korrupt und feige gewordenen Nachkommen der Frankfurter Schule nicht gewachsen sind.“¹¹⁵

Im „Gründungsmanifest“ der DRESDNER SCHULE dominieren für Extremisten typische Inhalte. Diese sind von Kriminalisierungen, moralischen Kategorien, Verschwörungskonstrukten und pauschalen Schuldzuweisungen gegenüber demokratischen Politikern geprägt. Neue ideologische Ansätze sind nicht zu erkennen – es sind die alten, die schon immer rechtsextremistisches Selbstverständnis und „Politikangebot“ kennzeichneten: Ablehnung der pluralistischen Demokratie; ein tendenziell totalitäres Machtkonzept; die sich im Begriff der ethnisch definierten Volksgemeinschaft zuspitzende Ablehnung des menschenrechtlich begründeten Würde- und Achtungsanspruchs nach dem Grundgesetz; ein verschwörungstheoretisch aufgeladener Antiamerikanismus und Antisemitismus; das gedankliche Zusammenfügen von Liberalismus, Kapitalismus, kollektivem Identitätsverlust und unterstelltem gesellschaftlichen Verfall sowie die Vorrangstellung des zu bestimmenden Volksgemeinschaftsinteresses vor den individuellen Freiheitsrechten.

Die DRESDNER SCHULE blieb unbeachtet. Die Resonanz innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums ist kaum sichtbar. Aktivitäten nach ihrer „Gründung“ waren nicht erkennbar.

Landesparteitag in Sachsen – Schwerpunktverlagerung nach Dresden

Die Konzentration von Führungskräften der NPD aus anderen Bundesländern in Sachsen und der Aufbau der zweiten Machtzentrale, in deren Zentrum die NPD-

Fraktion steht, betrachteten einige sächsische NPD-Funktionäre zunehmend skeptisch. Die Befürchtungen, dass der sächsische Landesverband immer mehr in die Hände der „westdeutschen“ Funktionäre und deren Anhängern fällt, mehrten sich. Der daraus resultierende „Ost-West-Konflikt“ drang auf dem Landesparteitag am 5. März 2005 in Wiesa an die Öffentlichkeit. Die Kreisverbände zeigten sich darüber verärgert, dass sie vom Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag bislang finanziell nicht profitierten. Für Diskussion sorgte auch der geplante Antritt des saarländischen NPD-Funktionärs Peter MARX zur Oberbürgermeisterwahl in Leipzig.¹¹⁶ Das Gros der sächsischen NPD-Mitglieder zeigte sich über die offensichtliche Aussichtslosigkeit dieser Aktion und die mit ihr verbundenen Kosten für die Partei empört.

Der Prozess der Machtverlagerung von Funktionären, die den sächsischen NPD-Landesverband aufbauten, hin zu „westdeutschen“ Funktionären und deren Anhängern setzte sich auch nach dem Landesparteitag fort. Der ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende Jürgen SCHÖN musste das Amt des Landesgeschäftsführers an den Vorsitzenden des Kreisverbandes Sächsische Schweiz abgeben. Gleichzeitig wurde die Landesgeschäftsstelle von Leipzig nach Dresden verlegt. In einigen Kreisverbänden wurde dies als weiterer Schritt angesehen, die sächsischen Parteigründer vom Management im Landesverband abzukoppeln. Ein führendes NPD-Mitglied äußerte gegenüber der Presse, die Gruppe um den NPD-Fraktionsvorsitzenden bestehe aus „Marionetten und Ja-Sagern“.¹¹⁷

Der Austritt dreier Landtagsmitglieder aus Fraktion und Partei

Im Dezember 2005 fand der innerparteiliche Konflikt seinen vorläufigen Höhepunkt. Die Funktionäre und Landtagsmitglieder Jürgen SCHÖN, Klaus BAIER und Mirko SCHMIDT erklärten ihren Austritt aus Fraktion und Partei. Sie begründeten diesen Schritt mit den innerparteilichen Differenzen hinsichtlich der Finanz- und Personalpolitik und zeigten sich nicht mehr einverstanden mit dem Kurs der Partei. Der NPD wurde vorgeworfen, nationalsozialistisch zu agieren. Man warf der NPD-Führung „Hitlerismus“ vor. SCHÖN forderte ein Verbot der Partei.

¹¹³ „Frankfurt war gestern, Dresden ist heute – Denk und Politikschule einer selbstbewussten Nation“. Auszug von der Internetseite des NPD-Landesverbandes Sachsen vom 4. Mai 2005.

¹¹⁴ „Frankfurter Schule“ ist eine sozialphilosophische Richtung, die von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno begründet wurde und aus dem Institut für Sozialforschung Frankfurt a. Main hervorging. Die „Frankfurter Schule“ war ein wichtiger ideologisch-politischer Bezugspunkt der 1968er Bewegung.

¹¹⁵ Auszug von der Internetseite des NPD-Landesverbandes Sachsen vom 4. Mai 2005.

¹¹⁶ MARX scheiterte mit 2,4 % der Wählerstimmen. Ein besseres Ergebnis erzielte der Vorsitzende des Kreisverbandes Görlitz am 24. April 2005 zur Oberbürgermeisterwahl in Görlitz mit 3,9 % und am 22. Mai 2005 bei der Wiederholung der Wahl mit 3,7 %.

¹¹⁷ Artikel der „Dresdner Neuesten Nachrichten“ vom 8. April 2005.

Die Austritte lösten innerhalb der Partei eine Krise aus und schwächten die Position der Partei. Innerhalb der rechtsextremistischen Szene im Bundesgebiet wurden die Vorgänge kontrovers diskutiert. Nach den drei ehemaligen Funktionären traten weitere NPD-Funktionäre und Mitglieder aus verschiedenen Kreisverbänden aus. Die NPD verhängte über betroffene Kreisverbände sogar den organisatorischen Notstand.

Der Kampf um die Parlamente wird fortgesetzt – Teilnahme an der vorgezogenen Bundestagswahl

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der NPD stand im Berichtsjahr die vorgezogene Bundestagswahl am 18. September 2005. Im Erfolg der Partei bei der Landtagswahl 2004 in Sachsen sahen die Funktionäre eine gestiegene Chance für einen Einzug in den Bundestag. Jedoch musste die Partei auf Grund der Ergebnisse der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen mit 0,9 % und in Schleswig-Holstein mit 1,9 % erkennen, dass sich das Ergebnis von Sachsen nicht automatisch in anderen Wahlgebieten wiederholen lässt.

Bundeswahlleiter Peter MARX hielt daraufhin 3 % als Wahlergebnis für realistisch. Die Partei setzte sich nun das Ziel, mit drei Direktmandaten die 5%-Klausel zu umgehen und in Gruppenstärke in den Bundestag einzuziehen. Die NPD erhoffte sich Erfolge ihrer Direktkandidaten insbesondere in Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Auf einer im August durchgeführten Pressekonferenz korrigierte die NPD ihre Zielvorgabe weiter nach unten. Der Parteivorsitzende VOIGT erklärte, man erwarte lediglich ein Ergebnis von 2 bis 3 % und setze darauf, zumindest ein Direktmandat zu erzielen.

Im Freistaat Sachsen nominierte die Partei in allen 17 Wahlkreisen Direktkandidaten. Am 25. Juni 2005 wählten die Delegierten des Landeslistenparteitages in Chemnitz ihre insgesamt 20 Personen umfassende Landesliste. Zum Spitzenkandidaten wurde Holger APFEL gewählt. Auf Grund der Absprachen mit der DVU, zukünftig bei Wahlen Bündnisse einzugehen, wurde an zweiter Stelle der Mitherausgeber der rechtsextremistischen Schrift NATION & EUROPA, Harald NEUBAUER, als parteiloser Kandidat für die DVU aufgestellt. Erst an dritter Stelle folgte Winfried PETZOLD, der Landesvorsitzende der sächsischen NPD. Einen weiteren DVU-Vertreter nominierten die Delegierten auf Platz 5. Auch ein Vertreter der DEUTSCHEN PARTEI (DP) erhielt einen hinteren Listenplatz.

Wie zur Landtagswahl im Freistaat Sachsen setzte die NPD auch im Bundestagswahlkampf vordergründig auf



soziale Themen und versuchte, potenzielle Protestwähler zu erreichen.

Zudem setzte die NPD – wie bereits zur Landtagswahl in Sachsen – eine so genannte „Schulhof-CD“ mit dem Titel „Hier kommt der Schrecken aller linken Spießer und Pauker!“ ein. Dieser Tonträger, der einschlägige Musikstücke von rechtsextremistischen Liedermachern und Skinheadbands enthielt, sollte der NPD zum einen jugendliches Wählerpotenzial erschließen. Zum anderen war es Ziel, rechtsextremistisches Gedankengut mittels Musik zu verbreiten. Die NPD verteilte den Tonträger im Freistaat Sachsen u. a. an Schulen, während des „Tages der Sachsen“ in Döbeln und zur Wahlkampfabschlussveranstaltung in Mehltheuer.

Die NPD führte im Freistaat Sachsen einen sehr materialintensiven Wahlkampf durch. Auf zahlreichen Infoständen verbreiteten die Parteianhänger ihre Werbematerialien. Darüber hinaus erfolgte die Verteilung der Wahlzeitung an sächsische Haushalte über Firmen.

Am 15. und 16. August 2005 demonstrierten NPD-Mitglieder in Dresden unter dem Motto: „Schluß mit dem Sozialraub – Schröder und Merkel abstrafen“ gegen öffentliche Wahlveranstaltungen von SPD und CDU.

Am 16. August 2005 organisierte die NPD eine eigene Demonstration in Chemnitz. Daran beteiligten sich ca. 140 Rechtsextremisten. Die Demonstrationsteilnehmer wurden von politischen Gegnern verbal und mit Steinwürfen angegriffen. Dabei wurde der Sprecher der sächsischen NPD-Fraktion verletzt. Nach der Kundgebung planten die Teilnehmer, eine Spontandemonstration in Chemnitz durchzuführen. Dies wurde jedoch von der Versammlungsbehörde verboten.



Demonstration der NPD am 16. August 2005 in Chemnitz

Foto: Internetseite Nationales Forum Sachsen

Am 5. September 2005 führte die NPD einen Aufzug mit Abschlusskundgebung in Dresden durch. Das Ereignis wurde überschattet vom Tod der NPD-Direktkandidatin für den Wahlkreis 160. Sie brach während der Veranstaltung zusammen und starb zwei Tage später. Als Ersatz nominierte die NPD den ehemaligen Bundesvorsitzenden der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) Franz SCHÖNHUBER.

Den Höhepunkt des Wahlkampfes bildete eine gemeinsame Wahlkampf-Abschlussveranstaltung von NPD und DVU am 10. September 2005 in Hirschstein, Ortsteil Mehltheuer (Lkr. Riesa-Großenhain). Daran beteiligten sich ca. 500 Personen des rechtsextremistischen Spektrums. Udo VOIGT, Gerhard FREY und Harald NEUBAUER hoben in ihren Ansprachen vor allem das Bündnis zwischen NPD und DVU hervor, das auch über die Bundestagswahl hinaus weiter bestehen soll. Zur letzten Wahlkampfveranstaltung am 29. September in Dresden mobilisierte die NPD ca. 200 Personen. Durch den Tod der NPD-Direktkandidatin war im Wahlkreis 160 eine Nachwahl erforderlich geworden. Auf der Kundgebung stellte sich SCHÖNHUBER als Direktkandidat vor.

Zur Bundestagswahl erhielt die NPD schließlich 1,6 % der Zweitstimmen. Das Ergebnis zeigt, dass die Partei nach wie vor weit vom Einzug in den Bundestag entfernt ist. Jedoch konnte die Partei ihr Ergebnis gegenüber der Bundestagswahl 2002 vervierfachen und die für die Wahlkampfkostenrückerstattung wichtige 0,5%-Hürde überschreiten.

Ihr bestes Landesergebnis erreichte die NPD mit 4,8 % im Freistaat Sachsen. Sie konnte hier ihr Wahlergebnis im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 (1,4 %) deutlich steigern. Ihr Spitzenergebnis für die Landesliste erzielte die NPD in der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna (Lkr. Sächsische Schweiz) mit 14,4 % der Stimmen, gefolgt von Weißig a. Raschütz (Lkr. Riesa-Großenhain) mit 14,1 % der Stimmen.

Von den im Bundesgebiet angetretenen 294 Direktbewerbern der NPD erhielt keiner die für den Einzug in den Bundestag erforderliche Mehrheit der Erststimmen. Von den zehn Wahlkreisen mit den besten Ergebnissen für die Partei liegen neun in Sachsen. Das Spitzenergebnis erzielte der Direktkandidat im Landkreis Sächsische Schweiz mit 7,8 %.

Der Bundeswahlkampfleiter MARX zeigte sich mit dem Wahlergebnis zufrieden. Er erklärte auf der Internetseite der NPD, die Wahl habe gezeigt, dass das Bündnis Konzept zwischen NPD und DVU völlig richtig sei. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, dass sich auch die REPUBLIKANER einbringen müssten. Besonders erfreut zeigte sich MARX vom Wahlergebnis in Sachsen, wo es der NPD gelungen sei, sich trotz der Konkurrenz durch „Die Linkspartei.PDS“ mit 5 % zu behaupten.¹¹⁸

Der Parteivorsitzende VOIGT rief die Partei in einer ersten Stellungnahme auf, stolz auf das Ergebnis zu sein. Es sei auf Bundesebene „das beste Wahlergebnis der NPD seit 1969“. Die NPD sei nun „stärkste Kraft unter allen Parteien, die nicht im Bundestag vertreten sind“. Der „Schlüssel zum Erfolg“, so VOIGT weiter, liege in der „Bündelung der nationalen Kräfte“. Mit diesem Wahlergebnis „im Rücken“ werde die Partei bei den kommenden Wahlen verstärkt ihre „politischen Ziele zum Erfolg bringen“. Man gehe nun „gut gerüstet in den Kampf für ein besseres Deutschland“. Mit dem Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern (3,5 %) habe die NPD die „besten Voraussetzungen“ für den Einzug in einen weiteren Landtag geschaffen.¹¹⁹

Auch der sächsische Landesverband schloss sich der positiven Bewertung der Wahlergebnisse an. Das im Vergleich zur vorherigen Bundestagswahl sehr gute Ergebnis ermögliche es der NPD, ihre Strukturen im Land weiter auszubauen. Angesichts der „unverändert hohen Arbeitslosenzahlen und dem weiteren Sozialabbau durch Hartz IV und die zu erwartenden Maßnahmen der neuen Bundesregierung“ habe der sächsische Landesvorsitzende keine Sorge, dass das Protestpotenzial auch weiterhin so groß sei, die NPD bei der nächsten Landtagswahl wieder ins Parlament zu bringen.¹²⁰

Medien

Wichtigstes Organ der NPD ist die monatlich erscheinende Parteizeitung DEUTSCHE STIMME. Sie ist ein klar positioniertes extremistisches Meinungsblatt. Publizistisch-politisches Ziel ist offenkundig die argumentative Stärkung der eigenen Anhängerschaft und die Bereitstellung von „Argumenten“ in der Ausein-

¹¹⁸ Presseerklärung der NPD vom 19. September 2005.

¹¹⁹ Presseerklärung des NPD-Vorsitzenden vom 19. September 2005.

¹²⁰ Presseerklärung des NPD-Landesverbandes Sachsen vom 12. Oktober 2005.

andersetzung mit dem demokratischen Rechtsstaat. Dominierend sind hierbei die NPD-typischen Ideologiefragmente „völkischer Nationalismus und Volksgemeinschaft“, „Antipluralismus“ und „Antiindividualismus“, ein begrifflich aggressiver Antiamerikanismus, die Gegnerschaft zur Europäischen Union und die für Rechtsextremisten typische pauschale Schuldzuweisung an demokratische Politiker. Die Macher der DEUTSCHEN STIMME werten ihr Blatt als ein „führendes Organ der nationalen Publizistik in Deutschland“. Die Enthüllung, dass die Zeitung im Ausland (Polen und Litauen) gedruckt wird, erzeugte innerhalb der rechtsextremistischen Szene erhebliche Diskussionen.

Als Publikation des sächsischen NPD-Landesverbandes erschien im Berichtsjahr in unregelmäßigen Abständen die SACHSEN STIMME.

Auf der Homepage des NPD-Landesverbandes Sachsen wird mittlerweile auf Internetseiten von 10 Kreisverbänden verwiesen. Dort werden überwiegend politische Themen aufgegriffen und teilweise Termine einschlägiger Veranstaltungen angekündigt.

JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)

Die NPD-Jugendorganisation versteht sich „als eine weltanschaulich-geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung“¹²¹. In einem Beschluss des JN-Bundesvorstandes aus dem Jahr 2005 heißt es: „Revolutionär ist für uns der Angriff auf die bestehenden Verhältnisse. (...) Ein wirklicher Revolutionär (...) steht keinesfalls loyal zur heutigen politischen



Ordnung. Jedem heutigen Revolutionär muß es also um die Umkehrung der Herrschaftsverhältnisse gehen.“ Man arbeite auf eine „Umwälzung“ hin und sehe die „Unzufriedenheit unter der Jugend, die Bereitschaft in andere nicht gesellschaftsrelevante Kategorien zu denken“ als Hebel für das politische Wirken der JN¹²².

Die JN verstand sich in der Vergangenheit als „Speerspitze“ der NPD. Sie war früher die Schnittstelle zwischen NPD und rechtsextremistischen Skinheadgruppierungen sowie Neonationalsozialisten. Seit dem Führungs- und Kurswechsel der NPD im Jahr 1996 übernahm die Mutterpartei jedoch immer mehr diese Funktion selbst. Die JN verlor an Profil und lebte nur noch im Schatten der Partei.

¹²¹ JN-Broschüre EINE ANDERE JUGEND, ohne Seitenangabe.

¹²² Beschluss des Bundesvorstandes der JN vom 25.-26. Juni 2005. Schreibweise wie im Original.

¹²³ Meldung der JN über den Bundeskongress, Auszug von der Internetseite der JN vom 29. November 2005.

Im Berichtsjahr waren die JN bestrebt, sich aus dieser Position wieder herauszulösen. Dies zeigt der oben angeführte Beschluss des JN-Bundesvorstandes, in dem die Organisation eine nationalrevolutionäre Ausrichtung andeutete.

Die gleiche Zielrichtung hatte offensichtlich die Kritik des JN-Bundesvorsitzenden Stefan ROCHOW am „Volksfrontkonzept“ der NPD, welches er als „rechtsreaktionäres, national- und sozialdemagogisches Bündnis“ bezeichnete. Die kurze Zeit später abgegebene Stellungnahme des JN-Bundesvorsitzenden, wonach das Bündnis mit der DVU nicht zur Disposition stehe, dürfte wohl eher vor dem Hintergrund parteiinterner Geschlossenheit zu sehen sein.

Die Bemühungen der JN, Eigenständigkeit gegenüber der Mutterpartei zu dokumentieren, zeigte die Äußerung des JN-Bundesvorsitzenden nach seiner Wiederwahl auf dem Bundeskongress am 26. November 2005 in Niederfrohna (Lkr. Chemnitzer Land): Schwerpunkt der Arbeit soll die „Akzentuierung und Schärfung des eigenen Profils sein“. Man wolle „durch den konsequenten Ausbau der JN jungen Menschen einen geschützten Raum bieten, in welchem eigene Politik betrieben werden kann und auch konstruktive Kritik an der Mutterpartei entstehen kann, damit wir nicht nur als sprachloses Anhängsel der NPD wahrgenommen werden.“¹²³

Seit 2004 ist die NPD-Jugendorganisation im Freistaat Sachsen bestrebt, wieder Strukturen aufzubauen. Am 21. Mai 2005 gründeten JN-Mitglieder in Niederfrohna einen Landesverband Sachsen. Eigenen Angaben zufolge verfügte die JN im Freistaat Sachsen über 70 Mitglieder, die in den Stützpunkten „Sächsische Schweiz“, „Döbeln-Meißen“, „Chemnitzer Land“, „Freiberg“ und „Oberlausitz“ organisiert sind.

Aktivitäten

Die JN organisierte im Freistaat Sachsen im Berichtsjahr Mahnwachen, Demonstrationen, Veranstaltungen mit Liedermachern und Konzerte mit Skinheadbands. Mit der Durchführung dieser Veranstaltungen versucht die JN, rechtsextremistisch orientierte Jugendliche für die Organisation zu werben.

Am 13. März fand in Limbach-Oberfrohna, Ortsteil Pleiße, die offizielle Gründungsveranstaltung des JN-Stützpunktes Chemnitzer Land mit rund 60 Teilnehmern statt. An der Veranstaltung nahmen neben Funktionären des JN-Bundesvorstandes auch Mitglieder der NPD-Landtagsfraktion teil.

Bis zur Schließung im April fanden in der Diskothek „Wodan“ in Mücka (Niederschlesischer Oberlausitzkreis) mehrere, von den JN organisierte Konzerte und Veranstaltungen mit Liedermachern statt. An einem rechtsextremistischen Skinheadkonzert am 5. Februar beteiligten sich z. B. ungefähr 800 Rechtsextremisten. Am 12. März beteiligten sich rund 100 Personen an einer so genannten „Diskussionsrunde mit anschließendem Liederabend“. Ein weiteres Konzert mit ca. 200 Teilnehmern fand am 16. April statt.

Seit Oktober zeigt der JN-Stützpunkt Oberlausitz öffentliche Aktivitäten. Er organisierte am 2. Oktober in Görlitz eine Demonstration unter dem Motto: „Auch in Schlesien, Ostpreußen und Pommern leben Deutsche Menschen – Wir sind ein Volk“. An der Demonstration beteiligten sich nach Polizeiangaben rund 80 Rechtsextremisten. Am nächsten Tag marschierten etwa 40 JN-Anhänger in Zittau zu einer vom gleichen Stützpunkt organisierten Demonstration unter dem Motto „Deutschland ist größer als die Bundesrepublik“ auf.

Am 29. Oktober trafen sich 25 Personen in Leisnig/Ortsteil Klosterbuch (Lkr. Döbeln), um den JN-Stützpunkt Döbeln/Meißen zu gründen. Die Veranstaltung wurde von gewalttätigen politischen Gegnern angegriffen; hierbei wurden einige Veranstaltungsteilnehmer verletzt.

In Niederfrohna (Lkr. Chemnitzer Land) fand am 26. November der 35. Bundeskongress der JN statt. An der Veranstaltung, auf der der JN-Bundesvorsitzende Stefan ROCHOW in seinem Amt bestätigt wurde, nahmen ca. 130 Personen teil. Von den neun gewählten Funktionären sind drei in Sachsen aktiv.

Am 3. Dezember fand in Oderwitz (Landkreis Löbau-Zittau) ein rechtsextremistisches Skinheadkonzert statt, welches vom JN-Stützpunkt Oberlausitz organisiert wurde. An dem Konzert, auf dem drei Skinheadbands auftraten, nahmen ca. 250 Personen teil.

DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)

Gründung:	1987 als Partei DVU - LISTE D 1991 Umbenennung in DVU
Sitz:	München
Teil-/Nebenorganisationen (Aktionsgemeinschaften):	DEUTSCHE VOLKSUNION e. V. (DVU e. V.), INITIATIVE FÜR AUSLÄNDERBEGRENZUNG (I.f.A.), EHRENBUND RUDEL, AKTION ODER-NEIBE (AKON)
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesverband Sachsen, Kreisverbände
Mitglieder 2004	
bundesweit:	ca. 11.000
Sachsen:	ca. 250
Mitglieder 2005	
bundesweit:	ca. 10.000
Sachsen:	ca. 200
Publikationen:	NATIONALZEITUNG / DEUTSCHE WOCHENZEITUNG (NZ)
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten
Kennzeichen:	

Historie und Strukturen

Die Partei wurde 1987 auf Initiative des Münchener Verlegers FREY in engem Zusammenwirken mit der NPD unter der Bezeichnung DEUTSCHE VOLKSUNION –

LISTE D gegründet. 1991 wurde sie in DVU umbenannt. Vorsitzender der Partei ist seit ihrer Gründung FREY. Unter seiner Führung haben die 16 Landesverbände bis heute kaum eigenen Handlungsspielraum.

Bereits 1971 war ebenfalls durch FREY der Verein DVU e. V. als Sammelbewegung und Auffangbecken für ehemalige NPD-Mitglieder gegründet worden. Innerhalb dieses Vereins entstanden in den nachfolgenden Jahren verschiedene Aktionsgemeinschaften. Zurzeit existieren die INITIATIVE FÜR AUSLÄNDERBEGRENZUNG (I.f.A.), der EHRENBUND RUDEL sowie die AKTION ODER-NEIBE (AKON).

Im Freistaat Sachsen ist der Organisationsgrad der DVU gering. Sie ist regional kaum verankert, verfügt über nur wenige Kreisverbände und sinkende Mitgliederzahlen. Die meisten Parteimitglieder beziehen lediglich die wöchentlich erscheinende DVU-Publikation oder besuchen gelegentlich so genannte „Politische Stammtische“.

Die DVU-Publikation NATIONAL-ZEITUNG / DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG (NZ) wird von der privatwirtschaftlichen DSZ-DRUCKSCHRIFTEN- UND ZEITUNGS-VERLAG GmbH (DSZ-Verlag) herausgegeben. Inhaber dieses Verlags ist FREY. Seine Ehefrau leitet die FZ-FREIHEITLICHE BUCH- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG GmbH (FZ-Verlag), für die umfangreich in der NZ geworben wird.

Politische Zielsetzung

Die ideologischen und politischen Grundpositionen der DVU werden weniger in ihrem Parteiprogramm, sondern vielmehr in ihrer Zeitung NZ deutlich. Im Parteiprogramm bekennt sich die DVU zwar formal zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Tatsächlich verbreitet sie jedoch in der NZ rechtsextremistisches Gedankengut. Kennzeichnend dafür sind:

- eine rassistisch ausgeprägte Agitation, die sich insbesondere gegen Ausländer und Asylbewerber richtet,
- die Relativierung der NS-Verbrechen – verbunden mit antisemitischen Äußerungen,
- die Verunglimpfung demokratischer Institutionen der Bundesrepublik Deutschland.

Die NZ greift regelmäßig Tagesthemen auf und kommentiert diese auf der Grundlage langjährig entwickelter Feindbilder wie dem vom „kriminellen Asylbewerber“ oder vom „die Deutschen erpressenden Juden“. Ausländer werden pauschal als Bedrohung für den Bestand unserer Gesellschaft und für den sozialen Frieden in Deutschland dargestellt.

Die DVU agitiert vor allem gegen einen eventuellen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union und gegen die EU-Osterweiterung. Immer wieder titelt die NZ mit Schlagzeilen wie: „Ist Deutschlands Zukunft türkisch?“¹²⁴, „Droht ein neuer Türkenansturm?“¹²⁵ oder „Zermalmt uns die türkische Lawine?“¹²⁶. Gleichzeitig werden Zuwanderer aus der Türkei als Gefahr für die innere Sicherheit und den Wohlstand in Deutschland dargestellt und pauschal kriminalisiert. So heißt es: „Mehrere Millionen illegale Schusswaffen sind in der Türkei im Umlauf. (...) Kein Zweifel: die EU-Mitgliedschaft der Türkei wäre eine Katastrophe für Europa und insbesondere für Deutschland.“¹²⁷

Im Hinblick auf einen EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien stellt die NZ fest, „dass in beiden Ländern Millionen Zigeuner auf gepackten Koffern sitzen und es kaum erwarten können, ihren in Deutschland bereits heimisch gewordenen Sippengenossen nachzuziehen. Womit nicht wenige von ihnen ihren Lebensunterhalt bestreiten, ist jedem bekannt, der ab und zu einen Blick in die Polizeiberichte seiner Heimatzeitung wirft.“¹²⁸

An anderer Stelle verknüpft die NZ ihre fremdenfeindliche Einstellung mit einer für Rechtsextremisten typischen antisemitischen Positionierung. Mit der Behauptung, Deutschland alimentiere „in großzügiger Weise hunderttausende Scheinasylanten aus aller Welt sowie so genannte Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion, deren einzige ‚Qualifikation‘ darin besteht, jüdischen Glaubens zu sein.“¹²⁹, wird versucht, Vorurteile gegenüber Juden zu schüren. Mit der Schlagzeile „Wird Deutschland zweites Israel?“ versucht die NZ zudem vor einer angeblich drohenden „jüdischen Masseneinwanderung“¹³⁰ zu warnen. Gleichzeitig werden deutsche Wiedergutmachungsleistungen kritisiert oder sogar von einem „Geschäft mit der Schuld“ gesprochen. So wird behauptet, „seit 1945 haben bestimmte jüdische Kreise darauf gesetzt, immer und ewig Opfer zu sein. Auch um möglichst viel Geld von Deutschland zu erhalten.“¹³¹

¹²⁴ NZ Nr. 43 vom 21. Oktober 2005, S. 1.

¹²⁵ NZ Nr. 41 vom 7. Oktober 2005, S. 5.

¹²⁶ Ebenda.

¹²⁷ Ebenda.

¹²⁸ NZ Nr. 10 vom 4. März 2005, S. 1.

¹²⁹ NZ Nr. 10 vom 4. März 2005, S. 1.

¹³⁰ NZ Nr. 2 vom 7. Januar 2005, S. 1.

¹³¹ NZ Nr. 5 vom 28. Januar 2005, S. 5.

In der NZ werden demokratische Institutionen sowie Politiker und Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland fortwährend verunglimpft. So heißt es dort: „Vor allem im Bundestag aber will man unter sich bleiben, um ungestört eine Politik zum Schaden des eigenen Volkes fortführen zu können.“¹³² Der DVU-Vorsitzende FREY behauptet in der NZ: „Das Kartell der etablierten Parteien in Berlin und den Bundesländern zeigt sich außerstande, deutsche Interessen durchzusetzen oder auch nur wahrzunehmen.“¹³³ An anderer Stelle heißt es in der NZ: „Da gibt es (...) die Droge Multikulti, an der sich viele Politiker berauschen, weshalb sie sich in Entzugskrämpfen schon winden, wenn sie auch nur daran denken, dass den eigenen Landsleuten Vorrang vor Fremden eingeräumt werden soll.“¹³⁴

Aber auch die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der NZ immer wieder relativiert und verharmlost. So finden sich fortgesetzt Berichte, in denen die Höhe der Opfer-Zahlen des nationalsozialistischen Regimes angezweifelt oder versucht wird, Verbrechen dieses Regimes Untaten Anderer gegenüberzustellen.

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Auf dem Bundesparteitag am 15. Januar 2005 wurde FREY als Parteivorsitzender bestätigt. Einem Bericht in der NZ zufolge sprachen 99,3 % der Teilnehmer FREY ihr Vertrauen aus¹³⁵. Einen Gegenkandidaten gab es nicht.

Im Rahmen dieses Bundesparteitages schlossen die Parteivorsitzenden von DVU und NPD in Fortsetzung der bereits im Jahr 2004 begonnenen Bündnispolitik einen so genannten „Deutschland-Pakt“. In dieser Vereinbarung, die zunächst bis Ende 2009 gelten soll, wurde die dauerhafte Kooperation beider Parteien festgeschrieben. So heißt es in der Präambel: „Der Bruderkampf ist eingestellt; es wird nun ausschließlich gegen die wirklichen Gegner gefochten.“ Damit wurde die DVU nun auch formell in die von der NPD angestrebte „Volksfront von rechts“ eingebunden. Gleichzeitig wurden die Wahlabsprachen konkretisiert. So wurde vereinbart, dass die NPD zur nächsten Bundestagswahl und die DVU zur nächsten Europawahl antreten werde; jeweils unter Beteiligung von Kandidaten der anderen Partei. Die DVU werde darüber hinaus zu den nächsten Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Bremen, Hamburg, Thüringen und Brandenburg kandidieren.

Die neue Einigkeit beider Parteien wurde öffentlich am 13. Februar 2005 anlässlich des 60. Jahrestages der Bombardierung Dresdens in der sächsischen Landeshauptstadt demonstriert. Medienwirksam trugen FREY und der NPD-Bundesvorsitzende VOIGT zusammen mit SCHÖNHUBER und weiteren bekannten Rechtsextremisten das Fronttransparent bei einer von der JUNGEN LANDSMANNSCHAFT OSTPREUBEN (JLO) angemeldeten Demonstration. Mit ca. 5.000 Teilnehmern (2004: 2.500) aus dem gesamten Bundesgebiet und dem europäischen Ausland war diese Demonstration einer der größten Aufmärsche von Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen seit 1990. Insbesondere der NPD ist es mit diesem symbolträchtigen Auftritt gelungen, die von der Partei angestrebte „Volksfront von rechts“ sichtbar werden zu lassen.

Gedämpft wurde die Erwartungshaltung an die „Volksfront“ durch die Landtagswahlergebnisse der NPD im Februar 2005 in Schleswig-Holstein und im Mai 2005 in Nordrhein-Westfalen. Mit gerade 1,9 % bzw. 0,9 % der Zweitstimmen blieb die NPD weit vom Ziel eines Parlamentseinzugs entfernt.

Differenzen zwischen beiden Parteien zeigten sich zudem in der Frage der Zusammenarbeit mit Neonationalsozialisten. Während die NPD bestrebt ist, mit diesen Kräften zusammenzuarbeiten, und führende Kräften Neonationalsozialisten sogar in den Bundesvorstand aufnahm, ließ der DVU-Vorsitzende konsequent eine Ablehnung dieser Szene erkennen.

Absprachegemäß trat die NPD bei den vorgezogenen Bundestagswahlen am 18. September 2005 mit „offenen Listen“ an. In allen Bundesländern wurden Landeslisten aufgestellt. Auf elf dieser Listen standen auch Kandidaten der DVU. In Nordrhein-Westfalen wurden Gerhard FREY als Spitzenkandidat und Udo VOIGT auf Platz 2 der Landesliste nominiert. In Sachsen kandidierten für die DVU der parteilose Publizist und Mitherausgeber des rechtsextremistischen Theorieorgans NATION UND EUROPA, NEUBAUER, sowie ein DVU-Bundesvorstandsmitglied aus Bremen. Sächsische DVU-Mitglieder fanden auf den Landeslisten der NPD keine Berücksichtigung. Trotz eines aufwändig geführten Wahlkampfes – der DVU-Bundesvorsitzende trat auch auf NPD-Wahlkampfveranstaltungen in Sachsen auf – blieb das Wahlergebnis der NPD mit bundesweit 1,6 % der Zweitstimmen (2002: 0,4 %) hinter den Erwartungen zurück. Die NPD zeigte sich dennoch zufrieden. Der NPD-Bundeswahlkampfleiter erklärte, die Wahl habe gezeigt, dass das Bündnis Konzept von NPD und DVU

¹³² NZ Nr. 8 vom 18. Februar 2005, S. 5.

¹³³ NZ Nr. 14 vom 1. April 2005, S. 3.

¹³⁴ NZ Nr. 8 vom 18. Februar 2005, S. 4.

¹³⁵ NZ Nr. 4 vom 21. Januar 2005, S. 4.

völlig richtig sei. Auch die DVU sieht das „Volksfront-Bündnis“ mit der NPD im Aufwind. In ihrem Resümee der Bundestagswahl rückt die DVU den Stimmzuwachs der NPD in den Vordergrund und betont zugleich, dass die Zusammenarbeit zwischen DVU und NPD auf der Grundlage des von beiden Parteien beschlossenen Deutschlandpaktes fortgesetzt werde. Vor allem die Wahlergebnisse der NPD in den neuen Bundesländern bieten – so die DVU – eine „optimale Ausgangsbasis“ für die kommenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Die NPD hatte hier zur Bundestagswahl am 18. September 2005 2,5 % (Sachsen-Anhalt) bzw. 3,5 % (Mecklenburg-Vorpommern) der Zweitstimmen erzielt.

DIE REPUBLIKANER (REP)

Gründung:	1983 in München
Sitz:	Berlin
Teil-/Nebenorganisationen:	REPUBLIKANISCHER BUND DER ÖFFENTLICH BEDIENSTETEN (RepBB), REPUBLIKANISCHE JUGEND (RJ), REPUBLIKANISCHER BUND DER FRAUEN (RBF), REPUBLIKANISCHER HOCHSCHULVERBAND (RHV)
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesverband Sachsen, Kreisverbände
Mitglieder 2004	
bundesweit:	ca. 7.500
Sachsen:	ca. 50
Mitglieder 2005	
bundesweit:	ca. 6.500
Sachsen:	ca. 30
Publikation:	ZEIT FÜR PROTEST
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten
Kennzeichen:	



Historie und Strukturen

Die REP wurden 1983 u. a. von dem Publizisten SCHÖNHUBER gegründet. Der derzeitige Bundesvorsitzende Dr. SCHLIERER aus Baden-Württemberg wurde zuletzt auf dem Bundesparteitag im November 2004 in seinem Amt bestätigt.

Bundesweit hat die Partei etwa 6.500 Mitglieder. Im sächsischen Landesverband ist die Mitgliederzahl auf ca. 30 gesunken. Der Landesverband ist in Kreisverbände gegliedert. Seine Geschäftsstelle befindet sich seit Juli 2004 in Chemnitz.

Die vier Organisationen RepBB, RJ, RHV und RBF haben in Sachsen im Berichtsjahr keine Aktivitäten entwickelt.

Politische Zielsetzung – Tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung

Bei den REP bestehen nach wie vor tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind.

Das auf dem Bundesparteitag im Mai 2002 beschlossene Parteiprogramm ist zwar bewusst moderat gehalten. Dennoch sind bei den REP Äußerungen festzustellen, die darauf abzielen, Ausländern und Asylbewerbern die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte abzuspochen. Sie agitieren gegen das Demokratieprinzip, diffamieren Verfassungsorgane und arbeiten mit Rechtsextremisten zusammen.

Nicht jedes Parteimitglied verfolgt verfassungsfeindliche Ziele. Aus einer Gesamtbetrachtung ergaben sich jedoch auch im Berichtsjahr Anhaltspunkte dafür, dass einflussreiche Funktionäre und Gruppen der Partei den demokratischen Rechtsstaat ablehnen und wesentliche Verfassungsprinzipien aushöhlen wollen.

Die REP greifen in ihrer Agitation immer wieder die im Rechtsextremismus vertretene These einer existenziellen Bedrohung Deutschlands durch Ausländer und Asylbewerber auf. Gesellschaftliche Forderungen nach Integration von Asylbewerbern werden mit dem für Rechtsextremisten typischen Agitationsmuster abgelehnt, wonach „multikulturell“ mit „Chaos“ gleichgesetzt wird und in Deutschland lebende Ausländer als Bedrohung dargestellt werden.

So wird z. B. durch herabsetzende Formulierungen der Eindruck vermittelt, Ausländer seien eine auf Deutschland einströmende „Plage“. Dabei wird versucht, sie pauschal zu kriminalisieren. Die REP sprechen von einer multikulturellen „Einebnung“ und behaupten, dass „wir bereits gegen unseren Willen mit Millionen von Ausländern überschwemmt worden“ seien. Weiter wird suggeriert, „jeder hier eindringende Ausländer“ sei uns Deutschen nicht nur völlig gleichgestellt, sondern soll rechtlich sogar noch bevorzugt werden.“¹³⁶

Aus den Reihen der REP wird systematisch gegen staatliche Institutionen und Vertreter des demokratischen Rechtsstaates agitiert. Die REP behaupten beispielsweise: „Eine Regierung, die sich ein monströses ‚Holocaust-Mahnmal‘ zur Verherrlichung der eigenen Schuld in die Hauptstadt stellt, steht der Zukunft des

Volkes im Weg.“¹³⁷ Die Politik der Bundesregierung richte sich nach Meinung der REP in allen Bereichen „gegen das eigene, als schuldbeladen betrachtete Volk“. Kennzeichen für einen angeblichen tiefstehenden Selbsthass sei u. a. das „massenhafte Hereinholen unqualifizierter oder gar krimineller Fremder (im Zweifel für die Reisefreiheit)“.¹³⁸

Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ergeben sich auch aus der Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten.

Entgegen dem offiziellen Abgrenzungsbeschluss der Partei gegenüber rechtsextremistischen Organisationen¹³⁹ ist bei Funktionären und Mitgliedern der REP – vor allem an der Basis – immer wieder eine mangelnde Distanz gegenüber Rechtsextremisten erkennbar.

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Der Abwärtstrend der REP hat sich auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Der sächsische Landesverband ist kaum noch wahrnehmbar. Der erst im Vorjahr gewählte sächsische Landesvorsitzende verließ im Herbst 2005 die Partei.

Die anhaltenden innerparteilichen Differenzen um den Abgrenzungskurs der Parteiführung gegenüber Rechtsextremisten führten zu weiteren Mitgliederverlusten. Die innerparteiliche Kritik an der Parteiführung, insbesondere dem Bundesvorsitzenden Dr. SCHLIERER, der eine Zusammenarbeit mit der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) und der NATIONAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) ablehnt, wächst.

So riefen bereits Anfang Januar 2005 zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der REP mit einem so genannten „Hamburger Signal“ dazu auf, bei künftigen Wahlen an einem Strang zu ziehen. Gleichzeitig wurde die „überaus erfolgreiche Bündnispolitik“ von DVU und NPD hervorgehoben und dazu aufgefordert, bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Februar 2005 die NPD zu wählen. Zu den Unterzeichnern dieses Aufrufes gehörten auch mehrere sächsische REP-Funktionäre.

Deutlich wurden die innerparteilichen Querelen auch, als einer der stellvertretenden sächsischen REP-Landesvorsitzenden Ende April 2005 die Partei verließ. In seiner Austrittserklärung kam er zu dem Schluss, „dass die nationalpatriotischen Interessen Deutschlands durch das parteiinterne Geklüngel bei den REPUBLIKANERN vernachlässigt bzw. ganz vergessen werden.“ Den REP gehe es „nur noch um die Finanzierung der Par-

¹³⁶ Fax des REP-Kreisverbandes Hochtaunus (Hessen) an das Bundeskanzleramt vom Februar 2005.

¹³⁷ Homepage des REP-Kreisverbandes Zwickau, Stand: 9. Dezember 2005.

¹³⁸ Homepage des REP-Kreisverbandes Zwickau, Stand: 9. Dezember 2005. Orthografie wie im Original.

¹³⁹ Auf dem Bundesparteitag der REP im Juli 1990 in Ruhstorf wurde beschlossen, dass niemand, der in extremistischen und verfassungsfeindlichen Organisationen eine aktive Rolle gespielt hat, in Zukunft eine Funktion bei den REP übernehmen darf.

teiführung durch Wahlkampfkostenrückerstattung und nicht mehr um die Interessen unserer Heimat und unseres Volkes.“¹⁴⁰

Mehrere einstige Funktionäre der sächsischen REP wechselten im Berichtsjahr zudem zur NPD.

Bei den im Berichtsjahr stattgefundenen Wahlen mussten die REP empfindliche Stimmenverluste hinnehmen.

Bei der Landtagswahl am 22. Juni 2005 in Nordrhein-Westfalen, wo die REP über einen der mitgliederstärksten Landesverbände verfügen, erzielte die Partei gerade noch 0,8 % der Zweitstimmen und blieb damit sogar hinter der NPD zurück, die 0,9 % erhielt.

Zur Bundestagswahl am 18. September 2005 erreichten die REP bundesweit 0,6 % der Zweitstimmen (2002: 0,6 %). Direktmandate erzielten die REP nicht. Im Freistaat Sachsen erreichten die REP gerade noch 0,5 % der Zweitstimmen (2002: 1,0 %). Ihr Spitzenergebnis erreichte die Partei mit 5,2 % in Burkhardtsdorf (Lkr. Stollberg). In Chemnitz, wo die Partei bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 2004 noch über 10 % der Stimmen erreicht hatte, erhielt sie zur Bundestagswahl gerade noch 1,7 % der Zweitstimmen.

Die Wahlkampfaktivitäten der sächsischen REP waren im Vergleich zum Bundestagswahlkampf 2002 eher verhalten. Die REP konzentrierten sich mit ihren Aktionen insbesondere auf die Region Chemnitz.

Die vorgezogene Bundestagswahl hatte die REP vor eine sichtbare Herausforderung gestellt, denn sie benötigte für einen Wahlantritt Unterstützungsunterschriften. Eine von den REP beim Bundesverfassungsgericht eingereichte Organklage, mit der die Partei erreichen wollte, dass die Zahl der zu erbringenden Unterstützungsunterschriften abgesenkt wird, blieb ohne Erfolg. Trotz zurückhaltender Sammlungsaktivitäten in Sachsen schaffte es die Partei, die geforderten Unterstützungsunterschriften einzureichen. Wie später bekannt wurde, kam es im Rahmen der Sammlung von Unterstützungsunterschriften offensichtlich zu Unregelmäßigkeiten. Die Strafverfolgungsbehörden haben inzwischen Ermittlungen wegen des Verdachts auf Urkundenfälschung eingeleitet.

Das bundesweite wie auch das sächsische Wahlergebnis der REP zur Bundestagswahl signalisieren die weiterhin rückläufige Bedeutung der Partei innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums. Das Überschreiten der 0,5-%-Grenze und die damit verbundene Wahlkampfkostenerstattung dürften den Abwärtstrend bei den REP allenfalls bremsen, nicht jedoch aufhalten.

¹⁴⁰ DEUTSCHE STIMME, Juni 2005, S. 7.

¹⁴¹ Die Landsmannschaft Ostpreußen ist kein Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen.

¹⁴² Die Publikation der JLO ist ein eigenständiges Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden. Eine gleichnamige Schrift gibt die neu gegründete und nicht extremistische Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen, der Bund junges Ostpreußen (BJO) heraus.

Sonstige rechtsextremistische Bestrebungen

JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN e.V. (JLO)

Landesverband Sachsen/Niederschlesien

Mitglieder 2004 Sachsen: ca. 20

Mitglieder 2005 Sachsen: ca. 20

Präsenz im Internet: mit einer eigenen Homepage vertreten

Die JLO ist eine bundesweite Organisation mit weniger als 1.000 Mitgliedern. Der eingetragene Verein wurde 1991 als Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen¹⁴¹ gegründet. Sein Sitz befindet sich in Bielefeld (Nordrhein-Westfalen).

Es bestehen Anhaltspunkte dafür, dass es innerhalb der JLO rechtsextremistische Strömungen gibt. Die bundesweiten Mitgliederzahlen lassen jedoch keine Rückschlüsse auf die Anzahl der Rechtsextremisten in der Organisation zu.

Im Landesverband Sachsen/Niederschlesien wurden 1999 erstmalig Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen deutlich. Diese resultieren unter anderem aus der engen und mit deutlichen Sympathiebekundungen verbundenen Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen Parteien und Organisationen. Diese unkritische Kooperation veranlasste die Landsmannschaft Ostpreußen im Januar 2000, sich von ihrer Jugendorganisation JLO zu trennen. Seit 2001 verdichten sich die Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen weiter. Im Gegensatz zu anderen Landesverbänden der JLO wird die Arbeit im hiesigen Landesverband von Rechtsextremisten bestimmt. Aktive Gruppen des Landesverbandes existieren in Chemnitz und Dresden.

Der JLO-Landesverband Sachsen/Niederschlesien ist mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten. Dort werden Termine mitgeteilt bzw. nachträglich kommentiert.

Der JLO-Bundesverband gibt in unregelmäßigen Abständen die Mitgliederzeitung FRITZ¹⁴² heraus.

Politische Zielsetzung

Die Vereinssatzung der JLO lässt keine rechtsextremistische Ausrichtung der Organisation erkennen. Nach den dort genannten Zielen und Aufgaben gilt das Hauptaugenmerk einer friedlichen Wiedervereinigung mit Ostpreußen auf der Grundlage der KSZE-Schlussakte von Helsinki. Die JLO will das historische und kulturelle Erbe Ostpreußens aufbereiten, pflegen und an Jugendliche vermitteln, um „(...) die Provinz Ostpreußen in ihrer Gesamtheit im Bewusstsein unseres Volkes zu erhalten“.

Im tatsächlichen politischen Verhalten des JLO-Landesverbandes Sachsen/Niederschlesien ist jedoch ein Schulterchluss mit rechtsextremistischen Organisationen und Parteien erkennbar.

An der wichtigsten Veranstaltung des JLO-Landesverbandes, dem Trauermarsch anlässlich der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945, beteiligen sich bereits seit mehreren Jahren Rechtsextremisten verschiedener Herkunft. Der Trauermarsch vereint mit wachsender Teilnehmerzahl alle maßgeblichen rechtsextremistischen Organisationen in Sachsen zu einer Kundgebung anlässlich dieses Tages. Im Berichtsjahr nahmen daran erstmals erkennbar Rechtsextremisten aus dem europäischen Ausland teil.

Mitglieder des JLO-Landesverbandes gehören dem im Jahr 2003 gegründeten rechtsextremistischen NATIONALEN BÜNDNIS DRESDEN e. V. (NB) an. Zur Stadtratswahl in Dresden am 13. Juni 2004 trat die JLO nach Eigenangaben des NB mit drei Kandidaten für das Bündnis an. Unter den drei gewählten NB-Stadträten befindet sich jedoch kein JLO-Mitglied.

Auch im Berichtsjahr war bei Mitgliedern des JLO-Landesverbandes eine Akzeptanz und Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen Organisationen erkennbar. Dies zeigt sich vor allem in der gemeinsamen Durchführung bzw. Beteiligung an Veranstaltungen in der Region Dresden. Nach Angaben auf der Homepage des rechtsextremistischen NATIONALEN JUGENDBÜNDNISSES DRESDEN (NJB) organisierte die JLO beispielsweise am 6. Mai gemeinsam mit dem NJB eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des 2. Weltkrieges.

Der JLO-Landesverband Sachsen/Niederschlesien hat innerhalb der rechtsextremistischen Szene in Sachsen nur eine geringe Bedeutung. Schon auf Grund seiner geringen Mitgliederzahl übt er keinen wesentlichen Einfluss aus. Mit der Organisation des Trauermarsches anlässlich des 13. Februar hält der JLO-Landesverband

seit 1999 ein für Rechtsextremisten wichtiges Thema besetzt. Er wird hierbei nachdrücklich durch die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) unterstützt. Allerdings ist es nicht die JLO als Organisation, die diese Integrationskraft besitzt. Vielmehr löst das Thema der Veranstaltung die hohe Mobilisierung innerhalb der rechtsextremistischen Szene aus.

Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Die wichtigste Veranstaltung des JLO-Landesverbandes fand auch im Berichtsjahr anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 statt.



Demonstration am 13. Februar 2005 in Dresden

Mit einer Verdopplung der Teilnehmerzahl gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr 5.000 Personen hat sich der Trauermarsch der JLO zu einer zentralen Veranstaltung in der rechtsextremistischen Szene mit bundesweiter Bedeutung entwickelt. Die Veranstaltung war einer der größten Aufmärsche von Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen seit 1990.

Die friedlich verlaufene Demonstration begann mit einer Auftaktkundgebung in unmittelbarer Nähe des Sächsischen Landtages. Dort sprachen bekannte Rechtsextremisten, u. a. der ehemalige Bundesvorsitzende der REPUBLIKANER (REP) Franz SCHÖNHUBER, der Bundesvorsitzende der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) Gerhard FREY sowie der stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD Holger APFEL. Außerdem richteten Rechtsextremisten aus Österreich, der Schweiz sowie Italien Grußworte an die Teilnehmer. Der anschließende Demonstrationzug wurde von einem Fronttransparent mit der Losung: „Nie mehr Bombenterror!“ angeführt, welches von Repräsentanten rechtsextremistischer Parteien gemeinsam medienwirksam getragen wurde. Insbesondere der NPD

ist es mit diesem symbolträchtigen Auftritt gelungen, die von der Partei angestrebte „Volksfront von rechts“ sichtbar werden zu lassen.

Unter den Demonstrationsteilnehmern befanden sich zudem eine Vielzahl weiterer bekannter Rechtsextremisten, u. a. der führende Hamburger Neonationalsozialist Christian WORCH sowie eine Abordnung der DVU-Landtagsfraktion aus Brandenburg.

Im Demonstrationzug wurden zahlreiche Transparente rechtsextremistischer Parteien und rechtsextremistischer Kameradschaften aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland mitgeführt.

Bei der Abschlusskundgebung sprachen u. a. der NPD-

Bundesvorsitzende Udo VOIGT sowie der Vorsitzende des rechtsextremistischen ZENTRALRATES DER VERTRIEBENEN DEUTSCHEN.

Am 15. Oktober organisierte der JLO Landesverband Sachsen-Niederschlesien eine Saalveranstaltung im Raum Dresden. Weiterhin werden auf der Homepage des JLO-Landesverbandes regelmäßige Stammtischveranstaltungen für die Regionen Dresden, Meißen/Freiberg und die Sächsische Schweiz sowie vereinzelt Vortragsveranstaltungen angeboten.

Insgesamt ist die Zahl der öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen der JLO in Sachsen gegenüber dem Vorjahr jedoch rückläufig.

Verlage und Vertriebsdienste im Rechtsextremismus (Auswahl¹⁴³)

Verlage und Vertriebsdienste in Sachsen sind **fett** gedruckt.

Verlag / Vertriebsdienst	Sitz	abrufbar im Internet
ARNDT-VERLAG dazu gehörend: ARNDT-BUCHDIENST, BONUS-VERLAG, POUR LE MÉRITE-VERLAG	Martensrade (Schleswig-Holstein)	nein
DRUCKSCHRIFTEN- UND ZEITUNGSVERLAG GmbH (DSZ-VERLAG)	München	ja
DEUTSCHE STIMME - VERLAGSGESELLSCHAFT mbH	Riesa	ja
GRABERT-VERLAG dazu gehörend: HOHENRAIN-VERLAG	Tübingen (Baden-Württemberg)	ja
NATION EUROPA-VERLAG GmbH	Coburg (Bayern)	ja
VERLAGSGESELLSCHAFT BERG mbH dazu gehörend: DRUFFEL-, TÜRMER- UND VOWINCKEL- VERLAG, SCHARNHORST-VERSANDBUCH- HANDLUNG	Inning am Ammersee (Bayern)	ja
VERLAG UND AGENTUR WERNER SYMANEK (VAWS)	Duisburg	ja

¹⁴³ Die Auswahl enthält Verlage und Vertriebsdienste, die aus Sicht des LfV Sachsen überregional oder für Sachsen von Bedeutung sind.

**Rechtsextremistische Publikationen und solche,
in denen Rechtsextremisten publizieren (Auswahl¹⁴⁴)**

Verlage und Vertriebsdienste in Sachsen sind **fett** gedruckt.

Publikation	Herausgeber / Verantwortlicher	erscheint	Auflage	abrufbar im Internet
BLICKPUNKT LAUSITZ	Rechtsextremisten	unregelmäßig	unbekannt	ja
DAS FREIE FORUM	GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK e. V. (GFP)	vierteljährlich	1.500	nein
DECLARATION OF WAR	Skinheads	unregelmäßig	unbekannt	nein
DEUTSCHE STIMME	NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)	monatlich	ca. 10.000	ja
FAHNENTRÄGER	NEONATIONALSOZIALISTEN	unregelmäßig	unbekannt	nein
FRITZ	JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN e. V.	unregelmäßig	unbekannt	nein
FOIER FREI!	Skinheads (Raum Chemnitz)	unregelmäßig	unbekannt	nein
FREIER RUNDBRIEF - DRESDEN -	Rechtsextremisten	monatlich	unbekannt	nein
HIER & JETZT	JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) – Landesverband Sachsen	unbekannt	unbekannt	nein
IN'VERS	Rechtsextremisten	unregelmäßig	unbekannt	nein
KLARTEXT¹⁴⁵ Die deutsche Stimme von Königstein	NPD-Fraktion Königstein	unregelmäßig	unbekannt	nein
MITTELDEUTSCHE JUGENDZEITUNG (MJZ)	AG NATIONALER MEDIENVERBUND im NATIONALEN UND SOZIALEN AKTIONSBÜNDNIS MITTELDEUTSCHLAND (NSAM)	unregelmäßig	ca. 1.000 (Eigenangabe)	nein
NACHRICHTEN DER HNG	HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE UND POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V.	monatlich	700	ja, jedoch keine aktuellen Ausgaben
NATION & EUROPA – DEUTSCHE MONATSHEFTE	NATION EUROPA VERLAG GMBH	monatlich (gelegentlich zweimonatlich)	18.000	ja

¹⁴⁴ Die Auswahl enthält Verlage und Vertriebsdienste, die aus Sicht des LfV Sachsen überregional oder für Sachsen von Bedeutung sind.

¹⁴⁵ Ebenfalls unter dem Namen KLARTEXT erscheint eine Publikation der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.

Publikation	Herausgeber / Verantwortlicher	erscheint	Auflage	abrufbar im Internet
NATIONAL-ZEITUNG/ DEUTSCHE WOCHEN- ZEITUNG (NZ)	DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)	wöchentlich	40.000	ja
NATIONALER BEOB- ACHTER DELITZSCH	Rechtsextremisten	nur im Internet	unbekannt	ja
NATIONALER BEOBACH- TER FÜR CHEMNITZ UND UMGEBUNG	Rechtsextremisten	unregelmäßig	unbekannt	nein
NATIONALER BEOB- ACHTER LEIPZIG	Rechtsextremisten	unregelmäßig	unbekannt	nein
RUFE INS REICH	Skinheads (Raum Pirna), Neonationalsozialisten	unregelmäßig	mehrere Hundert	nein
SACHSEN STIMME	NPD-Landesverband Sachsen	unregelmäßig	unbekannt	einzelne Ausgaben
STAHLHELM	Neonationalsozialisten, Skinheads	unregelmäßig	unbekannt	nein, Homepage aber vor- handen
UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN	FREUNDESKREIS UNAB- HÄNGIGE NACHRICHTEN	monatlich	10.000	ja
ZEIT FÜR PROTEST!	DIE REPUBLIKANER (REP)	zwei- bis dreimonatlich	ca. 10.000	ja, jedoch keine aktuellen Angaben

Linksextremismus

Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der linksextremistischen Bestrebungen

Autonome

Autonome stellen den bei weitem größten Anteil des gesamten gewaltbereiten linksextremistischen Potentials und sind verantwortlich für die Mehrzahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten.

Autonome verfolgen weder ein einheitliches ideologisches noch ein strategisches Konzept. Einig sind sich Autonome jedoch in der Ablehnung des demokratischen Staates und seiner Gesellschaft. Den Bezugspunkt ihrer oftmals spontanen Aktivitäten bilden diffuse anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente. Die Anwendung von Gewalt wird als notwendiges Element zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele und als erforderliches Mittel gegen die „strukturelle Gewalt“ eines „Systems von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung“ angesehen und gerechtfertigt.

Ihre Aktionsformen und Angriffsziele orientieren sich an den jeweiligen Konfliktfeldern, die von „Antifaschismus“ über „Antirassismus“, „Neoliberalismus“ und „Globalisierung“ bis hin zu „Antikapitalismus“ reichen. Dabei nutzen sie aktuelle politische Themen für ihre Zwecke.

Ihre Aktivitäten richten sich dabei nicht nur gegen den unmittelbaren politischen Gegner, sondern auch gegen staatliche Einrichtungen und deren Vertreter sowie gegen Symbole der Wirtschaftsordnung. Mit unterschiedlicher Intensität versuchen sie, demokratische Protestbewegungen für ihren Kampf gegen den Staat zu mobilisieren.

Autonome verzichten zumeist auf feste Strukturen und Hierarchien. Dies wird nicht nur als Ausdruck des politischen Verständnisses von einem „herrschaftsfreien

Leben“ angesehen. Vielmehr dient dies auch dem Schutz vor staatlichen Maßnahmen, da so Konspiration und Anonymität weitgehend aufrecht erhalten werden können. Daher agieren meist kleine, lokal begrenzte Personenzusammenschlüsse.

Orthodox-kommunistische Bestrebungen

Zum ideologischen Konzept orthodox-kommunistischer Bestrebungen gehören vor allem Denkansätze marxistisch-leninistischer Prägung wie die Thesen vom Klassenkampf und der Diktatur des Proletariats. Ziel dieser Zusammenschlüsse ist eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung. Die freiheitliche demokratische Grundordnung soll auf revolutionärem Wege gewaltsam „überwunden“ werden.

Orthodoxe Kommunisten beanspruchen für sich, die einzig wahre und wissenschaftliche Weltanschauung zu besitzen. Aus diesem Grund sind vom Marxismus-Leninismus abweichende politische Vorstellungen nach ihrem ideologischen Ansatz erwiesenermaßen falsch.

In der gemeinsamen Vision, eine angeblich bestehende „konservative Hegemonie“ zu brechen, sind orthodox-kommunistische Parteien und Vereinigungen bemüht, bestehende soziale Konflikte thematisch aufzugreifen, ideologisch umzudeuten und im Sinne ihrer revolutionären Strategie zu instrumentalisieren.

Außerdem versuchen sie, durch grundsätzliche Kritik an den „herrschenden Verhältnissen“ und Forderungen nach einer „Fundamentalopposition“ ihren sozialistischen und kommunistischen Zielen näher zu kommen und die Richtigkeit ihrer „wissenschaftlichen“ Analyse zu belegen.

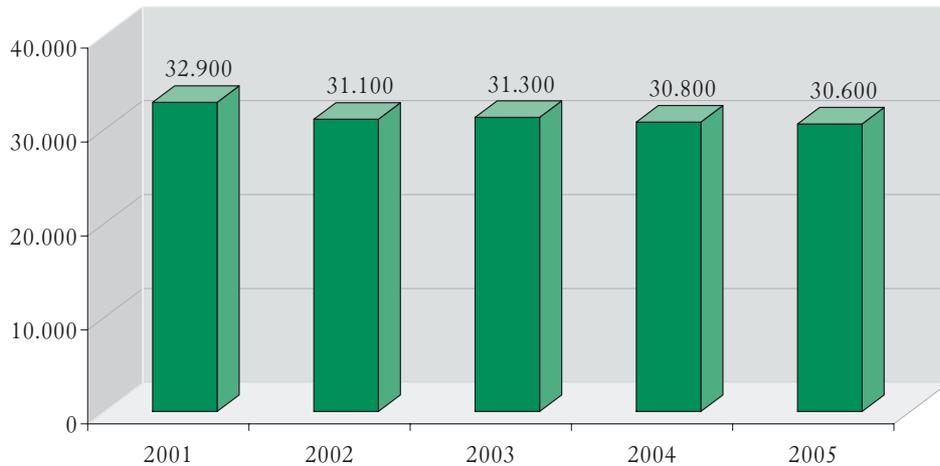
Die parlamentarische Demokratie wird von orthodox-kommunistischen Bestrebungen abgelehnt. Eine Beteiligung an parlamentarischen Wahlen kommt nur unter strategischen Gesichtspunkten in Betracht.

Überblick in Zahlen¹⁴⁶

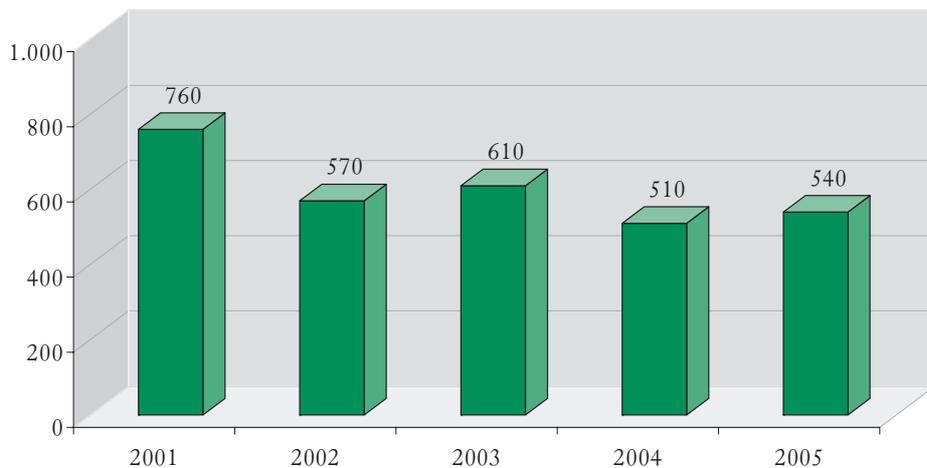
Bundesweit gehörten im Berichtsjahr ca. 30.600 Personen¹⁴⁷ linksextremistischen Bestrebungen an. Damit hat sich das Potenzial gegenüber dem Vorjahr (ca. 30.800) geringfügig verringert.

Die Anzahl der Personen, die im Freistaat Sachsen linksextremistischen Bestrebungen zugerechnet werden, ist im Berichtsjahr auf ca. 540 Personen¹⁴⁸ (2004: 510) gestiegen und damit um ca. 6 %. Dabei konnten sowohl die autonome Szene als auch die marxistisch-leninistischen, trotzkistischen und sonstigen revolutionär-marxistischen Zusammenschlüsse Zuwächse verzeichnen.

Linksextremisten in der Bundesrepublik Deutschland



Linksextremisten im Freistaat Sachsen



¹⁴⁶ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

¹⁴⁷ Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

¹⁴⁸ Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

In der autonomen Szene war im Berichtsjahr erstmals seit dem Jahr 2002 ein leichter Anstieg des Personenpotenzials zu beobachten. Dieser Szene werden ca. 270 Personen zugerechnet (2004: ca. 250). Sie stellt den größten Anteil innerhalb linksextremistischer Beobachtungsobjekte im Freistaat Sachsen dar.

Ca. 170 Personen im Freistaat Sachsen gehören marxistisch-leninistischen Bestrebungen an. Zu solchen Zusammenschlüssen gehören:

- die DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP),
- die KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-Ost) sowie die linksextremistischen Strömungen in der „Linkspartei.PDS“:

- KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER LINKSPARTEI.-PDS (KPF der PDS) und
- MARXISTISCHES FORUM (MF).

Ca. 100 Personen im Freistaat Sachsen werden „sonstigen linksextremistischen Bestrebungen“ zugerechnet. Unter dieser Bezeichnung sind Gruppierungen oder Parteien zusammengefasst, wie:

- die ROTE HILFE e.V., die sich als Solidaritätsorganisation für Angehörige des gesamten linksextremistischen Spektrums versteht,
- das trotzkistische LINKSRUCK-NETZWERK und
- die maoistisch-stalinistisch orientierte MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD).

Anzahl der Linksextremisten

Freistaat Sachsen: ca. 540 (2004: ca. 510)

Bundesrepublik Deutschland: ca. 30.600 (2004: ca. 30.800)

Linksextremistische Autonome

Freistaat Sachsen: ca. 270
(2004: ca. 250)
bundesweit: ca. 5.000
(2004: ca. 5.000)

Marxistisch-Leninistische Bestrebungen

Freistaat Sachsen: ca. 170
(2004: ca. 165)
bundesweit: ca. 25.400
(2004: ca. 25.700)

Sonstige linksextremistische Bestrebungen

Freistaat Sachsen: ca. 100
(2004: ca. 95)
bundesweit: keine Angabe

davon u. a.:

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-OST)

Freistaat Sachsen: ca. 50
(2004: ca. 50)
bundesweit: ca. 200
(2004: ca. 200)

ROTE HILFE e.V.

Freistaat Sachsen: ca. 60
(2004: ca. 50)
bundesweit: ca. 4.300
(2004: > 4.600)

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)

Freistaat Sachsen: ca. 40
(2004: ca. 40)
bundesweit: ca. < 4.500
(2004: ca. 4.500)

Trotzkistische Gruppen (u. a. LINKSRUCK NETZWERK)

Freistaat Sachsen: ca. 20
(2004: ca. 20)
bundesweit: ca. 1.600
(2004: ca. 1.700)

KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS (KPF DER PDS)

Freistaat Sachsen: ca. 60
(2004: ca. 60)
bundesweit: ca. 1.000
(2004: ca. 1.000)

MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)

(Partei mit maoistisch-stalinistischer Ausrichtung)
Freistaat Sachsen: ca. 20
(2004: ca. 20)
bundesweit: ca. 2.300
(2004: > 2.000)

Sonstige marxistisch- leninistische Bestrebungen

Freistaat Sachsen: Einzelne
(2004: Einzelne)
bundesweit: keine Angaben

Entwicklungstendenzen im Linksextremismus

Der Linksextremismus im Freistaat Sachsen wurde auch im Berichtsjahr von öffentlichkeitswirksamen Aktionen Autonome, insbesondere gegen tatsächliche oder vermeintliche rechtsextremistische Strukturen, dominiert.

Autonome Szene

Erstmals seit dem Jahr 2002 stieg die Zahl sächsischer Autonome wieder an. Zwar konzentrieren sich die Autonomen in den Zentren Dresden und Leipzig, jedoch setzte sich die im Jahr 2004 festgestellte Reaktivierung autonomer Strukturen auch in anderen Regionen Sachsens weiter fort. Diese Entwicklung steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der jeweiligen regionalen Präsenz rechtsextremistischer Strukturen. Im Berichtszeitraum waren Bemühungen sächsischer Autonome erkennbar, die Aufmerksamkeit politisch interessierter Jugendlicher durch spezielle Informationsveranstaltungen zu wecken und diese für die autonome Szene zu gewinnen.

Hauptaktionsfeld sächsischer Autonome blieb auch im Berichtsjahr der Kampf gegen vermeintliche oder tatsächliche Rechtsextremisten. Der „Antifaschismuskampf“ stellt in Dresden seit jeher einen Handlungsschwerpunkt der örtlichen Szene dar. Leipziger Autonome hatten sich jedoch in den zurückliegenden Jahren mit dem Argument, die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen könne wegen ihrer Marginalität den staatlichen Institutionen und geförderten Initiativen gegen Rechtsextremismus überlassen werden, aus diesem Aktionsfeld stark zurückgezogen. Im Wesentlichen spielten vier Aspekte bei der Wiederaufnahme des „Antifaschismuskampfes“ eine Rolle: die aus dem gescheiterten Verbotverfahren als – nach autonomer Wahrnehmung – gestärkt hervorgegangene NPD, die Ergebnisse rechtsextremistischer Bündnisse und Parteien bei den Kommunal- und Landtagswahlen im Jahr 2004, die aus autonomer Perspektive verfehlte staatliche Bekämpfung des Rechtsextremismus sowie der nach eigener Auffassung voreilige Rückzug aus dem „Antifaschismuskampf“. Dennoch ist es der sächsischen autonomen Szene nicht gelungen, an das frühere Aktionsniveau anzuknüpfen und bei relevanten Ereignissen das vorhandene bundesweite Personenpotenzial zu mobilisieren. Eine Ursache hierfür ist die „israel-solidarisch“ und „antideutsch“ ausgerichtete Ideologie der autonomen Szene in Sachsen, die im antiimperia-

listischen Lager der bundesweiten autonomen Szene auf Ablehnung stößt. Damit zeigt die bundesweite Tendenz der Spaltung der autonomen Szene auch in Sachsen ihre Auswirkungen.

Neben autonomer „Antifa-Arbeit“ stellt die Bekämpfung des „Geschichtsrevisionismus“ einen weiteren Schwerpunkt autonomer Betätigung dar. Dabei richten sich die Angriffe keineswegs nur gegen den politischen Gegner, der vor allem die Umdeutung der Geschichte des Nationalsozialismus betreibt, sondern auch gegen den deutschen Staat und dessen Vertreter sowie gegen den von Autonomen so bezeichneten „Bürgermob“.

Marxistisch-leninistische Bestrebungen

Innerhalb der „Linkspartei.PDS“ haben die linksextremistischen Zusammenschlüsse auch im Berichtsjahr weiter an Bedeutung verloren. Auch setzte sich die rückläufige Tendenz ihrer Aktivitäten im Freistaat Sachsen fort.

DIE KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS (KPF) versuchte sich erfolglos in den politischen Meinungsbildungsprozess der Partei einzubringen. Das MARXISTISCHE FORUM (MF) und die ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN (AG JG) sind in der Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar.

Während sich die DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP) mit zwei Mitgliedern auf der offenen Landesliste der „Linkspartei.PDS“ an der Bundestagswahl beteiligte, konnte die KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-OST) in der Öffentlichkeit nur in geringem Umfang wahrgenommen werden. Dem im Dresdener Raum gegründeten KOMMUNISTISCHEN AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN (KAD) gehören verschiedene linksextremistische Gruppierungen an. Das KAD trat im Berichtsjahr kaum öffentlichkeitswirksam in Erscheinung.

Sonstige linksextremistische Bestrebungen

Mobilisierte die maoistisch-stalinistisch orientierte MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD) in den Vorjahren noch als eine Anti-Kriegspartei ihre Anhänger zur Teilnahme an entsprechenden Demonstrationen, nutzte sie im Berichtsjahr die Debatten um die Sozialreformen als Forum der Selbstdarstellung. So beteiligte sie sich an den so genannten

„Montagsdemonstrationen“, die allerdings im Berichtsjahr auf weit geringere Resonanz in der Öffentlichkeit stießen als im Vorjahr. Die MLPD sieht darin jedoch eine ideale Gelegenheit, um aus der politischen Bedeutungslosigkeit herauszutreten und diese Veranstaltungen zu instrumentalisieren.

Im Zusammenhang mit der Bundestagswahl war die Dresdener MLPD im September aktiv. Sie organisierte mit ihren Spitzenkandidaten eine „Tour“ durch den Freistaat Sachsen. Die MLPD blieb mit landesweit 0,1 % der Wählerstimmen bedeutungslos.

Die ROTE HILFE e. V. (RH) versteht sich als „parteiunabhängige, strömungsübergreifende Schutz- und Solidaritätsorganisation“ für Personen, die Straftaten aus extremistischen Motiven begangen haben. Ihre Hauptaufgabe sieht die RH im Kampf gegen „staatliche Repression“. Sie erteilt Verhaltenshinweise, vermittelt Szene-Anwälte, leistet Beihilfe zu Prozesskosten und betreut so genannte „politische Gefangene“, um den Zusammenhalt der Häftlinge mit der linksextremistischen Szene aufrecht zu erhalten. Die Organisation finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und themenspezifische Spendenaktionen. Da die RH nach außen kaum in Erscheinung tritt, kommt der Mitgliederzeitschrift DIE ROTE HILFE als maßgebliches Medium für die Öffentlichkeitsarbeit große Bedeutung zu.

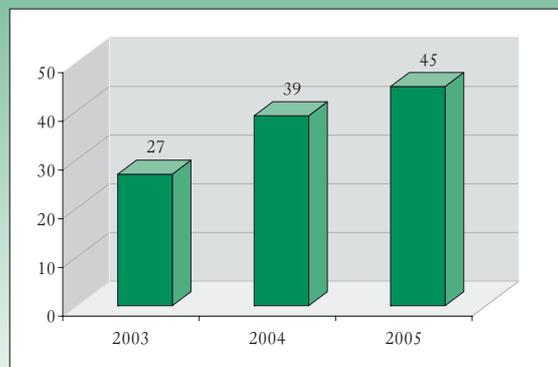
Im Freistaat Sachsen trat die RH im Berichtsjahr mit Ortsgruppen in Dresden, Leipzig und Plauen in Erscheinung. Obwohl die RH Leipzig nach längerer Inaktivität im Jahr 2004 ihre Auflösung bekannt gegeben hatte, sind seit Herbst 2005 wieder Aktivitäten zu verzeichnen. Besonders aktiv war die Ortsgruppe Dresden. Wie schon im Vorjahr bot sie so genannte „Rechtshilfe“-Veranstaltungen an, in denen z. B. über den „richtigen“ Umgang mit polizeilichen Maßnahmen informiert wurde. Ein weiterer Schwerpunkt waren Solidaritätsbekundungen gegenüber so genannten „Opfern staatlicher Repression“ in Form von Presse- und Protesterkklärungen sowie Mobilisierungsveranstaltungen und Plakatierungen.

Die Gruppe GEGENSTANDPUNKT vertritt einen elitären, modifizierten Marxismus. Ihr Ziel ist es, die bestehenden rechtsstaatlichen Verhältnisse auf revolutionäre Weise zu beseitigen. Bis Anfang der 1990er Jahre trat sie öffentlich als MARXISTISCHE GRUPPE (MG) in Erscheinung. 1991 gab die MG ihre Auflösung bekannt. Unter der Bezeichnung „GegenStandpunkt“ wurden – wie bereits in den vergangenen Jahren – auch im Berichtszeitraum in Dresden und Leipzig einzelne öffentliche Diskussionsveranstaltungen durchgeführt. Die Bezeichnung dieser Veranstaltungen geht auf die seit 1992 von führenden MG-Funktionären herausgegebene Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT zurück. Der demokratische Rechtsstaat wird auf den Veranstaltungen in radikal destruktiver Weise kritisiert.

Sächsische Linksextremisten im Internet

Das Internet als Kommunikationsmittel und Meinungsforum hat auch für Linksextremisten eine wachsende Bedeutung. Dies spiegelt sich im Anstieg der Anzahl sächsischer linksextremistischer Internetseiten auf 45 im Berichtszeitraum (2004: 39) wider.

Anzahl sächsischer linksextremistischer
Homepages



Linksextremistische Autonome

Charakteristik

Autonome verfolgen kein einheitliches ideologisches oder strategisches Konzept. Oftmals orientieren sie sich an diffusen anarchistischen oder kommunistischen Ideologiefragmenten. Sie sehen sich in einer totalen Opposition zum „System“ und streben nach einem hierarchiefreien, selbst bestimmten Leben innerhalb „herrschaftsfreier Räume“. Staatliche und gesellschaftliche Normen lehnen sie ab. Die Propagierung des Kampfes gegen den Staat und die praktische, aktive Umsetzung dieses Kampfes verleihen den Aktivitäten Autonomer ihren extremistischen Charakter. Auch wenn sich ihre einzelnen Aktionen z. B. gegen „Neofaschismus“ oder Asylpolitik richten, so bleibt bei aller aktuellen Themenfeldorientierung immer die staatliche Ordnung, die es zu beseitigen gilt, das eigentliche Ziel.

Der weitgehende Verzicht auf feste Strukturen und Hierarchien wird von Autonomen nicht nur als Ausdruck des politischen Selbstverständnisses von einem „herrschaftsfreien Leben“ angesehen, er dient vielmehr auch dem Schutz vor staatlichen Maßnahmen, da so Konspiration und Anonymität noch am ehesten möglich sind. Der mit dem Verzicht auf Strukturen verbundene Verlust an Effektivität wird dabei in Kauf genommen.

Gleichwohl ergaben sich innerhalb des autonomen Lagers mehrfach Ansätze von unterschiedlichen Organisationsmodellen. Die „organisierten Autonomen“ versprechen sich von einem Zusammenschluss eine größere Wahrnehmbarkeit und Vermittelbarkeit in der Öffentlichkeit.

Nach der Auflösung der bisher letzten bundesweiten autonomen Zusammenschlüsse im Jahr 2001 bekräftigen Teile der autonomen Szene die weiterhin bestehende Notwendigkeit einer überregionalen Vernetzung. Allerdings kam es auf Grund von Konzeptionslosigkeit, mangelndem Interesse, personellen Schwächen und nicht zuletzt wegen zunehmender Differenzen zwischen dem antiimperialistischen und dem antideutschen Lager in den vergangenen Jahren zu keiner praktischen Umsetzung. Selbst die im Jahr 2001 von der MILITANTEN GRUPPE (mg) initiierte Militanzdebatte, die als Versuch der Vernetzung klandestiner militanter Gruppen zu sehen ist, kann derzeit als gescheitert angesehen werden. Eine Beteiligung sächsischer autonomer Gruppen wurde in den fünf Jahren der hauptsächlich über die bundesweite Szenepublikation INTERIM geführten Diskussion nicht beobachtet.

Aktionsfelder

Primäres Aktionsfeld der Autonomen war durch die ganzen 1980er-Jahre hindurch die Besetzung von Häusern und die Verhinderung von deren Räumung. Seit Beginn der 1990er-Jahre breitete sich das Themenspektrum autonomer Aktivitäten aber immer weiter aus. Dazu zählt etwa der „Kampf gegen die Großmachtrolle der Bundesrepublik Deutschland“, der sich bis heute insbesondere in Aktionen gegen Feiern zum Tag der deutschen Einheit artikuliert. Autonome nutzen auch unter dem Motto „Kampf gegen Sozialabbau“ friedliche Demonstrationen und Kampagnen gegen die sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung. Weitere temporär von Autonomen aufgegriffene Themenfelder sind die „Erkämpfung von selbst bestimmten Freiräumen“, die Globalisierungspolitik der Industrienationen, die Asylpolitik, der Kampf gegen „staatliche Repression“ und der Widerstand gegen Bau und Betreibung von Kernkraftwerken und Lagerstätten für radioaktiven Abfall.

Hauptaktionsfeld sächsischer Autonomen blieb aber stets der Kampf gegen vermeintliche oder tatsächliche Rechtsextremisten. Dieser „Antifaschismuskampf“ schließt die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung mit ein, da „Faschismus“, nach autonomem Verständnis, nur eine spezielle Unterdrückungsform des in die Krise geratenen Kapitalismus sei. Hinsichtlich der Intensität sind in den sächsischen Zentren der autonomen Szene, Dresden und Leipzig, allerdings Unterschiede zu erkennen. Auf Grund der präsenten rechtsextremistischen Szene mit jährlich wiederkehrenden Demonstrationen verlor das Thema „revolutionärer Antifaschismuskampf“¹⁴⁹ für die Dresdner Autonomen nie an Aktualität. Dagegen distanzieren sich in Leipzig Wort führende autonome Gruppen zunehmend von den Protesten der so genannten Zivilgesellschaft¹⁵⁰ gegen Aufzüge der Neonationalsozialisten. Insbesondere die im Jahr 2000 eingeleiteten staatlichen Maßnahmen und Kampagnen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus („staatlicher Antifa-Sommer 2000“) führten zu einer Distanzierung der Leipziger autonomen Szene von diesem Thema. Mit der staatlichen Reaktion sahen sich die Autonomen auf ihrem bisherigen Hauptaktionsfeld in der Defensive. Eine Beteiligung an der „staatlichen Antifaschismus-Kampagne“ verbot sich für Autonome, da nach ihrer Auffassung dieser Staat seine Aktivitäten gegen rechtsextremistische Erscheinungsformen nur unter instrumentellen Gesichtspunkten des außenpolitischen Ansehens und des Machtzuwachses betrachte. Nach dem szenintern nicht unumstrittenen Rückzug Leipziger Autonomen aus dem Aktionsfeld

¹⁴⁹ Dieser Begriff wird von Autonomen als Abgrenzung zu reformistischen Ansätzen innerhalb der antifaschistischen Bewegung verwendet.

¹⁵⁰ Für Autonome besteht die „Zivilgesellschaft“ aus gesellschaftlichen Kräften der Kommunen, Parteien, Kirchen und Vereine, denen sie, wie dem Staat selbst, das Streben nach einer imperialistischen Großmachtspolitik Deutschlands unterstellen.



resümiert im Berichtsjahr das Leipziger BÜNDNIS GEGEN REALITÄT (BgR), dass eine Wiederaufnahme der seit 2001 ruhenden Diskussion antifaschistischer Konzepte erforderlich sei. Das Bündnis zeichnet in seiner Bestandsaufnahme ein „Bild einer Nazibewegung, die sich vom ‚Aufstand der Anständigen‘ und der Verunsicherung durch das NPD-Verbotsverfahren mehr als nur erholt hat, während das Niveau, auf dem ihr begegnet wird, noch unter dem des Jahres 2000 liegt.“¹⁵¹ So verwundert es nicht, dass die Ende 2004 wieder aufgenommene Beteiligung Autonomer an Protesten gegen Demonstrationen von Neonationalsozialisten in Leipzig im Jahr 2005 fortgesetzt wurde.

Dennoch beabsichtigt das BgR nicht die bloße Wiederaufnahme des Antifa-Konzeptes der 1990er-Jahre, da sich dieses als untauglich erwiesen habe. Vielmehr fordert das Bündnis eine offensivere Auseinandersetzung mit den zivilgesellschaftlichen Ansätzen als Bestandteil ihrer „antifaschistischen Intervention“. Nicht rechtsextremistische Organisationszusammenhänge oder Einzelpersonen verdienen ins Zentrum des Interesses gerückt zu werden, sondern die gesellschaftliche Situation müsse angegriffen werden, in der sich solche Positionen ins allgemeine Meinungsbild einfügten und rechtsextremistische Strukturen als Bestandteil der gesellschaftlichen Ordnung akzeptiert würden.

Vor allem den in den Jahren 2000/2001 mit staatlicher Unterstützung entstandenen Bündnissen, Initiativen und Netzwerken sprechen die Leipziger Autonomen den Erfolg im Kampf gegen rechtsextremistische Strukturen ab. „Die schwache inhaltliche Auseinandersetzung mit Nazipositionen in der Öffentlichkeit signalisiert das Scheitern des Projekts zivilgesellschaftlicher Reaktionen auf die erstarkende Naziszene“¹⁵². Die finanzielle und organisatorische Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen mache diese zivilgesellschaftlichen Initiativen selbst zum Bestandteil des Problems eines gesellschaftlichen Konsens.

Ein weiteres, von sächsischen Autonomen häufig thematisiertes Aktionsfeld ist die Entwicklung Deutschlands innerhalb der Europäischen Union und der damit in Verbindung gebrachte Vorwurf des „Geschichtsrevisionismus“. Leipziger autonome Gruppen griffen am 1. Oktober mit der Demonstration „Wer Deutschland liebt, den können wir nur hassen“ anlässlich des Tages der deutschen Einheit dieses Thema erneut auf. Be-

reits 2004 initiierte das BgR gemeinsam mit dem ANTI-FASCHISTISCHEN FRAUENBLOCK LEIPZIG (AFBL) die Kampagne: „Die neue Heimat Europa verraten“. Dresdner Autonome befassen sich jährlich anlässlich des Jahrestages der alliierten Luftangriffe auf die Stadt am 13. Februar mit diesem Thema.

Gemeinsam ist beiden autonomen Szenen, dass sie dem deutschen Staat eine Politik der Verdrängung und Auflösung der Opfer-Täter-Unterscheidung unterstellen. Die deutsche Politik verstünde es zunehmend, Schuld und Leid als allgemeine menschliche Wesenszüge darzustellen und nicht als Resultat des Nationalsozialismus. In der Bevölkerung führe das zu dem Glauben, die Schuld in einem Prozess der Läuterung überwunden zu haben. Dieser Glaube sei, so wird unterstellt, wichtiger Bestandteil der deutschen Identitätsfindung, die die führende Rolle Deutschlands innerhalb der Europäischen Union zum Ziel habe.

Im Gegensatz zum Thema „Antifaschismus“ spielten Themen wie „Antiglobalisierung“, „Antirassismus“ und „Internationale Konfliktfelder“ im Berichtsjahr lediglich eine untergeordnete Rolle.

Aktionsformen

Autonome beteiligen sich auf den von ihnen favorisierten Aktionsfeldern an gesellschaftlichen Entwicklungen und Ereignissen. Sie nehmen Einfluss auf Protestbewegungen und verlangen zumeist von diesen, neben den legalen Protestformen die illegalen Aktionsmittel der Autonomen zu respektieren. Wichtiger Bestandteil autonomer Bündnisbereitschaft bleibt aber nach wie vor die Erkennbarkeit eigener inhaltlicher Positionen. Ein gemeinsames Vorgehen autonomer und staatlicher bzw. gesellschaftlicher Strukturen gegen rechtsextremistische Tendenzen¹⁵³ lehnen Autonome größtenteils auch weiterhin ab. In einigen Regionen sind Autonome allerdings um des Zieles willen auch bereit, Bündnisse mit Nichtextremisten einzugehen. Der Verzicht auf Gewalttätigkeiten im Bündnisschluss ist jedoch ausschließlich taktisch motiviert und nicht Ausdruck einer auch gewaltfreien autonomen Lebensform.

Die von Autonomen genutzten Formen der Vermittlung ihrer Ideologie und ihre Ansprüche umfassen ein vielfältiges Aktionsspektrum. Angefangen bei Diskussionsveranstaltungen in Jugendcafés und der Mitarbeit in Bündnissen, reicht es über die Organisation von öffentlichen Kampagnen und Demonstrationen bis hin

¹⁵¹ „Konsens und Tabu – Ein Rechenschaftsbericht mit einer gesellschaftlichen Einschätzung der nationalistischen Tendenzen in der BRD 2005“ vom BgR Leipzig; veröffentlicht im Internet.

¹⁵² Ebenda.

¹⁵³ Aus autonomer Sichtweise entspricht der Kampf gegen Rechtsextremismus dem Aktionsfeld „Antifaschismus“.

zu gewalttätigen, klandestinen (d. h. heimlichen) Aktionen. Recherche-Aktivitäten zählen ebenfalls zu autonomen Aktionsformen. Hierbei handelt es sich um eine gezielte Sammlung und Veröffentlichung von personenbezogenen Daten tatsächlicher oder vermeintlicher Rechtsextremisten. Derartige Aktivitäten werden gegenüber der Öffentlichkeit als Aufklärungsarbeiten bezeichnet, ihr tatsächlicher Zweck dürfte jedoch die Verunsicherung und versteckte Bedrohung des politischen Gegners sein.



Autonome Gewalt.

Foto: picture alliance

Bei der Wahl von militanten Aktionsformen und Angriffszielen bemühen sich Autonome grundsätzlich um „Vermittelbarkeit“. Die Gewalt richtet sich zum einen gegen Sachen und geht dabei von Beschädigungen bis hin zu Zerstörungen. Zum anderen kann sich die Gewalt auch gegen den politischen Gegner, gegen Personen wie Rechtsextremisten, Polizeibeamte und Repräsentanten des Staates richten.

Der Anstieg linksextremistisch motivierter Straftaten im Berichtsjahr ist vor allem auf eine intensivere Auseinandersetzung der autonomen Szene mit rechtsextremistischen Entwicklungen im Freistaat zurückzuführen.

Ein Beispiel für den qualitativen Anstieg der Straftaten bieten die Auseinandersetzungen im Umfeld einer öffentlichen Veranstaltung über Rechtsextremismus am 16. Juni in Dresden:

- Am Abend des 16. Juni gingen etwa 50 bis 60 verummte Personen unter Verwendung von Steinen, Glasflaschen und Reizgas äußerst gewalttätig gegen eine Gruppe von etwa 30 Rechtsextremisten vor, die offenbar an einer öffentlichen Veranstaltung über Rechtsextremismus in der Dresdner Äußeren Neustadt teilnehmen wollte. Dabei wurden vier Personen verletzt sowie mehrere Pkw und ein Polizeifahrzeug beschädigt. Das Vorgehen der Täter weist auf einen autonomen Hintergrund hin. Ein auch nur ansatzweise vergleichbarer offener

Angriff Autonome auf ihre politischen Gegner ereignete sich in Dresden zuletzt im Jahr 1999.

Die qualitative und quantitative Zunahme von Gewalt- und Straftaten blieb im Berichtsjahr allerdings nicht nur auf die autonomen Zentren in Sachsen beschränkt.

- Am 29. Oktober wurden Teilnehmer einer Gründungsveranstaltung des Stützpunktes der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) Döbeln – Meißen in Leisnig (OT Klosterbuch) von ca. 40-60 verummten Personen angegriffen. Die Störer beschädigten Fensterscheiben der als Versammlungsort genutzten Gaststätte und Kraftfahrzeuge der Teilnehmer der JN-Veranstaltung. Des Weiteren versuchten sie, in den Veranstaltungsraum einzudringen, was durch die Teilnehmer der JN-Veranstaltung aber verhindert wurde. Zuvor demonstrierten in Leisnig etwa 100 Personen gegen rechtsextremistische Strukturen in der Region.

Straf- und Gewalttaten sind auch fester Bestandteil im Repertoire Autonome bei Störungen von Demonstrationen des politischen Gegners.

- Am 13. Februar, dem Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg, versuchten mindestens 800 gewaltbereite und teilweise verummte Autonome erfolglos, einen Aufzug der JUNGEN LANDSMANNSCHAFT OSTPREUBEN (JLO) zu blockieren. Am Rande kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen mit Rechtsextremisten und es wurden Pkw und ein Reisebus beschädigt. Die Polizei nahm 81 Personen der links- und rechtsextremistischen Szene in Gewahrsam.
- Im Zusammenhang mit Protesten gegen eine Demonstration der rechtsextremistischen FREIEN KRÄFTE SACHSEN am 19. März kam es in Dresden zu Straftaten wie Landfriedensbruch, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Es wurden Sitzblockaden durchgeführt, Hindernisse errichtet, Steine aus der Fahrbahn gerissen, Müllcontainer umgeworfen und Gegenstände auf den Demonstrationzug und die eingesetzten Polizeibeamten geworfen. Zu den Gegenaktivitäten hatten zuvor unter der Überschrift „Nazidemo angreifen!“ Dresdner Autonome mobilisiert.
- In Leipzig wurden vor allem während der Proteste gegen eine Demonstration von Neonationalsozialisten am 1. Mai zahlreiche Straf- und Gewalttaten registriert. Während der gewalttätigen Ausschreitungen, an denen sich auch Autonome beteiligten, wurden Polizeibeamte sowie Teilnehmer des rechtsextremistischen Aufzugs mit Steinen und

Flaschen beworfen, Signalmunition gezündet und Fahrzeuge und Gebäude beschädigt. Die Gegner errichteten Barrikaden und störten mit Sitzblockaden mehrfach den Ablauf des rechtsextremistischen Aufzugs, sodass die Veranstaltung der Rechtsextremisten vorzeitig beendet werden musste.



Ausschreitungen am 1. Mai in Leipzig foto: picture alliance

Das Demonstrationsaufkommen im Freistaat Sachsen mit Beteiligung autonomer Gruppierungen erreichte im Berichtsjahr nicht mehr das Niveau des Vorjahres, als durch die Wahlergebnisse ein Anstieg an Demonstrationen zu verzeichnen war, die sich gegen die Beteiligung von Rechtsextremisten an Parlamenten auf kommunaler wie auch Länderebene richteten.

Vor allem bei den seit mehreren Jahren stattfindenden Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg und der Protestdemonstration im Zusammenhang mit dem Tag der deutschen Einheit in Leipzig wurde ein Nachlassen des Interesses der bundesweiten autonomen Szene erkennbar. Zum einen können Parallelveranstaltungen im Bundesgebiet für eine Aufteilung des Mobilisierungspotenzials verantwortlich sein. Bei den genannten Veranstaltungen scheint das Desinteresse bundesweiter Autonome allerdings in der antideutschen Ausrichtung der Organisatoren begründet zu liegen. Die unüberbrückbaren ideologischen Gegensätze von antideutschen/israelsolidarischen und antiimperialistischen Autonomen setzten auch im Berichtsjahr die Spaltung der linksextremistischen Szene fort.

- Am 12. Februar, einen Tag vor den offiziellen Gedenkfeierlichkeiten zum Jahrestag der alliierten Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg auf Dresden, hatten etwa 550 Autonome unter dem Motto „Gegen jeden Geschichtsrevisionismus – No tears for krauts“ demonstriert. Sie trugen Transparente mit Aufschriften wie „trauern um dresden heißt trauern um den ns“ und „Deutsche Opfermythen angreifen! Nie wieder Deutschland“. Auch die mit-



Demonstration von Autonomen am 12. Februar in Dresden.

Foto: Internetseite WDY MEDIA

geführten Israel-Fahnen wiesen auf den „antideutschen“ Charakter der Demonstration hin. Durch die verstärkte mediale Präsenz des Ereignisses auf Grund des 60. Jahrestages der Zerstörung und bundesweiten Mobilisierungsveranstaltungen zu den eigenen Aktivitäten setzten Dresdner Autonome hinsichtlich der bundesweiten Bedeutung des Ereignisses einige Erwartungen in das überregionale Protestpotenzial, die allerdings enttäuscht wurden.

- Unter dem Motto „Wer Deutschland liebt, den können wir nur hassen“ hatte das BgR in Kooperation mit der LEIPZIGER ANTIFA (LEA) und der ANTIFA-JUGENDGRUPPE (MIWO) am 1. Oktober eine Demonstration in Leipzig organisiert. Insgesamt beteiligten sich nach Angaben der Polizei etwa 280 Personen an dem Aufzug, der ohne nennenswerte Störungen blieb. Mitgeführte Transparente, auf denen Losungen wie „Deutschland denken heißt Auschwitz denken“ und „Deutschland entsorgen – Gegen Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus“ zu lesen waren, weisen auf den antideutschen Konsens der Teilnehmer hin.

Die im Jahr 2004 maßgeblich von Autonomen initiierte Kampagne „Schöner Leben ohne Naziläden“ wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. Die Kampagne ist gegen die Existenz und Akzeptanz so genannter „Naziläden“ als Teil eines rechtsextremistischen Netzwerkes gerichtet und fordert deren Schließung.

Mit Unterstützung der Kampagne „Schöner Leben ohne Naziläden“ organisierte die linksextremistische ANTIFASCHISTISCHE AKTION GERA (AAG) am 29. Januar die Demonstration „break the silence-Naziläden abreißen – Deutsche Zustände angreifen“ in Gera. An





Foto: Internetseite MOB-ACTION

der Demonstration beteiligten sich auch Autonome aus Sachsen. Im Freistaat wurde mittels Plakaten und Internetveröffentlichungen zur Teilnahme aufgerufen. Eine Bustour am 4. Juni durch das Erzgebirge stellte den Höhepunkt der Kampagne im Berichtsjahr dar. Ziele der so genannten „antifaschistischen Kaffee-fahrt“, an der sich etwa 180 Personen beteiligten, waren Mylau, Aue, Annaberg und Johannegeorgenstadt. Vor verschiedenen Objekten, denen Kontakte zur rechtsextremistischen Szene unterstellt wurden, fanden öffentlichkeitswirksame Aktionen, bis hin zu Sachbeschädigungen, statt.

Der Versuch, das Anliegen der Kampagne in die Öffentlichkeit zu tragen, fand in der Bevölkerung nur wenig Resonanz. Dennoch wurde die Veranstaltung in der autonomen Szene als Erfolg gewertet.

Gegen Ende des Berichtsjahres gab die Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden“ eine Broschüre mit aktuellen Hintergrundinformationen heraus. Darin stellte sie sich selbst einschließlich ihrer Ziele vor und weist auf rechtsextremistische Strukturen in Sachsen hin.

Neben einem Interview mit der autonomen Szene zugehörigen AAG ist auch ein Beitrag aus Berlin zur linksextremistischen Kampagne „Stop Thor Steinar“ veröffentlicht. Des Weiteren werden Kontaktadressen in Sachsen aufgelistet, unter denen sich auch Anlaufpunkte der autonomen Szene befinden.

Strukturen im Freistaat Sachsen

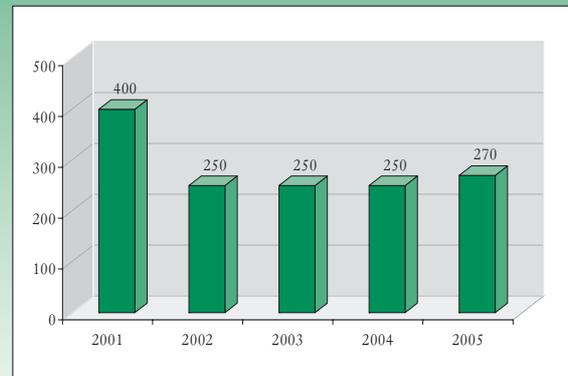
Potenzial

Ein großer Teil der linksextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen geht von Autonomen aus. Mit ca. 270 Personen, die im Berichtsjahr der sächsischen autonomen Szene zuzurechnen sind, ist erstmals seit dem Jahr 2002 ein leichter Anstieg um etwa 8 % zu beobachten. Zwar konzentrieren sich sächsische Autonome unverändert in den beiden Zentren Dresden und Leipzig. Jedoch setzte sich die im Jahr 2004 begonnene Reaktivierung autonomer Spektren in anderen Regionen

Sachsens fort. Diese Entwicklung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der regional starken Präsenz rechtsextremistischer Strukturen. Anlassbezogen sind in Regionen mit nur schwach ausgeprägten autonomen Strukturen diese dennoch mobilisierbar. Am 16. August beteiligten sich in Chemnitz beispielsweise autonome Gruppen an den Aktivitäten gegen eine Wahlveranstaltung der NPD. Hierbei kam es zu Stein- und Flaschenwürfen gegen Veranstaltungsteilnehmer. Auch in Ostsachsen mobilisierten Autonome gegen einen Aufzug der JN am 2. Oktober in Görlitz. Nur durch polizeiliche Präsenz konnten Auseinandersetzungen verhindert werden. Die Demonstration am 29. Oktober in Leisnig zeigt, dass auch in dieser Region eine autonome Szene existiert ist. Die ca. 100 Teilnehmer führten ein Transparent mit dem Text „LET'S ROCK THE KRAUTS ... Antifa RDL“¹⁵⁴ mit und verteilten Handzettel. Des Weiteren skandierten sie Parolen wie „Autonome an die Macht“, „Hurra, die Antifa ist da“ und „Nazis von der Strasse fegen“. Im Internet wurden zunehmende Aktivitäten von Rechtsextremisten in der Region als Anlass für die Aktion genannt.

Neben dem gestiegenen Aktionspotenzial Autonomer außerhalb ihrer sächsischen Zentren zeichnen auch die Bemühungen um eine Einbindung von interessierten Jugendlichen in die antifaschistische Arbeit vor allem in Leipzig für den Anstieg des Potenzials verantwortlich.

Entwicklung der Anzahl Autonomer im Freistaat Sachsen



Das Mobilisierungspotenzial der sächsischen autonomen Szene blieb mit bis zu 500 Personen konstant gegenüber den zurückliegenden drei Jahren.

Autonome Gruppen im Freistaat Sachsen

Autonome Gruppen im Freistaat Sachsen werden auf Grund ihrer Ideologie dem antideutschen/israel-solidarischen Spektrum der bundesweiten autonomen Szene zugerechnet. Vertreter der pro-palästinensischen anti-

¹⁵⁴ RDL steht hier als Abkürzung für die Region Rosswein-Döbeln-Leisnig.

imperialistischen Gruppen sind unter sächsischen Autonomen dagegen nicht feststellbar.

Grundannahme der antideutschen Ideologie ist der angeblich in allen Deutschen angelegte Hang zum Faschismus. Dabei reicht die Feindschaft gegenüber Deutschland bis zum Wunsch nach dessen Abschaffung. Die deutsche Linke sei dazu verpflichtet, den Staat Israel als Staat der größten Opfergruppe des Nationalsozialismus uneingeschränkt zu unterstützen. Da die USA seit jeher als Schutzmacht Israels gelte, wird von dem antideutschen Spektrum die Politik der USA im Nahen und Mittleren Osten befürwortet. Die antideutschen Positionen treffen im übrigen linksextremistischen Spektrum auf scharfe Kritik. Die mit Hilfe der antideutschen Ideologie gerechtfertigte Unterstützung Israels bricht mit dem Tabu, dass Nationalstaaten grundsätzlich als Ausdruck von Herrschaft und struktureller Unterdrückung gelten. So wird das Mitführen von Israel- und USA-Fahnen auf Demonstrationen von Teilen der linksextremistischen Szene als Provokation empfunden und führt zu teils offener Aggression gegenüber den antideutschen Teilnehmern. Da die Palästinenser vom antiimperialistischen Spektrum als ein von Israel und den USA unterdrücktes Volk angesehen werden, trifft die uneingeschränkte Solidarität der Antideutschen mit Israel hier auf besonderen Widerspruch.

Wurde das antideutsche Lager Mitte der 1990er-Jahre noch marginalisiert, konnte in den letzten Jahren zumindest für gemäßigte pro-israelische Positionen eine zunehmende Akzeptanz beobachtet werden. Die sächsische autonome Szene tendiert in Abstufungen fast vollständig zu dieser gemäßigten pro-israelischen Ideologie.

Diese szeninterne Auseinandersetzung birgt erhebliches Potenzial zur Schwächung des linksextremistischen Spektrums, was bei bundesweiten Mobilisierungen bereits jetzt seine Auswirkungen zu zeigen scheint.

Dresden

Der in den Vorjahren begonnene Strukturwandel innerhalb der Dresdner autonomen Szene setzte sich im Berichtsjahr fort und führte zu einer weitgehend gefestigten und strukturierten Szene. Im ersten Halbjahr zeigte sich zudem ein im Vergleich zum Vorjahr erhöhtes Aktionsniveau, das mit einer gestiegenen Gewaltbereitschaft einherging. Im zweiten Halbjahr gingen Aktionsniveau und Gewaltbereitschaft etwa wieder auf Vorjahresniveau zurück.

Wie in den Vorjahren richteten sich die Autonomen hauptsächlich gegen Aufzüge und sonstige Aktivitäten ihrer politischen Gegner. Allerdings gewann in der

zweiten Jahreshälfte auch das Aktionsfeld „Antirassismus“ an Bedeutung. Zwei Texte im Internetportal INDYMEDIA berichteten hierzu unter Überschriften wie „Endlich wieder Antira in Dresden“ über mehrere demonstrative Aktionen in Dresden. Demnach gab es am 28. Oktober zwei „Flyer- und Transpi-Aktionen“. Am 29. Oktober demonstrierten etwa 40 bis 50 Personen. Nach Darstellung im Internet zogen die Teilnehmer dieser „Antira-Demo“ zum niederländischen Konsulat, wobei auch die „rassistische migrationspolitik der eu und deutschland(s) (...)“ thematisiert worden sei. Demonstrationsanlass soll ein Brand am 27. Oktober auf dem Gelände des niederländischen Flughafens Amsterdam-Schiphol gewesen sein, bei dem 11 Personen in Abschiebewahrsam ums Leben gekommen waren.

Das seit Jahren für die Dresdner Szene Ton angehende ANTIFARECHERCHETEAM DRESDEN (ART DRESDEN) trat zunehmend in den Hintergrund und beschränkte sich nahezu ausschließlich auf die Veröffentlichung von Rechercheergebnissen und Berichten zu rechtsextremistischen Ereignissen, Strukturen und Personen. Nur gelegentlich wirkte es noch offen an Mobilisierungen der autonomen Szene mit.

Das Dresdner Projekt a.l.i.a.s. (antifascism, literature, information, archive stuff) und der hinter ihm stehende Personenzusammenhang stellen ein wichtiges Strukturelement der Dresdner autonomen Szene dar. Nach eigener Darstellung erhebt das a.l.i.a.s. den Anspruch, „zu verschiedenen AntifaschistInnen betreffende Themen, Hintergründe und Argumente, Analysen und Denkanstöße“¹⁵⁵ zu liefern. Eine Beschreibung des a.l.i.a.s. als „ein dresdner antifaprojekt“ lieferte die Internetseite der linksextremistischen ANTIFASCHISTISCHEN LINKEN BERLIN¹⁵⁶, als diese einen Vortrag von Referenten des a.l.i.a.s. in Potsdam zum Thema „Extrem rechte Tendenzen in Sachsen und der 13. Februar in Dresden“ ankündigte.



Wichtigstes öffentliches Kommunikationsmedium der Dresdner Szene ist seit Jahren die Internetseite VENCEREMOS, die laut Impressum von der ANTIFADRESDEN/WEBGROUP betreut wird. Nahezu alle szenerelevanten Texte und Mobilisierungsaufrufe werden hier veröffentlicht, meist allerdings anonym oder unter wechselnden Kampagnenbezeichnungen und fiktiven Gruppennamen. So hatten Autonome mit Bezug auf einen für den 19. März angemeldeten Auf-

¹⁵⁵ Schreibweise wie im Original.

¹⁵⁶ Internetseite der ANTIFASCHISTISCHEN LINKEN BERLIN vom 7. März 2005.

zug der rechtsextremistischen FREIEN KRÄFTE SACHSEN zur Verhinderung dieses „Naziaufmarsches“ mobilisiert. Ein entsprechender Aufruf einer „autonomen antifa dresden“ wurde dazu auf der Internetseite VENCEREMOS veröffentlicht. Anonym hieß es an anderen Stellen dieser Internetseite: „An diesem Tag wird mit militanten Aktionen (...) den Nazis (...) ein heißer Empfang bereitet (...)“ sowie „Nazidemo (...) angreifen!!!“¹⁵⁷. Mehrere hundert Störer folgten den Aufrufen der Autonomen und versuchten – letztlich erfolglos – zum gegnerischen Aufzug vorzudringen. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die massivere Ausschreitungen verhindern konnte.

Der hinter VENCEREMOS stehende Gruppenzusammenhang zählt zusammen mit der Gruppierung a.l.i.a.s. und dem ART DRESDEN zum Kern der Dresdner Szene. Dieser tritt anlassbezogen auch unter der Bezeichnung ANTIFA DRESDEN oder AUTONOME ANTIFA in Erscheinung.

Im „Alternativen Zentrum Conni“ (AZ Conni) finden wöchentliche Treffen unter der Bezeichnung „Antifa TEEEmen Café“ statt. Diese stellen eine Plattform für verschiedenste thematische sowie Mobilisierungsveranstaltungen der autonomen Szene dar. Darüber hinaus bietet das AZ Conni der autonomen Szene auch Raum für anderweitige Veranstaltungen bzw. stellt ihr seine Infrastruktur zur Verfügung. So finden im AZ Conni seit der zweiten Jahreshälfte so genannte „gruppenübergreifende Vernetzungstreffen“ statt. Anlassbezogen werden aber auch so genannte Pennplatzbörsen eingerichtet und Veranstaltungen wie das „gewaltfreie Demotraining“ im Vorfeld der gewalttätigen Szeneaktivitäten am 1. Mai in Leipzig angeboten.

Die im Vorjahr gegründete Gruppe ANTIFA INITIATIVE DRESDEN (AID) wurde in ihrer aktiven Phase durch überwiegend jüngere Szeneangehörige repräsentiert. Bis zur Jahresmitte unterstützte sie Veranstaltungen der autonomen Szene oder mobilisierte eigenständig zu solchen. Sie unterstützte beispielsweise die Demonstration Autonomen zum Thema „Gegen jeden Geschichtsrevisionismus – no tears for krauts“ am 12. Februar in Dresden und erklärte dazu: „Dem geschichtsrevisionistischen Treiben am 13. Februar in Dresden werden wir uns entgegen stellen und rufen dazu auf, sich an den Gegenaktivitäten zu beteiligen.“¹⁵⁸

Unter der Überschrift „NAZIAUFMARSCH VERHINDERN!“ rief die AID außerdem zur Teilnahme an

Aktivitäten Autonomen gegen den Aufzug der rechtsextremistischen FREIEN KRÄFTE SACHSEN am 19. März auf.

Mit einem im Sommer unter der Überschrift „Antirassistischer Judenhass“ veröffentlichten Text¹⁵⁹ lieferten Angehörige der AID¹⁶⁰ ein Beispiel für die zumindest tendenziell „antideutsche“ Ausrichtung der Dresdner Autonomen. Die Autoren setzen darin Antizionismus mit Antisemitismus gleich und fordern, dass „eine Linke (...) grundsätzlich israelsolidarisch sein muss“. Gleichzeitig behaupten sie, dass neben der NPD unter anderem auch die „antiimperialistische Linke“ und „ein Grossteil der Deutschen und ihrer Regierung, vereint mit der UNO (und) der friedensbewegten Antiglobalisierungsbewegung (...)“¹⁶¹ auf die „Vernichtung Israels gepolt“ seien. Daran knüpfen sie ihre Forderung: „Solidarität mit Israel – Deutschland abschaffen – Für den Kommunismus“. Die Verweisung der linksextremistischen „antiimperialistischen Linken“ in eine Reihe mit der rechtsextremistischen NPD spiegelt den tiefen ideologischen Graben zwischen „antideutschen“ und traditionellen Autonomen wider.

Ab der zweiten Jahreshälfte waren keine Aktivitäten der AID mehr wahrnehmbar. Im November meldete sich stattdessen erstmals eine AUTONOME GRUPPE DRESDEN zu Wort. Sie rief mit Handzetteln zur Teilnahme an einem Aufzug zum Thema „Keine Geschäfte mit Nazis – gegen die sächsische NPD-Zentrale und alle anderen Immobilien der NPD!“ am 12. November in Dresden auf und forderte: „Mit allen Mitteln den Faschisten entgegentreten!“ sowie „Antifa heisst Angriff!“



Demonstration am 12. November in Dresden.

Foto: Internetseite VENCEREMOS

Leipzig

Das Hauptaktionsfeld der autonomen Szene Leipzig ist der seit Mitte 2004 wieder aufgenommene „Antifaschismuskampf“. Die intensive Beschäftigung mit den Protesten gegen die von Neonationalsozialisten veranstaltete Demonstration am 1. Mai in Leipzig zeigt, dass die autonome Szene diesen Trend auch im Berichtsjahr fortsetzte.

¹⁵⁷ Internetseite VENCEREMOS vom 14. Februar 2005.

¹⁵⁸ Internetseite des Dresdner Veranstaltungskalender „terminal“ vom 1. Februar 2005.

¹⁵⁹ Dresdner Veranstaltungskalender „terminal“ vom Sommer 2005.

¹⁶⁰ Die Autoren des Textes werden darin als „Mitglieder der AID“ bezeichnet.

¹⁶¹ Schreibweise wie im Original.



Am 1. Mai protestierten u. a. mehrere Hundert Autonome gegen eine rechtsextremistische Demonstration. Dabei kam es zu massiven gewalttätigen Ausschreitungen. Polizeibeamte und Teilnehmer des rechtsextremistischen Aufzugs wurden mit Steinen und Flaschen beworfen, Signalmunition gezündet und Fahrzeuge und Gebäude beschädigt. Es wurden Barrikaden errichtet und durch Sitzblockaden der Ablauf der neonationalsozialistischen Demonstration gestört, so dass die Veranstaltung der Rechtsextremisten vorzeitig beendet wurde.

Ähnlich verliefen in Leipzig auch die Proteste gegen eine rechtsextremistische Demonstration am 1. Oktober. Etwa 1.500 gewaltbereite Personen, darunter wiederum mehrere Hundert Autonome, beteiligten sich an den Aktivitäten gegen die Demonstration der Rechtsextremisten. Wie schon am 1. Mai blockierten die Gegendemonstranten die Route des rechtsextremistischen Aufzugs, so dass auch diese Veranstaltung vorzeitig beendet wurde.

Das BgR hatte für den 1. Oktober in Kooperation mit der LeA und der ANTIFA JUGENDGRUPPE (MIWO)¹⁶² eine Demonstration unter dem Motto „Wer Deutschland liebt, den können wir nur hassen“ organisiert. In dem im Internet zur Mobilisierung verbreiteten Aufruf heißt es unter anderem, dass Antifaschismus nur wirksam werden könne, „wenn er eine Analyse und Kritik der gesellschaftlichen Zustände, aus denen das nationalistische Denken hervorgeht, mit umfasst“. Deshalb solle die gesellschaftliche Situation angegriffen werden, „in der sich Nazipositionen ins allgemeine Meinungsbild einfügen, Nazipositionen nicht inhaltlich widersprochen werden kann und Nazistrukturen als Bestandteil der gesellschaftlichen Ordnung akzeptiert sind“. Des Weiteren sollte mit dem Motto der Demon-

stration „an den antideutschen Standard der Linken“ erinnert werden. Die Veranstaltung mit etwa 280 Personen verlief ohne nennenswerte Störungen.



Demonstration am 1. Oktober in Leipzig

Foto: Internetseite MOB-ACTION

Als zentrale Anlaufstelle der autonomen Szene Leipzig dient, wie schon in den vergangenen Jahren, das „Conne Island“. Verschiedene Gruppierungen der linksextremistischen Szene führen in diesem Szenetreff Veranstaltungen durch. Seit dem Berichtsjahr finden im „Conne Island“ darüber hinaus unter der Bezeichnung „Eiscafé“ wöchentliche Veranstaltungen zu Themen wie Rassismus, Nationalismus und Sexismus für Jugendliche statt. Das Projekt ist Eigenangaben zufolge eine Kooperation verschiedener Gruppen und Projekte, wie der AFBL, der Jugendantifa TOMORROW, der LeA und der MIWO mit dem „Conne Island“.

Die Leipziger Szenezeitschrift INCIPITO – das Nachfolgeprojekt der im März 2002 eingestellten Szenezeitschrift KLAROFIX – widmet sich in ihren unregelmäßig erscheinenden Ausgaben den aktuell in der linksextremistischen Szene diskutierten Themen. Zudem nutzen linksextremistische Gruppierungen die INCIPITO zur Veröffentlichung von eigenen Beiträgen bzw. Stellungnahmen. Im Berichtsjahr stand die Zeitschrift nach eigener Einschätzung vor der Auflösung. In einer auf der Internetseite LEFT ACTION für den 4. August angekündigten Diskussionsveranstaltung unter dem Motto „Incipito – wie weiter?“ sollten neue Mitarbeiter gefunden und die Bedeutung der Publikation für die Leipziger Szene geklärt werden. Am 23. August fand im Leipziger Szenetreff „B 12“ eine Veranstaltung einer neuen INCIPITO-Redaktionsgruppe statt, die unter dem Thema „your incipito needs you“ stand. Im Verlauf der Veranstaltung sollte u. a. über ein neues Konzept beraten werden.

¹⁶² Die auch als MITTWOCHSGRUPPE (MIWO) bezeichnete Jugendgruppe besteht Eigenangaben zufolge seit etwa Anfang 2005. Mit anderen Gruppen habe sie die Veranstaltungsreihe „Eiscafé“ im Conne Island initiiert und sich an verschiedenen öffentlichen Ereignissen der autonomen Szene in Sachsen beteiligt.



Die Novemberausgabe der Szenezeitschrift wurde von einer Redaktionsgruppe herausgegeben, die eigenen Angaben zufolge überwiegend aus neuen Mitgliedern, unter anderem auch aus Dresden, besteht.

Das Internet ist für die autonome Szene Leipzig inzwischen eines der wichtigsten Kommunikationsmedien. Vor allem zur Veröffentlichung von Aufrufen zu und Berichten über Demonstrationen und sonstige Veranstaltungen sowie zur Selbstdarstellung nutzen die Leipziger Autonomen dieses Medium. Besondere Bedeutung kommt hierbei der Internetseite LEFT-ACTION zu, einem Internetportal „linksradikaler Gruppen und linker Projekte aus Leipzig“. Gruppierungen wie das BgR verfügen zudem über eigene Internetseiten.

Marxistisch-Leninistische Bestrebungen

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)

Gründung:	1968
Sitz:	Essen
Nebenorganisationen:	SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITER-JUGEND (SDAJ)
Organisationen im Freistaat Sachsen:	Landesorganisation Sachsen, Gruppen in: Döbeln, Dresden, Erzgebirge/Vogtland, Hoyerswerda/Lausitz, Leipzig
Mitglieder 2004	
bundesweit:	ca. 4.500
Sachsen:	ca. 40
Mitglieder 2005	
bundesweit:	weniger als 4.500
Sachsen:	ca. 40
Publikationen:	UNSERE ZEIT (UZ), MARXISTISCHE BLÄTTER
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten

Die DKP besteht seit 1968. Der in Essen gegründeten Partei gehörten vor der Wiedervereinigung in den alten Bundesländern bis zu 40.000 Mitglieder an. Nach einem durch den Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa ausgelösten starken Mitgliederderrückgang ist nach wie vor eine Stagnation der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Seit 1992 ist die Partei bemüht, ihre Organisation auf das Gebiet der neuen Bundesländer auszuweiten. Bislang ist jedoch kein wesentlicher Durchbruch gelungen. In Sachsen gingen Aktivitäten von den Gruppen in Dresden, Erzgebirge/Vogtland, Hoyerswerda/Lausitz und Leipzig aus.

Politische Zielsetzung

Die DKP hat auch nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Machtbereichs ihre ideologische Ausrichtung

tung nicht verändert. Der auf dem Parteitag im Jahr 2000 beschlossene Leitantrag bekennt sich zur revolutionären Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Als Ziel strebt sie eine klassenlose kommunistische Gesellschaft an, wobei der Sozialismus die historische Übergangsperiode auf dem Weg dahin darstellt.¹⁶³ Damit verbunden ist der grundsätzliche Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen.¹⁶⁴ Nach dem Verständnis der DKP ist die Arbeiterklasse die entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft.

Theoretische Grundlage ihres Handelns ist eine „wissenschaftliche“ Weltanschauung, deren Fundamente insbesondere von Marx, Engels und Lenin erarbeitet wurden.¹⁶⁵

Aktuelle Entwicklungen und Aktivitäten

Ihr wichtigstes Ziel, die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms, konnte die DKP auch im Berichtsjahr nicht verwirklichen.

Im Frühjahr legte der Parteivorstand den Mitgliedern eine „Diskussionsgrundlage zum Parteiprogramm“ vor. Mit der darin enthaltenen Aussage, dass man den im derzeit geltenden Mannheimer Programm¹⁶⁶ fixierten Nah- und Fernzielen „nicht nur nicht näher gekommen, sondern heute weiter davon entfernt als damals sei“, schätzen die Autoren ihre eigenen Möglichkeiten durchaus realistisch ein.

Die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms wurde nunmehr für die 2. Tagung des 17. Parteitages am 8. April 2006 in Duisburg vorgesehen.

Die Herausbildung eines linken Wahlbündnisses zur Bundestagswahl im September 2005 wurde von der DKP begrüßt. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, verzichtete die DKP auf eigene Landeslisten und rief zur Wahl der Partei „Die Linkspartei.PDS“ auf.¹⁶⁷ Auf deren offener Landesliste für den Freistaat Sachsen kandidierten zwei DKP-Mitglieder.¹⁶⁸

Unter der Überschrift „Die politisch-parlamentarischen Verhältnisse bleiben labil“ nahm die DKP im Internet¹⁶⁹ Stellung zum Ausgang der Bundestagswahl. Der Einzug der „Linkspartei.PDS“ in Fraktionsstärke in den Bundestag wurde begrüßt. Dieser Erfolg beruhe unter anderem auch auf den wahlpolitischen Forderungen der DKP, die engagiert und aktiv in den Wahlkampf eingebracht worden seien. Die Kandidaten der DKP zogen nicht in den Bundestag ein.

Mit der Herausgabe der Mitgliederzeitungen LICHTBLICK durch die DKP-Gruppe Leipzig und DER ROTE BERGMANN durch die DKP-Gruppe Erzgebirge/Vogtland versuchte die Partei, sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren und neue Mitglieder zu gewinnen. Diese Ziele wurden jedoch nicht erreicht. Vom LICHTBLICK wurden drei Ausgaben sowie eine Sonderausgabe zum 1. Mai veröffentlicht, DER ROTE BERGMANN erschien bislang nur einmal.

¹⁶³ Statut der DKP.

¹⁶⁴ UNSERE ZEIT (UZ) vom 5. Juli 2002, S. 2.

¹⁶⁵ UZ – Sonderbeilage Frühjahr 2002, S. VII (Entwurf eines neuen Parteiprogramms).

¹⁶⁶ Das Mannheimer Programm stammt aus dem Jahr 1978.

¹⁶⁷ Beschluss „Zum Herangehen an die Bundestagswahl 2005“ der 3. Tagung des Parteivorstandes der DKP am 9./10. Juli 2005 in Essen.

¹⁶⁸ Sächsisches Amtsblatt, Sonderdruck Nr. 5/2005 vom 29. August 2005 F 48500.

¹⁶⁹ Homepage der DKP-Ortsgruppe Hoyerswerda.

Linksextremistische Strömungen in der „Linkspartei.PDS“

Gemäß dem Programm haben in der Partei „Die Linkspartei.PDS“¹⁷⁰ sowohl Menschen einen Platz, die ihren „Widerstand“ damit verbinden, die „kapitalistische“ Gesellschaft positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden, als auch jene, die der kapitalistischen Gesellschaft „Widerstand“ entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen.¹⁷¹ Basierend auf diesem Grundsatz können sich nach dem Parteistatut Zusammenschlüsse unterschiedlicher politisch-ideologischer als auch themenorientierter Ausrichtung bilden. Sie haben das Recht, sich auf allen Ebenen der Parteigliederung unmittelbar in den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess einzubringen.¹⁷²

Bei einigen dieser Zusammenschlüsse ergeben sich tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass sie Ziele verfolgen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Es handelt sich um die Zusammenschlüsse:

- KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER LINKSPARTEI-PDS (KPF DER PDS),
- MARXISTISCHES FORUM (MF) und
- ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN (AG JG).

Während sich die AG JG auf Bundesebene schon im Jahr 1998 auflöste, existieren im Freistaat Sachsen noch Strukturen in Chemnitz und Leipzig. Im Berichtsjahr gingen von diesen jedoch keine öffentlichkeitswirksamen Aktionen aus.

Die Aktivitäten des MF sind im Freistaat Sachsen stark rückläufig. Während das MF Sachsen und das MF Leipzig im Berichtsjahr zumindest Veranstaltungen ankündigten, konnte das MF Dresden in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen werden. Damit setzten sich die bereits im Vorjahr abzeichnenden Auflösungserscheinungen des MF Dresden fort.

Demgegenüber ist die KPF auch nach der Umbenennung der PDS bestrebt, sich in deren Meinungsbildungsprozess, insbesondere in Bezug auf die Diskussion über eine denkbare Fusion mit der Partei „Arbeit und Soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG)¹⁷³, einzubringen.

Verglichen mit der Gesamtmitgliederzahl der Partei ist die Anzahl derer, die diesen linksextremistischen Zusammenschlüssen angehören, gering. Mitglieder der extremistischen Zusammenschlüsse haben in Einzelfällen Funktionen in der Partei inne. In vorangegangenen Jahren war es ihnen damit möglich, ihren politischen Vorstellungen in der Partei Ausdruck zu verleihen und bezüglich aktuellen Themen und Grundsatzfragen Akzente zu setzen.

¹⁷⁰ Am 17. Juli 2005 beschloss die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) auf der Außerordentlichen Tagung des 9. Parteitages ihre Umbenennung in „Die Linkspartei.PDS“. Die Kurzbezeichnung lautet „Die Linke“. Die Verwendung des Zusatzes „PDS“ bleibt den Landesverbänden selbst überlassen. Durch die Umbenennung wurde der Inhalt des Parteiprogramms nur insofern geändert, wie es durch den neuen Parteinamen erforderlich wurde.

¹⁷¹ Programmpunkt IV. Veränderung mit der PDS – Selbstveränderung der PDS. Aus: Programm der PDS. Beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS, 25. bis 26. Oktober 2003.

¹⁷² Statut der PDS. Beschlossen von der 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS; bestätigt durch die Urabstimmung vom 19. August bis 20. September 1991; verändert durch die 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS, 17. bis 19. Januar 1997, S. 34.

¹⁷³ Die WASG ist kein Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen.

KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS (KPF DER PDS)¹⁷⁴

Gründung:	Dezember 1989
Sitz:	Berlin
Organisation im Freistaat Sachsen:	Landesverband, Regionalgruppen in Chemnitz, Dresden und Leipzig
Mitglieder 2004	
bundesweit:	ca. 1.000
Sachsen:	ca. 60
Mitglieder 2005	
bundesweit:	ca. 1.000
Sachsen:	ca. 60
Publikation:	MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS
Präsenz im Internet:	Vorstellung der KPF auf der Homepage der „Linkspartei.PDS“
Kennzeichen:	

Die in allen neuen sowie in fünf alten Bundesländern vertretene KPF gliedert sich in den Bundesverband sowie in Landesverbände¹⁷⁵. Der sächsische Landesverband der KPF verfügt über Strukturen in den Großstädten Chemnitz, Dresden und Leipzig.

Grundsätzlich steht die KPF laut Satzung auch Personen offen, die nicht Mitglied der „Linkspartei.PDS“ sind. Sie können gemäß Parteistatut durch Mehrheitsbeschluss ihrer KPF-Gliederung alle Mitgliederrechte der „Linkspartei. PDS“ wahrnehmen¹⁷⁶.

Politische Zielsetzung

Die KPF verkörpert innerhalb der „Linkspartei.PDS“ eine linksextremistische Strömung mit marxistisch-leninistischer Weltanschauung. Die Grundlage für ihr Wirken sieht sie im Programm der „Linkspartei.PDS“ von 1993. Demzufolge haben in der Partei Menschen einen Platz, die der so genannten „kapitalistischen Gesellschaft“ Widerstand entgegen setzen wollen und deren Ziel es ist, die gegebenen Verhältnisse „positiv“ zu verändern und schrittweise zu überwinden. Angestrebt wird dabei der Sozialismus.¹⁷⁷

In der kommunistischen Wahrnehmung ist die „kapitalistische Gesellschaftsordnung“ eine begriffliche Kennzeichnung der freiheitlichen Verfassungsordnung in Deutschland, die unmissverständlich abgelehnt wird.

Zur eigenen kommunistischen Positionsbestimmung wird auf den historisch und politisch gescheiterten Versuch, in der DDR ein kommunistisch-autoritäres Staatsmodell zu begründen, positiv Bezug genommen.

Aktivitäten

Die KPF ist nach wie vor bemüht, auf die Politik und die Programmdebatte der „Linkspartei.PDS“ gestaltend Einfluss zu nehmen. Wie schon im Jahr 2004 war ihr tatsächlicher Einfluss auch im Berichtsjahr gering.

Im Rahmen der Umbenennung der PDS¹⁷⁸ wurde u. a. von Angehörigen der linksextremistischen Zusammenschlüsse KPF und MARXISTISCHES FORUM (MF) ein Änderungsantrag eingebracht. Die Antragsteller forderten, das Kürzel „PDS“ dem Namen als festen Bestandteil anzufügen, andernfalls bestehe die Gefahr eines Identitätsverlustes; das Ziel des Sozialismus werde verschwinden. Der Antrag wurde von den Delegierten mehrheitlich abgelehnt.¹⁷⁹

Anlässlich der Bundestagswahl am 18. September wurde eine Vertreterin der sächsischen KPF auf Platz 21 der offenen Landesliste der „Linkspartei.PDS“ gewählt. Die Kandidatin zog jedoch nicht in den Deutschen Bundestag ein.

¹⁷⁴ Durch die am 17. Juli 2005 erfolgte Umbenennung der PDS in „Die Linkspartei.PDS“ führt die KPF nunmehr den Namen KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS.

¹⁷⁵ Satzung der KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS, S. 35 f. (beschlossen auf der 2. Tagung der 6. Bundeskonferenz der KPF der PDS am 25./26. Februar 1995).

¹⁷⁶ Satzung der KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS, S. 35 f. (beschlossen auf der 2. Tagung der 6. Bundeskonferenz der KPF der PDS am 25./26. Februar 1995).

¹⁷⁷ KPF DER PDS DRESDEN: „Was will die Kommunistische Plattform der PDS?“ vom April 2005. Veröffentlichung auf der Internetseite triller-online.

¹⁷⁸ Am 17. Juli 2005 beschloss die PDS ihre Umbenennung in „Die Linkspartei.PDS“. Die Verwendung des Zusatzes „PDS“ bleibt den Landesverbänden selbst überlassen.

¹⁷⁹ junge Welt vom 18. Juli 2005.

Auf der 4. Tagung der 12. Bundeskonferenz der KPF am 9. Oktober in Berlin wurde das Abschneiden der „Linkspartei.PDS“ bei der Bundestagswahl als Erfolg gewertet.

Ein weiteres Thema war die geplante Fusion zwischen der „Linkspartei.PDS“ und der Partei „Arbeit und Soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG)¹⁸⁰. Es wurde festgestellt, dass sich die KPF „in der kompliziertesten Situation seit Ende 1989“ befinde. Außerdem sei die geplante Fusion kein „bevorstehendes“ Ereignis, sondern ein bereits „laufender Prozess“. Man werde sich aber nicht außerhalb dieser Prozesse halten, sondern sich – im Interesse „sozialistischer Politik“ – aktiv am Parteileben beteiligen¹⁸¹.

Erkennbar bleibt das Bemühen der KPF, orthodox-kommunistische Positionen in der neuen Partei beizubehalten, einer „Sozialdemokratisierung“ vorzubeugen und einer pauschalen Kritik am totalitären Staatsmodell der DDR entgegenzuwirken.

Trotzkismus

Trotzkisten berufen sich auf die Ideologie von Leo Trotzki¹⁸², einem maßgeblichen Akteur der russischen Oktoberrevolution von 1917. Wesentlicher Bestandteil des Trotzkismus ist die Theorie der „permanenten Revolution“. Demnach dürfe sich eine Revolution nicht erst im nationalen Rahmen abspielen, sondern müsse der Beginn einer Weltrevolution sein. Dieser gewaltsame Prozess ende letztlich mit der Errichtung der „Diktatur des Proletariats“. Das Konzept trotzkistischer Gruppen orientiert sich darüber hinaus auch an den Ideen anderer orthodox-kommunistischer Vordenker wie Marx, Engels und Lenin.

Charakteristisch für trotzkistische Bewegungen ist die von ihnen zeitweise angewendete Taktik des Entzismus. Darunter wird die Unterwanderung meist sozialdemokratischer Parteien und gewerkschaftlicher Organisationen verstanden. Kader der unterwanderten Organisation bzw. Partei sollen aus dieser ideologisch herausgelöst und für die Stärkung der eigenen trotzkistischen Gruppe gewonnen werden. Aktuelles Beispiel sind die Versuche, Einfluss auf die Partei „Arbeit und Soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG)¹⁸³ zu erlangen.¹⁸⁴

In Deutschland sind 17 internationale trotzkistische Dachverbände mit 21 Sektionen oder Resonanzgruppen aktiv. Derzeit gehören der trotzkistischen Bewegung bundesweit etwa 1.700 und in Sachsen etwa 20 Mitglieder an.

Zu den im Jahr 2005 in Sachsen aktiven trotzkistischen Gruppierungen zählt vor allem die SOZIALISTISCHE ARBEITERGRUPPE (SAG), deutsche Sektion des in London ansässigen internationalen Dachverbandes INTERNATIONAL SOCIALISTS (IS). Die als LINKSRUCK-NETZWERK auftretende SAG ist in Sachsen mit einer Ortsgruppe in Chemnitz vertreten. Die Gruppierung nutzte verschiedene politische Themenfelder, um sich öffentlich zu profilieren. Nach dem Abflauen der Proteste gegen den Irak-Krieg konzentrierte sich LINKSRUCK vor allem auf die Teilnahme an Demonstrationen im Rahmen des „Widerstandes“ gegen „Sozialabbau“.

An den Bundestagswahlen 2005 nahm die in Sachsen kaum Aktivitäten entwickelnde PARTEI FÜR SOZIALE GLEICHHEIT; SEKTION DER VIERTEN INTERNATIONALE (PSG) teil. Sie erhielt in Sachsen 0,2 % der abgegebenen Stimmen.

¹⁸⁰ Die WASG ist kein Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen.

¹⁸¹ MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS, 11/2005, S. 2. f.

¹⁸² Pseudonym für Leo Davidowitsch Bronstein (1879-1940).

¹⁸³ Kein Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen.

¹⁸⁴ Siehe LINKSRUCK Nr. 202 vom 22. Juni 2005, S. 3; LINKSRUCK NR. 203 VOM 6. JULI 2005, S.2.

Linksextremistische Publikationen und solche, in denen Linksextremisten publizieren¹⁸⁵

Im Freistaat Sachsen herausgegebene Publikationen sind **fett** gedruckt.

Publikation	Herausgeber/ Verantwortlicher	erscheint	Auflage	abrufbar im Internet
CEE IEH – DER CONNE ISLAND NEWSFLYER	CONNE ISLAND	monatlich	ca. 1.000 (Eigen- angabe)	ja
DIE ROTE FAHNE	Zentralkomitee der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)	monatlich	ca. 1.000	ja
DIE ROTE HILFE	Bundesvorstand der ROTEN HILFE e. V.	vierteljährlich	ca. 5.000	teilweise
DIREKTE AKTION	FREIE ARBEITERINNEN UND ARBEITER UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION (FAU/IAA)	alle zwei Monate	3.000 (Eigen- angabe)	nein
GEGENSTANDPUNKT	GEGENSTANDPUNKT Verlags GmbH München	vierteljährlich	ca. 7.000	teilweise
GRASWURZELREVO- LUTION – FÜR EINE GEWALTFREIE, HERRSCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT	GRASWURZELREVOLUTION e. V.	zehn Ausgaben im Jahr	ca. 4.000	ja
INCIPITO	autonome Szene Leipzig	unregelmäßig	unbekannt	ja
INTERIM	INTERIM e.V.	alle zwei Wochen	unbekannt	teilweise
JUNGE WELT	Linke Presse Verlags-, Förderungs- und Beteili- gungsgesellschaft JUNGE WELT e. G.	werktätlich	Mo-Fr: ca. 18.000 Sa: ca. 21.000	ja
LINKSRUCK – SOZIALIS- TISCHE ZEITUNG	LINKSRUCK, Berlin	alle zwei Wochen	ca. 3.500	teilweise
MARXISTISCHES FORUM	MARXISTISCHES FORUM DER PDS (MF)	unregelmäßig	ca. 1.000	teilweise
MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER LINKS- PARTEI.PDS	Bundeskoordinierungsrat der KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER PDS (KPF DER PDS)	monatlich	1.450 (Eigen- angabe)	ja

Publikation	Herausgeber/ Verantwortlicher	erscheint	Auflage	abrufbar im Internet
PHASE 2	Kulturprojekt PLAGWITZ e.V., Leipzig	vierteljährlich	ca. 3.500	ja
REBELL – JUGENDMAGAZIN DES JUGENDVERBANDES REBELL	Jugendverband der MARXISTISCH–LENINISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)	alle zwei Monate	unbekannt	teilweise
ROTE FAHNE	MARXISTISCH–LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)	wöchentlich	ca. 7.500	ja
ROTFUCHS	ROTFUCHS-Förderverein e. V.	monatlich	unbekannt	ja
SOLIDARITÄT – SOZIALISTISCHE ZEITUNG	SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE VORAN (SAV)	monatlich	ca. 3.000	ja
UNSERE ZEIT	Parteivorstand der DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP)	wöchentlich	ca. 7.500	ja

Ausländerextremismus

Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der ausländerextremistischen Bestrebungen

Wesentliche gemeinsame Merkmale ausländerextremistischer Bestrebungen sind:

- das Ziel, die in den jeweiligen Herkunftsländern herrschende Gesellschaftsordnung, zunehmend aber auch darüber hinaus, etwa in Deutschland, abzuschaffen und sie durch eine zu ersetzen, die der Ideologie der jeweiligen extremistischen Organisation entspricht,
- die Gefährdung auswärtiger Belange der Bundesrepublik Deutschland durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen,
- Äußerungen und Aktivitäten, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, richten.¹⁸⁶

Im Einzelnen lassen sich ausländerextremistische Bestrebungen untergliedern in:

- islamisch-extremistische (islamistische),
- linksextremistisch-separatistische,
- extrem nationalistische.

Islamistische Organisationen beabsichtigen, die bestehende Gesellschaftsordnung durch ein auf Koran (heilige Schrift des Islam) und Scharia (islamisches Rechts- und Wertesystem) basierendes Gesellschaftssystem zu ersetzen. Nach ihrer Ansicht regelt der Islam alle Lebensbereiche einer Gesellschaft. Insofern könne auch alle staatliche Herrschaft nicht dem menschlichen Willen entspringen, sondern gehe einzig von Gott (Allah) aus. Eine Trennung von Staat und Religion widerspricht daher ihrer Auffassung von einer Staats- und Gesellschaftsordnung und wird als unisla-

misch verurteilt und u. U. auch aktiv bekämpft. Grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie das Prinzip der Volkssouveränität, das Mehrparteienprinzip und das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, lehnen Islamisten ab, sofern sie nicht mit den jeweiligen islamistischen Überzeugungen in Einklang gebracht werden können.

Linksextremistische Ausländergruppierungen streben nach der revolutionären Zerschlagung der jeweiligen Staatsordnung in ihren Herkunftsländern die Errichtung eines sozialistischen bzw. kommunistischen Systems an. Einige dieser Gruppierungen verfolgen aber auch ethnisch motivierte Unabhängigkeitsbestrebungen.

Extrem nationalistische Ausländerorganisationen vertreten ein übersteigertes Nationalbewusstsein, das anderen Nationen oder Personen anderer Nationalität die Gleichwertigkeit abspricht.

Den meisten ausländerextremistischen Gruppierungen dient die Bundesrepublik Deutschland vorwiegend als Ruhe- und Rückzugsgebiet. Mit ihren hiesigen Aktivitäten reagieren sie vor allem auf politische Vorgänge in den Herkunftsländern. Außerdem haben sie sich hier Möglichkeiten erschlossen, u. a. finanzielle Mittel zur Unterstützung des Kampfes in der Heimat zu beschaffen.

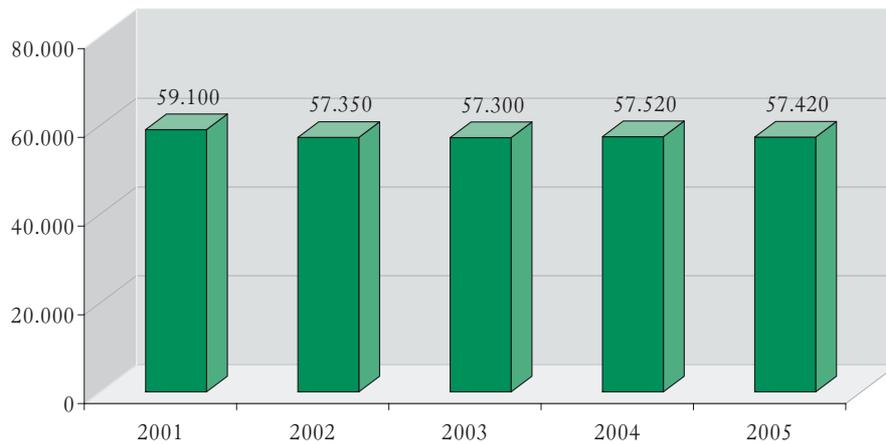
Eine Sonderstellung nehmen gewaltbereite Islamisten ein. Sie nutzen ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland auch, um u. a. terroristische Anschläge vorzubereiten bzw. hierfür unterstützend tätig zu sein. Die Ausführung terroristischer Anschläge auch in Deutschland muss insofern weiterhin einkalkuliert werden.

Überblick in Zahlen¹⁸⁷

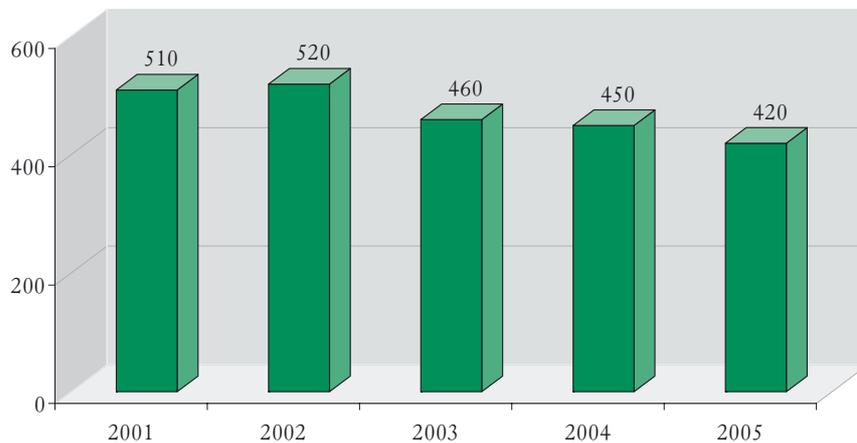
Der Anteil ausländischer Extremisten im Freistaat Sachsen am bundesweiten ausländerextremistischen Personenpotenzial beträgt weniger als ein Prozent. Ur-

sache dafür ist der in den neuen Bundesländern prozentual geringe Ausländeranteil bezogen auf die Gesamtbevölkerung. Während der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Sachsen etwa bei 3 % liegt, beträgt er im bundesdeutschen Durchschnitt knapp 9 %.

Ausländerextremisten in der Bundesrepublik Deutschland¹⁸⁸



Ausländerextremisten im Freistaat Sachsen



¹⁸⁷ Die Zahlenangaben sind z. T. geschätzt und gerundet. Es wird darauf hingewiesen, dass den Verfassungsschutzbehörden nicht zu allen in den Zahlenangaben erfassten Personen individuelle Erkenntnisse vorliegen. Dies folgt daraus, dass die Verfassungsschutzbehörden hauptsächlich einen Strukturbeobachtungsauftrag haben; umfassende personenbezogene Erkenntnisse zur gesamten Mitgliedschaft der beobachteten Organisationen sind dafür nicht erforderlich.

¹⁸⁸ Zahlenangaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Von dem ausländerextremistischen Personenpotenzial im Freistaat Sachsen können rund 10 % dem islamistischen und knapp 90 % dem linksextremistischen Spektrum, vorwiegend dem VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KONGRA GEL; ehemals ARBEITERPARTEI KURDISTANS [PKK]), aber auch iranischen Organisationen zugeordnet werden. Einige Wenige hängen national-extremistischen Organisationen an.

Das Mobilisierungspotenzial einiger ausländerextremistischer Organisationen wie KONGRA GEL, NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN (NWRI) und ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN (API) kann jedoch die Anzahl der Mitglieder teils um das Mehrfache überschreiten. Hier sind auch Anhänger und Sympathisanten aus den angrenzenden Bundesländern einzubeziehen.

Entwicklungstendenzen im Ausländerextremismus

Von den in Sachsen ansässigen Ausländern gehören lediglich knapp 0,5 % extremistischen Gruppierungen an. Bislang haben hier nur die linksextremistischen Organisationen KONGRA GEL und API Strukturen aufgebaut. Einen relativ großen Einfluss auf iranische Asylbewerber besitzt der NWRI. Durch gezielte Einflussnahme kann er speziell zu überregionalen Großveranstaltungen teilweise mehrere Hundert Personen mobilisieren.

Andere ausländerextremistische Organisationen, insbesondere solche mit islamistischem Hintergrund, sind im Freistaat Sachsen lediglich durch einzelne Anhänger vertreten.

Trotz des geringen Potenzials an Islamisten und islamistischen Terroristen ist deren Verhalten in hohem Maße konspirativ und irrational, was eine Bekämpfung dieses Phänomens erheblich erschwert. Insofern können terroristische Anschläge aus diesem Spektrum auch in Sachsen nicht völlig ausgeschlossen werden. Die abstrakt hohe Gefährdung aus diesem Bereich hält für Deutschland und somit auch für Sachsen unverändert an.

Nach wie vor reagieren die Mitglieder und Anhänger ausländerextremistischer Organisationen – vor allem diejenigen aus dem linksextremistischen Spektrum – entsprechend den Vorgaben der jeweiligen Führungen auf aktuelle Ereignisse.

In den letzten Jahren waren im Freistaat Sachsen keine gewalttätigen Ausschreitungen von Anhängern ausländerextremistischer Organisationen zu verzeichnen. Die hier zahlenmäßig stärksten extremistischen Aus-

länderorganisationen KONGRA GEL und NWRI sind bemüht, als Gesprächspartner auf politischer Ebene anerkannt zu werden. Daher ist auch zukünftig eher von gewaltlosen Aktionen auszugehen. Gleichwohl ist zu berücksichtigen, dass es durchaus anlassbezogen zu unkontrollierten Aktionen emotionalisierter Einzeltäter kommen kann.

Islamischer Extremismus / Islamistischer Terrorismus

Der Islamismus als politische Strömung steht nicht nur in Deutschland, sondern weltweit im Fokus sowohl der Sicherheitsbehörden als auch der Öffentlichkeit. Die Sicherheitsbehörden unterscheiden zwischen so genannten legalistisch agierenden Organisationen, d. h. islamistischen Organisationen, die ihre jeweiligen Ziele mit friedlichen Mitteln zu erreichen versuchen, und islamistisch-terroristischen Organisationen, die ihre Auffassung von der islamischen Religion als Rechtfertigung für gewaltsame Aktionen missbrauchen.

Weltweite Anschläge

Die Bedeutung von AL-QAIDA als streng hierarchische Kaderorganisation, die konkrete Anschlagbefehle erteilt, geht kontinuierlich zurück zu Gunsten von Organisationen, Gruppen und auch „losen Zellen“, die geistig-ideologisch und in ihrer Zielsetzung mit AL-QAIDA verbunden sind.

Die mittlerweile weltweit agierende AL-QAIDA-Bewegung scheint aus einem nicht versiegenden Reservoir an freiwilligen Kämpfern zu schöpfen. Mit viel Aufwand – vor allem bei der Propaganda¹⁸⁹ – gelingt es ihr offenbar, ihre Basis zu erweitern, Anhänger zum globalen Djihad zu mobilisieren und mittels vermeintlich religiös fundierter Erklärungsmuster Gewalt zu legitimieren.



Anschlag am 7. Juli in London.

Foto: picture alliance

Anschläge auf westliche Touristen wie die in Kairo und Sharm El-Sheikh (Ägypten) im April und Juli mit insgesamt ca. 70 Toten oder die Anschlagsserie von London ebenfalls im Juli mit insgesamt ca. 60 Toten sollen den Weg zur Errichtung eines wahrhaft islamischen Staates ebnen und die vermeintliche westliche Vormachtstellung zurückdrängen.

Abu Musab AL-ZARQAWI, dem zahlreiche Terroranschläge u. a. im Irak angelastet werden und der als Anführer verschiedener Gruppierungen AL-QAIDA angegliedert ist, machte diese Ziele in einer Tonbandbotschaft vom Juni 2004 deutlich: „Unser Dihad¹⁹⁰ wird fortbestehen und nicht zwischen einem ungläubigen Westler oder arabischen Apostaten unterscheiden, bis das Kalifat auf Erden zurückkehrt oder wir davor sterben“.

Auch die weiteren Anschläge auf Touristenzentren auf Bali Anfang Oktober mit über 20 Toten und auf westliche Hotelketten in der jordanischen Hauptstadt Amman Anfang November mit knapp 60 Toten sprechen in ihrer Zielauswahl eine eindeutige Sprache.

Radikalisierungsprozesse

Für die Sicherheitsbehörden ist von Belang, welche Faktoren maßgeblich eine radikalisierte Wirkung auf Personen islamischen Glaubens entfalten können. Aus diesen Erkenntnissen müssen schließlich Rückschlüsse zur frühzeitigen Bekämpfung gezogen werden.

Bei den Attentätern der Londoner Anschläge vom 7. und 21. Juli handelte es sich nicht um eine Tätergruppe, die extern z. B. in Afghanistan oder Pakistan radikalisiert wurde und eigens zur Anschlagsausführung nach Großbritannien einreiste. Vielmehr waren die Täter größtenteils Einwanderer der zweiten und dritten Generation mit britischer Staatsangehörigkeit, die dort geboren wurden, aufgewachsen sind und sozialisiert waren. Sie führten ein unauffälliges Leben und schienen in die britische Gesellschaft integriert zu sein.

Dennoch müssen vermutlich vor allem in der individuellen gesellschaftlich-sozialen Situation der Betroffenen zu suchende Faktoren Anlass für eine Hinwen-

dung zu radikal-islamischem Gedankengut bis hin zu aktiv gewaltbefürwortenden und terroristischen Taten geboten haben. Dies können z. B. Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst, als soziale Ausgrenzung und Diskriminierung erlebte Ereignisse, aber auch als ungerecht und niederdrückend empfundene geopolitische Gegebenheiten (z. B. Palästina-, Irakkonflikt) gewesen sein. Gleiches kann auch auf so genannte Konvertiten, d. h. Personen, die sich zum Islam bekehrt haben, zutreffen.

Durch sein relativ strenges Regelwerk kann der Islamismus – wie im Übrigen auch andere politische extreme Ideologien – eine anziehende Wirkung auf „Suchende“ oder „Gestrandete“ entfalten. Nach islamistischem Verständnis bietet die Religion des Islam die Lösung aller Probleme. Dies spiegelt sich z. B. auch in dem von der als extremistisch eingestuften MUSLIMBRUDERSCHAFT¹⁹¹ ersonnenen Motto „Der Islam ist die Lösung“ wider. Frieden in der Gesellschaft sei einzig durch eine Unterwerfung unter Gott erreichbar. Darin besteht gemäß dieser Argumentation die Essenz des Islam. Somit kann es opportun erscheinen, Koran und Sunna¹⁹² ahistorisch und unreflektiert zu einer Art Handlungsmaxime für alle Lebensbereiche zu erheben.

Ideologieträger

Insbesondere durch den Einfluss radikal-islamischer Prediger in Moscheen oder anderen Treffpunkten bzw. durch eindeutig tendenziöse Veranstaltungen wie Seminare oder Konferenzen können islamistische Positionen geweckt, transportiert und schließlich im Denken und Handeln gefestigt werden. Auch Medienträger wie einschlägige Internetseiten und Chatrooms, Audio- und Videokassetten, Bücher etc. sind grundsätzlich geeignet, die islamistische Ideologie zu transportieren und zu verbreiten. Überdies scheinen auch Reisen z. B. nach Afghanistan oder Pakistan eine wichtige Rolle im Radikalisierungsprozess zu spielen.

Die Religion des Islam wird dabei in den Rang einer Ideologie erhoben, die leicht verständliche Erklärungen für die jeweiligen Probleme liefert. Dieser simplifizierte Ideologietransfer erleichtert die Akzeptanz und kann Desintegration und die Herausbildung von

¹⁹⁰ Dihad heißt wörtlich „Bemühung“, „Anstrengung“ und bedeutet auch Kampf für die Sache Allahs. Die Mehrheit der Muslime bestreitet diesen Kampf friedlich, etwa als Kampf gegen das Böse in einem selbst. Extremisten deuten diesen Kampf zudem als „heiligen Krieg“ nicht nur zu Verteidigungszwecken, sondern auch aktiv als bewaffneten Kampf bis hin zu terroristischen Anschlägen.

¹⁹¹ Die Organisation wurde 1928 in Ägypten gegründet.

¹⁹² Deutsch: Brauch, Gewohnheit. Überlieferung zur vorbildlichen Lebensweise des Propheten Muhammad. Die Sunna umfasst die Gesamtheit seiner Aussagen, Handlungen und seines Gewahren-Lassens, die in den „Ahadith“ gesammelt wurden. Die Sunna bildet neben dem Koran die wichtigste Richtschnur für das Leben gläubiger Muslime und ist gleichzeitig zentrale Schriftquelle der Scharia. Aus islamistischer Sicht bietet die Sunna für jede Handlung eine religiös angemessene Anweisung.

Parallelgesellschaften fördern. Die islamische Gemeinschaft (Umma) wird zum mehr oder weniger einzigen Identifikationsobjekt. Dies befördert eine deutlich polarisierende Weltansicht und den Aufbau klarer Feindbilder, aus denen Gewaltbereitschaft entstehen kann.

Djihad als religiöse Pflicht

Es gibt in islamistisch-terroristischen Kreisen immer wieder Belege dafür, dass der Djihad gegen Ungläubige¹⁹³ als religiöse Pflicht dargestellt wird, der die wahrhaften Muslime nachkommen müssen. Dieses Thema behandelt auch das Buch „Die unerfüllte Pflicht“ des 1982 hingerichteten Ägypters Salam Abd Al-Farag. Die Schrift, die in Ägypten verboten ist, kursiert in islamistischen Kreisen immer wieder. Sie stellt den gewaltsamen Djihad als sechste und damit zusätzliche Säule des Islam¹⁹⁴ dar und beschäftigt sich u. a. mit dem vermeintlichen Befehl des Propheten Muhammad, einen islamischen Staat anzustreben, um auf der Erde göttliche Gesetze walten lassen zu können. Die Erreichung dieses Ziels wird zur individuellen Pflicht für jeden Gläubigen erhoben, wobei auch Gewalt gerechtfertigt ist.

Ähnlich äußerte sich Ayman AL-ZAWAHIRI, neben Usama BIN LADIN Führer der AL-QAIDA-Bewegung, in einer Erklärung vom Januar 2005: „Mit anderen Worten, es gibt keine Reform ohne Djihad. (...) Die Muslime müssen jedes Mittel bei ihrem Widerstand einsetzen, (...) auch mit dem Einsatz ihres eigenen Lebens.“

Lage in Deutschland

Während z. B. die deutschlandweit mitgliederstärkste islamistische Organisation ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT MILLI GÖRÜS e. V. (IGMG) ihre Ziele gewaltfrei zu verwirklichen versucht, liegt auch die Bundesrepublik Deutschland als Teil eines weltweiten Gefahrenraums im Zielspektrum islamistisch-terroristischer Gruppierungen. Ursachen dafür sind gemäß entsprechender Argumentation u. a. die „westlichen Wertevorstellungen“, die Verbundenheit und Freundschaft mit den erklärten Feindbildern Israel und USA, sowie das militärische Engagement in Afghanistan.

Die Beobachtung legalistischer islamistischer Organisationen ist nach wie vor ein Schwerpunkt der Arbeit

der Verfassungsschutzbehörden. Denn es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich aus diesem Milieu heraus u. U. der Nährboden für gewaltbefürwortende Aktivitäten bildet.

Verschiedene Exekutivmaßnahmen und Ermittlungsverfahren im Berichtszeitraum zeigen jedoch, dass die Bundesrepublik Deutschland und ihre auswärtigen Interessen weniger durch gefestigte Organisationsstrukturen islamistischer Gruppen gefährdet sind, sondern vermehrt durch kleine, konspirative Personenvereinigungen bzw. lokale Zellen mit islamistischem Hintergrund. Gewaltbereite Islamisten sind offensichtlich fortwährend in der Lage, eigenständig Aktionen planen und durchführen zu können. Solche Kleinstgruppen bzw. Zellen zeichnen sich durch große Flexibilität aus und können sich schnell den äußerlichen Rahmenbedingungen sowie operativen Begebenheiten anpassen. Ferner sind sie auch damit beschäftigt, Personen für den gewaltsamen Djihad zu werben sowie weitere Unterstützungsleistungen, z. B. finanzieller und logistischer Art, für die jeweiligen Konfliktzonen zu beschaffen.

Gerichtsurteile

Im Berichtszeitraum wurden – z. T. nach mehrjährigen Ermittlungen – wichtige Verfahren bei der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus beendet und die betreffenden Personen zu Haftstrafen verurteilt.

GARNAOUI

Ihsan GARNAOUI wurde am 6. April durch das Kammergericht in Berlin wegen Steuerhinterziehung, Verstößen gegen das Waffengesetz und das Ausländergesetz sowie wegen Urkundenfälschung zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt. Der erhobene Vorwurf der versuchten Bildung einer terroristischen Vereinigung nach § 129a StGB konnte durch das Gericht nicht bestätigt werden. GARNAOUI hatte zwar Pläne für eigene Terroranschläge offenbart. Jedoch konnte nicht zweifelsfrei festgestellt werden, ob er versucht hatte, Komplizen zu rekrutieren und somit eine terroristische Vereinigung zu bilden.

GARNAOUI war beschuldigt worden, vier Personen aus dem Umfeld der Berliner Al-Nur-Moschee für einen Selbstmordanschlag in Berlin rekrutiert zu haben. Bei seiner Festnahme im März 2003 waren u. a. Materialien zur Sprengstoffherstellung sowie eine Waffe sichergestellt worden.

¹⁹³ Dieser Begriff wird von Islamisten sowohl für Atheisten, Christen und Juden als auch für „liberale“ Muslime verwendet.

¹⁹⁴ Der Islam stützt sich auf fünf so genannte Säulen, die jeder gläubige Muslim befolgen muss: Das Glaubensbekenntnis, das fünfmalige Gebet am Tag, das Fasten im Monat Ramadan, die Almosengabe (Zakat) und die Pilgerfahrt nach Mekka.

AL-MOTASSADEQ

Am 19. August wurde Mounir AL-MOTASSADEQ vom Hamburger Oberlandesgericht zu sieben Jahren Haftstrafe verurteilt. In Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September 2001 sprach ihn das Gericht der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung für schuldig. MOTASSADEQ soll Mitglieder der Hamburger Zelle um Mohammed ATTA, insbesondere Marwan AL-SHEHHI, logistisch unterstützt haben. MOTASSADEQ war bereits 2003 zu 15 Jahren Haft im Zusammenhang mit den Attentaten des 11. September 2001 verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof hob das damalige Urteil auf Grund von Mängeln in der Beweisführung auf und ordnete eine Neuverhandlung an.

AL-TAWHID-PROZESS

Im Prozess gegen die Mitglieder des deutschen Zweiges des internationalen AL-TAWHID-Netzwerkes erfolgte am 26. Oktober die Urteilsverkündung durch das Düsseldorfer Oberlandesgericht. Drei Palästinenser und ein Algerier wurden zu Haftstrafen zwischen fünf und acht Jahren wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt.

Nach den Feststellungen des Gerichts beabsichtigte die Gruppierung drei terroristische Anschläge in Deutschland im Frühjahr 2002. Als Ziele waren das Jüdische Gemeindezentrum von Berlin sowie ein Lokal und eine Diskothek in Düsseldorf bestimmt.

Vereinsverbote

Fortbestand des Betätigungsverbot der HIZB UT-TAHRIR

Das Bundesverwaltungsgericht Leipzig wies im August durch Gerichtsbescheid die Klage der als islamistisch eingestuften Vereinigung HIZB UT-TAHRIR (HuT) gegen das vom Bundesministerium des Innern verhängte Betätigungsverbot ab. Im September beantragte die HuT eine mündliche Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht. Somit gilt der Gerichtsbescheid als nicht ergangen.

Der Bundesminister des Innern hatte am 15. Januar 2003 ein Betätigungsverbot für die HuT verfügt. Sie wird als eine Organisation betrachtet, die sich in aggressiv-kämpferischer Weise gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet und Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Belange befürwortet. Auf Flugblättern sprach sie u. a. dem Staat Israel das Existenzrecht ab.

YATIM KINDERHILFE e. V. und ISLAMISCHE WOHLFAHRTSORGANISATION e. V.

Mit Verfügung vom 31. Juli 2002 wurde der AL-AQSA e. V. verboten und aufgelöst. Begründet wurde dies damit, dass die Tätigkeit des Vereins Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer, religiöser oder sonstiger Belange unterstützt, befürwortet und hervorruft. Ferner unterstützt der AL-AQSA e. V. eine Vereinigung außerhalb des Bundesgebietes, die Anschläge gegen Personen oder Sachen veranlasst, und richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung. Es wurde verboten, Ersatzorganisationen für den AL-AQSA e. V. zu bilden oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzuführen.

Der Bundesminister des Innern stellte am 30. August 2005 jedoch fest, dass es sich bei dem YATIM KINDERHILFE e. V. um eine Ersatz- bzw. Nachfolgeorganisation des verbotenen AL-AQSA e. V. handelt. Der im Mai 2003 gegründete YATIM KINDERHILFE e. V. war damit beschäftigt, primär Spenden zur Finanzierung von Projekten in den palästinensischen Gebieten zu sammeln. Einige dieser Projekte wurden von Vereinen organisiert, die der HAMAS zuzuordnen sind und die bereits durch die Palästinensische Autonomiebehörde verboten wurden.

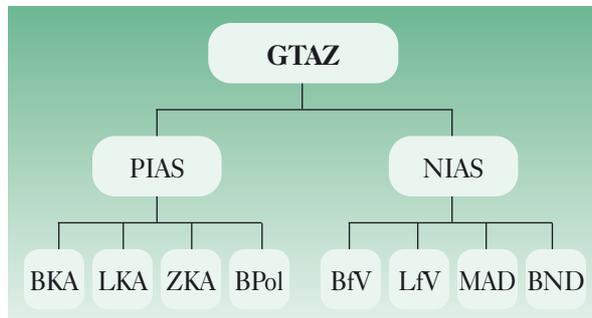
Der Bundesminister des Innern erklärte, dass die Spendensammlungen des YATIM KINDERHILFE e. V. „als mittelbare Finanzierung der terroristischen Aktivitäten der HAMAS anzusehen“ sind, da deren soziale und terroristische Aktivitäten untrennbar verknüpft seien. Der Verein wurde verboten.

Im Zuge von vereinsrechtlichen Ermittlungen sowie Finanzeermittlungen wurden auch Räume und Wohnungen von Vereinsmitgliedern der ISLAMISCHEN WOHLFAHRTSORGANISATION e. V. (IWO) durchsucht. Das Ergebnis stützte den Verdacht, dass Spendengelder an palästinensische Sozialvereine der HAMAS geflossen sind, die ebenfalls durch die palästinensische Autonomiebehörde verboten wurden. Die IWO wies den Vorwurf der Spendensammlung für die HAMAS offiziell zurück. Die Ermittlungen dauern an.

Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ)

Um der abstrakt hohen Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus zu begegnen, wurde im Dezember 2004 ein Gemeinsames Terrorismus-Abwehr-

zentrum (GTAZ) in Berlin-Treptow eingeweiht. In das GTAZ sind sowohl Polizei als auch Nachrichtendienste auf der Grundlage der Einrichtung von Polizeilichen und Nachrichtendienstlichen Informations- und Analysestellen (PIAS und NIAS) eingebunden.



Die Einrichtung des GTAZ zielt darauf ab, den islamistischen Terrorismus über einen ganzheitlichen Ansatz durch Verknüpfung verschiedener staatlicher Instrumente zu bekämpfen. Dies soll insbesondere durch eine institutionalisierte und noch engere Kooperation zwischen Polizei, d. h. dem Bundeskriminalamt (BKA), allen 16 Landeskriminalämtern (LKA), der Bundespolizei (BPol; ehemals Bundesgrenzschutz [BGS]) und dem Zollkriminalamt (ZKA) auf der einen Seite und den Nachrichtendiensten, d. h. dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), allen 16 Landesbehörden für Verfassungsschutz (LfV), dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) und dem deutschen Auslandsnachrichtendienst BND auf der anderen Seite realisiert werden.

Die enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Nachrichtendiensten unter Wahrung des Trennungsgebotes soll einen strukturierten und systematischen zwischenbehördlichen Informationsaustausch befördern und aufgabenbezogene Ressourcen bündeln.

Auch das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen ist am GTAZ durch die Entsendung eines Landesvertreters an die NIAS beteiligt.

Lage in Sachsen

Korrespondierend zur niedrigen Zahl der im Freistaat Sachsen lebenden Ausländer ist das Potenzial an islamischen Extremisten gering. Öffentlich tritt dieser Personenkreis kaum in Erscheinung.

Bisher sind weder Strukturen islamistischer Organisationen noch konkrete Anschlagplanungen oder deren Vorbereitung bekannt geworden. Ebenso wenig existieren im Freistaat Sachsen – auf Grund fehlender gewachsener Strukturen – Netzwerke von hier sozialisierten und hin zur Gewaltbereitschaft radikalisierten Islamisten, wie sie vergleichbar im Zusammenhang mit den Anschlägen in London im Juli 2005 bekannt wurden.

Islamistischen Organisationen wie der ägyptischen MUSLIMBRUDERSCHAFT oder der algerischen FRONT ISLAMIQUE DU SALUT (FIS) werden in Sachsen lediglich einzelne Personen zugerechnet.

Nach wie vor geben jedoch nachrichtendienstliche Hinweise auf das Verhalten von Einzelpersonen (Äußerungen, Reiseaktivitäten, Geldtransfers etc.) Anlass zu dem Verdacht, dass auch in Sachsen Kontakte zum Umfeld islamistisch-terroristischer Organisationen bestehen. Infolge ihrer Bedeutung für Radikalisierungs- und ggf. Rekrutierungsprozesse liegt das Augenmerk deshalb auf solchen islamischen Einrichtungen in sächsischen Großstädten, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen vorhanden sind.

Kurdischer Extremismus

VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KGK)¹⁹⁵

Gründung: Oktober 2003
(im November 1978 als ARBEITERPARTEI KURDISTANS [PKK] gegründet, von April 2002 bis Oktober 2003 als FREIHEITS- UND DEMOKRATIEKONGRESS KURDISTANS [KADEK] firmierend)

Sitz: Nordirak

Betätigungsverbot¹⁹⁶: 26. November 1993

Organisation im Freistaat Sachsen: Strukturen vorhanden

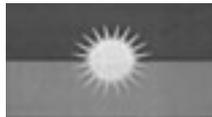
Mitglieder/Anhänger 2004
bundesweit: ca. 11.500
Freistaat Sachsen: ca. 300

Mitglieder/Anhänger 2005
bundesweit: ca. 11.500
Freistaat Sachsen: ca. 270

Publikationen: SERXWEBUN

Präsenz im Internet: mit einer eigenen Homepage vertreten

Kennzeichen:



Die PKK wurde 1978 gegründet. 1984 begann sie mit ihrem militärischen Arm, der VOLKSBEFREIUNGSARMEE KURDISTANS (ARGK), den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat. Angeführt von ihrem Mitbegründer Abdullah ÖCALAN, entwickelte sie sich sowohl in der Türkei als auch in Europa zur anhängerstärksten und militantesten Kurdenorganisation. Erklärtes Ziel war zunächst, die langjährige Forderung türkischer Kurden nach einem autonomen Kurdenstaat durchzuset-

zen. Ende der 1990er Jahre rückte ÖCALAN von dieser Forderung ab. Seither strebt die Organisation nach kultureller Autonomie der Kurden in einer demokratischen Türkei.

Wegen ihrer terroristischen Anschläge auf türkische Bürger und Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland belegte sie der Bundesminister des Innern 1993 mit einem Betätigungsverbot. Jedoch erst seit 1996, nach einer Gewaltverzichtserklärung ÖCALANs für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, beschränkte sich die Organisation in der Öffentlichkeit auf politische Demonstrationen. Nach der Festnahme ÖCALANs im Februar 1999 kam es vorübergehend zu einem erneuten Aufflammen der Gewalt.

ÖCALAN verbüßt seit 1999 wegen Hochverrats und tausendfachen Mordes eine lebenslange Haftstrafe. Trotzdem nimmt er bis heute maßgeblichen Einfluss auf alle in der Organisation zu treffenden Entscheidungen.

In der Bundesrepublik Deutschland leben etwa 500.000 Kurden. Sie stellen damit die größte Gruppe der Diaspora. Etwa zwei Prozent, ca. 11.500, sind als Mitglieder oder Anhänger dem KONGRA GEL zuzurechnen. Zu Großveranstaltungen gelingt es der Organisation, aus der Bundesrepublik Deutschland und dem benachbarten Ausland mehrere Zehntausend Personen zu mobilisieren.

Die PKK steht seit Mai 2002 sowohl in den USA als auch in der Europäischen Union (EU) auf der Liste der terroristischen Organisationen. Um dieser Beurteilung zu entgehen, löste sie sich angeblich auf. Nachfolgeorganisationen sind der KADEK und der KONGRA GEL. Der Rat der EU sah beide Bezeichnungen lediglich als Aliasnamen an und setzte auch sie im April 2004 auf die Liste der terroristischen Organisationen. Ebenso erstreckt sich das in der Bundesrepublik Deutschland geltende Betätigungsverbot auf KADEK und KONGRA GEL.

Die Führungsebene der PKK in Deutschland wird als kriminelle Vereinigung verfolgt.¹⁹⁷ Grund ist die Fortsetzung der Aktivitäten des „Heimatbüros“¹⁹⁸ und der „Bestrafungsaktionen“ (Körperverletzung, Bedrohung, Freiheitsberaubung) gegen Abweichler.

Strategie

Nach seiner Verhaftung hatte ÖCALAN verkündet, dass die PKK den bewaffneten Kampf einstellen und die Durchsetzung ihrer Forderungen mit friedlichen

¹⁹⁵ Für die Bezeichnung VOLKSKONGRESS KURDISTANS wird gewöhnlich die Kurzform KONGRA GEL verwendet.

¹⁹⁶ Das Betätigungsverbot bezieht sich auf die Bundesrepublik Deutschland und trifft nach der Umbenennung auch auf den KADEK und KONGRA GEL zu.

¹⁹⁷ Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs vom 21. Oktober 2004 im Rahmen des Revisionsverfahrens eines verurteilten PKK-Funktionärs.

¹⁹⁸ Siehe Abschnitt „Strukturen“.

politischen Mitteln betreiben werde. Er bot sich und seine Organisation an, auf politischer Ebene mit der türkischen Regierung über die Lösung der „kurdischen Frage“ zu verhandeln. Da die türkische Regierung aber unter keinen Umständen eine Terrororganisation als Gesprächspartner anerkennt, kam es in den Folgejahren zu einem Wechsel zwischen ultimativen Drohungen und Verhandlungsangeboten seitens der Funktionäre der PKK bzw. ihrer Nachfolgeorganisationen. Kampfhandlungen mit der türkischen Armee stellte die PKK-Guerilla stets als „legitime Selbstverteidigung“ dar. Folgerichtig benannte sich die ARGK in VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE (HPG)¹⁹⁹ um.

Wegen der unveränderten Situation kündigten die HPG zum 1. Juni 2004 den „einseitigen Waffenstillstand“. Wie vor 1999 fielen zahlreiche Menschen den Kampfhandlungen zum Opfer.²⁰⁰ Neben den Auseinandersetzungen zwischen Armee und Guerilla verübten die so genannten FREIHEITSELFEN KURDISTANS (TAK) nach eigenem Bekenntnis Anschläge auf zivile Ziele. Die HPG drohte, den „Krieg in die Metropolen“ zu tragen²⁰¹. Die TAK warnten ausländische Firmen, die in der Türkei investierten und Touristen, die eine Türkeireise planten²⁰². Sowohl die HPG als auch die TAK bestritten, in Beziehung zueinander zu stehen. Dem widerspricht die Aussage eines KONGRA GEL-Funktionärs, das kurdische Volk bilde unter der Führung des Vorsitzenden APO²⁰³ eine Einheit.²⁰⁴ Diese Zusammengehörigkeit dürften auch die übereinstimmenden Drohungen und Aktionen der HPG und der TAK bestätigen.

Stets diente die türkischsprachige Tageszeitung ÖZGÜR POLITIKA²⁰⁵ als Verbreiter der Statements der KONGRA GEL- und HPG-Funktionäre. So veröffentlichte sie auch im Juli den Aufruf eines Funktionärs des KONGRA GEL an die Jugendlichen, sich den Guerillakräften anzuschließen. Sie sollten ihrem Willen nach Freiheit Ausdruck verleihen und den gegen sie begonnenen Krieg vereiteln. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass Bemühungen auf demokratischem Wege nichts als neue Enttäuschungen brächten.²⁰⁶

Die geforderte Anerkennung des KONGRA GEL und ihres Führers ließ sich die türkische Regierung – wie erwartet – auch jetzt weder durch intensiviertere Kampf-

handlungen noch durch die Anschläge auf zivile Ziele abringen. So gingen die Funktionäre des KONGRA GEL in offiziellen Verlautbarungen wieder dazu über, ihre Bemühungen für den Frieden in den Vordergrund zu stellen. Zum 20. August verkündeten sie eine einmonatige „Phase der Aktionslosigkeit“. Später wurde diese Phase, wegen des bevorstehenden Beginns der Gespräche zum Beitritt der Türkei zur EU, bis zum 3. Oktober verlängert. Die Kampfhandlungen hielten aber auch in diesem Zeitraum an.

In Westeuropa setzte der KONGRA GEL seinen offiziellen „Friedenskurs“ fort. Mit Kampagnen und Großdemonstrationen präsentierte er seine Forderungen der Öffentlichkeit. Seit Ende 2004 thematisierte er insbesondere die von der Türkei angestrebte Aufnahme in die EU.²⁰⁷ Ohne die Lösung des Kurdenproblems könne die Türkei kein EU-Mitglied werden. Ziel des KONGRA GEL, der sich als alleinige Vertretung aller Kurden ansieht, ist es, als Partner in die politische Diskussion einbezogen zu werden. In Slogans wurde hervorgehoben, dass ÖCALAN der einzige Gesprächspartner sei.²⁰⁸

Neues Organisationsprojekt

Seit ÖCALAN der Vision eines unabhängigen Staates Kurdistan offiziell abgeschworen hat, entwickelt er neue Ideen für länderübergreifende Bündnisse der Kurden im Nahen Osten. In jedem Fall sieht er sich und seine Organisation als führende Kraft mit dem Anspruch, allein die Interessen aller Kurden zu vertreten. Die Guerilla bleibt Bestandteil aller Modelle, um die „legale Verteidigung“ zu sichern.

Bereits im Programm des KADEK beschreibt er 2002 sein Ziel der „Demokratischen Union des Nahen Ostens“ in Form einer Föderation. Dabei solle jeder Teil „Kurdistan“ mit dem Land, in dem er liegt, ein Ganzes bilden.²⁰⁹

Anlässlich des Newroz-Festes²¹⁰ 2005 stellte Abdullah ÖCALAN nun sein Projekt des „Demokratischen Konföderalismus“ vor. Demnach sieht er in einer demokratischen Konföderation die Lösung der Probleme des kurdischen Volkes, des Nahen Ostens und der ganzen

¹⁹⁹ Die Umbenennung von ARGK in HPG erfolgte gleichzeitig mit der Umbenennung der PKK in KADEK im April 2002.

²⁰⁰ Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2004, S. 86.

²⁰¹ ÖZGÜR POLITIKA vom 10. April 2005, S. 1.

²⁰² ÖZGÜR POLITIKA vom 8. März 2005, S. 3.

²⁰³ APO ist der Ehrenname für Abdullah ÖCALAN, der von seinen Anhängern verwendet wird.

²⁰⁴ ÖZGÜR POLITIKA vom 13. Juli 2005, S. 1, 4.

²⁰⁵ Siehe auch Abschnitt „Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland“.

²⁰⁶ ÖZGÜR POLITIKA vom 11. Juli 2005, S. 1, 5.

²⁰⁷ Siehe auch Abschnitt „Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland“.

²⁰⁸ ÖZGÜR POLITIKA vom 12. Dezember 2004, S. 1.

²⁰⁹ Die kurdischen Siedlungsgebiete im Nahen Osten erstrecken sich über die Territorien der Türkei, Syriens, Irans und Iraks.

²¹⁰ Am 21. März feiern die Kurden ihr Neujahrsfest, das die Bezeichnung Newroz trägt.

Welt.²¹¹ Dafür will er eine nichtstaatliche Demokratieform „in allen vier Teilen Kurdistans“ etablieren, die weder Staatsgrenzen noch Staaten zerstört.²¹² Ideologische Kraft in diesem System soll die wieder aufgebaute PKK²¹³ sein.

Im Mai 2005 verabschiedete der KONGRA GEL das Gründungsabkommen zum System des DEMOKRATISCHEN KONFÖDERALISMUS KURDISTANS (kurdische Bezeichnung: KOMA KOMALEN KURDISTAN [KKK]).²¹⁴ Der KONGRA GEL definierte sich selbst als höchsten demokratischen Volkswillen des KKK und als „Gesetzgebende Versammlung“. Das kurdische, arabische und persische Volk wurde aufgerufen, sich zu organisieren und zu solidarisieren, um die demokratische und konföderale Einheit entstehen zu lassen. Die Frauen und die Jugendlichen werden als strategische Macht und Avantgarde für den Aufbau der Volksdemokratie bezeichnet.

Das System des KKK als „Grundgesetz der kurdischen Demokratie“²¹⁵ stützt sich auf vier Pfeiler:

- die Ebene der Beschlussfassung (KONGRA GEL → Volksräte → Kommunen/Zellen),
- die Ebene der Exekutive (der Exekutivrat des KONGRA GEL koordiniert das gesamte Leben der kurdischen Gesellschaft),
- den Kontrollmechanismus durch eine ideologische Kontrolle und ein Rechtssystem (ein gerechtes Gerichtssystem und ein demokratisches Rechtswesen) und
- die Organisation der Guerilla, um die legale Verteidigung zu gewährleisten.

ÖCALAN, der offiziell nicht mehr „Vorsitzender des KONGRA GEL“ ist, sondern als „kurdischer Volksführer“ bezeichnet wurde, wird nun als „Führer des DEMOKRATISCHEN KONFÖDERALISMUS KURDISTANS“ tituliert.

Dieses neue Organisationsprojekt übernahmen folgerichtig auch zielgruppenorientierte Massenorganisationen²¹⁶ des KONGRA GEL. Die ÖZGÜR POLITIKA berichtete über die Eingliederung der BEWEGUNG DER FREIEN JUGEND KURDISTANS (TECAK) in das System des KKK. Die TECAK wolle sich in CIWANEN DEMO-

KRATIK A KURDISTAN (KOMALEN-CIWAN) umbenennen und sich neu organisieren.²¹⁷ Die BEWEGUNG FREIER FRAUEN gab im April die Gründung des VERBANDES DER STOLZEN FRAUEN (KOMA JINEN BILIND [KJB]) bekannt. Diese Gründung sei von ÖCALAN angeregt worden und ein erster Schritt in Richtung „Konföderalismus der Frau“. Der KJB besitze drei Hauptstützpfiler:

- Die FREIHEITSPARTEI DER FRAUEN KURDISTANS (PAJK) als ideologische Organisation,
- die BEWEGUNG DER FREIEN FRAUEN (YJA-STAR) als Organisation zur legalen Verteidigung und
- die FREIEN FRAUENVERBÄNDE (YJA) für die politisch-soziale Organisation.

ÖCALAN, der Führer des KKK, sei auch der Führer des „Konföderalismus der Frau“ und des KJB.²¹⁸



²¹¹ ÖZGÜR POLITIKA vom 11. März 2005, S. 1, 4.

²¹² ÖZGÜR POLITIKA vom 12. März 2005, S. 4.

²¹³ Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2004, S. 86.

²¹⁴ ÖZGÜR POLITIKA vom 2. Juni 2005, S. 1.

²¹⁵ ÖZGÜR POLITIKA vom 5. Juni 2005, S. 14.

²¹⁶ Siehe Abschnitt „Struktur“.

²¹⁷ ÖZGÜR POLITIKA vom 22. August, 2005, S. 16.

²¹⁸ ÖZGÜR POLITIKA vom 21. April 2005, S.1, Bericht S. 7.

²¹⁹ Die Massenorganisationen sind rechtlich selbständige Gruppierungen, die nicht vom Betätigungsverbot betroffen sind. Sie sind bemüht, die personelle und organisatorische Verflechtung zum KONGRA GEL zu tarnen.

²²⁰ Politischer Arm, analog CDK (siehe oben).

²²¹ Militärischer Arm, analog HPG (siehe oben).

²²² Die KONFÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN EUROPA ist der Dachverband für Föderationen in europäischen Staaten, unter dessen Führung die örtlichen, dem KONGRA GEL zuzurechnenden Vereine organisiert sind. In der Bundesrepublik Deutschland ist dies die FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V. (YEK-KOM).

Der KONGRA GEL verfügt über weitere Organisationseinheiten, deren Aktivitäten besonderer Geheimhaltung unterliegen. Dazu gehört das so genannte Heimatbüro²²³, das hauptsächlich für die Schleusung von Funktionären verantwortlich ist.

29 kurdische Parteien und Organisationen sind im KURDISCHEN NATIONALKONGRESS (KNK)²²⁴ zusammengeschlossen. Er versteht sich als politische Kraft, die die Interessen aller Kurden in der internationalen Politik vertritt. Der KONGRA GEL nimmt in dieser Organisation eine dominierende Stellung ein.

Die CDK hat ihre Einflussphären in der Bundesrepublik Deutschland streng hierarchisch in Serits²²⁵ (auch Saha), Gebiete (Bölge) und – je nach zuzuordnender Anhängerzahl – Teilgebiete (Alan) gegliedert. Die Mitglieder und Anhänger treffen sich in Vereinen, deren Dachverband die FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V. (YEK-KOM) ist. Dieser Aufbau gewährleistet, dass die Vorgaben und Anordnungen der Führungsspitze die Organisationsbasis erreichen.

Der Freistaat Sachsen ist in etwa mit dem KONGRA GEL-Gebiet Sachsen identisch. Hier bestehen die Teilgebiete Leipzig, Dresden und Chemnitz.

Derzeit sind drei Vereine bekannt, die Bezüge zum KONGRA GEL aufweisen:

- KURDISCHES HAUS LEIPZIG e. V.,
- KURDISCHES KULTURZENTRUM SACHSEN e. V.²²⁶ in Dresden und
- DEUTSCH-KURDISCHER FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V. in Zwickau.

Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa

Wie in den vergangenen Jahren beabsichtigten der KONGRA GEL und dessen Frontorganisation CDK auch im Berichtszeitraum die Kurdenproblematik sowie die Haftbedingungen Abdullah ÖCALANs mit Großveranstaltungen und Kampagnen in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken. Dabei spielte der Beginn der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei am 3. Oktober eine zentrale Rolle.

Organisiert wurden die zentralen Veranstaltungen von Massenorganisationen, die dem KONGRA GEL zuzurechnen sind, insbesondere KON-KURD bzw. YEK-KOM.

Es zeigte sich, dass die in Europa lebenden Kurden weiterhin bereit sind, sich für ÖCALAN zu engagieren. Außerdem wurde deutlich, dass die kurdischen Dachorganisationen ein hohes Mobilisierungspotenzial besitzen und dieses auch umsetzen können. So wird auch die Teilnahme für in Sachsen ansässige Kurden organisiert.

Nachfolgende Ereignisse wurden zum Anlass für Aktionen genommen.

Inhaftierung Abdullah ÖCALANs

Vom 14. Juli 2005 bis zum 21. März 2006 findet eine Unterschriften- und Solidaritätskampagne unter dem Motto „Freiheit für ÖCALAN“ statt. Die Kampagne, die insbesondere in Europa durchgeführt wird, soll u. a. betonen, dass der Inhaftierte den politischen Willen des gesamten kurdischen Volkes vertrete. Die gesammelten Unterschriften sollen nach Beendigung der Kampagne dem Europarat sowie anderen internationalen Einrichtungen und Institutionen überreicht werden.

Aus Anlass des 6. Jahrestages der Festnahme ÖCALANs organisierte FEYKA KURDISTAN²²⁷ am 12. Februar in Straßburg eine Demonstration mit Abschlusskundgebung unter dem Motto „Freiheit für ÖCALAN – eine demokratische Lösung der Kurdenfrage“. Daran nahmen etwa 9.000²²⁸ Personen, vorwiegend aus der Bundesrepublik Deutschland, teil. Neben anderen hielt der Vorsitzende der KON-KURD eine Ansprache, in der er die türkische Regierung aufforderte, die „Vernichtungs- und Verleugnungspolitik gegen das kurdische Volk und seinen Volksführer“ aufzugeben. Der KONGRA GEL, die HPG und die PAJK übermittelten Grußbotschaften, in denen festgestellt wurde, dass „dieses Jahr das Jahr des Erfolges, des Friedens und der Lösung“ sein werde. Ein Leben ohne Freiheit werde nicht akzeptiert.

Kurdisches Neujahrsfest Newroz

Anlässlich des Newroz-Festes wurden in diesem Jahr drei überregionale Veranstaltungen organisiert. Nach Berichten der ÖZGÜR POLITIKA versammelten sich am 19. März in Essen und am 26. März in Hamburg jeweils mehr als 10.000 Menschen. Die Hallen waren mit ÖCALAN-Postern und Fahnen des KONGRA GEL geschmückt. Funktionäre verschiedener KONGRA GEL-naher Organisationen hielten Reden oder sandten Grußbotschaften. Nach Angaben der Polizei kam es während des Festes in Hamburg zu

²²³ Auch als ÜLKE-Büro bezeichnet.

²²⁴ Siehe auch Sächsischer Verfassungsschutzbericht 1999, S. 79.

²²⁵ Serit Nord, Mitte und Süd. Die Grenzen der territorialen CDK-Einteilungen stimmen nicht exakt mit den politischen der Bundesrepublik Deutschland überein.

²²⁶ Bis 24. April 2004 DEUTSCH-KURDISCHER FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V. in Dresden, von April bis Oktober 2004 KURDISCHES KULTURZENTRUM DRESDEN e. V.

²²⁷ Dachverband der Kurdenvereine in Frankreich, organisiert in der KON-KURD, analog der YEK-KOM.

²²⁸ Polizeiangaben. Die KONGRA GEL-nahe Tageszeitung ÖZGÜR POLITIKA berichtete von 30.000 Teilnehmern.

mehreren Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Jugendlichen, die der eigene Ordnungsdienst aber beilegen konnte.

Eine weitere Großveranstaltung mit ca. 5.000 Teilnehmern fand am 2. April in Frankfurt am Main statt. Zahlreiche kleinere Feiern in Deutschland verliefen insgesamt friedlich. Lediglich am Abend des 21. März kam es in Berlin zu Verkehrsbeeinträchtigungen durch Brandstiftungen mutmaßlicher KONGRA GEL-Anhänger. Einem Fall konnte ein Transparent zugeordnet werden, das Bezüge zum KONGRA GEL erkennen ließ.

Gedenken an kurdische Märtyrer

Am 15. und 16. Juli trafen sich mehrere Hundert meist jugendliche Teilnehmer in Köln zum „8. Mazlum-Dogan-Jugend-, Kultur- und Sportfestival“²²⁹. Die diesjährige Veranstaltung fand unter dem Motto „Lasst uns unseren Widerstand im Lichte des Demokratischen Konföderalismus weiterentwickeln, lasst uns die Freiheit APOs durchsetzen!“ statt. Die sportlichen Wettkämpfe wurden durch musikalische und folkloristische Beiträge ergänzt. Der Vorsitzende der KON-KURD wandte sich mit einer Rede an die Teilnehmer. Er hob insbesondere die Bedeutung der gerade begonnenen Kampagne zur Freilassung ÖCALANs hervor. Im Laufe der Veranstaltung skandierten die Teilnehmer Parolen. Außerdem führten sie Fahnen mit dem Bildnis ÖCALANs und den Symbolen verschiedener kurdischer Organisationen wie KONGRA GEL, TECAK und ERNK²³⁰ mit sich.

Forderungen nach Freilassung Abdullah ÖCALANs und für kurdische Rechte

Am 3. September fand in Köln das 13. Internationale Kurdistan-Kulturfestival statt. Unter dem Motto „EU-Türkei: Auch wir sind Verhandlungspartei – Lösung der kurdischen Frage, Freiheit für Abdullah ÖCALAN“ versammelten sich nach Polizeiangaben etwa 40.000 Teilnehmer aus dem Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland. Politische Reden u. a. der Vorsitzenden von YEK-KOM und KON-KURD sowie eines Anwalts von ÖCALAN wurden durch kulturelle Beiträge umrahmt. Wie bei den vorangegangenen Festivals üblich, wurde telefonisch ein Spitzenfunktionär des KONGRA GEL zugeschaltet und eine Grußbotschaft des Vorsitzenden der Organisation übermittelt. Inhalte waren: die Forderung, als politischer Gesprächspartner, insbesondere

bezüglich der Beitrittsverhandlungen zwischen EU und Türkei, anerkannt zu werden und die Haftbedingungen ÖCALANs.

Die Veranstaltung war insgesamt durch einen familiären Charakter geprägt und verlief friedlich. Unter den mitgeführten Demonstrationsmitteln befanden sich kaum verbotene Symbole.

Am 1. Oktober trafen sich in Brüssel etwa 20.000²³¹ Personen zu einer Großdemonstration mit Abschlusskundgebung. Die KON-KURD hatte die Veranstaltung unter dem Motto „A. Öcalan ist der politische Wille – bei den Verhandlungen werden die Kurden Ansprechpartner sein.“ organisiert. Ursprünglicher Anlass für die Demonstration war der für den 3. Oktober avisierte Beginn der Beitrittsverhandlungen zwischen EU und Türkei. Aus aktuellem Anlass wurden zusätzlich die in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführten Verbotsmaßnahmen gegen kurdische, den KONGRA GEL unterstützende Medien, thematisiert²³². Auch die Forderungen „Freiheit für ÖCALAN“ und „Frieden in Kurdistan“ waren erneut Gegenstand der Demonstration. Zu den Rednern gehörten sowohl ein stellvertretender Vorsitzender des KONGRA GEL als auch ein Anwalt ÖCALANs. Laut MHA führten die Demonstranten Fahnen des KKK mit sich und skandierten PKK-Slogans.

Verbotsverfügung des Bundesministers des Innern gegen den Hersteller der ÖZGÜR POLITIKA

Am 5. September wurde das Verbot des Bundesministers des Innern (BMI)²³³ gegen die in Neu-Isenburg (Hessen) beheimatete E. XANI PRESSE- UND VERLAGS-GmbH vollzogen. Die GmbH veröffentlichte bis zum Verbot die türkischsprachige Europaausgabe der Tageszeitung ÖZGÜR POLITIKA, die als Sprachrohr von PKK / KADEK / KONGRA GEL gilt.

Noch im Verlauf des 5. September warf die Führung des KONGRA GEL der Bundesrepublik Deutschland eine anti-kurdische Haltung vor und erklärte, dass „die Kurden“ mit allen demokratischen und legitimen Mitteln gegen die Maßnahmen vorgehen würden.

In Reaktion auf die Durchsuchungen im Zusammenhang mit dem Verbot DER E. XANI PRESSE- UND VERLAGS-GmbH fanden in der Bundesrepublik Deutschland fast täglich Protestveranstaltungen statt, die im Allgemeinen störungsfrei verliefen. In Berlin und

²²⁹ Jährliches kurdisches Jugendfestival, das die Erinnerung an einen Funktionär der ehemaligen PKK bewahren soll, der sich 1982 in türkischer Haft das Leben nahm.

²³⁰ NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS, Frontorganisation der PKK, vom Betätigungsverbot mit betroffen. Die ERNK wurde zunächst 2000 in KURDISCHE DEMOKRATISCHE VOLKSUNION (YDK) umbenannt. Seit 2004 heißt diese Organisationseinheit CDK (siehe Abschnitt „Struktur“).

²³¹ Offizielle Angabe der KONGRA GEL-nahen und inzwischen verbotenen kurdischen Nachrichtenagentur MHA (Mezopotamya Haber Ajansi).

²³² Vgl. nächsten Absatz.

²³³ Verfügung des Bundesministeriums des Innern vom 30. August 2005.

Hamburg kam es zu Anschlägen mit Molotowcocktails gegen türkische Kulturvereine. In Groß-Umstadt (Hessen) warfen Jugendliche einen brennenden Molotowcocktail auf eine Bundesstraße. In der Nähe befand sich ein Plakat mit der Aufschrift „Otto Schily, pass auf, du spielst mit der Feuer. TAKEU“²³⁴.

Am 18. Oktober stellte das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die aufschiebende Wirkung der Klage gegen das vom BMI ausgesprochene Verbot der E. XANI PRESSE- UND VERLAGS-GmbH wieder her. Der dem Verbot zugrunde liegende § 20 Abs. 1 Nr. 4 Vereinsgesetz (VereinsG) kann nach Auffassung des Gerichts wegen § 17 Abs. 1 Nr. 1 3. Alternative VereinsG nicht auf eine GmbH angewendet werden, so dass die Klage gegen das Verbot voraussichtlich Erfolg haben werde.²³⁵

Die Feststellung in der Verbotsverfügung, dass die ÖZGÜR POLITIKA nachweislich in die Organisationsstruktur des KONGRA GEL eingebunden ist und der Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts der Organisation dient, ist von der Gerichtsentscheidung nicht berührt.

Ereignisse in Sachsen

Newroz-Feier in Leipzig

Am 20. März fand in Leipzig eine vom Verein KURDISCHES HAUS LEIPZIG e. V. als Kulturveranstaltung angemeldete Newroz-Feier statt. Die KONGRA GEL-nahe Tageszeitung ÖZGÜR POLITIKA gab den Termin im Vorfeld bekannt. Zudem berichtete sie in der Ausgabe vom 22. März, dass daran 1.500 Personen aus Sachsen und Sachsen-Anhalt teilgenommen haben und ein Funktionär vom Wiederaufbaukomitee der PKK telefonisch zugeschaltet war.

Einsatzmaßnahme des Landeskriminalamtes (LKA) Sachsen in Dresden

Am 17. April durchsuchte das LKA Sachsen die Räumlichkeiten des Dresdner Vereins KURDISCHES KULTURZENTRUM SACHSEN e. V. und weitere Objekte. Hintergrund waren Aktivitäten eines mutmaßlichen Funktionärs des KONGRA GEL, der im Verdacht steht, in Sachsen Spenden für diese Organisation gesammelt zu haben. Zum Zeitpunkt der Durchsuchung fand in den Vereinsräumen eine Versammlung statt. Die Polizei stellte 28 Personen fest. Der mutmaßliche KONGRA GEL-Funktionär wurde verhaftet. Die Polizeikräfte

sicherten umfangreiches Beweismaterial, z. B. Abrechnungslisten von Spenden in Höhe von 285.000 €, Propagandazeitschriften des KONGRA GEL, darunter aktuelle Ausgaben der verbotenen Publikation SERX-WEBUN, eine Schreckschusswaffe und einen Elektroschocker.

Die ÖZGÜR POLITIKA kommentierte in mehreren Artikeln die Durchsuchung und prangerte die angebliche Polizeiwillkür an.

Das vorgefundene Beweismaterial und die Reaktionen in der ÖZGÜR POLITIKA stellen weitere Indizien für die Zurechnung des Dresdner Vereins zum KONGRA GEL dar.

Veranstaltung anlässlich des 27. Gründungstages der PKK

Am 3. Dezember fand in Dresden²³⁶ eine Festveranstaltung anlässlich des 27. Gründungstages der PKK statt.

Der Saal war für eine Privatfeier angemietet worden. Der eigentliche Anlass des Ereignisses konnte den Eintrittskarten entnommen werden, die die kurdische Aufschrift „27. Jahrestag der ARBEITERPARTEI KURDISTANS“ trugen.

Die Bühne des Veranstaltungsraums war mit einem



Poster ÖCALANs und Fahnen der PKK bzw. des KONGRA GEL geschmückt. Mehrere Hundert Personen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin besuchten die Veranstaltung. Ein Aktivist des KURDISCHEN KULTURZENTRUMS SACHSEN e. V. hielt eine Rede zur Geschichte der PKK sowie zu deren Strategie im Kampf um nationale und kulturelle Rechte. Ein Kulturprogramm bildete die Umrahmung. Im Eingangsbereich des Veranstaltungsorts bestand die Möglichkeit, Bücher, CDs und DVDs zu kaufen, die zumindest zum Teil Propaganda für die PKK enthielten.

²³⁴ Schreibweise vom Original übernommen.

²³⁵ § 17 Abs. 1 Nr. 1 3. Alternative VereinsG: „Die Vorschriften dieses Gesetzes sind auf (...)Gesellschaften mit beschränkter Haftung (...) nur anzuwenden, wenn (...) ihre Tätigkeit Strafgesetzen zuwiderlaufen, die aus Gründen des Staatsschutzes erlassen sind, (...).“ § 20 Abs. 1 Nr. 4 VereinsG betrifft nicht nur den Staatsschutz, sondern auch andere schutzwürdige Güter.

²³⁶ Der Veranstaltungsort entspricht nicht dem auf der Eintrittskarte. Er musste kurzfristig geändert werden.

Iranischer Extremismus

VOLKSMODJAHEDIN IRAN - ORGANISATION (MEK)²³⁷

Gründung:	1965 (im Iran)
Sitz:	ehemals Bagdad
Leitung:	Massoud RADJAVI
Publikationen:	u. a. MODJAHED (Glaubenskämpfer)

Kennzeichen:



NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN (NWRI)

Gründung: 1981 (in Paris)
in Deutschland
vertreten seit 1994

Sitz: Köln

Leitung: Deutschland-
sprecherin:
Dr. Masoumeh
BOLOURCHI

Mitglieder/Anhänger 2004

bundesweit: ca. 900
Freistaat Sachsen: Einzelne

Mitglieder/Anhänger 2005

bundesweit: ca. 900
Freistaat Sachsen: ca. 50

Publikationen: MODJAHED,
LÖWE UND SONNE

Präsenz im Internet: mit einer eigenen
Homepage vertreten

Kennzeichen:



²³⁸

Die MEK ist eine revolutionär-marxistische Organisation. Sie strebt eine eigene Diktatur im Iran an. Ihre Struktur ist streng hierarchisch gegliedert und sektenähnlich. Nach einem Bericht von Human Rights Watch²³⁹ werden Kritiker oder „Abtrünnige“

der MEK jahrelang in Einzelhaft gehalten und schwer gefoltert.

Die USA und die Europäische Union nahmen die Organisation 2002 in die Liste der terroristischen Organisationen auf.

Zur Erlangung der politischen Macht kämpfte die MEK zunächst gegen die monarchistische Schah-Regierung im Iran, später gegen die regierenden Mullahs. Eine Umgestaltung durch friedliche Reformen lehnte sie stets ab. Sie entwickelte sich zur schlagkräftigsten und militantesten iranischen Oppositionsgruppe. Seit 1986 befand sich ihr Sitz im Irak. Mit finanzieller und militärischer Unterstützung durch Saddam Hussein gründete die MEK ihren militärischen Arm, die NATIONALE BEFREIUNGSMILITÄR (NLA) und setzte ihn für Terroranschläge gegen den Iran ein.

Nach dem Sieg der von den USA angeführten Allianz im Irak im Jahr 2003 entwaffnete die US-amerikanische Armee die Kämpfer der NLA und internierte sie. Als „nicht kämpfende“ Kriegspartei genossen sie von da an einen besonderen Schutz nach der Genfer Konvention. Bereits zu diesem Zeitpunkt war absehbar, dass das damit verbundene Bleiberecht zu Komplikationen führen würde. Nach Artikel 21 der neuen irakischen Verfassung wird keinem Terroristen im Irak Asyl gewährt. Drittländer erklärten sich nicht bereit, die NLA-Mitglieder aufzunehmen. Schließlich versprach die iranische Regierung eine Amnestie für alle Kämpfer, die in den Iran zurückkehren und dem Terror abschwören würden. Von dieser Möglichkeit sollen nach Medienberichten jedoch bislang erst wenige Hundert Gebrauch gemacht haben.

Als politischer Arm der MEK agiert weltweit der NWRI. An dessen Spitze steht Maryam RADJAVI²⁴⁰. Er mobilisiert die Anhänger der MEK für Protestaktionen, die sich gegen die iranische Regierung richten. Bei diesen wird auch die Streichung der MEK von den Listen terroristischer Organisationen der USA und der Europäischen Union gefordert. Außerdem ist der NWRI für die Beschaffung finanzieller Mittel zuständig. Zu diesem Zweck gründet er Tarnvereine, die für angeblich mildtätige Zwecke systematisch und professionell Geldsammlungen durchführen. Ihr in Deutschland bekanntester war der im Oktober 2003 aufgelöste Verein FLÜCHTLINGSHILFE IRAN e. V. Auf Grund des erhöhten Verfolgungsdrucks durch deutsche Behörden waren vorübergehend keine der organisierten Spendensammlungen zu beobachten. Seit 2004 sind verschiedentlich örtliche Vereine mit der Bezeichnung MENSCHENRECHTSVEREIN FÜR IRANISCHE MIGRANTEN e. V. in

²³⁷ In Farsi MODJAHEDIN-E-KHALGH – MEK.

²³⁸ Die Fahne wird auch von anderen iranischen oppositionellen Gruppierungen zu öffentlichkeitswirksamen Anlässen verwendet.

²³⁹ Artikel in der Tageszeitung vom 20. Mai 2005: „HRW: Folter bei den Volksmudschaheddin“.

²⁴⁰ Ehefrau Massoud RADJAVIs und vom NWRI gewählte „zukünftige Präsidentin des Iran“.

Erscheinung getreten. Sie bezeichnen sich selbst als Anhänger des NWRI. Ihre Mitglieder sammeln Spendengelder und werben öffentlich für den NWRI.

Der Aktionsbereich des NWRI liegt sowohl in Europa als auch in den USA. Wichtige Ereignisse aus der Geschichte der iranischen Oppositionsbewegung werden für überregionale Demonstrationen genutzt. Hierzu kann der NWRI bis zu mehrere Tausend Personen mobilisieren.

Am 10. Februar fand anlässlich des 26. Jahrestages der islamischen Revolution im Iran eine Protestveranstaltung vor dem Brandenburger Tor in Berlin statt. Sie richtete sich „gegen Menschenrechtsverletzungen im Iran und die atomare Aufrüstung“ des Landes.



Demonstration am 10. Februar in Berlin. Foto: picture alliance

Aus Protest gegen die am 17. Juni im Iran durchgeführte Präsidentschaftswahl trafen sich am 18. Juni Anhänger des NWRI in einem Stadion nahe Paris. Weiter-

hin gedachten sie u. a. der gewaltsamen Niederschlagung einer Großdemonstration der MEK in Teheran am 21. Juni 1981²⁴¹.

Am 14. September protestierten mehrere Tausend Personen²⁴² vor dem Gebäude der Vereinten Nationen in New York. Anlass war der dortige Auftritt des iranischen Staatspräsidenten. Auf einem Transparent wurde dieser als „Terrorist“ und „Geiselnnehmer“²⁴³ bezeichnet.

Im September fanden mehrere Demonstrationen iranischer Oppositioneller gegen das iranische Atomprogramm statt, darunter eine in Wien.

Von den in Deutschland lebenden mehr als 100.000 iranischen Staatsangehörigen sind weniger als 1 % Anhänger des NWRI.

Die in Sachsen ansässigen Anhänger beteiligen sich sowohl an überregionalen Veranstaltungen, organisieren aber auch eigene Demonstrationen und Infostände. Zentrum dieser Aktivitäten ist Leipzig. Dort forderte am 24. Juni die „Iranische Gesellschaft in Leipzig“ einen „Wahlboykott im Iran für Menschenrechte und Demokratie“. Die Demonstranten führten Transparente mit sich und skandierten Parolen gegen Führungspersonlichkeiten der Iranischen Republik. Von Juni bis September wurden mehrere Infostände in Leipzig und Reichenbach (Vogtlandkreis) errichtet.

Da dem NWRI daran gelegen ist, den Makel der Terrororganisation abzulegen und sich bzw. die MEK als einzige politische Alternative zum derzeitigen iranischen Regime darzustellen, verliefen seine Veranstaltungen in der jüngeren Vergangenheit ohne Zwischenfälle.

²⁴¹ Auch als „30. Khordad“ oder „Tag der Märtyrer“ bezeichnet.

²⁴² Eigenangaben des Veranstalters.

²⁴³ „Hostage taker“.

ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN (API)

Gründung:	Herbst 1991
Sitz:	London
Leitung:	Kourush MODARESI
Organisation im Freistaat Sachsen:	Strukturen vorhanden
Mitglieder/Anhänger 2004	
bundesweit:	ca. 250
Freistaat Sachsen:	Einzelne
Mitglieder/Anhänger 2005	
bundesweit:	ca. 250
Freistaat Sachsen:	ca. 50
Publikationen:	u. a. API-BRIEF, INTERNATIONAL
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten

Ziel der Organisation ist die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft. Die notwendige Umgestaltung soll durch die gesellschaftliche Arbeiterrevolution unter Führung einer arbeiterkommunistischen Partei herbeigeführt werden. Reformen werden als ungeeignet abgelehnt. Bis zum Erreichen des endgültigen Ziels ist ein Arbeiterstaat zu etablieren, der in der marxistischen Theorie als „Diktatur des Proletariats“ definiert wird. Die Anwendung von Gewalt wird als legitimes Mittel zur Erreichung des Ziels angesehen.

Vermutlich ideologische Differenzen führten im August 2004 zur Abspaltung der Fraktion ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN-HEKMATIST (HEKMATIST). Sie sieht im Zusammengehen mit anderen oppositionellen Bewegungen die Möglichkeit zur Machtübernahme im Iran. Eine Außenwirkung der Spaltung war in Deutschland nicht zu verzeichnen.

Die API verfügt über eine Jugendorganisation, die ORGANISATION DER JUNGEN KOMMUNISTEN²⁴⁴.

Die Interessen der API werden in Westeuropa von der INTERNATIONALEN FÖDERATION IRANISCHER FLÜCHTLINGS- UND IMMIGRANTENRÄTE (IFIR) vertreten. Sie organisiert anlässlich von Besuchen iranischer Regierungsmitglieder im westlichen Ausland öffentlichkeitswirksame Protestaktionen. Auch besondere Ereignisse im Iran werden thematisiert. Ziel ist es, die Islamische Republik Iran und ihre Repräsentanten zu diskreditieren. Bis 2001 kam es dabei auch zu militanten Ausschreitungen.

Die IFIR präsentiert sich im Internet auf einer eigenen Homepage. Nach dortigen Angaben verfüge sie weltweit über 40 Büros in 15 Ländern. Ihr Auftrag bestünde

- in der Verteidigung der Flüchtlings- und Menschenrechte,
- in der Entlarvung der Islamischen Republik Iran,
- im Aufzeigen des progressiven und modernen Charakters der iranischen Flüchtlinge im Gegensatz zu den üblichen negativen und reaktionären Darstellungen,
- in der Schaffung eines progressiven Umfelds unter den im Ausland lebenden Iranern und
- in der Unterstützung der progressiven Kräfte der Länder, in denen die Flüchtlinge wohnen.

Die IFIR verfügt in verschiedenen deutschen Städten über eingetragene Vereine. Im Freistaat Sachsen befindet sich ein Verein in Leipzig. Mitglieder dieses Vereins errichteten im Mai, Juni und Oktober Infostände in Leipzig, um über die politische Lage im Iran zu informieren. Weitere acht Infostände, in diesem Fall für die API, wurden von Juni bis September in Reichenbach (Vogtlandkreis) angemeldet. An den Ständen werden verschiedene Schriften angeboten. Oft stehen Sammelbüchsen für Geldspenden bereit. In ihrem Gesamtverhalten sind die Standbetreuer zurückhaltend. Bei der Bevölkerung wecken diese Aktionen wenig Interesse. Zu Störungen kam es bislang nicht.

²⁴⁴ In Farsi: JAWANAN.

Publikationen ausländerextremistischer Organisationen²⁴⁵

Publikation (Deutsch)	Herausgeber / Verantwortlicher	erscheint	Auflage (geschätzt)
AL AHD (Die Verpflichtung)	HIZB ALLAH	wöchentlich ²⁴⁶	unbekannt
AL-ISLAM mit AL-ISLAM AKTUELL (Der Islam)	MUSLIMBRUDERSCHAFT (MB)	sechsmal jährlich	unbekannt
AL JIHAD (Der heilige Krieg)	HIZB AL DA'WA AL ISLAMIA (Da'Wa)	wöchentlich	unbekannt
AL-KHILAFÄ (Das Kalifat)	HIZB UT-TAHRIR AL-ISLAMI (HuT)	monatlich	unbekannt
AL-RIBÄT (Das Band / Die Verbindung)	ISLAMISCHE HEILSFRONT (FIS)	wöchentlich	unbekannt
AL-WÄIE (Das Bewusstsein)	HIZB UT-TAHRIR AL-ISLAMI (HuT)	monatlich	unbekannt
API-BRIEF	ÄRBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN (API)	wöchentlich	unbekannt
BEKLENNEN ASR-I SAADET (Das erwartete Jahrhundert der Glückseligkeit)	KALIFATSSTAAT (ICCB)	wöchentlich	unbekannt
DEVREMI CI SOL (Revolutionäre Linke)	REVOLUTIONÄRE VOLKSBEFREIUNGSPARTEI/-FRONT (DHKP-C)	unregelmäßig	unbekannt
D.I.A. (Der Islam als Alternative)	KALIFATSSTAAT (ICCB)	unregelmäßig	unbekannt
EXPLIZIT	HIZB UT-TAHRIR AL-ISLAMI (HuT)	unbekannt	unbekannt
FURKAN (Die Rettung)	FRONT DER ISLAMISCHEN KÄMPFER DES GROßEN OSTENS (IBDA-C)	unregelmäßig	unbekannt
HALK ICIN DEVREMI CI DEMOKRASI (Revolutionäre Demokratie für das Volk)	MAOISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (MKP)	alle zwei Wochen	unbekannt
HILAFET (Das Kalifat)	HIZB UT-TAHRIR AL-ISLAMI (HuT)	monatlich	unbekannt
MILLI GÖRÜS & PERSPEKTIVE (Nationale Sicht und Perspektive)	ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT MILLI GÖRÜS (IGMG)	monatlich	unbekannt
MODJAHED (Glaubenskämpfer)	VOLKSMODJAHEDIN IRAN-ORGANISATION (MEK)	wöchentlich	unbekannt
ÖZGÜR GELECEK YOLUNDA ISCI KÖYLÜ (Arbeiter und Bauern auf dem Weg der freien Zukunft)	TÜRKISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI / MARXISTEN LENINISTEN (TKP/ML)	alle zwei Wochen	unbekannt
RISALAT UL-IKHWAN (Rundschreiben der Bruderschaft)	MUSLIMBRUDERSCHAFT (MB)	wöchentlich	unbekannt

²⁴⁵ Die Auswahl enthält die aus Sicht des LfV Sachsen für die bundesweite und sächsische Szene bedeutendsten Publikationen.

²⁴⁶ Nur im Libanon.

Publikation (Deutsch)	Herausgeber / Verantwortlicher	erscheint	Auflage (geschätzt)
SERXWEBUN (Unabhängigkeit)	VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KGK)	monatlich	30.000
TATSACHEN	FÖDERATION DER DEMOKRATISCHEN ARBEITERVEREINE (DIDF)	alle zwei Monate	unbekannt
VIDUTHALAI PULIGAL (Auf dem Schlachtfeld)	LIBERATION TIGERS OF TAMIL EELAM (LTTE)	alle zwei Wochen	unbekannt
YENI ATILIM (Der neue Vorstoß)	MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (MLKP)	wöchentlich	unbekannt

Scientology-Organisation

SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)

Gründung:	1954 in den USA, 1970 erste Niederlassung in Deutschland
Gründer:	Lafayette Ronald Hubbard (1911-1986)
Nachfolger:	David MISCAVIGE
Sitz:	Los Angeles/USA (CHURCH OF SCIENTO- LOGY INTERNATIONAL/CSI)
Mitglieder 2004	
bundesweit:	5.000 bis 6.000 ²⁴⁷
Sachsen:	mehrere Dutzend
Mitglieder 2005	
bundesweit:	5.000 bis 6.000 ²⁴⁸
Sachsen:	mehrere Dutzend
Publikationen:	FREIHEIT IMPACT SOURCE u. a.
Präsenz im Internet:	mit einer eigenen Homepage vertreten (mehrsprachig)

Die SO versteht sich als Glaubensgemeinschaft. Einem Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 23. März 1995²⁴⁹ zufolge handelt es sich bei der SO in Deutschland jedoch nicht um eine Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes. Ihre Lehren dienen vielmehr nur als Vorwand für die Erzielung von Gewinnen durch u. a. gewerbliche Aktivitäten sowie die Kommerzialisierung der Mitgliedschaft und von „religiösen“ Diensten der Organisation.

Im Juni 1997 stellte die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) fest, dass bei der SO tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung vorliegen. Diese ergeben sich u. a. aus dem Ziel der SO,

Einfluss in der bestehenden Gesellschafts- und Rechtsordnung zu gewinnen und diese letztendlich durch eine scientologische Gesellschaftsordnung zu ersetzen. Im Verlauf der Beobachtung der SO durch die Verfassungsschutzbehörden konnten bisher keine Erkenntnisse gewonnen werden, dass die Organisation von den in der Primärliteratur fixierten und dort als Gesetz definierten verfassungsfeindlichen Vorstellungen abgerückt ist.

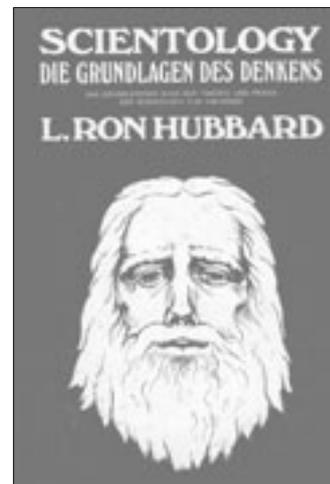
In mehreren Bundesländern entfaltet die SO öffentlichkeitswirksame Aktivitäten unter dem Deckmantel einer gewerblichen Lebensbewältigungshilfe, u. a. im Hinblick auf die vermeintliche Bekämpfung des Drogenmissbrauchs und die angebliche Hilfe in Katastrophenfällen.

Im Freistaat Sachsen hat die SO nur wenige Dutzend Mitglieder. Organisationsstrukturen²⁵⁰ sind nicht bekannt.

Anhaltspunkte für politisch-extremistische Bestrebungen der SO

Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen finden sich in den Schriften von Hubbard. Sie sind noch heute für die SO und jeden einzelnen Scientologen verbindlich²⁵¹.

Ziel ist die Errichtung eines scientologischen Gesellschaftssystems anstelle unserer demokratischen Ordnung. In diesem werden Rechte nur den Personen zuerkannt, die durch das „Auditing-Verfahren“ zu „geclearten“, d. h. zu nach der scientologischen Lehre geheilten („geklärten“) Menschen geworden sind. Nichtscientologen sind rechtlos. Die totalitäre Programmatik der SO missachtet somit die im Grundgesetz konkretisierten Grundrechte²⁵².



²⁴⁷ Die SO gibt eine Mitgliederzahl von 30.000 an.

²⁴⁸ Die SO gibt eine Mitgliederzahl von 30.000 an.

²⁴⁹ Siehe Neue Juristische Wochenschrift 1996, S. 143 ff (Az.: 5 AZB 21/94).

²⁵⁰ Als Organisationsstrukturen bzw. Teilorganisationen werden beispielsweise „MISSIONEN“, „Dianetik-Gruppen“ und „Kirchen“ bezeichnet.

²⁵¹ „Was ist Scientology?“, Kopenhagen 1998, S. 405 ff: „Sie (SO-Mitglieder) wissen, dass sie (...) die spirituellen Erlösungsstufen, die sie in Scientology anstreben, mit hundertprozentiger Sicherheit erreichen werden, wenn sie die Lehre exakt gemäß den Schriften L. Ron Hubbards ausüben. (...) Um genau das sicherzustellen, existiert das Religious Technology Center (...) in exakter Übereinstimmung mit den Original-Schriften des Gründers.“

²⁵² So steht im HCO (Hubbard Communication Office) – Führungsbrief vom 18. März 1965: „Wenn in unseren Gruppen besseres Recht ist (...) und wenn ein hoher Sinn für Befehle da ist, werden sich die Leute unter uns bewegen und eine größere Sicherheit und Gewissheit in uns finden. (...) Alles, was wir tun müssen (...) ist (...) Expansion erreichen und (...) die Obergewalt in der Gesellschaft.“

Aktivitäten der SO im Freistaat Sachsen

Wie in den Vorjahren wurden auch im Jahr 2005 Zeitschriften und Werbematerialien an Behörden, sonstige öffentliche Einrichtungen und Privatpersonen versandt. Die Publikationen behandelten u. a. Themen wie Drogenmissbrauch und angebliche Missstände in der Psychiatrie. Diese Aktivitäten gingen ausschließlich von Organisationseinheiten außerhalb des Freistaates Sachsen aus.

Das Internet nutzt die SO weiterhin u. a. zur Selbstdarstellung, zur Werbung neuer Mitglieder, zum Ange-

bot eigener Literatur, zur Präsentation von Veranstaltungen und zur Auseinandersetzung mit Kritikern.

Von der SO Betroffene und Hilfesuchende können sich an das Landesamt für Verfassungsschutz wenden:

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen,
Abteilung 3
Neuländer Straße 60, 01129 Dresden
Telefonnummer: (0351) 85 85 0
Faxnummer: (0351) 85 85 50 0
e-mail-Adresse: verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de
Internetadresse: <http://www.sachsen.de/verfassungsschutz>

Spionageabwehr im Freistaat Sachsen

Als klassischer Standort für Wirtschaft und Wissenschaft stand der Freistaat Sachsen auch im Jahr 2005 im Interesse fremder Nachrichtendienste. Gefördert wurde dies u. a. durch seine geografische Lage, die steigende wirtschaftliche Bedeutung und den hohen Stand von Wissenschaft und Technik. Zudem nimmt der Freistaat eine Brückenfunktion zwischen West- und Osteuropa ein. Fremde Nachrichtendienste interessieren sich besonders für Forschungseinrichtungen, für mittelständische Unternehmen oder Behörden.

Die Sensibilität für Spionage geht durch die immer intensivere internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit zurück. Selbst freundschaftliche zwischenstaatliche Beziehungen hindern fremde Nachrichtendienste nicht an Spionage.

Aufgabenschwerpunkt der Spionageabwehr des Landesamtes für Verfassungsschutz ist es deshalb, Informationen zu Spionageaktivitäten fremder Nachrichtendienste im Freistaat Sachsen zu sammeln und auszuwerten. Dazu gehört es, Strukturen, Arbeitsmethoden und Ziele fremder Nachrichtendienste aufzuklären. Zudem erfolgt die Befragung und Sensibilisierung potenzieller Zielpersonen fremder Nachrichtendienste. Außerdem zielt die Arbeit der Spionageabwehr darauf ab, die Proliferation, d. h. die nachrichtendienstlich gesteuerte oder betriebene illegale Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und der dazu erforderlichen Komponenten, zu verhindern.

Auch die Ausspähung von in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Regimegegnern aus so genannten Krisen- und Schwellenländern durch die Nachrichtendienste ihrer Heimatländer werden von der Spionageabwehr beobachtet.

Fremde Nachrichtendienste – Mittel und Methoden

Fremde Nachrichtendienste werten vorrangig allgemein zugängliche Informationen aus und analysieren sie. Diese sind z. B. über Berichte in den Medien, Publikationen, Messen oder öffentliche Ausstellungen erhältlich.

Die klassische Vorgehensweise fremder Nachrichtendienste vertraut auf die häufig mangelhafte Sensibilität von Gesprächspartnern. Mitarbeitern fremder Nachrichtendienste gelingt es durch eine gezielte Methodik, das Wissen anderer Personen abzufragen. Auch bei privaten Treffen können fachliches Interesse bzw. mögliche Geschäftsinteressen vorgetäuscht werden, um dabei unauffällig an Informationen zu gelangen. Dies ist je nach Zugängen der Zielperson bis zur An-

werbung als Agent fortführbar. Einerseits werden als Gegenleistung Geld- und Sachleistungen angeboten. Andererseits werden Zielpersonen auch in kompromittierende Situationen gebracht, wodurch sie erpresst und ausgenutzt werden können.

Agenten fremder Nachrichtendienste werden durch deren Zentralen oder von getarnten Stützpunkten im oder nahe dem Operationsgebiet geführt. Solche getarnten Stützpunkte befinden sich auf Grund der Unantastbarkeit z. B. in Botschaften, Generalkonsulaten und Handelsvertretungen. Als öffentliche Einrichtungen stellen sie eine ideale Umgebung für nachrichtendienstlich tätige Mitarbeiter dar. Einladungen zu zahlreichen Veranstaltungen, Vermittlung von wirtschaftlichen Kontakten und vor allem auch die Konsularabteilungen, die für die Erteilung von Visa zuständig sind, bieten gute Voraussetzungen für Spionage. Aber auch in den zahlenmäßig ansteigenden Niederlassungen von ausländischen Unternehmen können unter dem Deckmantel von Geschäftsabwicklungen Spionageaktivitäten erfolgen.

Die Führung von Agenten erfolgt traditionell durch persönliche Treffen. Nachrichten werden in getarnten Verstecken – so genannten „Toten Briefkästen“ – sowie durch verschlüsselte Funksprüche weitergegeben. Moderne weltumspannende Kommunikationssysteme, vor allem das Internet, erhalten bei der nachrichtendienstlichen Tätigkeit zunehmende Bedeutung.

Die technische Entwicklung der Abhör-, Überwachungs-, Entschlüsselungs- und Auswertungstechnik sowie das Eindringen in und das Manipulieren von Computernetzwerken ist enorm fortgeschritten. Die Abwehr derartiger hoch entwickelter technischer Angriffe stellt für die Betroffenen eine immer größere Herausforderung dar.

Die Bedeutung von Legalresidenturen für fremde Nachrichtendienste

Die Bedeutung von Legalresidenturen²⁵³ für fremde Nachrichtendienste hat sich trotz des politischen Wandels und der politischen Annäherung an die Staaten des ehemaligen Ostblocks und der damit einhergehenden Öffnung der Grenzen nicht wesentlich verändert.

Die grundlegende Bedeutung von Legalresidenturen für fremde Nachrichtendienste basiert auf dem völkerrechtlich anerkannten Status der offiziellen Vertretungen eines Staates im Gastland. So gelten Botschaften

²⁵³ Legalresidenturen sind getarnte Stützpunkte eines fremden Nachrichtendienstes in einer offiziellen Vertretung seines Landes im Gastland. Als Legalresidenturen kommen u. a. Botschaften, Konsulate und Handelsvertretungen in Betracht.

als unverletzliches Gebiet, so dass dort die Polizeibehörden keine exekutiven Befugnisse haben. Das diplomatische Personal unterliegt der Exterritorialität²⁵⁴ und ist dadurch der Strafverfolgung des Gastlandes entzogen.

Für fremde Nachrichtendienste folgt daraus, dass sie durch den Diplomatenstatus ihrer Mitarbeiter vor Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden des jeweiligen Gastlandes geschützt sind. Diese Tatsache wird nach wie vor von fremden Nachrichtendiensten genutzt. Mitarbeiter fremder Nachrichtendienste können unter Ausnutzung des Diplomatenstatus gezielt ihre Aktivitäten entwickeln und die mit der Exterritorialität einhergehenden Vorteile in vielfältiger Art und Weise ausnutzen. Zu den nachrichtendienstlichen Aktivitäten sind u. a. das Ausforschen von Kontaktpersonen, der Aufbau von Verbindungen, die Werbung und Führung von Agenten sowie die Unterstützung der aus den Zentralen der Nachrichtendienste gesteuerten Verbindungen zu zählen.

Zu den bevorzugten Aufklärungszielen gehören die Bereiche Wirtschaft, Wissenschaft und Technik neben den klassischen Schwerpunkten Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik. Einbezogen in den Bereich Sicherheitspolitik ist hierbei auch die militärische Aufklärung.

Abgesehen von den bereits dargestellten Vorteilen, die fremde Nachrichtendienste bei der Nutzung von Legalresidenturen haben, wird deren Bedeutung besonders bei näherer Betrachtung der Konsularabteilungen deutlich, da dort Visa erteilt werden.

Um ein Visum zu erlangen, müssen der Betroffene selbst oder z. B. ein Reisebüro Kontakt zu einer konsularischen Vertretung aufnehmen und dort einen Visumantrag stellen. Darin sind nicht nur die Personalien anzugeben, sondern z. B. auch der Beruf und der Arbeitgeber. Wird an Hand des Visumantrages festgestellt, dass es sich bei dem Betroffenen um eine grundsätzlich nachrichtendienstlich interessante Person handelt, wird der Antrag dem Nachrichtendienst zugeleitet. Die Kontaktaufnahme mit dem Betroffenen kann vor der Reise (Klärung vermeintlich offener Fragen beim Visumantrag), während oder nach dieser erfolgen. Die Möglichkeiten hierfür sind vielfältig und zielen darauf ab, den Betroffenen für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.

Dabei ist die Gefahr der nachrichtendienstlich gesteuerten Kontaktierung für den Betroffenen während der Reise besonders hoch, da die Schaffung von Kompromaten im Heimatland des fremden Nachrichtendienstes wesentlich einfacher ist. Kompromat ist ein Sach-

verhalt aus dem Leben einer Person, der im Widerspruch zu gesellschaftlichen – auch juristischen und moralischen – Normen und Anschauungen steht. Sein Bekanntwerden würde z. B. zu rechtlichen Sanktionen, zu Prestigeverlusten, zur öffentlichen Bloßstellung oder zur Gefährdung des Rufes führen. Auf Grund dessen entsteht bei der betroffenen Person das innere Bedürfnis, die daraus resultierenden negativen Folgen von sich abzuwenden bzw. eingetretenen Schaden wieder gut zu machen. Kompromittierende Sachverhalte, die zu einem Kompromat führen, können auch nur vermeintlich bestehen, d. h. es kommt darauf an, dass die betroffene Person an das Kompromat glaubt.

Nach einer Zeit mit eher verhaltenen Aktivitäten nach der Wiedervereinigung Deutschlands versuchen fremde Nachrichtendienste aus ihren Legalresidenturen inzwischen wieder verstärkt mit nachrichtendienstlichen Mitteln und Methoden, Kontakte zu interessanten Personen aufzunehmen.

Die Angehörigen von Nachrichtendiensten an den Legalresidenturen erfüllen mit ihren vielfältigen nachrichtendienstlichen Aktivitäten einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der Aufklärungsvorhaben. Es ist gegenwärtig nicht ersichtlich, dass sich daran etwas ändert.

Proliferation und Wissenstransfer

Für Krisen- und Schwellenländer wie Iran, Nord-Korea, Pakistan, Syrien und Indien ist charakteristisch, dass sie in Konfliktsituationen Massenvernichtungs- oder



Pressemeldungen.

sonstige Kriegswaffen einsetzen würden bzw. mit einem solchen Einsatz drohen, um politische Ziele durchzusetzen. Nachrichtendienste aus diesen Ländern versuchen deshalb, Produkte, Materialien, Technologien sowie das Know-how für Massenvernichtungs- und andere Kriegswaffen und dafür notwendige Trägersysteme, wie z. B. Raketen, Flug- und Fahrzeuge, zu beschaffen.

²⁵⁴ Unter Exterritorialität ist die Unabhängigkeit bestimmter ausländischer Personen von der Gerichtsbarkeit des Aufenthaltsstaates oder auch die Unverletzlichkeit und Unantastbarkeit von Diplomaten im Gastland zu verstehen.

Das Interesse dieser Nachrichtendienste, im Freistaat Sachsen aktiv zu werden, dürfte u. a. an der wachsenden Wirtschaftskraft des Landes und der Ansiedlung von Hochtechnologieunternehmen liegen.

Innerhalb nachrichtendienstlicher Strukturen sind nach außen hin privatwirtschaftlich abgetarnte Firmen tätig, die illegale Exporte z. B. über Drittländer oder -firmen durchführen. Bei Gütern, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können, wird versucht, den tatsächlichen Einsatz zu verschleiern.

Die Bundesrepublik Deutschland wirkt der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen entgegen, indem sie den wichtigsten internationalen Exportkontrollgremien angehört und zahlreiche Abkommen und Verträge zur Nichtverbreitung sowie dem Verbot von Massenvernichtungswaffen unterzeichnet hat.

Wichtige Einrichtungen für die Exportkontrolle genehmigungspflichtiger Güter sind das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)²⁵⁵ und das Zollkriminalamt (ZKA)²⁵⁶. Neben der Genehmigungspflicht von Exporten ist der Know-how- und Wissenstransfer geregelt und unter bestimmten Voraussetzungen durch das BAFA genehmigungspflichtig²⁵⁷.

Der Einsatz von ausländischen Gastwissenschaftlern, Studenten, Doktoranden und Praktikanten in Unternehmen, Forschungseinrichtungen oder an Universitäten erleichtert fremden Nachrichtendiensten zunehmend, an Know-how und Fachwissen zu gelangen. Es liegen Erkenntnisse vor, dass Gastwissenschaftler vor bzw. nach ihrem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland in ihrem Heimatland nachrichtendienstlich kontaktiert werden.

Die Gefahr von Proliferation und unerlaubtem Wissenstransfer wird durch moderne Kommunikationsmöglichkeiten und mangelndes Sicherheitsbewusstsein bei der Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse begünstigt.

Wirtschaftsspionage

Als Wirtschaftsspionage wird die staatlich gelenkte oder unterstützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende oder mit nachrichtendienstlichen Mitteln betriebene, langfristige Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen bezeichnet. Nachrichtendienste der Russischen Föderation haben per Gesetz den Auftrag, Wirtschaftsspionage zu betreiben²⁵⁸.

Im Gegensatz dazu fällt die für die Betroffenen kaum von der Wirtschaftsspionage zu unterscheidende Konkurrenz-, Industrie-, Betriebs-, Werks- bzw. Wettbewerbsspionage, welche die Unternehmen gegeneinander betreiben, nicht in die Zuständigkeit des Verfassungsschutzes.

Vielfach ist Spionage deshalb möglich, weil Unternehmen auf Grund starken Konkurrenzdrucks, hohen Patentierungskosten oder schlechter Auftragslage darauf verzichten, Sicherheitseinrichtungen zu finanzieren. Trotz der hohen Risiken sind sie häufig gezwungen, ihre Wirtschafts- oder Handelsbeziehungen aufrecht zu erhalten. Dies führte in der Vergangenheit sogar dazu, dass Personal fremder Nachrichtendienste in Unternehmen im Freistaat Sachsen ausgebildet und geschult wurde.

Ist ein Unternehmen von einem Spionagevorfall betroffen, ist es zudem häufig um eine diskrete Klärung bemüht, um seinem Ruf nicht zu schaden. Die Sicherheitsbehörden erhalten dann von dem Vorfall meist keine Kenntnis.

Trotz öffentlich bekannt gewordener Spionagefälle und des damit entstandenen Schadens ist das nötige Sicherheitsbewusstsein noch nicht in allen Unternehmen ausreichend vorhanden. Deshalb werden durch die Spionageabwehr Sensibilisierungsgespräche durchgeführt und Sicherheitspartnerschaften angeboten (vgl. Abschnitt „Schutz vor Spionage“).

Nachrichtendienste der Russischen Föderation

Die Nachrichtendienste der Russischen Föderation sind neben den Nachrichtendiensten anderer Republiken der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) weiterhin die aktivsten der zahlreichen fremden Nachrichtendienste, die in der Bundesrepublik Deutschland und auch im Freistaat Sachsen operieren. Belege dafür liefern öffentlich bekannt gewordene aktuelle Spionagefälle.



Pressemeldungen.

²⁵⁵ Vgl. <http://www.bafa.de>.

²⁵⁶ Vgl. <http://www.zka.de>.

²⁵⁷ Vgl. BAFA-Merkblatt über eine Genehmigungspflicht beim Wissenstransfer unter <http://www.bafa.de>.

²⁵⁸ Vgl. Bundesgesetzblatt Nr. 5 der Russischen Föderation „Über die Auslandsaufklärung“, veröffentlicht in der Moskauer „Rossiskaja Gazeta“ vom 17. Januar 1996.

Zu den Nachrichtendiensten der Russischen Föderation gehören:

- der Föderale Schutzdienst (FSB)
- der zivile Auslandsaufklärungsdienst (SWR)
- der militärische Nachrichtendienst (GRU)
- der Schutzdienst des Präsidenten (FSO)

Die russischen Nachrichtendienste, die aus den sowjetischen Nachrichtendiensten KGB und GRU hervorgegangen waren, wurden in den letzten Jahren wieder zentralisiert. Der FSB nimmt inzwischen nahezu wieder das gesamte Aufgabenspektrum des einstigen KGB wahr. Trotz staatlicher Trennung arbeiten die Nachrichtendienste der GUS auf der Grundlage zahlreichen Abkommen sehr eng zusammen.

Aussiedler²⁵⁹ im Visier von Nachrichtendiensten

Nachrichtendienste der GUS zeigen Interesse an Spätaussiedlern und jüdischen Kontingentflüchtlingen. Ein Teil dieses Personenkreises, der sich in Sachsen etabliert hat, ist gut ausgebildet und hat berufliche Entwicklungschancen. Deshalb kommen diese Personen perspektivisch für Spionagezwecke in Betracht. Bedingt durch verwandtschaftliche Beziehungen und das damit verbundene Bedürfnis nach Reisen in die GUS, bietet sich fremden Nachrichtendiensten die Möglichkeit, die Personen bei Aufenthalten im Reiseland anzusprechen bzw. unter Druck zu setzen.

Aktivitäten von Nachrichtendiensten anderer Länder

Für das Know-how deutscher Unternehmen interessieren sich aber auch Nachrichtendienste aus dem europäischen Ausland und aus Nordamerika²⁶⁰. Seit einigen Jahren ist bekannt, dass Nachrichtendienste aus den Vereinigten Staaten von Amerika (USA), Kanada, Großbritannien und Frankreich Wirtschaftsspionage betreiben sollen. In Baden-Württemberg bestätigten wissenschaftliche Untersuchungen inzwischen diese Gefahr. Konkrete Vorfälle dieser Art sind im Freistaat Sachsen bisher jedoch nicht bekannt geworden.

Fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten sowie Reaktivierung nachrichtendienstlicher Verbindungen der Aufklärungs- und Abwehrdienste der Deutschen Demokratischen Republik

Im Freistaat Sachsen wurden nach wie vor bislang keine tatsächlichen Anhaltspunkte für die Existenz fortwirkender Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der DDR sowie die mögliche Reaktivierung nachrichtendienstlicher Verbindungen zu fremden Nachrichtendiensten durch deren ehemalige Mitarbeiter und Helfer festgestellt.

Schutz vor Spionage

Unternehmen mit geheimhaltungsbedürftigen Aufträgen werden im Freistaat Sachsen vom Landesamt für Verfassungsschutz betreut. Die Betreuung erfolgt unter Mitwirkung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) und des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit (SMWA). Sie umfasst z. B. regelmäßige Kontakte zu den Geheimschutzbeauftragten der Firmen, die Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen sowie die Beratung beim Schutz von Verschlussachen. Anderen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Institutionen, die grundsätzlich selbst für ihre Sicherheit verantwortlich sind, bietet das Landesamt für Verfassungsschutz Sicherheitspartnerschaften an. Diese beinhalten Beratungsgespräche, Vorträge und die Bereitstellung von Publikationen.

Vor allem der mittelständischen Wirtschaft werden durch ungewollten Know-how-Abfluss und ungenügenden Schutz große Schäden zugefügt. Das belegen aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen. Im Ergebnis dieser Untersuchungen wurden in Arbeitsgruppen und Sicherheitsforen Empfehlungen zum Schutz der Wirtschaft entwickelt, die u. a. als Broschüren erhältlich oder online abrufbar sind.²⁶¹

Außerdem geben das BMWA über die nationalen Wirtschaftsorganisationen und Sicherheitsverbände Informationen für die Exportwirtschaft als Frühwarnschreiben sowie das BAFA Merkblätter heraus²⁶². Im Hinblick auf die Sicherheit der Kommunikationsmittel sind beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) Hinweise²⁶³ erhältlich.

²⁵⁹ Zu den Aussiedlern gehören Spätaussiedler, Kontingentflüchtlinge und Asylbewerber.

²⁶⁰ Vgl. Veröffentlichungen im Internet: <http://www.sicherheitsforum-bw.de>.

²⁶¹ Vgl. u. a.: <http://www.verfassungsschutz.de>, www.sicherheitsforum-bw.de und www.im.nrw.de.

²⁶² Vgl. <http://www.bafa.de> und www.asw-online.de.

²⁶³ Vgl. <http://www.bsi.bund.de> und www.sicherheit-im-internet.de.

Die Spionagegefahr lässt sich aber bereits durch zufriedenes, loyales und unternehmensorientiertes Personal minimieren. Denn unzufriedene Mitarbeiter sind das größte Risikopotenzial hinsichtlich der nicht technischen und unberechenbaren Wirtschafts- bzw. Konkurrenzspionage.

Kontakt zur Spionageabwehr

Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen kann als Frühwarnsystem nur effektiv tätig werden, wenn es auch Hinweise von Betroffenen oder Zeugen erhält, die auf Tätigkeiten fremder Nachrichtendienste oder fortwirkender Strukturen hindeuten. Oft geraten Be-

troffene ohne eigenes Zutun in das Blickfeld von fremden Nachrichtendiensten. Bevor Sie sich in die Gefahr begeben, sich strafbar zu machen, sollten Sie deshalb das Gespräch mit der Spionageabwehr suchen. Vertraulichkeit wird zugesichert.

Die Spionageabwehr des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen ist erreichbar:

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Abteilung 3
Neuländer Straße 60

01129 Dresden

Telefon: (0351) 858 50

Fax: (0351) 858 55 00

E-Mail: verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de

Internet: <http://www.sachsen.de/verfassungsschutz>

Politisch motivierte Kriminalität und Straftaten mit extremistischem Hintergrund

Politisch motivierte Kriminalität „rechts“ und Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Im Berichtsjahr wurden im Freistaat Sachsen im Bereich der „Politisch motivierten Kriminalität rechts“ (PMK „rechts“) 2.254 (2004: 1.334) Straftaten registriert, darunter 89 Gewaltdelikte. Von diesen Straftaten wurden 2.233 (2004: 1.318) als rechtsextremistisch bewertet, darunter alle 89 (2004: 63) Gewaltdelikte.

Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund



Damit stieg die Zahl rechtsextremistischer Straftaten um ca. 69 % und die Zahl rechtsextremistischer Gewaltdelikte um ca. 41 % an.

Mit 1.907 (2004: 1.097) Fällen bilden die Propagandadelikte den Hauptteil (ca. 85 %) der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund.

Der Anteil der Gewalttaten an der Gesamtzahl der rechtsextremistischen Straftaten sank von ca. 5 % im Jahr 2004 auf ca. 4 % im Berichtsjahr.

Von den 89 rechtsextremistischen Gewaltdelikten sind 65 (2004: 53) Körperverletzungen. 19 (2004: 17) der Gewalttaten wurden aus fremdenfeindlicher Motivation begangen, darunter 15 Körperverletzungen (2004: 12).

Es wurden 157 (2004: 118) Straftaten mit volksverhetzendem Hintergrund registriert. 106 (2004: 97) Straftaten hatten einen fremdenfeindlichen Hintergrund. Die Schwerpunkte liegen hierbei mit 55 Fällen (2004: 55) auf volksverhetzenden Straftaten sowie mit 19 Fällen (2004: 10) auf Propagandadelikten.

Weitere 65 (2004: 53) Delikte trugen antisemitischen Charakter. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Straftaten mit volksverhetzendem Hintergrund.

Im Zusammenhang mit Demonstrationen wurden 62 (2004: 61) Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund verübt, davon 37 (2004: 45) Propagandadelikte.

Regionale Schwerpunkte der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund sind – wie bereits im Vorjahr – die Regierungsbezirke Dresden und Chemnitz. Schwerpunkt der Gewaltdelikte mit rechtsextremistischem Hintergrund ist der Landkreis Sächsische Schweiz.

Politisch motivierte Kriminalität „links“ und Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

Im Berichtsjahr wurden im Freistaat Sachsen im Bereich der „Politisch motivierten Kriminalität links“ (PMK „links“) 367 (2004: 253) Straftaten registriert, darunter 108 Gewaltdelikte. Von diesen Straftaten wurden 310 (2004: 143) als linksextremistisch bewertet, darunter alle 108 (2004: 55) Gewaltdelikte.

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



Damit erhöhte sich die Anzahl der linksextremistischen Straftaten um ca. 117 % und die Anzahl der linksextremistischen Gewaltdelikte um ca. 96 %.

Der Anteil der Gewalttaten an den linksextremistischen Straftaten betrug im Berichtsjahr ca. 35 %. Damit ging dieser im Vergleich zum Vorjahr (2004: ca. 38 %) leicht zurück.

Der größte Teil der Straf- und Gewalttaten im Phänomenbereich PMK links wurde von Autonomen verübt. Ihre Taten waren dabei primär gegen den politischen Gegner und staatliche Institutionen gerichtet.

Die Zunahme der Straf- und Gewalttaten steht dabei im Wesentlichen im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen. Von den 310 Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund stehen 219 im Zusammenhang mit Demonstrationen. Schwerpunkt bildeten die Proteste gegen eine Demonstration von Neonationalsozialisten am 1. Mai in Leipzig, bei denen 98 Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund registriert wurden.

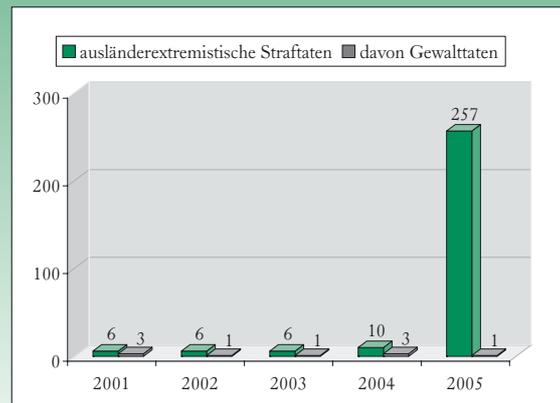
Auch in Dresden kam es – in Verbindung mit Großereignissen – zu einer Häufung von Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund. Hervorzuheben sind hier besonders die Aktivitäten der autonomen Szene anlässlich des 13. Februar und 19. März.

Schwerpunkte der Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund sind die Regierungsbezirke Leipzig und Dresden. Damit bestätigt das Straftatenaufkommen die Tatsache, dass sich in Dresden und Leipzig die autonomen Zentren des Freistaates Sachsen befinden.

Politisch motivierte Kriminalität Ausländer und Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund

Im Berichtsjahr wurden im Freistaat Sachsen im Bereich der „Politisch motivierten Kriminalität (PMK) Ausländer“ 257 Straftaten (2004: 11) registriert, davon ein Gewaltdelikt (2004: drei). Alle 257 Straftaten wurden als extremistisch bewertet (2004: zehn), auch das Gewaltdelikt (2004: drei).

Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund



Am 17. April 2005 erfolgte im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen einen Funktionär des VOLKSKONGRESSSES KURDISTANS (KONGRA GEL), der in Sachsen Spenden für die Organisation sammelte, die Durchsuchung des Vereins KURDISCHES KULTURZENTRUM SACHSEN e. V. in Dresden. Während der Durchsuchung wurden u. a. Spendenlisten sichergestellt. Gegen sämtliche dort erfasste Personen (253) wird wegen Unterstützung einer dem Betätigungsverbot unterliegenden Vereinigung staatsanwaltschaftlich ermittelt.

Das Gewaltdelikt steht ebenfalls im Zusammenhang mit der Beschaffung finanzieller Mittel für den KONGRA GEL. Auch eine weitere Straftat bezieht sich auf die Unterstützung des KONGRA GEL und stellt damit einen Verstoß gegen das Vereinsgesetz dar.

Die übrigen Straftaten weisen keine eindeutigen Bezüge zu ausländerextremistischen Organisationen auf.

Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen²⁶⁴

(Sächsisches Verfassungsschutzgesetz – SächsVSG)

In der Fassung vom 20.04.2004 (SächsGVBl. S. 134)

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt: Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes

- § 1 Organisation, Zuständigkeit
- § 2 Aufgaben
- § 3 Begriffsbestimmungen
- § 4 Allgemeine Befugnisse
- § 5 Besondere Befugnisse und Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

Zweiter Abschnitt: Datenschutzrechtliche Bestimmungen

- § 6 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten
- § 7 Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten
- § 8 Errichtungsanordnung
- § 9 Auskunft an Betroffene

Dritter Abschnitt: Übermittlungsvorschriften

- § 10 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen
- § 11 Informationsübermittlung durch öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
- § 11a Informationsübermittlung durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
- § 12 Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz
- § 13 Übermittlungsverbote
- § 14 Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz
- § 15 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Vierter Abschnitt: Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung von Grundrechten

- § 16 Parlamentarische Kontrollkommission
- § 17 Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission
- § 18 Einschränkung von Grundrechten

Fünfter Abschnitt: Schlussbestimmung

- § 19 Inkrafttreten

Erster Abschnitt

Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes

§ 1

Organisation, Zuständigkeit

(1) Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder wird ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es dient auch dem Schutz vor Organisierter Kriminalität. Das Landesamt für Verfassungsschutz untersteht als obere Landesbehörde unmittelbar dem Staatsministerium des Innern.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist zuständig für

1. die Erfüllung der Aufgaben nach § 2 und
2. die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund in Angelegenheiten der Nummer 1.

(3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Freistaat Sachsen nur im Einvernehmen, das Bundesamt für Verfassungsschutz nur im Benehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz und Polizeibehörden oder Polizeidienststellen dürfen einander nicht angegliedert werden.

§ 2

Aufgaben

(1) Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,

²⁶⁴ Der Sächsische Verfassungsgerichtshof hat in seinem Urteil vom 21. Juli 2005 (Az.: Vf. 67-II-04.) die Ausgestaltung der Wohnraumüberwachung im SächsVSG für mit der Sächsischen Verfassung unvereinbar erklärt und dem Gesetzgeber aufgegeben, klarstellende Regelungen in das Gesetz aufzunehmen. Das geänderte Gesetz wurde am 27. Mai 2006 im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt (Nr. 6/2006, S. 129) verkündet und trat am 28. Mai 2006 in Kraft. Es ist im Internet unter www.sachsen.de/verfassungsschutz abrufbar.

- 3a. Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes), insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes) gerichtet sind,
4. fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Geltungsbereich dieses Gesetzes sowie
5. Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität.

Sammlung und Auswertung von Informationen nach Satz 1 setzen im Einzelfall voraus, dass für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Satz 1 Nr. 1 bis 5 tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte,
4. auf Ersuchen der Einstellungsbehörden bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben, sowie auf Anforderung der Beschäftigungsbehörde bei der Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, wenn der auf Tatsachen beruhende Verdacht besteht, dass sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen,
5. auf Ersuchen der für Einbürgerung zuständigen Behörden bei der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern sowie
6. bei Überprüfungen, soweit dies gesetzlich vorgesehen ist.

Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Satz 1 erfolgt in der Weise, dass es eigenes Wissen oder bereits vorhandenes Wissen der für die Überprüfung zuständigen Behörde oder sonstiger öffentlicher Stellen auswertet. Die Befugnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz bei der Mitwirkung nach den Nummern 1 und 2 sind im Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SächsSÜG) vom 19. Februar 2004 (SächsGVBl. S. 44), in der jeweils geltenden Fassung, geregelt.

(3) Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Absatz 2 setzt voraus, dass Betroffene und andere in die Überprüfung einbezogene Personen über Zweck und Verfahren der Überprüfung einschließlich der Verarbeitung der erhobenen Daten durch die beteiligten Dienststellen unterrichtet werden. Darüber hinaus ist im Falle der Einbeziehung anderer Personen in die Überprüfung deren Einwilligung und im Falle weitergehender Ermittlungen die Einwilligung von Betroffenen erforderlich. Die Sätze 1 und 2 gelten nur, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichtet das Staatsministerium des Innern über seine Tätigkeit.

§ 3

Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Gesetzes sind

1. Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen;
2. Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
3. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der in Absatz 2 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Für einen Personenzusammenschluss handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen aktiv sowie ziel- und zweckgerichtet unterstützt. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestrebungen im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(2) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne dieses Gesetzes zählen:

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe

- der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretungen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen;
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht;
 3. das Mehrparteienprinzip sowie das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition;
 4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung;
 5. die Unabhängigkeit der Gerichte;
 6. der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
 7. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.
- (3) Organisierte Kriminalität im Sinne dieses Gesetzes ist die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig tätig werden
1. unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
 2. unter Drohung mit oder Anwendung von Gewalt oder
 3. unter Einflussnahme auf Politik, öffentliche Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft.

§ 4 Allgemeine Befugnisse

- (1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf die zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten verarbeiten. Die Verarbeitung personenbezogener Daten richtet sich nach den Vorschriften dieses Gesetzes und, soweit keine besonderen Regelungen getroffen sind, nach den Vorschriften des Gesetzes zum Schutze der informationellen Selbstbestimmung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Datenschutzgesetz – SächsDSG) vom 25. August 2003 (SächsGVBl. S. 330).
- (2) Werden personenbezogene Daten bei Betroffenen mit ihrer Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Betroffene sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben und bei einer Sicherheitsüberprüfung nach § 2 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 4 auf eine dienst-, arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht hinzuweisen.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse gegenüber anderen Behörden und Dienststellen stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Es darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

(4) Von mehreren geeigneten Maßnahmen hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die Betroffene voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

§ 5 Besondere Befugnisse und Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf, insbesondere unter Beachtung des § 4 Abs. 4, Methoden, Gegenstände und Instrumente zur heimlichen Informationsbeschaffung, wie den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen (nachrichtendienstliche Mittel) anwenden. Diese sind in einer Dienstvorschrift zu benennen, die auch die Zuständigkeit für die Anordnung solcher Informationsbeschaffungen regelt. Die Dienstvorschrift bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern und der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten und sonstige Informationen mit nachrichtendienstlichen Mitteln erheben, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, dass

1. auf diese Weise Erkenntnisse über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 oder die zur Erforschung solcher Erkenntnisse erforderlichen Quellen gewonnen werden können oder
2. dies zum Schutz oder zur Abschirmung von Mitarbeitern, Einrichtungen, Gegenständen und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

Die Erhebung nach Satz 1 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, den Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise möglich ist. Eine geringere Beeinträchtigung ist insbesondere dann anzunehmen, wenn die Information aus allgemein zugänglichen Quellen oder durch Auskünfte nach §§ 11 oder 11a gewonnen werden kann. Die Anwendung eines nachrichtendienstlichen Mittels darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn der Zweck erreicht ist oder

sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(3) Wird der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen oder -aufzeichnungen oder zum Abhören oder Aufzeichnen des gesprochenen Wortes oder der Einsatz eines Verfassungsschutzbediensteten, der unter einer ihm verliehenen, auf Dauer angelegten, veränderten Identität ermittelt, zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 länger als 72 Stunden dauern, ist dies unverzüglich der Parlamentarischen Kontrollkommission anzuzeigen.

(4) Der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Artikels 13 des Grundgesetzes und des Artikels 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen ist nur zulässig, wenn

1. die materiellen Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis nach § 1 Abs. 1 und § 3 Abs. 1 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz - G 10) vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 22. August 2002 (BGBl. I S. 3390, 3391), in der jeweils geltenden Fassung, vorliegen oder
2. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht vorliegen, dass jemand Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 durch die Planung oder Begehung von Straftaten nach § 100c der Strafprozessordnung (StPO) oder nach §§ 331 bis 334 des Strafgesetzbuches (StGB) verfolgt und der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Abwehr von dringenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für bedeutende fremde Sach- oder Vermögenswerte erforderlich ist

und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

(5) Maßnahmen nach Absatz 4 dürfen sich nur gegen den Verdächtigen oder gegen Personen richten, von denen aufgrund von Tatsachen anzunehmen ist, dass sie für den Verdächtigen bestimmte oder von ihm herührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder dass der Verdächtige sich in ihrer Wohnung aufhält. Die Abwägung der widerstreitenden Rechtsgüter hat unter besonderer Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu erfolgen. Diese Maßnahmen dürfen sich gegen eine Person, die ein Zeugnisverweigerungsrecht aus beruflichen Gründen nach § 53 StPO hat, nur richten, wenn diese selbst Verdächtige ist.

(6) Die Anordnung des Einsatzes technischer Mittel nach Absatz 4 trifft der Richter. Bei Gefahr im Verzug kann der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz, im Falle seiner Verhinderung der hierfür bestimmte Vertreter, den Einsatz anordnen. Eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen. § 10 Abs. 5 und § 11 Abs. 2 Satz 1 G 10 gelten entsprechend.

(7) Erkenntnisse und Unterlagen, die durch Maßnahmen nach Absatz 4 gewonnen wurden, dürfen zur Verfolgung und Erforschung der dort genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten sowie nach Maßgabe des § 4 Abs. 2 G 10 verwendet werden.

(8) Den verdeckten Einsatz technischer Mittel nach Absatz 4 ausschließlich zum Schutz der für den Verfassungsschutz tätigen Personen ordnet das Landesamt für Verfassungsschutz an. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zweck der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur dann zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.

(9) Für die nachträgliche Mitteilung an die von Maßnahmen nach Absatz 4 Betroffenen gelten § 12 sowie § 13 G 10 entsprechend. Im Fall des Absatzes 8 erfolgt eine nachträgliche Mitteilung an Betroffene in den Fällen, die richterlich überprüfungsbedürftig waren, wenn eine Gefährdung

1. des Zwecks der Maßnahme, in deren Rahmen die Schutzmaßnahme für die beim Verfassungsschutz tätige Person durchgeführt wurde, und
2. von Leib oder Leben der für den Verfassungsschutz tätigen Person sowie ihrer weiteren Verwendung

ausgeschlossen werden kann.

(10) Zuständiges Gericht zur Entscheidung nach den Absätzen 4 und 8 ist das Amtsgericht am Sitz des Landesamtes für Verfassungsschutz. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend. Die Entscheidung des Gerichts ergeht ohne vorherige Anhörung des Betroffenen und bedarf zu ihrer Wirksamkeit nicht der Bekanntmachung an ihn. Gegen die Entscheidung ist die sofortige Beschwerde statthaft.

(11) Die Zulässigkeit von Maßnahmen nach dem Artikel 10-Gesetz bleibt unberührt.

(12) Nachrichtendienstliche Mittel, die sich gezielt gegen einen Abgeordneten des Sächsischen Landtages richten, dürfen nur angewandt werden, wenn sie zuvor vom Präsidenten des Landtages genehmigt worden sind.

Zweiter Abschnitt

Datenschutzrechtliche Bestimmungen

§ 6

Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben personenbezogene Daten speichern, verändern und nutzen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 vorliegen,
2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 erforderlich ist oder
3. das Landesamt für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 2 tätig werden wird.

(2) Zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 2 dürfen vorbehaltlich des Satzes 2 in automatisierten Dateien nur Daten über die Personen gespeichert werden, die der Sicherheitsüberprüfung unterliegen oder in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen werden. Zur Erledigung von Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 und 5 dürfen in automatisierten Dateien nur Daten solcher Personen erfasst werden, über die bereits Erkenntnisse nach § 2 Abs. 1 vorliegen. Bei der Speicherung in Dateien muss erkennbar sein, welcher der in § 2 Abs. 1 und 2 genannten Personengruppe Betroffene zuzuordnen sind.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Speicherdauer auf das für seine Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken.

(4) Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nicht gespeichert werden. Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 14. und vor Vollendung des 16. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 angefallen sind. Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten auf die Erforderlichkeit der Speicherung in Dateien zu überprüfen und spätestens fünf Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 über ein Verhalten nach Eintritt der Volljährigkeit angefallen sind.

§ 7

Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Akten oder Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; in Akten

ist dies zu vermerken. Wird die Richtigkeit der Daten von Betroffenen bestritten, so ist dies in der Akte zu vermerken oder auf sonstige Weise festzuhalten.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Belange der Betroffenen beeinträchtigt würden. In diesem Fall sind die Daten zu sperren. Sie dürfen nur noch mit Einwilligung der Betroffenen übermittelt werden.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, spätestens nach fünf Jahren, ob in Dateien gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu löschen sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 sind spätestens 10 Jahre, über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 und 3a spätestens 15 Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten gespeicherten relevanten Information zu löschen, es sei denn, der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz oder sein Vertreter stellt fest, dass die weitere Speicherung zur Aufgabenerfüllung oder aus den in Absatz 2 Satz 2 genannten Gründen erforderlich ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Akten gespeicherten personenbezogenen Daten zu sperren, wenn es im Einzelfall feststellt, dass ohne die Sperrung schutzwürdige Interessen von Betroffenen beeinträchtigt würden und die Daten für seine künftige Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind. Gesperrte Daten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen; sie dürfen nicht mehr genutzt oder übermittelt werden. Eine Aufhebung der Sperrung ist möglich, wenn ihre Voraussetzungen nachträglich entfallen. Akten, in denen personenbezogene Daten gespeichert sind, sind zu vernichten, wenn die gesamte Akte zur Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt wird.

(5) Für die Archivierung gelten die Vorschriften des Archivgesetzes für den Freistaat Sachsen vom 17. Mai 1993 (SächsGVBl. S. 449), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Juni 1999 (SächsGVBl. S. 398), in der jeweils geltenden Fassung.

§ 8

Errichtungsanordnung

(1) Für jede beim Landesamt für Verfassungsschutz zur Erfüllung seiner in § 2 genannten Aufgaben einzurichtende automatisierte Datei, in der personenbezogene Daten verarbeitet werden, sind in einer Errichtungsanordnung festzulegen:

1. Bezeichnung der Datei,

2. Zweck der Datei,
3. Voraussetzungen der Speicherung, Übermittlung und Nutzung (betroffener Personenkreis, Art der Daten),
4. Anlieferung oder Eingabe,
5. Zugangsberechtigung,
6. Überprüfungsfristen, Speicherdauer und
7. Protokollierung.

Die Zugangsberechtigung nach Satz 1 Nr. 5 ist auf Personen zu beschränken, die die Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz benötigen. Die Errichtungsanordnung bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern.

(2) Vor Erlass und vor wesentlichen Änderungen der Errichtungsanordnung ist der Sächsische Datenschutzbeauftragte zu hören.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat in angemessenen Abständen die Erforderlichkeit der Weiterführung oder Änderung der Dateien zu überprüfen.

§ 9

Auskunft an Betroffene

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz erteilt Betroffenen über die zu ihrer Person gespeicherten Daten auf Antrag unentgeltlich Auskunft. Die Auskunftspflichtung erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen.

(1a) Auskunft aus Akten, die nicht zur Person des Betroffenen geführt werden, wird erteilt, soweit der Betroffene Angaben macht, die das Auffinden der Akten ermöglichen und der für die Erteilung der Auskunft erforderliche Aufwand nicht außer Verhältnis zu dem vom Betroffenen geltend gemachten Informationsinteresse steht. Satz 1 findet auf personenbezogene Daten in nicht-automatisierten Dateien, die nicht zur Übermittlung an Dritte bestimmt sind, entsprechende Anwendung.

(2) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit

1. eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung nachrichtendienstliche Zugänge gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
4. die Daten oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, ins-

besondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden müssen.

(3) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung, soweit dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung gefährdet würde. Die Gründe für die Auskunftsverweigerung sind aktenkundig zu machen. Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, sind Betroffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, dass sie sich an den Sächsischen Datenschutzbeauftragten wenden können. Dem Datenschutzbeauftragten ist auf sein Verlangen Auskunft zu erteilen, soweit nicht das Staatsministerium des Innern im Einzelfall feststellt, dass dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. Mitteilungen des Sächsischen Datenschutzbeauftragten an Betroffene dürfen keine Rückschlüsse auf den Kenntnisstand des Landesamtes für Verfassungsschutz zulassen, sofern dieses nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

Dritter Abschnitt

Übermittlungsvorschriften

§ 10

Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen

(1) Die Behörden und Gerichte des Freistaates Sachsen, die Gemeinden, Landkreise und sonstigen der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts übermitteln von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Informationen zur Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 oder zur Beobachtung von Bestrebungen erforderlich sind, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 2 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 3a genannten Schutzgüter gerichtet sind.

(2) Die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeidienststellen übermitteln darüber hinaus von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz auch alle anderen ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz erforderlich ist.

§ 11

Informationsübermittlung durch öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) Die in § 10 genannten öffentlichen Stellen haben dem Landesamt für Verfassungsschutz auf dessen Ersuchen die ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und Informationen zu übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben nach § 2 Abs. 1 oder Abs. 2 erforderlich ist. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Ersuchen aktenkundig zu machen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Akten anderer öffentlicher Stellen und amtliche Register unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 und vorbehaltlich der in § 13 getroffenen Regelung einsehen, soweit dies zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 und 2 oder zum Schutz von Mitarbeitern und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen Gefahren für Leib und Leben erforderlich ist und die sonstige Übermittlung von Informationen aus den Akten oder den Registern den Zweck der Maßnahmen gefährden oder das Persönlichkeitsrecht von Betroffenen unverhältnismäßig beeinträchtigen würde. Über die Einsichtnahme nach Satz 1 hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die Veranlassung, die ersuchte Behörde und die Aktenfundstelle hervorgehen.

Die Nachweise sind fünf Jahre gesondert aufzubewahren und gegen ungerechtfertigten Zugriff zu sichern und anschließend zu vernichten.

(3) Die Übermittlung personenbezogener Daten und sonstige Informationen, die aufgrund einer Maßnahme nach § 100a der Strafprozessordnung bekannt geworden sind, ist nur zulässig, wenn tatsächlich Anhaltspunkte dafür bestehen, dass jemand eine der in § 3 G 10 genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Satz 1 übermittelten Unterlagen findet § 4 Abs. 1 und 2 Satz 3 G 10 entsprechende Anwendung.

§ 11a

Informationsübermittlung durch nicht-öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) Ein Ersuchen des Landesamtes für Verfassungsschutz um Übermittlung personenbezogener Daten darf nur diejenigen personenbezogenen Daten enthalten, die für die Erteilung der Auskunft unerlässlich sind. Schutzwürdige Interessen des Betroffenen dürfen nur in unvermeidbarem Umfang beeinträchtigt werden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und zu Geldbewegungen und Geldanlagen einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die dort genannten Schutzgüter vorliegen.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 G 10 bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen, sowie bei denjenigen, die an der Erbringung dieser Dienstleistungen mitwirken, unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften, Postfächern und sonstigen Umständen des Postverkehrs einholen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Luftfahrtunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften und zur Inanspruchnahme von Transportleistungen und sonstigen Umständen des Luftverkehrs einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die dort genannten Schutzgüter vorliegen.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 G 10 bei denjenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste und Teledienste erbringen oder daran mitwirken, unentgeltlich Auskünfte über Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten einholen. Die Auskunft kann auch in Bezug auf zukünftige Telekommunikation und zukünftige Nutzung von Telediensten verlangt werden. Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten sind:

1. Berechtigungskennungen, Kartennummern, Standortkennung sowie Rufnummern oder Kennung des anrufenden und angerufenen Anschlusses oder der Endeinrichtung,
2. Beginn und Ende der Verbindung nach Datum und Uhrzeit,
3. Angaben über die Art der vom Kunden in Anspruch genommenen Telekommunikations- und Teledienst-Dienste,
4. Endpunkte festgeschalteter Verbindungen, ihr Beginn und ihr Ende nach Datum und Uhrzeit.

(6) Auskünfte nach den Absätzen 2 bis 5 dürfen nur auf Antrag eingeholt werden. Der Antrag ist durch den Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz, im Falle seiner Verhinderung durch seinen Vertreter, schriftlich zu stellen und zu begründen. Über den Antrag entscheidet der Staatsminister des Innern, im Falle seiner Verhinderung sein Vertreter.

(7) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Kommission nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes im Freistaat Sachsen (SächsAG G 10) vom 16. Oktober 1992 (SächsGVBl. S. 464), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. August 2003 (SächsGVBl. S. 313, 317), über die gemäß Absatz 6 beschiedenen Anträge vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzug darf das Staatsministerium des Innern den Vollzug der Entscheidung bereits vor Unterrichtung der Kommission anordnen. In diesen Fällen ist die Unterrichtung innerhalb von zehn Tagen nachzuholen. Die Kommission prüft von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden die Zulässigkeit der Einholung von Auskünften. Entscheidungen über Auskünfte, die die Kommission für unzulässig oder für nicht notwendig erklärt, hat das Staatsministerium des Innern unverzüglich aufzuheben.

(8) § 2 Abs. 2 SächsAG G 10 ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass die Kontrollbefugnis der Kommission sich auf die gesamte Verarbeitung der nach Absatz 1 erhobenen Daten erstreckt.

(9) Für die Verarbeitung der nach Absatz 1 erhobenen Daten ist § 4 G 10 entsprechend anzuwenden. Das Auskunftersuchen und die übermittelten Daten dürfen dem Betroffenen oder Dritten vom Auskunftgeber nicht mitgeteilt werden. Für die Mitteilungen an Betroffene findet § 12 Abs. 1 und 3 G 10 entsprechende Anwendung.

(10) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission (§ 16) und das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes in Abständen von höchstens sechs Monaten über die nach den Absätzen 2 bis 5 durchgeführten Maßnahmen; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen zu geben.

§ 12

Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an Behörden sowie andere öffentliche Stellen übermitteln, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist oder Empfänger die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen

Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit benötigen. Empfänger dürfen die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat der Staatsanwaltschaft und, vorbehaltlich der staatsanwaltlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeidienststellen die ihm bekannt gewordenen personenbezogenen Daten zu übermitteln, wenn im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung nach § 2 zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass dies zur Verhinderung oder Verfolgung folgender Straftaten erforderlich ist:

1. von Staatsschutzdelikten nach §§ 74a und 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes sowie von Straftaten, bei denen auf Grund ihrer Zielsetzung, der Motive der Täter oder deren Verbindungen zu einer Organisation zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind, und
2. von Straftaten, die gegen das Leben oder in erheblichem Maße gegen die körperliche Unversehrtheit oder gegen Sach- und Vermögenswerte von erheblicher Bedeutung gerichtet sind.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an andere als öffentliche Stellen nicht übermitteln, es sei denn, dass dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes, zur Abwehr sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeit für eine fremde Macht oder zur Gewährleistung der Sicherheit einer lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtung nach § 1 Abs. 4 des Gesetzes über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes (Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SÜG) vom 20. April 1994 (BGBl. I S. 867), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322, 3329), in der jeweils geltenden Fassung, oder nach § 1 Abs. 3 Nr. 4 SächsSÜG in der jeweils geltenden Fassung erforderlich ist und der Staatsminister des Innern oder sein Vertreter zugestimmt hat. Die Zustimmung kann auch für eine Mehrzahl gleichartiger, sachlich zusammenhängender Fälle vorweg erteilt werden. Sie ist nicht erforderlich für den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden. Er ist verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz auf Verlangen Auskunft über die vorgenommene Verwendung zu geben. Der Empfänger ist

auf die Verpflichtungen nach den Sätzen 5 und 6 hinzuweisen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland, Belange der Länder oder überwiegende schutzwürdige Interessen von Betroffenen entgegenstehen. Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. Empfänger sind darauf hinzuweisen, dass die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie übermittelt wurden, und das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

(5) Der Empfänger prüft, ob die übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, hat er die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall sind die Daten zu sperren.

§ 13 Übermittlungsverbote

(1) Die Übermittlung von Informationen nach den §§ 10, 11 und 12 unterbleibt, wenn

1. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der Informationen und ihrer Erhebung die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegen,
2. überwiegende Sicherheitsinteressen oder überwiegende Belange der Strafverfolgung dies erfordern oder
3. besondere gesetzliche Übermittlungsregelungen entgegenstehen.

Die Verpflichtung zur Wahrung gesetzlicher Geheimhaltungspflichten oder von Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnissen, die nicht auf gesetzlichen Vorschriften beruhen, bleibt unberührt.

(2) Informationen über Minderjährige vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden.

§ 14 Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft unverzüglich, ob die ihm nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, hat es die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand möglich ist. In diesem Fall sind die Daten zu sperren.

(2) Erweisen sich personenbezogene Daten, nachdem sie durch das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt worden sind, als unrichtig oder unvollständig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen oder zu ergänzen, es sei denn, dass dies für die Beurteilung eines Sachverhalts ohne Bedeutung ist.

§ 15 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichten die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1. Dabei dürfen personenbezogene Daten bekannt gegeben werden, wenn dies für die Unterrichtung erforderlich ist und die Informationsinteressen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse des Betroffenen überwiegen.

Vierter Abschnitt

Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung
von Grundrechten

§ 16 Parlamentarische Kontrollkommission

(1) Die Sächsische Staatsregierung unterliegt hinsichtlich der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern über das Landesamt für Verfassungsschutz und hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages. Die Rechte des Landtages und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern, die zu Beginn jeder Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte einzeln mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt werden. Zwei Mitglieder müssen der parlamentarischen Opposition angehören.

ren. Die Parlamentarische Kontrollkommission wählt einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie tritt mindestens zweimal jährlich zusammen. Die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission kann von mindestens zwei Mitgliedern verlangt werden.

(3) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden. Der Sächsische Datenschutzbeauftragte kann, soweit personenbezogene Daten Gegenstand der Beratung sind, beteiligt werden; die Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. Satz 1 gilt nicht für die Bewertung aktueller Vorgänge, wenn die Mehrheit der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission ihre vorherige Zustimmung erteilt hat.

(4) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus oder wird es Mitglied der Staatsregierung, endet auch seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für ein ausgeschiedenes Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen.

(5) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch nach Ablauf der Wahlperiode des Landtages so lange aus, bis der nachfolgende Landtag eine neue Parlamentarische Kontrollkommission gewählt hat.

§ 17 Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission

(1) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz und über die Vorgänge von besonderer Bedeutung. Hierzu gehört auch die Unterrichtung über die nach § 5 Abs. 3, 4 und 8 angeordneten Maßnahmen und die nach § 5 Abs. 9 getroffenen Entscheidungen. Ebenso umfasst die Unterrichtung auch das Tätigwerden von Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer sowie das Herstellen des Benehmens für das Tätigwerden des Bundesamtes für Verfassungsschutz nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz –

BVerfSchG) vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2970), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3202, 3217), in der jeweils geltenden Fassung. Auf Verlangen der Parlamentarischen Kontrollkommission berichtet das Staatsministerium des Innern zu konkreten Themen aus dem Aufgabenbereich des Landesamtes für Verfassungsschutz.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission hat das Recht auf Erteilung von Auskünften. Der Staatsminister des Innern kann einem Kontrollbegehren widersprechen, wenn es im Einzelfall die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz oder den notwendigen Schutz des Nachrichtenzugangs gefährden würde; er hat dies zu begründen. Entfallen die Gründe für Satz 2, so ist die Auskunftserteilung unverzüglich nachzuholen.

(3) Die Unterrichtung umfasst nicht Angelegenheiten, über die das Staatsministerium des Innern die Kommission nach Artikel 10 des Grundgesetzes zu unterrichten hat.

§ 18 Einschränkung von Grundrechten

Durch dieses Gesetz können im Rahmen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Sachsen das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes, Artikel 27 der Verfassung des Freistaates Sachsen), das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes, Artikel 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen) und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes, Artikel 33 der Verfassung des Freistaates Sachsen) eingeschränkt werden.

Fünfter Abschnitt

Schlussbestimmung

§ 19 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(Die Änderungen traten am 01.07.2004 in Kraft)

Stichwortverzeichnis

A

- AKTION ODER-NEIBE – S. 38, 39
AL-AHD – S. 84
AL-AQSA e. V. – S. 73
AL-QAIDA – S. 70, 71, 72
Al-Farag, Salam Abd – S. 72
a.l.i.a.s. – S. 58, 59
AL-ISLAM – S. 84
AL-JIHAD – S. 84
AL-KHILAFAT – S. 84
AL-MOTASSADEQ, Mounir – S. 73
AL-RIBAT – S. 84
AL-SHEHHI, Marwan – S. 73
AL-TAWHID – S. 73
Alternatives Zentrum Conni – S. 59
AL-WAIE – S. 84
AL-ZARQAWI, Abu Musab – S. 71
AL-ZAWAHIRI, Ayman – S. 72
ANTIFA DRESDEN – S. 59
ANTIFA INITIATIVE DRESDEN – S. 59
ANTIFA-JUGENDGRUPPE – S. 60
ANTIFARECHERCHETEAM DRESDEN – S. 58
ANTIFA RDL – S. 57
ANTIFASCHISTISCHE AKTION GERA – S. 56
ANTIFASCHISTISCHE LINKE BERLIN – S. 58
ANTIFASCHISTISCHER FRAUENBLOCK LEIPZIG – S. 54
APFEL, Holger – S. 9, 10, 14, 26, 29, 33, 35, 44
API-BRIEF – S. 83, 84
APO – S. 76, 79
Arbeit und Soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative – S. 63, 65
ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN – S. 2, 70, 83, 84
ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN – HEKMATIST – S. 83
ARBEITERPARTEI KURDISTANS, siehe VOLKSKONGRESS KURDISTANS
ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN – S. 51, 63
ARNDT-BUCHDIENST – S. 45
ARNDT-VERLAG – S. 45
ASATRU – S. 17
ATTA, Mohammed – S. 73
Autonome – S. 60, 61, 94
AUTONOME ANTIFA – S. 59
AUTONOME GRUPPE DRESDEN – S. 59

B

- B 12 – S. 60
BAIER, Klaus – S. 34
BEKLENNEN ASR-I SAADET – S. 84
BEWEGUNG FREIER FRAUEN – S. 77
BEWEGUNG DER FREIEN JUGEND KURDISTANS – S. 77
BILDUNGSWERKE FÜR HEIMAT UND NATIONALE IDENTITÄT e. V. (i. G.) – S. 33
BIN LADIN, Usama – S. 72
Black Metal – S. 16, 17
BLICKPUNKT LAUSITZ – S. 46
BLITZKRIEG – S. 17
BOLOURCHI, Dr. Masoumeh – S. 81
BONUS-VERLAG – S. 45

Bronstein, Leo Davidowitsch – S. 65
BRÜDER DES HASSES – S. 17
BÜNDNIS GEGEN REALITÄT – S. 54

C

CEE IEH – DER CONNE ISLAND NEWSFLYER – S. 66
CHURCH OF SCIENTOLOGY INTERNATIONAL – S. 86
CIWANEN DEMOKRATIKA KURDISTAN – S. 77
Conne Island – S. 60, 66

D

DAS FREIE FORUM – S. 46
DECLARATION OF WAR – S. 20, 46
DEMOKRATISCHER KONFÖDERALISMUS KURDISTANS – S. 76, 77, 79
DER PANZERBÄR – S. 19
DER ROTE BERGMANN – S. 62
DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI – S. 1, 50, 51, 61
DEUTSCHE PARTEI – S. 35
DEUTSCHE REICHSPARTEI – S. 28
DEUTSCHE STIMME – S. 27, 29, 30, 36, 43, 46
DEUTSCHE STIMME - VERLAGSGESELLSCHAFT mbH – S. 27, 28, 45
DEUTSCHE VOLKSUNION – S. 1, 12, 32, 38, 47
DEUTSCH-KURDISCHER FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V. – S. 78
DEVRIMCI SOL – S. 84
D.I.A. – S. 84
DIE REPUBLIKANER – S. 1, 12, 32, 36, 41, 47
DIE ROTE FAHNE – S. 66
DIE ROTE HILFE – S. 52, 66
DIREKTE AKTION – S. 66
DÖBELNER JUNGS – S. 17
Dönitz, Karl – S. 30
DSZ-DRUCKSCHRIFTEN- UND ZEITUNGSVERLAG GmbH – S. 39
Dresdner Schule – S. 9, 30, 31, 33, 34
DRUFFEL-VERLAG – S. 45

E

EHRENBUND RUDEL – S. 38, 39
EINE ANDERE JUGEND – S. 37
EISENHERZ – S. 17
Engels, Friedrich – S. 62, 65
E. XANI PRESSE- UND VERLAGS-GmbH – S. 79, 80
EXPLIZIT – S. 84

F

FAHNENTRÄGER – S. 23, 46
FEYKA KURDISTAN – S. 78
FLÜCHTLINGSHILFE IRAN e. V. – S. 81
Föderaler Schutzdienst – S. 91
FÖDERATION DER DEMOKRATISCHEN ARBEITERVEREINE – S. 85
FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V. – S. 77, 78
FOIER FREI! – S. 17, 19, 20, 46
Frankfurter Schule – S. 34
FREIE ARBEITERINNEN UND ARBEITER UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION – S. 66
FREIE FRAUENVERBÄNDE – S. 77
FREIE KRÄFTE SACHSEN – S. 20, 21, 55, 59

FREIER RUNDBRIEF DRESDEN – S. 21, 26, 27
 FREIER WIDERSTAND – S. 22, 33
 FREIHEIT – S. 86
 FREIHEITSFALKEN KURDISTANS – S. 76
 FREIHEITSPARTEI DER FRAUEN KURDISTANS – S. 77
 FREIHEITS- UND DEMOKRATIEKONGRESS KURDISTANS – S. 75
 FREY, Gerhard – S. 26, 32, 33, 36, 38, 39, 40, 44
 FREUNDESKREIS UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN – S. 47
 FRITZ – S. 43, 46
 FRONT DER ISLAMISCHEN KÄMPFER DES GROßEN OSTENS – S. 84
 FRONT ISLAMIQUE DU SALUT – S. 74
 FURKAN – S. 84
 FZ-FREIHEITLICHE BUCH- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG GmbH – S. 39

G

GANSEL, Jürgen – S. 9
 GARNAOUI, Ihsan – S. 72
 GEGENSTANDPUNKT – S. 52, 66
 GEGENSTANDPUNKT Verlags GmbH – S. 66
 GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK e. V. – S. 46
 GRABERT-VERLAG – S. 45
 GRASWURZELREVOLUTION e. V. – S. 66
 GRASWURZELREVOLUTION – FÜR EINE GEWALTFREIE, HERRSCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT – S. 66
 Grindcore-Bands – S. 17
 GUILTYLY THE PAIN – S. 17

H

HAFTBEFEHL – S. 17
 HALK ICIN DEVRIMCI DEMOKRASI – S. 84
 HAMAS – S. 73
 Hatecore – S. 16
 HATECORE-FORUM – S. 16, 17
 Heimatbüro, siehe Ülke-Büro
 HEISE, Thorsten – S. 26, 33
 Heß, Rudolf – S. 9
 HIER & JETZT – S. 46
 HILAFET – S. 84
 HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE UND POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. – S. 46
 Hitler, Adolf – S. 9, 11, 30, 31
 HIZB AL DA'WA AL ISLAMIA – S. 84
 HIZB ALLAH – S. 84
 HIZB UT-TAHRIR – S. 73, 84
 HOHENRAIN-VERLAG – S. 45
 Hooligan-Szene – S. 17
 Hubbard, Lafayette Ronald – S. 86

I

IMPACT – S. 86
 INCIPITO – S. 60, 66
 INDYMEDIA – S. 58
 INITIATIVE FÜR AUSLÄNDERBEGRENZUNG – S. 38, 39
 INTERIM – S. 53, 66
 INTERIM e. V. – S. 66
 INTERNATIONAL – S. 83
 INTERNATIONALE FÖDERATION IRANISCHER FLÜCHTLINGS- UND IMMIGRANTENRÄTE – S. 83

INTERNATIONAL SOCIALISTS – S. 65
IN'VERS – S. 46
Iranische Gesellschaft in Leipzig – S. 82
ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT MILLI GÖRÜS e. V. – S. 72, 84
ISLAMISCHE WOHLFAHRTSORGANISATION e. V. – S. 73

J

JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN - Landesverband Sachsen / Niederschlesien – S. 1, 12, 32, 40, 43, 46, 55
JUNGE NATIONALDEMOKRATEN – S. 9, 13, 18, 27, 28, 37, 46, 55
JUNGE FREIHEIT – S. 29, 30
JUNGE WELT – S. 64, 66

K

KALIFATSSTAAT – S. 84
KLAROFIX – S. 60
KLARTEXT – S. 26, 46
KLARTEXT - Die deutsche Stimme von Königstein – S. 46
KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG e. V. – S. 27
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS – S. 50, 51, 66, 67
KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS – S. 1, 50, 51, 63, 64, 65, 66
KOMMUNISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN – S. 51
KONFÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN EUROPA – S. 77, 78
KONFRONTATION – S. 17
KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA – S. 77
KRAFTSCHLAG – S. 17
Kulturprojekt PLAGWITZ e. V. – S. 67
KURDISCHE DEMOKRATISCHE VOLKSUNION – S. 79
KURDISCHER NATIONALKONGRESS – S. 78
KURDISCHES HAUS LEIPZIG e. V. – S. 78, 80
KURDISCHES KULTURZENTRUM DRESDEN e. V. – S. 78
KURDISCHES KULTURZENTRUM SACHSEN e. V. – S. 78, 80, 94

L

Landsmannschaft Ostpreußen – S. 43
LAUSITZER AKTIONSBÜNDNIS – S. 24, 26
LEFT ACTION – S. 60
LEIPZIGER ANTIFA – S. 56
Lenin – S. 62, 65
LIBERATION TIGERS OF TAMIL EELAM – S. 85
LICHTBLICK – S. 62
Linke Presse Verlags-, Förderungs- und Beteiligungsgesellschaft JUNGE WELT e. G. – S. 66
Linkspartei.PDS – S. 1, 36, 50, 51, 62, 63, 64, 65, 66
LINKSRUCK – SOZIALISTISCHE ZEITUNG – S. 66
LINKSRUCK-NETZWERK – S. 50, 65
LÖWE UND SONNE – S. 81

M

MAOISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI – S. 84
Marx, Karl – S. 25, 62, 65
MARX, Peter – S. 28, 34, 35, 36
MARXISTISCHE BLÄTTER – S. 61
MARXISTISCHE GRUPPE – S. 52
MARXISTISCHES FORUM – S. 50, 63, 64, 66
MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI – S. 85
MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS – S. 50, 51, 67

MENSCHENRECHTSVEREIN FÜR IRANISCHE MIGRANTEN e. V. – S. 81
MILITANTE GRUPPE – S. 53
Militärischer Nachrichtendienst – S. 91
MILLI GÖRÜS & PERSPEKTIVE – S. 84
MISCAVIGE, David – S. 86
MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS – S. 64, 65, 66
MITTELDEUTSCHE JUGENDZEITUNG – S. 24, 25, 26, 46
MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN – S. 28
MODARESI, Kourush – S. 83
MODJAHED – S. 81, 84
MOSHPIT – S. 17
MUSLIMBRUDERSCHAFT – S. 71, 74, 84

N

NACHRICHTEN DER HNG – S. 46
Nationaldemokratische Partei Deutschlands – S. 1, 12, 13, 26, 27, 44, 46
NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND – S. 27
NATIONALE BEFREIUNGSARMEE – S. 81
NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS – S. 79
NATIONALER BEOBACHTER DELITZSCH – S. 47
NATIONALER BEOB-ACHTER FÜR CHEMNITZ UND UMGEBUNG – S. 25, 47
NATIONALER BEOBACHTER LEIPZIG – S. 24, 47
NATIONALER JUGENDBLOCK ZITTAU e. V. – S. 20
NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN – S. 2, 70, 81
NATIONALES BÜNDNIS DRESDEN e. V. – S. 12
NATIONALES FORUM – S. 9, 36
NATIONALES JUGENDBÜNDNIS DRESDEN – S. 14
NATIONALES UND SOZIALES AKTIONSBÜNDNIS MITTELDEUTSCHLAND – S. 15, 24, 46
NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI – S. 11, 30
NATIONAL-ZEITUNG/ DEUTSCHE WOCHENZEITUNG – S. 10, 47
NATION UND EUROPA – S. 35, 40
NATION EUROPA – VERLAG GMBH – S. 45, 46
NEUBAUER, Harald – S. 35, 36, 40

O

ODESSA – S. 17
ÖCALAN, Abdullah – S. 75, 76, 77, 78, 79, 80
ÖZGÜR GELECEK YOLUNDA ISCI KÖYLÜ – S. 84
ÖZGÜR POLITIKA – S. 76, 77, 78, 79, 80
Oi!-Skins – S. 16
ORGANISATION DER JUNGEN KOMMUNISTEN – S. 83

P

Partei des Demokratischen Sozialismus – S. 63
PARTEI FÜR SOZIALE GLEICHHEIT; SEKTION DER VIERTEN INTERNATIONALE – S. 65
PETZOLD, Winfried – S. 35
PHASE 2 – S. 67
POUR LE MÉRITE-VERLAG – S. 45
PROJEKT X – S. 17

R

RACIAL PURITY – S. 17
R.A.C.-Musik – S. 16
RADJAVI, Massoud – S. 81
REBELL – JUGENDMAGAZIN DES JUGENDVERBANDES REBELL – S. 67

REDSKINS – S. 16
REPUBLICANER, siehe DIE REPUBLIKANER
REPUBLICANISCHE JUGEND – S. 41
REPUBLICANISCHER BUND DER FRAUEN – S. 41
REPUBLICANISCHER BUND DER ÖFFENTLICH BEDIENTETEN – S. 41
REPUBLICANISCHER HOCHSCHULVERBAND – S. 41
REVOLUTIONÄRE VOLKSBEFREIUNGSPARTEI/FRONT – S. 84
RIESAER ZÜNDBLÄDD'L – S. 20
RISALAT UL-IKHWÂN – S. 84
ROCHOW, Stefan – S. 37, 38
Rocker-Szene – S. 17
ROTE FAHNE – S. 67
ROTE HILFE e. V. – S. 50, 52, 66
ROTFUCHS – S. 67
ROTFUCHS-Förderverein e. V. – S. 67
RUFÉ INS REICH – S. 19, 23, 25, 26, 47

S

SACHSEN STIMME – S. 37, 47
SACHSONIA – S. 17, 18
SCHARNHORST-VERSANDBUCHHANDLUNG – S. 45
Scheune – S. 23
SCHLIERER, Dr. Rolf – S. 41, 42
SCHMIDT, Mirko – S. 34
SCHÖN, Jürgen – S. 34
SCHÖNHUBER, Franz – S. 33, 36, 40, 41, 44
Schutzdienst des Präsidenten – S. 91
SCIENTOLOGY-ORGANISATION – S. 2, 86
SELBSTSTELLER – S. 17
SENCE OF PRIDE – S. 17
SERXWEBUN – S. 75, 80, 85
S.H.A.R.P.-Skins – S. 16
SOLIDARITÄT – SOZIALISTISCHE ZEITUNG – S. 67
SOURCE – S. 86
SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE VORAN – S. 67
SOZIALISTISCHE ARBEITERGRUPPE – S. 65
SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND – S. 61
STAHLHELM – S. 20, 47

T

TATSACHEN – S. 85
TEGETHOFF, Ralph – S. 26
Thor – S. 10, 23
T.H.O.R. – S. 17
TOMORROW – S. 60
Trotzki, Leo – S. 65
TÜRKISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI / MARXISTEN LENINISTEN – S. 84
TÜRMER-VERLAG – S. 45

U

Ülke-Büro – S. 78
UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN – S. 47
UNSERE ZEIT – S. 61, 62, 67

V

VENCEREMOS – S. 58, 59
VERBAND DER STOLZEN FRAUEN – S. 77
VERBEKE, Siegfried – S. 10
VERLAGSGESELLSCHAFT BERG mbH – S. 45
VERLAG UND AGENTUR WERNER SYMANEK – S. 45
VIDUTHALAI PULIGAL – S. 85
VOIGT, Udo – S. 28, 30, 32, 33, 35, 36, 40, 45
VOLKSBEFREIUNGSMILITÄR KURDISTANS – S. 75
VOLKSKONGRESS KURDISTANS – S. 2, 70, 75, 85, 94
VOLKSMODJAHEDIN IRAN - ORGANISATION – S. 2, 81, 84
VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE – S. 76, 77
VOWINCKEL-VERLAG – S. 45
VRIJ HISTORISH ONDERZOEK – S. 10

W

WEG UND ZIEL – S. 31, 32
WEIBE HORDE – S. 17
Wewelsburg – S. 10
WHITE DESTINY – S. 17
White Power – S. 16, 17, 18
WHITE RESISTANCE – S. 17
WHITE VICTORY – S. 19
Wiking-Bands – S. 17
Wodan – S. 18, 38
WORCH, Christian – S. 33, 45
W.O.T.A.N. – S. 17
WULFE, Thomas „Steiner“ – S. 33

Y

YATIM KINDERHILFE e. V. – S. 73
YENI ATILIM – S. 85

Z

ZEIT FÜR PROTEST – S. 41, 47
ZENTRALRAT DER VERTRIEBENEN DEUTSCHEN – S. 45
Ziviler Auslandsaufklärungsdienst – S. 91

Abkürzungsverzeichnis

A

AAG	ANTIFASCHISTISCHE AKTION GERA
AFBL	ANTIFASCHISTISCHEN FRAUENBLOCK LEIPZIG
AG JG	ARBEITSGEMEINSCHAFT JUNGE GENOSSINNEN
AID	ANTIFA INITIATIVE DRESDEN
AKON	AKTION ODER-NEIBE
API	ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN
ARGK	VOLKSBEFREIUNGSMEE KURDISTANS
ART DRESDEN	ANTIFARECHERCHETEAM DRESDEN
AZ Conni	Alternatives Zentrum Conni

B

BgR	BÜNDNIS GEGEN REALITÄT
-----	------------------------

C

CDK	KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA
CSI	CHURCH OF SCIENTOLOGY INTERNATIONAL

D

Da'Wa	HIZB AL DA'WA AL ISLAMIA
DHKP-C	REVOLUTIONÄRE VOLKSBEFREIUNGS-PARTEI/FRONT
DIDF	FÖDERATION DER DEMOKRATISCHEN ARBEITERVEREINE
DKP	DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI
DP	DEUTSCHEN PARTEI
DS	DEUTSCHE STIMME
DS-Verlag	DEUTSCHE STIMME - VERLAGSGESELLSCHAFT mbH
DSZ-Verlag	DSZ-DRUCKSCHRIFTEN- UND ZEITUNGS-VERLAG GmbH
DVU	DEUTSCHE VOLKSUNION

E

ERNK	NATIONALE BEFREIUNGSFRONT KURDISTANS
------	--------------------------------------

F

FAU/IAA	FREIE ARBEITERINNEN UND ARBEITER UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION
FIS	FRONT ISLAMIQUE DU SALUT
FSB	Föderaler Schutzdienst
FSO	Schutzdienst des Präsidenten
FZ-Verlag	FZ-FREIHEITLICHE BUCH- UND ZEITSCHRIFTENVERLAG GmbH

G

GFP	GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK e. V.
GRU	Militärischer Nachrichtendienst

H

HEKMATIST	ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN – HEKMATIST
HNG	HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE UND POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V.
HPG	VOLKSVERTEIDIGUNGSKRÄFTE
HuT	HIZB UT-TAHRIR

I

IBDA-C	FRONT DER ISLAMISCHEN KÄMPFER DES GROßEN OSTENS
ICCB	KALIFATSSTAAT
I.f.A.	INITIATIVE FÜR AUSLÄNDERBEGRENZUNG
IFIR	INTERNATIONALEN FÖDERATION IRANISCHER FLÜCHTLINGS- UND IMMIGRANTENRÄTE

IGMG	ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT MILLI GÖRÜS e. V.
IS	INTERNATIONAL SOCIALISTS
IWO	ISLAMISCHEN WOHLFAHRTSORGANISATION e. V.
J	
JLO	JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUBEN – Landesverband Sachsen / Niederschlesien
JN	JUNGE NATIONALDEMOKRATEN
K	
KAD	KOMMUNISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS DRESDEN
KADEK	FREIHEITS- UND DEMOKRATIEKONGRESS KURDISTANS
KGK	VOLKSKONGRESS KURDISTANS, siehe KONGRA GEL
KJB	VERBAND DER STOLZEN FRAUEN
KKK	DEMOKRATISCHER KONFÖDERALISMUS KURDISTANS
KNK	KURDISCHEN NATIONALKONGRESS
KOMALEN-CIWAN	CIWANEN DEMOKRATIK A KURDISTAN
KONGRA-GEL	VOLKSKONGRESS KURDISTANS
KON-KURD	KONFÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN EUROPA
KPD-Ost	KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
KPF DER PDS	KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS
KPV	KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG e. V.
L	
LAB	LAUSITZER AKTIONSBÜNDNIS
LeA	LEIPZIGER ANTIFA
LTTE	LIBERATION TIGERS OF TAMIL EELAM
M	
MB	MUSLIMBRUDERSCHAFT
MEK	VOLKSMODJAHEDIN IRAN - ORGANISATION
mg	MILITANTE GRUPPE
MG	MARXISTISCHE GRUPPE
MF	MARXISTISCHES FORUM
Miwo	ANTIFA-JUGENDGRUPPE
MJZ	MITTELDEUTSCHE JUGENDZEITUNG
MKP	MAOISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI
MLKP	MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI
MLPD	MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
MND	MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN
N	
NB	NATIONALES BÜNDNIS DRESDEN e. V.
NE	NATION UND EUROPA
NHB	NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND
NJB Dresden	NATIONALES JUGENDBÜNDNIS DRESDEN
NJB	NATIONALER JUGENDBLOCK ZITTAU e. V.
NLA	NATIONALE BEFREIUNGSMEE
NPD	NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
NSAM	NATIONALES UND SOZIALES AKTIONSBÜNDNIS MITTELDEUTSCHLAND
NSDAP	NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI
NWRI	NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN
NZ	NATIONAL-ZEITUNG/ DEUTSCHE WOCHENZEITUNG

P

PAJK FREIHEITSPARTEI DER FRAUEN KURDISTANS
PDS Partei des Demokratischen Sozialismus
PKK ARBEITERPARTEI KURDISTANS
PSG PARTEI FÜR SOZIALE GLEICHHEIT; SEKTION DER VIERTEN INTERNATIONALE

R

RBF REPUBLIKANISCHER BUND DER FRAUEN
REP REPUBLIKANER
RepBB REPUBLIKANISCHER BUND DER ÖFFENTLICH BEDIENSTETEN
RH ROTE HILFE e. V.
RHV REPUBLIKANISCHER HOCHSCHULVERBAND
RJ REPUBLIKANISCHE JUGEND

S

SAG SOZIALISTISCHE ARBEITERGRUPPE
SAV SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE VORAN
SDAJ SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND
SO SCIENTOLOGY-ORGANISATION
SWR Ziviler Auslandsaufklärungsdienst

T

TAK FREIHEITSFALKEN KURDISTANS
TECAK BEWEGUNG DER FREIEN JUGEND KURDISTANS
TKP/ML TÜRKISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI / MARXISTEN LENINISTEN

U

UZ UNSERE ZEIT

V

VAWS VERLAG UND AGENTUR WERNER SYMANEK
VHO VRIJ HISTORISH ONDERZOEK

W

WASG Arbeit und Soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative

Y

YDK KURDISCHE DEMOKRATISCHE VOLKSUNION
YEK-KOM FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V.
YJA FREIE FRAUENVERBÄNDE
YJA-STAR BEWEGUNG DER FREIEN FRAUEN

Verzeichnis der Orte und Landkreise

A

Amman (Jordanien) – S. 71
Annaberg (Lkr.) – S. 22
Aue – S. 57
Aue-Schwarzenberg (Lkr.) – S. 22, 28

B

Berlin – S. 25, 27, 28, 33, 40, 41, 57, 64, 65, 66, 72, 73, 74, 79, 80, 82
Bielefeld (Nordrhein-Westfalen) – S. 43
Brüssel (Belgien) – S. 77, 79
Burkhardtsdorf (Lkr. Stollberg) – S. 43

C

Chemnitz – S. 17, 19, 25, 28, 35, 36, 41, 43, 46, 57, 64, 65, 78, 93
Chemnitzer Land (Lkr.) – S. 22, 37, 38
Coburg (Bayern) – S. 45

D

Delitzsch – S. 47
Dresden – S. 9, 17, 19, 22, 23, 26–28, 32–36, 40, 43–45, 51–53, 55–59, 61, 63, 64, 78, 80, 87, 92–94
Döbeln – S. 17, 18, 35, 37, 38, 55
Dohna/OT Borthen (Lkr. Sächsische Schweiz) – S. 18, 23
Düsseldorf – S. 73
Duisburg (Nordrhein-Westfalen) – S. 45, 62

E

Ehrenfriedersdorf (Lkr. Annaberg) – S. 17
Erfurt (Thüringen) – S. 28
Essen (Nordrhein-Westfalen) – S. 61, 62, 78

F

Flöha (Lkr. Freiberg) – S. 17
Frankfurt/Main – S. 34, 79
Freiberg – S. 37, 45

G

Gera (Thüringen) – S. 56, 105
Görlitz – S. 9, 34, 38, 57
Groß-Umstadt (Hessen) – S. 80

H

Hamburg – S. 25, 32, 33, 40, 42, 45, 73, 78, 80
Hirschstein, Ortsteil Mehltheuer (Lkr. Riesa-Großenhain) – S. 35, 36
Hochtaunus – S. 42
Hoyerswerda – S. 61, 62

I

Inning am Ammersee (Bayern) – S. 45

J

Johanngeorgenstadt (Lkr. Aue-Schwarzenberg) – S. 57

K

Köln – S. 79, 81

L

Leipzig – S. 9, 17, 24, 25, 28, 34, 47, 51–57, 59–64, 66, 67, 73, 78, 80, 82, 83, 94
Leisnig (Lkr. Döbeln) – S. 38, 55, 57
Limbach-Oberfrohna, Ortsteil Pleiße (Lkr. Chemnitzer Land) – S. 37
Löbau – S. 17

Löbau-Zittau (Lkr.) – S. 22, 38
London – S. 65, 70, 71, 74, 83
Los Angeles (USA) – S. 86

M

Martensrade (Schleswig-Holstein) – S. 45
Meißen – S. 37, 38, 45, 55
Mittlerer Erzgebirgskreis – S. 22, 28
Mücka (Niederschlesischer Oberlausitzkreis) – S. 18, 38
München – S. 32, 38, 41, 45, 66
Mylau (Vogtlandkreis) – S. 57

N

Neu-Isenburg (Hessen) – S. 79
New York (USA) – S. 9, 82
Niederfrohna (Lkr. Chemnitzer Land) – S. 37, 38
Niederschlesischer Oberlausitzkreis – S. 18, 38, 22

O

Oberlausitz – S. 37, 38
Oderwitz (Lkr. Löbau-Zittau) – S. 38

P

Paris (Frankreich) – S. 81, 82
Pirna – S. 17, 23, 47
Plauen – S. 52
Potsdam (Brandenburg) – S. 58

R

Reichenbach (Vogtlandkreis) – S. 17, 82, 83
Reinhardtsdorf-Schöna (Lkr. Sächsische Schweiz) – S. 36
Riesa – S. 17, 27, 28, 29, 45
Riesa-Großenhain (Lkr.) – S. 22, 36
Rosswein (Lkr. Döbeln) – S. 57
Ruhstorf (Bayern) – S. 42

S

Sächsische Schweiz (Lkr.) – S. 18, 22, 23, 36, 93
Schneeberg (Lkr. Aue-Schwarzenberg) – S. 17
Schwarzenberg – S. 28
Sharm El-Sheikh (Ägypten) – S. 71
Sinning (Bayern) – S. 29
Straßburg (Frankreich) – S. 78

T

Tübingen (Baden-Württemberg) – S. 45

V

Vogtlandkreis – S. 22, 82, 83

W

Weißeritzkreis – S. 22, 28
Weißig a. Raschütz (Lkr. Riesa-Großenhain) – S. 36
Wiesa (Lkr. Annaberg) – S. 34
Wurzen (Muldentalkreis) – S. 17

Z

Zwickau – S. 42, 78

Impressum: Herausgegeben vom Landesamt für Verfassungsschutz (LfV), Neuländer Straße 60, 01129 Dresden.
Redaktionsschluss: 31. Dezember 2005.

Fotos Titelseite: picture alliance.

Gestaltung, Satz, Druck und Weiterverarbeitung:

Druckerei Olbernhau GmbH, Albertstraße 11, 09526 Olbernhau, Tel. (03 73 60) 7 22 48, Fax (03 73 60) 7 48 78.

Auflage: 10.000 Exemplare.

Bezug: Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, PF 100242, 01072 Dresden, Telefon (03 51) 8 58 50.

Der Verfassungsschutzbericht 2004 ist auch über das Internet abrufbar: <http://www.sachsen.de/verfassungsschutz/>

FAIRSTÄNDNIS

Menschenwürde achten – Gegen Fremdenhaß

Die Innenminister von Bund und Ländern

Frei sein, frei bleiben!

In guter Verfassung



Demokratie gegen Extremismus